

Bibliographie zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS): Stand: 21. März 2017

Thies, Theresa; Dentler, Klara; Papastefanou, Georgios

Veröffentlichungsversion / Published Version

Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thies, T., Dentler, K., & Papastefanou, G. (2017). *Bibliographie zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS): Stand: 21. März 2017*. (GESIS Papers, 2017/09). Köln: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.21241/ssoar.51937>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Bibliographie zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Stand: 21. März 2017

*Theresa Thies, Klara Dentler &
Georgios Papastefanou*

GESIS Papers 2017|09

Bibliographie zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Stand: 21. März 2017

Theresa Thies, Klara Dentler & Georgios Papastefanou

GESIS Papers

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung „Dauerbeobachtung der Gesellschaft“
German Microdata Lab
Postfach 12 21 55
68072 Mannheim
Telefon: 0621 / 1246 - 553
Telefax: 0621 / 1246 - 577
E-Mail: georgios.papastefanou@gesis.org

ISSN: 2364-3781 (Online)
Herausgeber,
Druck und Vertrieb: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Unter Sachsenhausen 6-8, 50667 Köln

Zusammenfassung

Die vorliegende EVS-Bibliographie wurde als Dienstleistung für die Sozialwissenschaften im Arbeitsbereich Haushaltsbudgetdaten der GESIS-Abteilung „Dauerbeobachtung der Gesellschaft“ erarbeitet und dokumentiert alle uns bekannten Arbeiten mit Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die in Büchern und Fachzeitschriften veröffentlicht sind oder als "graue Literatur" (in Form von Arbeitsberichten, Diskussionspapieren, Dissertationen, Diplom- oder Masterarbeiten usw.) vorliegen. Neben den bibliographischen Angaben enthält die EVS-Bibliographie Abstracts der dokumentierten Arbeiten. Diese Zusammenfassungen sind unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Teile einer Publikation erstellt worden, in denen EVS-Daten verwendet wurden.

1 Bibliographie zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) (Stand: 15. März 2017)

Die vorliegende EVS-Bibliographie dokumentiert alle uns bekannten Arbeiten mit Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die in Büchern und Fachzeitschriften veröffentlicht sind oder als "graue Literatur" (in Form von Arbeitsberichten, Diskussionspapieren, Dissertationen, Diplom- oder Magisterarbeiten usw.) vorliegen. Neben den bibliographischen Angaben enthält die EVS-Bibliographie Abstracts der dokumentierten Arbeiten. Diese Zusammenfassungen sind unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Teile einer Publikation erstellt worden, in denen EVS-Daten verwendet wurden.

Die in der vorliegenden, zehnten Fassung der EVS-Bibliographie dokumentierten 560 Arbeiten verteilen sich folgendermaßen auf unterschiedliche Publikationsformen (siehe Tabelle 1) sowie auf die verschiedenen Jahrgänge (siehe Tabelle 2).

In jährlichem Abstand wurde vor allem in sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbanken (z.B. WISO), aktuell insbesondere in *Google Scholar* nach Publikationen aus dem zurückliegenden Jahr gesucht. Dabei wurden die Datenbanken vor allem nach dem Stichwort „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“, wobei nach weiterer Inspektion nur jene Fundstellen in die EVS-Bibliographie aufgenommen, in denen Ergebnisse aus Analysen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe berichtet bzw. genutzt werden.

Tabelle 1: Arbeiten mit EVS Daten nach Publikationsformen

Publikationsform	Anzahl, Stand 03/17
Bücher, ganz	56
Bücher, Kapitel	88
Journals	197
Berichte	189
Thesis/Dissertationen	16
Konferenzbeiträge	14
Gesamt	560

Tabelle 2: Publikationen nach Jahrgängen

Jahrgang	Anzahl, Stand 03/17
1961	1
1968	2
1969	1
1970	1
1971	1
1972	2
1973	1
1974	5
1975	4
1976	3
1977	2
1978	2
1980	4
1981	2
1982	1
1983	4
1984	2
1985	4
1986	3
1987	4
1988	3
1989	2
1990	7
1991	7
1992	7
1993	4
1994	6
1995	16
1996	13
1997	25
1998	29
1999	39
2000	37
2001	47
2002	41
2003	27
2004	32
2005	19
2006	36
2007	23
2008	19
2009	11
2010	8
2011	5
2012	10
2013	8
2014	9
2015	15
2016	14
2017	1

Die EVS-Bibliographie kann nur vollständig und aktuell bleiben, wenn uns alle Datennutzer über ihre Veröffentlichungen informieren. Ideal wäre es - besonders wenn es sich um graue Literatur handelt - wenn Sie uns zwei Belegexemplare von jeder Arbeit zusenden, der EVS-Daten zugrunde liegen, und zwar an das:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
German Microdata Lab (GML)
Arbeitsbereich Haushaltsbudgetdaten
Postfach 12 21 55
68072 Mannheim

Bei allgemein zugänglichen Veröffentlichungen wäre uns auch mit Literaturangaben und einem Abstract gedient, welches Sie per E-Mail an georgios.papastefanou@gesis.org schicken können.

1.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) (Kurzbeschreibung)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird seit 1962/1963 i.d.R. alle 5 Jahre, in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder, durchgeführt. Im Bundesdurchschnitt werden 0,2 % aller privaten Haushalte befragt. Seit 1993 findet die Befragung in allen 16 Bundesländern statt. Die Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist freiwillig. Im Jahr 2008 wurde die EVS zum insgesamt zehnten Mal durchgeführt. An dieser aktuellsten Wiederholung der Erhebung waren rund 60 000 Haushalte beteiligt.

Die teilnehmenden Haushalte wurden zu folgenden Themenbereichen befragt:

- Zusammensetzung des Haushalts
- Beteiligung am Erwerbsleben der Haushaltsmitglieder
- Wohnsituation
- Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern
- Art und Höhe der Einkommen/ Einnahmen
- Art und Höhe der Konsumausgaben
- Art und Höhe des Vermögens bzw. der Schulden.

Neben der Abfrage von soziodemographischen Merkmalen, der Wohnsituation und der Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern zum Stichtag 1. Januar des jeweiligen Erhebungsjahres umfasst das Einführungsinterview auch Angaben zum Geld- und Sachvermögen sowie zu den Hypotheken- und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte. In den Haushaltsbüchern wurden - für jeweils drei Monate - die Einnahmen und Ausgaben sowie Geldvermögen und Schulden von allen Haushalten angeschrieben. Darüber hinaus machte jeder 5. Haushalt Angaben über seinen Verbrauch von detailliert

aufgegliederten Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren sowie Mahlzeiten außer Haus. Diese Haushalte wurden durch die Ziehung einer Substichprobe unter den teilnehmenden Haushalten ermittelt. Aufgrund des umfassenden Merkmalskatalogs lassen sich mit den Daten vielfältige Informationen zur wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte, zu den Verbrauchsgewohnheiten, zur Vermögensbildung, zur Schuldensituation etc. bereitstellen.

Die Daten der EVS können als faktisch anonymisierte Einzeldaten für wissenschaftliche Zwecke beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.

Nähere Informationen sind auf den Webseiten des Statistischen Bundesamtes zu finden:

URLs: https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/Einkommens_Verbrauchsstichprobe.html

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenKonsumLebensbedingungen.html>

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenEinnahmenAusgaben/EinkommenEinnahmenAusgaben.html>

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Abteilung H, Gruppe H 3
Graurheindorfer Str. 198
53117 Bonn
Tel. +49 611 75 1
Fax: +49 611 75 643 8990 oder 8991 oder evs-mikrodaten@destatis.de

Kontaktformular:

<https://www.destatis.de/DE/Service/Kontakt/Kontakt.html>

Kontaktperson: Holger Breiholz

Telefon +49 (0)611.758706
Telefax +49 (0)611.758962

holger.breiholz@destatis.de

A

Abel-Smith, B., Brown, J. C., Greffe, X., Hauser, R., Schaber, G., und Vranken, J. (1983): *Final Report from the Commission to the Council on the First Programme of Pilot Schemes and Studies to Combat Poverty*. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Aigeltinger, Gerd, Heindl, Peter, Liessem, Verena, Römer, Daniel, Schwengers, Clarita, und Vogt, Claire (2015): *Zum Stromkonsum von Haushalten in Grundsicherung: Eine empirische Analyse für Deutschland*. ZEW Discussion Papers.

Abstract: In diesem Aufsatz werden der Stromkonsum und die Kosten, die den Haushalten in Grundsicherung in Deutschland daraus entstehen, untersucht. Dazu wird ein Datensatz ausgewertet, der mehr als 22.000 Haushalte mit Leistungsbezug nach SGB II und SGB XII in verschiedenen Haushaltszusammensetzungen umfasst. Die Ergebnisse der empirischen Analyse zeigen, dass die Haushaltszusammensetzung sowie die Art der Warmwasserbereitung erheblichen Einfluss auf die entstehenden Verbräuche und Kosten haben. Insbesondere die elektrische Warmwasserbereitung verursacht erhebliche zusätzliche Kosten, die vor allem in Familien oder bei Alleinerziehenden mit Kleinkindern mit den derzeitigen Mehrbedarfspauschalen nicht gedeckt werden können. Es konnte nur eine schwache Nachfragereaktion der Haushalte auf Veränderungen des Strompreises nachgewiesen werden. Insgesamt zeigt sich, dass die veranschlagten Anteile für Strom in den Regelbedarfen nach SGB II und SGB XII im Durchschnitt nicht zur Begleichung der Stromkosten ausreichen. Dieses Problem verschärft sich insbesondere in Fällen, in denen Warmwasser mit Strom bereitet wird.

Aigner-Walder, Birgit und Döring, Thomas (2013): *Zukünftige Entwicklung der privaten Verkehrsausgaben in Deutschland aufgrund des demographischen Wandels 1. Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse*

Abstract: Vor diesem Hintergrund widmet sich der vorliegende Beitrag mit den privaten Verkehrsausgaben einer Konsumgruppe der privaten Haushalte, für welche laut vorliegenden Studien aufgrund der Alterung der Bevölkerung deutliche Veränderungen zu erwarten sind. Der Verkehrssektor scheint dabei insbesondere von Interesse, da abgesehen von der Privatwirtschaft mit Blick auf die Herstellung von Verkehrsmitteln auch die öffentliche Hand bezogen auf die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur in keinem geringen Maße betroffen ist. Ziel des Beitrags ist es, potentielle Effekte der Bevölkerungsalterung auf den privaten Konsum von Gütern und Dienstleistungen im Verkehrsbereich zu identifizieren. Dazu erfolgt zunächst eine Erörterung grundlegender theoretischer Ansätze zu den Bestimmungsfaktoren des privaten Konsumverhaltens sowie eine Darstellung bisheriger empirischer Ergebnisse zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Ausgaben im Bereich Verkehr (Kapitel 2). Daran anschließend wird die Entwicklung der privaten Verkehrsausgaben in Deutschland im langfristigen Trend analysiert (Kapitel 3). Daran anknüpfend werden altersbedingte Unterschiede im Konsumverhalten privater Haushalte - vor allem in Bezug auf Verkehrsausgaben - eingehender beleuchtet (Kapitel 4). Den Abschluss bildet eine zusammenfassende Darstellung der zu erwartenden Effekte der Bevölkerungsalterung auf die privaten Verkehrsausgaben in Deutschland (Kapitel 5).

Aigner-Walder, Birgit und Döring, Thomas (2014): Wie beeinflusst der demografische Wandel die privaten Verkehrsausgaben? 1. *Wirtschaftsdienst*, 94, 432-438.

URL: <http://link.springer.com/article/10.1007/s10273-014-1692-8>

Abstract: Die für Deutschland prognostizierte Bevölkerungsalterung wird sich zukünftig auf den privaten Konsum von Gütern und Dienstleistungen auswirken. Altersspezifisch unterschiedliche Konsummuster lassen dabei sowohl Veränderungen im Niveau als auch in der Struktur des Konsums der privaten Haushalte erwarten. Dies trifft auch auf die privaten Ver-

kehrsausgaben zu, die nach den Ausgaben für Miete und Wohnen die zweitgrößte Ausgabenkategorie der privaten Einkommensverwendung darstellen.

Albrecht, I. (1999): Erste Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Statistische Monatshefte Mecklenburg-Vorpommern*, 2, 8-11.

Abstract: Im Rahmen der 1998 zum zweiten Mal in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten EVS können nun erste Ergebnisse aus den zu Beginn der Erhebung geführten Einführungsinterviews vorgelegt werden. Diese Ergebnisse beinhalten vor allem Angaben zur Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern sowie zur Wohnsituation der Haushalte zu Beginn des Jahres 1998. Weiterhin geben die Zahlen darüber Auskunft, inwieweit sich die Situation der Haushalte in den letzten fünf Jahren verändert und anderen Bundesländern angeglichen hat.

Althammer, Jörg W. und Lampert, Heinz (2014): *Soziale Grundsicherung* 2. S. 315-327 in: Lehrbuch der Sozialpolitik. Springer.

Abstract: Die soziale Grundsicherung ist das letzte Auffangnetz des deutschen Sozialstaats. Anspruch auf Leistungen der sozialen Grundsicherung haben Personen, die nicht in der Lage sind, einen gesellschaftlich für notwendig erachteten Lebensstandard aus eigenem Einkommen, Vermögen oder Ansprüchen gegen Dritte (insbesondere gegen die Sozialversicherung) zu bestreiten.

Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V. (1994) *Schuldenreport 1993: Die Verschuldung der privaten Haushalte in Deutschland*. Neuwied: Luchterhand.

Arntz, M., Clauss, M., Kraus, M., Schnabel, R., Spermann, A., und Wiemers, J. (2007): *Arbeitsangebotseffekte und Verteilungswirkungen der Hartz-IV-Reform*. IAB-Forschungsbericht, 10/2007. Nürnberg.

URL: <http://www.iab.de/de/185/section.aspx/Publikation/k070806n04>

Abstract: Das Hartz-IV-Gesetz führte zu einer weit reichenden Reform der sozialen Sicherung in Deutschland. Neben den erwarteten Einkommensverlusten bei Arbeitslosenhilfeempfängern führt diese Reform aber auch zu weit weniger beachteten Ausweitungen von Transfers, denn neben ehemaligen Empfängern von Sozialhilfe erhalten auch zahlreiche Neufälle eine Unterstützung. Die Studie bestimmt die Verteilungswirkungen der Reform mit Hilfe eines Mikrosimulationsmodells. Es handelt sich um eine ex ante Analyse, weil die Effekte mit mikroökonomischen Befragungsdaten ermittelt werden, die vor der Einführung der Reform erhoben wurden. Dabei wird berücksichtigt, dass die Hartz-IV-Reglungen zu einem geänderten Arbeitsangebotsverhalten führen, was wiederum Rückwirkungen auf die Einkommensverteilung haben kann. Die Arbeitsangebotseffekte werden mit einem mikroökonomischen Arbeitsangebotsmodell geschätzt. Insgesamt zeigt die empirische Analyse der Verteilungseffekte der Arbeitslosengeld-II-Reform, dass gemessen an den summarischen Verteilungs- und Armutsmaßen nur geringfügige Auswirkungen auf die Einkommensungleichheit und Einkommensarmut zu erwarten sind. Nennenswerte Effekte treten lediglich bei einer Betrachtung der von der Reform direkt betroffenen Haushalte auf. Zahlengewinnanalysen zeigen, dass die wesentlichen Verteilungswirkungen der Reform struktureller Natur sind. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind die beiden unteren Einkommensdezile die klaren Reformgewinner. Bezogen auf die Gruppe der direkt betroffenen Transferempfänger sind sogar die acht unteren Einkommensdezile als Gewinner anzusehen. Eine Aufgliederung nach Kinderzahl macht deutlich, dass vor allem Haushalte mit zwei oder mehr Kindern von den Neuregelungen profitieren. Von der Reform negativ betroffen sind entsprechend die obersten beiden Einkommensdezile der Gruppe der von der Reform direkt Betroffenen bzw. das dritte und vierte Einkommensdezil der Einkommensverteilung der Gesamtbevölkerung. Nach ihren Charakteristika sind dies insbesondere Haushalte, die vor der Reform einen vergleichsweise hohen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hatten, sowie kinderlose Haushalte und Haushalte mit nur einem Kind.

B

Bach, S. und Bartholomai, B. (1996): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftssteuer. *DIW Wochenbericht*, 30, 1-15.

Abstract: Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer neu geregelt werden. Grund dafür war die bisherige Begünstigung des Grundvermögens gegenüber anderen Vermögensformen infolge der viel zu niedrigen Einheitsbewertung. Bei einer Orientierung am Verkehrswert errechnet sich ein Grundvermögen privater Haushalte in Höhe von fast 10 Billionen DM. Davon wird nur ein Bruchteil im Bereich der Vermögenssteuer berücksichtigt. Die Überlegungen gehen dahin, die Vermögenssteuer durch die Erbschaftssteuer zu ersetzen.

Bach, S. und Bartholomai, B. (1998): Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland 1995. *DIW Wochenbericht*, 35, 1-19.

Abstract: Auf der Grundlage verschiedener statistischer Quellen wurde erstmalig für Deutschland eine umfassende Darstellung des Immobilienvermögens und der Besitzverhältnisse durchgeführt, u.a. mit der EVS 1993. So belief sich das private Immobilienvermögen in Deutschland 1995 auf 7300 Mrd. DM, wenn man die Sachwerte zugrundelegt. Ertrags- und Verkehrswerte sind hingegen niedriger. Damit übersteigt das Immobilienvermögen erheblich den Wert des privaten Geldvermögens. 49% aller Haushalte haben Haus- und Grundbesitz.

Bach, S. (2005): *Mehrwertsteuerbelastung der privaten Haushalte: Dokumentation des Mehrwertsteuer-Moduls des Konsumsteuer-Mikrosimulationsmodells des DIW Berlin auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*. Data Documentation 10. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

URL: <http://ideas.repec.org/p/diw/diwddc/dd10.html>

Abstract: Die Abteilung Staat im DIW Berlin baut ein Konsumsteuer-Mikrosimulationsmodell auf, das auf repräsentativen Einzeldaten (scientific use files) der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 und 2003 basiert. Damit lassen sich Simulationsrechnungen zur Mehrwertsteuerbelastung der privaten Haushalte nach geltendem Recht und für veränderte Steuersätze durchführen. Verhaltensanpassungen der Haushalte werden beim bisherigen Entwicklungsstand des Modells nicht abgebildet. Die Integration derartiger Module ist geplant. Der verfügbare Mikrodatensatz der EVS 2003 enthält 132 Einzelpositionen zu den privaten Konsumausgaben. Einzelne Ausgabenpositionen sind allerdings nicht hinreichend detailliert ausgewiesen, um die Steuersatzdifferenzierungen der Mehrwertsteuer exakt abbilden zu können; diese müssen durch Schätzungen aufgeteilt werden. Bei "unecht" steuerbefreiten Umsätzen (ohne Vorsteuerabzug) müssen Annahmen getroffen werden, in welchem Umfang die Vorsteuerbelastung auf die Endnachfrager weiter gewälzt wird. Dies ist insbesondere ein Problem bei Wohnungsbauinvestitionen, da sich die Vorbelastung auf lange zurückliegende Bauleistungen beziehen kann. Maßgeblich für die Belastungs- und Verteilungswirkungen der Mehrwertsteuer in Relation zum verfügbaren Haushaltseinkommen sind Unterschiede im Sparverhalten sowie bei den sonstigen Ausgaben. Mit zunehmendem Haushaltseinkommen sinkt die Belastungsrelation der Mehrwertsteuer bezogen auf das verfügbare Einkommen ("Regression"). Bezogen auf die Konsumausgaben wirkt die Mehrwertsteuerbelastung weitgehend proportional. Nur geringe Einflüsse auf die Steuerbelastungen haben Unterschiede in der Alterssicherung oder unterschiedliche Haushalts- und Familientypen.

Bach, S. (2005): Koalitionsvertrag: Belastungen durch Mehrwertsteuererhöhung werden nur zum Teil durch Senkung der Sozialbeiträge kompensiert. *Wochenbericht des DIW Berlin*, 72, 705-714.

Abstract: Das von der großen Koalition beschlossene Reformpaket zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zur Senkung der Sozialbeiträge dürfte längerfristig zu Mehrbelastungen für die privaten Haushalte von insgesamt etwa 0,8 % der verfügbaren Einkommen führen. Die Mehrwertsteuererhöhung für sich genommen dürfte längerfristig einen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 % zur Folge haben. Mikrosimulationsanalysen auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 zeigen, dass die Mehrwertsteuererhöhung bezogen auf das laufende Periodeneinkommen regressiv wirkt; die einkommensschwachen Haushalte werden also relativ stärker belastet. Bezogen auf die Konsumausgaben ergibt sich dagegen eine weitgehend proportionale oder sogar leicht progressive Belastungswirkung. Dies dürfte sich auch im langfristigen Einkommenszusammenhang ergeben – etwa bezogen auf das Lebenseinkommen. Die Mehrwertsteuer wirkt insoweit wie eine „Flat Tax“. Einschließlich der Senkung der Sozialbeiträge werden die Haushalte von Arbeitnehmern deutlich weniger belastet und in kurzfristiger Perspektive sogar zum Teil leicht entlastet, sofern nur ein Teil der Mehrwertsteuererhöhung überwältigt wird. Die Haushalte von Selbständigen, Beamten, Arbeitslosen und Rentnern werden dagegen überdurchschnittlich belastet.

Bach, Stefan, Beznoska, Martin, und Steiner, Viktor (2016): Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv. *DIW-Wochenbericht*, 83, 1207-1216.

Abstract: Eine umfassende mikrodatenbasierte Analyse zu den Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems im Jahr 2015 zeigt, dass die gesamte Steuerbelastung aus direkten und indirekten Steuern bei steigenden Einkommen nur moderat progressiv verläuft und in den unteren Dezilen regressiv wirkt. Zwar sind die Einkommen- und Unternehmensteuern stark progressiv. Sie belasten Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen kaum, während die Durchschnittsbelastung bei höheren Einkommen deutlich steigt. Die indirekten Steuern, auf die knapp die Hälfte des Steueraufkommens entfällt, wirken dagegen deutlich regressiv, das heißt, sie belasten Haushalte mit niedrigen Einkommen in Relation zum Einkommen erheblich stärker als Haushalte mit hohen Einkommen. Sofern man die Sozialbeiträge teilweise dem Steuersystem zurechnet, ist die Gesamtsteuerbelastung der mittleren Einkommen nicht viel niedriger als bei den sehr Wohlhabenden, deren Unternehmens- und Kapitaleinkommen nicht progressiv mit Einkommensteuer belastet werden.

Bartels, Charlotte und Bönke, Timm (2015): Die statistische Erfassung hoher Einkommen, Vermögen und Erbschaften in Deutschland. *G.Horn, K.Schmid, T.van Treeck und P.Bofinger (Herausgeber): Thomas Piketty und die Verteilungsfrage: Analysen, Bewertungen und wirtschaftspolitische Implikationen für Deutschland: SE Publishing*, 159-192.

Bauernschuster, S., Geis, W., Holzner, C., und Rainer, H. (2010): Das Bundesverfassungsgerichtsurteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen: Hintergrund und Bedeutung. *ifo-Schnelldienst*, 21-29.

Abstract: Am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze für nicht konform mit der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland befunden. Im Zuge dieses Urteils ist eine oft ideologisch geführte Sozialstaatsdebatte entbrannt, die nur noch marginal mit der eigentlichen Kritik des Bundesverfassungsgerichts zu tun hat und nicht selten an der zentralen ökonomischen Problematik vorbeiführt. Mit diesem kleinen Artikel wollen wir einen Beitrag zur Aufklärung leisten, indem wir die aktuelle Hartz-IV-Gesetzeslage darlegen, die Kritik des Bundesverfassungsgerichtes zusammenfassen und kurz alternative Berechnungs- und Auszahlungsmodalitäten im bestehenden System diskutieren, um schließlich aus ökonomischer Perspektive Verbesserungsmöglichkeiten im derzeitigen Sozialsystem aufzuzeigen

Becker, I. und Hauser, R. (1994): *Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: In diesem Arbeitspapier werden Veränderungen der Wohlstandsverteilung während der Periode 1972 bis 1991 vor dem Hintergrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung in Westdeutschland skizziert und die Wohlstandsverteilung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung verglichen. Dabei beziehen sich die Autoren auf das Äquivalenzeinkommen von Personen zur Erfassung des individuellen Wohlstands. Die Analyse bezieht sich zum einen auf Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und zum anderen auf verschiedene Verteilungsmaße auf Basis von Mikrodaten, wobei zwei Datenquellen zur Verfügung standen: die offiziellen Einkommens- und Verbrauchsstichproben (1973, 1978 und 1983) und das Sozioökonomische Panel (1983 bis 1990 für Westdeutschland, 1990 und 1991 für Ostdeutschland). Auf mittlerem Aggregationsniveau zeigen sich wesentliche Änderungen in den relativen Wohlstandspositionen der zehn unterschiedlichen sozio-ökonomischen Gruppen, aber eine nahezu unveränderte Rangfolge der Gruppen während des gesamten Beobachtungszeitraums.

Becker, I. (1995): Das Bürgergeldmodell als alternatives Grundsicherungssystem: Darstellung und kritische Würdigung einiger empirischer Kostenschätzungen. *Finanzarchiv*, 52, 306-338.

Abstract: Im vorliegenden Übersichtsartikel werden einige empirische Studien zu den primären Anstoßeffekten einer Negativen Einkommenssteuer vorgestellt. Die gegenwärtig diskutierten Vorschläge zur Reform der Mindestsicherungssysteme in Deutschland durch die Einführung eines Integrierten Steuer-Transfer-Systems knüpfen meist an das "Bürgergeldkonzept" von Joachim Mitschke an; die geschätzten fiskalischen Kosten weichen allerdings erheblich voneinander ab, auch wenn alle indirekten Reformeffekte ausgeklammert bleiben. Dies ist teilweise auf konzeptionelle und methodische Unterschiede, aber auch auf jeweils spezifische Annahmekonstellationen zurückzuführen. Es deuten sich erhebliche Mehrkosten des Bürgergeldkonzepts gegenüber dem Status quo an, wenn man einen Transferentzug von 50% unterstellt, an den Normen des Bundessozialhilfegesetzes festhält und die Reformvariante auf steuerfinanzierte, direkte Transfers an private Haushalte beschränkt. Bei einem höheren Transferentzugsatz und einer damit niedrigeren Transfergrenze würden die Zusatzkosten zwar geringer ausfallen, dies würde aber den beabsichtigten Anreizeffekten der Reform entgegenstehen.

Becker, I. (1995): *Stabilität der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: In dieser Untersuchung wurde als empirische Basis die EVS-Datenbank an der Universität Frankfurt a.M. verwendet, in der die (anonymisierten) Individualdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962/63, 1969, 1973, 1978, 1983 und 1988 - z.T. als 98%-Unterstichprobe mit reduziertem Variablenkatalog - zusammengefasst sind. Der Beobachtungszeitraum von einem Vierteljahrhundert erstreckt sich auf die Zeit des "Kalten Krieges"- von einem Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer bis kurz vor den Fall dieser Grenze. Die folgende Untersuchung beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhang mit demografischen Strukturveränderungen und wechselnden politischen Mehrheiten bzw. Prioritäten die Verteilung von Einkommen und Wohlstandsposition verändert hat. Da die zur Verfügung stehende EVS-Datenbank Querschnittsinformationen von lediglich 6 Stichjahren des 25 Jahre umfassenden Zeitraums enthält, lassen sich konjunkturelle Effekte auf die Einkommensverteilung nicht isolieren. Mit Ausnahme des Erhebungsjahres 1978, das hinsichtlich der realen Wachstumsrate durch einen konjunkturellen Höhepunkt (+5,3%) bei allerdings schon recht hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, fallen alle anderen Untersuchungsjahre zwischen die zyklischen Wendepunkte, was die Interpretation der EVS-Ergebnisse im Sinne einer Zeitreihe erleichtert. Das wesentliche Ziel dieser Untersuchung besteht in der Deskription der Verteilungsergebnisse in den jeweiligen Stichjahren,

wobei es in Anlehnung an den individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie letztlich um Personen als Untersuchungseinheiten geht.

Becker, I. und Hauser, R. (1995): Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. *Konturpolitik. Zeitschrift für angewandte Wirtschaftspolitik*, 41, 308-344.

Abstract: In diesem Artikel werden Veränderungen der Wohlstandsverteilung während der Periode 1972 bis 1991 vor dem Hintergrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung in Westdeutschland skizziert und die Wohlstandsverteilung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung verglichen. Dabei beziehen sich die Autoren auf das Äquivalenzeinkommen von Personen zur Erfassung des individuellen Wohlstands. Die Analyse bezieht sich zum einen auf Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und zum anderen auf verschiedene Verteilungsmaße auf Basis von Mikrodaten, wobei zwei Datenquellen zur Verfügung standen: die offiziellen Einkommens- und Verbrauchsstichproben (1973, 1978 und 1983) und das Sozio-ökonomische Panel (1983 bis 1990 für Westdeutschland, 1990 und 1991 für Ostdeutschland). Auf mittlerem Aggregationsniveau zeigen sich wesentliche Änderungen in den relativen Wohlstandspositionen der zehn unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen, aber eine nahezu unveränderte Rangfolge der Gruppen während des gesamten Beobachtungszeitraums.

Becker, I. (1995): *Kostenelemente eines Bürgergeldmodells*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Seit Mitte der achtziger Jahre werden Integrierte Steuer-Transfer-Systeme in Deutschland auf wissenschaftlicher und auf politischer Ebene erörtert, in der gegenwärtigen Situation insbesondere unter dem Namen "Bürgergeld". Die vorliegende Analyse beschäftigt sich mit den wesentlichen Kostenfaktoren eines Bürgergeldmodells im Transferbereich. Die Kostenschätzungen basieren auf einem mikroökonomischen Untersuchungsansatz unter Verwendung der Individualdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983 und 1988 und beschränkt sich damit auf die Untersuchung der alten Bundesländer. In methodischer Hinsicht entspricht der Beitrag dem Konzept der formalen Partialinzidenz unter Verwendung des Instruments der statischen Simulation. Bei den Ergebnissen kann es sich deshalb lediglich um die Abschätzung der Größenordnung von unmittelbaren Effekten einer Reform handeln.

Becker, I. (1996): *Did Earnings Inequality in the Federal Republic of Germany Increase from the 1960s to the 1980s?* EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: The following analysis of distribution of annual wage and salary income in the Federal Republic of Germany is based on a quite broad perspective thus covering a heterogeneous group and several structural developments. At first all persons with a non-zero wage and salary income will be included to show the cumulative effects of changes in the labour market during the quarter of a century before unification. In a step we shall concentrate on those who have been employed (the mailpart of the survey year) and earned more than the lower annual social insurance threshold. By applying this narrower concept, indeed, persons with casual earnings are excluded but regular part-time workers are still included. We shall look at the overall trend of earnings inequality as well as at group-specific developments by decomposing inequality indicators. But before turning to the microanalytical approach some hypotheses about the distributional effects of structural changes of the labour market will be presented. The following analysis is based on microdata of the Income and Consumption Surveys ("Einkommens- und Verbrauchsstichproben", EVS) 1962/63, 1969, 1973, 1983 and 1988.

Becker, I. und Hauser, R. (1996): *Einkommensverteilung und Armut in Deutschland von 1962 bis 1995*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Becker, I. (1997): *Die Entwicklung der Einkommensverteilung und Einkommensarmut in den alten Bundesländern von 1962 bis 1988*. S. 43-61 in: Becker, I. und Hauser, R. (Hrsg.): *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt/Main, New York.

Abstract: Die verteilungspolitische Diskussion in der BRD hat in den letzten Jahren deutlich an Schärfe zugenommen. Die angespannte Lage wird begleitet von zahlreichen Vorschlägen zum Umbau oder Abbau des Sozialstaates. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Zeit vor der Wiedervereinigung. Die Fragestellung beschränkt sich auf die Verteilung materiellen Wohlstands, soweit dieser sich im monetären Einkommen niederschlägt. Das Messkonzept orientiert sich am individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie, wobei Personen als Untersuchungseinheiten betrachtet werden und nicht Haushalte. Zur Messung der Wohlstandsposition von Individuen wird dennoch zunächst an das Haushaltsnettoeinkommen angeknüpft. Durch Division des Haushaltsnettoeinkommens mit einem vom Haushaltstyp abhängigen Gewichtungsfaktor wird das sog. Nettoäquivalenzeinkommen ermittelt und jedem Haushaltsmitglied zur Kennzeichnung seiner individuellen Wohlstandsposition zugeordnet. Als Ergebnis der Analysen bleibt festzuhalten, daß in der "alten" BRD vielfältige Teilentwicklungen innerhalb des Untersuchungszeitraumes stattgefunden haben, die die Gefahr zunehmender Spaltung der Gesellschaft in sich bergen.

Becker, I. (1997): *Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland: zunehmende Spaltung der Gesellschaft?* *WSI-Mitteilungen*, 50, 690-700.

Abstract: Im folgenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie sich die personelle Einkommensverteilung im letzten Jahrzehnt vor der deutschen Wiedervereinigung sowie in der Zeit danach in West- und Ostdeutschland entwickelt hat. In Hinblick auf die Gefahr, daß Personen und Familien mit weit unterdurchschnittlichen Einkommen sozial ausgegrenzt werden, was dem gesellschaftspolitischen Ziel einer Integration aller Gesellschaftsmitglieder widerspricht, wird insbesondere die Entwicklung von relativer Armut analysiert, aber auch das Pendant, nämlich relativer (Einkommens-) Reichtum, zumindest ansatzweise untersucht. Der folgenden Verteilungsanalyse und den Fragen nach Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft liegt ein mikroanalytischer Ansatz zugrunde. Als Ausgangspunkt wurde das Haushaltsnettoeinkommen gewählt. Zusammenfassend läßt sich festhalten, dass die Verarmung mittlerweile ein alarmierendes Ausmaß angenommen hat und dass die Einkommensdifferenzierung in den letzten Jahren größer geworden ist. Es gibt keine Hinweise darauf, daß der Sozialstaat die Ungleichheit der Verteilung abgebaut hätte, er hat allenfalls die zunehmende Ungleichheit der Primäreinkommen etwas gemildert.

Becker, I. und Hauser, R. (1997): *Abgaben- und Transfersystem wirkt Polarisierungstendenzen entgegen - Kernel Density-Schätzungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 bis 1988*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Becker, I. und Hauser, R. (1997): *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Bei diesem Buch handelt es sich um einen Sammelband des von der Hans Böcklerstiftung geförderten, mikroanalytisch ausgerichteten Projekts "Personelle Einkommensverteilung", das auf die Erforschung von Verteilungsveränderungen auf der Ebene privater Haushalte ausgerichtet ist. Die ersten drei Beiträge des Sammelbands basieren zum großen Teil auf Arbeiten des Projekts "Personelle Einkommensverteilung". Die beiden folgenden Beiträge befassen sich mit einem Teilaspekt des Armutsproblems, den sog. "working poor". Ein weiterer Beitrag befasst sich mit dem Teil der Armutsbevölkerung, der Sozialhilfe bezieht. Bei dieser und der folgenden Untersuchung handelt es sich um Verlaufsanalysen auf Basis von Sozialhilfedaten. Mit den spezifischen Problemen der neuen Bundesländer befasst sich ein weiterer Beitrag. Der abschließende Beitrag erweitert den Blickwinkel auf Armut in Europa. Als Fazit

der im Buch präsentierten Analysen ergibt sich ein Bild zunehmender Spaltungstendenzen in der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Becker, I. (1998): *Zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es eine Tendenz sozialer Polarisierung?* EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Für die Zeit seit 1980 lässt sich ein moderates Wachstum des Volkseinkommens bei steigender Arbeitslosigkeit feststellen. Die Frage ist nun, wie sich die personelle Verteilung des hohen gesamtwirtschaftlichen Einkommens in den achtzigern und neunziger Jahren entwickelt hat. In der Literatur sind dazu widersprüchliche Aussagen zu finden. Das Bild über die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland ist so diffus wie die methodischen Ansätze und empirischen Grundlagen vielfältig sind. Aus diesem Grund geht die Autorin der Frage nach, ob die BRD Tendenzen einer sozialen Polarisierung aufweist. Trotz einiger Einschränkungen lassen sich aber vielfältige Anzeichen einer Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse einzelner Bevölkerungsgruppen feststellen. Diese äußern sich weniger in zusammenfassenden Verteilungsmaßen als vielmehr in disaggregierten Betrachtungsweisen. So hat in Westdeutschland zwischen 1978 und 1993 sowohl der Bevölkerungsanteil, der in relativer Einkommensarmut lebt, als auch der Anteil der Reichen zugenommen. Dies könnte man als Polarisierungstendenz bezeichnen, wenn man Polarisierung allgemein als Prozess der Herausbildung bzw. Vergrößerung von zwei auseinanderliegenden Einkommensgruppen versteht. Neben diesen Tendenzen beinhaltet das nach wie vor starke Ost-West-Gefälle im Lebensstandard ein nicht zu unterschätzendes gesellschaftliches Spannungs- und Spaltungspotential.

Becker, I. (1998): *Vergleich und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte.* EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Becker, I. (1998): Vergleich und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte. *WSI-Mitteilungen*, 51, 747-757.

Abstract: Die Erörterung alternativer Grundsicherungskonzepte ist neuerdings weniger auf das primäre Ziel der Gewährleistung eines soziokulturellen Existenzminimums konzentriert. Vielmehr wird beschäftigungspolitischen Aspekten zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet. In den folgenden Analysen werden zur Herausarbeitung der grundlegenden Unterschiede zwischen den einzelnen Konzepten auf Einzelheiten hinsichtlich des Leistungsträgers verzichtet und durch einheitliche Annahmen ersetzt. So wird im Folgenden von Haushalten als Transferobjekt ausgegangen. Sowohl die quantitative Abschätzung unmittelbarer Kosten als auch die qualitative Analyse der unmittelbaren Effekte von alternativen Grundsicherungskonzepten führen zu einer skeptischen Beurteilung der Modelle.

Becker, I. (1999): Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Tendenz sozialer Polarisierung? Teil 1: Veränderungen der personellen Einkommensverteilung. *WSI-Mitteilungen*, 52, 205-214.

Abstract: Die Verteilungsberichterstattung hat sich in jüngster Zeit verbessert, da zumindest für die Entwicklung der Einkommensverteilung mehr oder weniger regelmäßige Untersuchungen publiziert werden. Für die Vermögensverteilung sind die vorhandenen Informationen wesentlich spärlicher, so dass ein integrativer Ansatz zur Analyse beider Komponenten materiellen Wohlstands bisher nicht realisiert worden ist. Deshalb muss sich auch diese Arbeit auf eine getrennte Darstellung beschränken. Aufgrund des Umfangs werden die Ergebnisse in zwei Teilen veröffentlicht, im ersten Teil die Entwicklung der Einkommensverteilung, wobei auf der Basis von anonymisierten Mikrodaten ein hoher Differenzierungsgrad erreicht wird. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der BRD ist seit Beginn der 80er durch moderates Wachstum bei drastisch steigender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Das reale verfügbare Einkommen pro Kopf ist zwischen 1991 und 1994 leicht gesunken. Daher beschäftigt sich der erste Teil mit der Frage, wie sich diese ambivalente Entwicklung im Zusammenhang mit

gleichzeitigen Veränderungen der wirtschaftlichen und demographischen Struktur sowie der politischen Rahmenbedingungen auf die Einkommensverteilung auswirkt. Ob sich daraus auch eine soziale Polarisierungstendenz ableiten lässt, ist angesichts des unklaren Begriffs der Polarisierung und der begrenzten Aussagekraft des Datenmaterials strittig.

Becker, I. (1999): Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Tendenz sozialer Polarisierung? Teil 2: Zum Ausmaß der Vermögenskonzentration. *WSI-Mitteilungen*, 52, 331-337.

Abstract: Die Verteilungsberichterstattung hat sich in jüngster Zeit verbessert, da zumindest für die Entwicklung der Einkommensverteilung mehr oder weniger regelmäßige Untersuchungen publiziert werden. Für die Vermögensverteilung sind die vorhandenen Informationen wesentlich spärlicher, so dass ein integrativer Ansatz zur Analyse beider Komponenten materiellen Wohlstands bisher nicht realisiert worden ist. Deshalb muß sich auch diese Arbeit auf eine getrennte Darstellung beschränken. Aufgrund des Umfangs werden die Ergebnisse in zwei Teilen veröffentlicht, der vorliegende zweite Teil beschäftigt sich mit dem Ausmaß der Vermögenskonzentration. Als Ergebnis auf die Frage, ob sich soziale Polarisierungstendenzen feststellen lassen, sind nur vorsichtige Schlussfolgerungen möglich, da das Datenmaterial nicht sehr zeitnah ist. Trotz aller Einschränkungen gibt es vielfältige Hinweise auf eine Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse einzelner Bevölkerungsgruppen.

Becker, I. (2000): *Einkommensverteilung in Deutschland: Strukturanalyse der Ungleichheit nach Einkommenskomponenten*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Die Heterogenität der Einkommenspositionen innerhalb von sozialen Gruppen resultiert - abgesehen von den jeweiligen Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen - zum einen aus der starken Disparität der jeweiligen Haupteinkommensart, zum anderen aus der Querverteilung, d.h. der ungleichen Verteilung von weiteren Einkommensarten (z. B. Vermögenseinkommen als Ergänzung zu Erwerbs- oder Transfereinkommen), und der ungleichen Belastung mit Abgaben. Diese Einflussfaktoren werden mit einer Komponentenanalyse näher untersucht mit dem Ziel, einen Beitrag zur Erklärung der mäßigen Veränderung von aggregierten Maßen der Sekundärverteilung zu leisten. Aus diesem Grund wird in den Analysen an das Haushaltsnettoeinkommen angeknüpft, wobei von der "Pool-Annahme" der gemeinschaftlichen Verwendung aller individuellen Einkommen im Haushaltskontext ausgegangen wird.

Becker, I. (2000): Niedrige Lohneinkommen: Ein Indiz für prekäre Einkommenssituationen im Haushaltskontext? *Zeitschrift für Sozialreform*, 46, 891-908.

Abstract: Zur Überprüfung der Frage, ob und gegebenenfalls inwieweit von einer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Zielkongruenz ausgegangen werden kann, soll im Folgenden durch Darstellung des Zusammenhangs zwischen individuellen Arbeitseinkommen und Lebensstandard und der Bedeutung des jeweiligen Haushaltskontextes untersucht werden. Zur Approximierung des individuellen Lebensstandards wird an das Haushaltsnettoeinkommen angeknüpft, wobei von der "Pool-Annahme" der gemeinschaftlichen Verwendung aller individuellen Einkommen im Haushaltskontext ausgegangen wird. Um aus dem Haushaltsnettoeinkommen einen Indikator für individuelle Wohlstandsposition abzuleiten, wird in der neueren Literatur das Äquivalenzeinkommenskonzept herangezogen. Aus der Vielzahl möglicher Äquivalenzskalen wurde für die folgende Analyse die so genannte ältere OECD-Skala ausgewählt. Als empirische Grundlage wird die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 herangezogen (die aktuellere EVS 1998 stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung).

Becker, I. (2000): Reichtum in Deutschland. Daten, Fakten und offene Fragen. *Soziale Sicherheit*, 49, 376-384.

Abstract: Unter dem Titel "Reichtum verpflichtet" stand der von der SPD-Bunderstagsfraktion am 21. September in Stuttgart eröffnete "Diskurs zur Armuts- und Reichtumsberichterstat-

tung". Die Veranstaltung diene der politischen Begleitung des nationalen Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung im kommenden Jahr erstmals vorlegen wird. Die Verpflichtung dazu geht auf einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen zurück. Der im Folgenden dokumentierte Text zählt zu den auf der Tagung gehaltenen Referaten und beantwortet die Frage: "Was wissen wir über Reichtum in Deutschland?" Im Folgenden wird nun der Sektor der privaten Haushalte betrachtet und ein enger Einkommens- und Verbrauchsbegriff zugrunde gelegt, der auf monetäre Größen beschränkt ist. Wegen weitgehend ungelösten Erfassungs- und Bewertungsprobleme bleiben reale oder nicht monetäre Einkommensbestandteile, z.B. die Inanspruchnahme des Bildungssystems oder von Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und Freizeit, als weitere Wohlstandskomponente ebenso ausgeklammert wie auf der Vermögensseite immaterielle Rechte, das Humankapital, das Sozialvermögen als akkumulierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung, nicht-reproduzierbare Ressourcen und die Umweltqualität. Datengrundlage sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), Einheitswertstatistiken und Steuerstatistiken. Für die Wohlstands- und Reichtumsanalyse sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes die wichtigsten Datengrundlagen. Die bedeutendste nichtamtliche Quelle ist das Sozioökonomische Panel (SOEP).

Becker, I. (2001): *Personelle Einkommensverteilung 1993 und 1998: Ergebnisse der EVS zur Ungleichheit innerhalb und zwischen sozio-ökonomischen Gruppen*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Im folgenden Beitrag wird zunächst die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland zwischen 1993 und 1998 auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben dargestellt. Dabei werden hoch aggregierte Indikatoren berechnet, mit denen die Informationsfülle einer Mikrodatenquelle zu einer Zahl bzw. zu einer eindimensionalen relativen Häufigkeitsverteilung verdichtet wird. In einem zweiten Schritt wird schwerpunktmäßig untersucht, welche Verteilungsstrukturen sich hinter diesen Darstellungen der Gesamtverteilung verbergen. Es wird weiter der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung auf unterschiedliche soziale Positionen von sozialen Gruppen innerhalb der Einkommenshierarchie einerseits und auf Disparitäten innerhalb derartiger Gruppen andererseits zurückführen lässt. Aus dem Ergebnis lassen sich Hinweise darauf ableiten, ob mit politischen Maßnahmen, die an soziodemographischen Haushaltsmerkmalen anknüpfen, die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung insgesamt wesentlich beeinflusst werden kann.

Becker, I. (2001): Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: ein Bild mit unscharfen Konturen. *Politische Bildung*, 34, 19-39.

Abstract: Das Bild über die Einkommens- und Vermögensverteilung und ihre Entwicklung in Deutschland ist so diffus wie die vorhandenen Datenquellen lückenhaft und die methodischen Ansätze vielfältig sind. Seit den siebziger Jahren hat sich die empirische Basis für Verteilungsrechnungen zwar deutlich verbessert aber die Erhebung der sensiblen Einkommens- und insbesondere der Vermögensdaten stößt grundsätzlich an enge Grenzen, so dass die Erkenntnisse über die Verteilungswirklichkeit nach wie vor partiell sind. Im Folgenden werden einige Ergebnisse vorgestellt, wobei nur der Sektor der privaten Haushalte betrachtet und ein enger Einkommens- und Vermögensbegriff zugrunde gelegt wird, der auf monetäre Größen beschränkt ist. Zusammenfassend lässt sich auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben festhalten, dass die Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung in Deutschland wesentlich größer als die der Einkommensverteilung ist, letztere aber im Zeitverlauf tendenziell zugenommen hat.

Becker, I. (2001): *Kostenelemente eines Bürgergeldmodells: Empirische Schätzungen der unmittelbaren fiskalischen Effekte*. in: Störmann, Wiebke und Radke, Petra (Hrsg.): Grundsicherung aus ökonomischer und sozialpolitischer Sicht. edition sigma.

Becker, I. (2001): *Frauenerwerbstätigkeit und ihre Bedeutung für die Einkommenssituation im Haushaltskontext*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Dieses Thema erfordert ein stark differenzierendes Analysekonzept, da die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen heute vielfältiger und denen der Männer ähnlicher geworden sind. Eine durchgängige Benachteiligung der Frauen oder auch nur ihrer Mehrheit kann nicht mehr ohne weiteres angenommen werden. Die Frage, inwieweit in Deutschland "Frauendiskriminierung" vorkommt, wird unter verschiedenen Aspekten diskutiert. Dabei scheint die direkte Lohndiskriminierung noch immer erheblich zu sein, allerdings einen geringeren Teil auszumachen als die indirekte Benachteiligung durch die nach wie vor dominierende traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Ob diese Benachteiligung von Frauen hinsichtlich der individuellen Erwerbschancen auch zu prekären Einkommensverhältnissen führt bzw. inwieweit Frauenerwerbstätigkeit der "Feminisierung" und "Infantilisierung" von Armut entgegenwirkt, soll im Folgenden untersucht werden - allerdings nur mit einer Querschnittsperspektive auf Frauen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren.

Becker, I. (2001): *Personelle Vermögensverteilung und Aktienbesitz*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Die aktuelle Vermögensverteilung ist nicht nur unter allgemeinen Gerechtigkeitsgesichtspunkten, sondern auch bei der Beurteilung der faktischen Rahmenbedingungen des geforderten Paradigmenwechsels von zentraler Bedeutung. Dabei werden in der aktuellen Debatte teilweise weitreichende Erwartungen an die gestiegene bzw. künftig steigende Teilhabe breiter Bevölkerungskreise am Produktivvermögen geknüpft. Vor diesem Hintergrund soll in der folgenden Skizzierung der personellen Vermögensverteilung in Deutschland auch die Bedeutung des Aktienbesitzes herausgearbeitet werden, da die über einen langen Zeitraum beobachtete Zunahme der Zahl der Aktionäre sowie der Anstieg des DAX, NEMAX etc. allein noch keine Hinweise auf damit evtl. verbundene Verteilungsänderungen gibt.

Becker, I., Ott, N., und Rolf, G. (2001): *Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Campus.

Abstract: Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um eine Festschrift für Prof. Dr. Richard Hauser. Die thematische Ausrichtung knüpft dabei an die hauptsächlichen wissenschaftlichen Betätigungsfelder von Richard Hauser an. Die einzelnen Beiträge lassen sich folgenden Themenbereichen zuordnen: Herausforderungen und Perspektiven des Sozialstaates, empirische Grundlagen für eine kontinuierliche Sozialberichterstattung, Entwicklungen und Probleme der Wohlstandsverteilung sowie Reformdiskussionen in der wissenschaftlichen Politikberatung.

Becker, I., Frick, J. R., Grabka, M. M., Hauser, R., Krause, P., und Wagner, G. (2002): *A comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP*. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Description and analysis of the personal income distribution in Germany rely heavily on two major surveys, the EVS and the SOEP. These surveys, however, do not deliver exactly the same results in terms of income levels and structure, as well as on inequality and poverty. Some of the discrepancies have led to confusions in the political debate following the first official Poverty and Wealth Report in Germany. Thus the purpose of the paper is to highlight the methodological differences between EVS and SOEP against the background of the recommendations of the "Canberra Group" (Expert Group on Household Income Statistics) and to give a comparison of some substantive results on the basis of both surveys. In describing and discussing systematically the features of the two major inquiries on household income, the authors aim to improve the understanding of differences in findings when measuring the German income distribution using SOEP and EVS, respectively.

Becker, I., Frick, J. R., Grabka, M. M., Hauser, R., Krause, P., und Wagner, G. (2002): *A Comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP*. S. 55-90 in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.): *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and European Point of View*. Berlin, Heidelberg: Springer.

Abstract: Description and analysis of the personal income distribution in Germany rely heavily on two major surveys, the EVS and the SOEP. These surveys, however, do not deliver exactly the same results in terms of income levels and structure, as well as on inequality and poverty. Some of the discrepancies have led to confusions in the political debate following the first official Poverty and Wealth Report in Germany. Thus the purpose of the paper is to highlight the methodological differences between EVS and SOEP against the background of the recommendations of the "Canberra Group" (Expert Group on Household Income Statistics) and to give a comparison of some substantive results on the basis of both surveys. In describing and discussing systematically the features of the two major inquiries on household income, the authors aim to improve the understanding of differences in findings when measuring the German income distribution using SOEP and EVS, respectively.

Becker, I. (2002): *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: ein Bild mit unscharfen Konturen*. S. 19-39 in: Andresen, U. (Hrsg.): *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland – skandalös oder gerechtfertigt?* Schwalbach/Ts.: Reihe "Uni Studien Politik".

Abstract: Das Bild über die Einkommens- und Vermögensverteilung und ihre Entwicklung in Deutschland ist so diffus wie die vorhandenen Datenquellen lückenhaft und die methodischen Ansätze vielfältig sind. Entsprechend unterschiedlich fallen die Bewertungen und politischen Forderungen aus. Im Folgenden werden einige Ergebnisse vorgestellt, wobei nur der Sektor der privaten Haushalte betrachtet und ein enger Einkommens- und Vermögensbegriff zugrunde gelegt wird, der auf monetäre Größen beschränkt ist. Auf Basis der EVS läßt sich feststellen, dass die Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung in Deutschland wesentlich größer ist als die der Einkommensverteilung, letztere hat im Zeitablauf aber tendenziell zugenommen. Wegen verschiedener Unzulänglichkeiten der vorhandenen Daten sind die hier vorgestellten Ergebnisse allerdings vorsichtig zu interpretieren. Trotz noch offener Fragen hat die empirische Verteilungsforschung in den letzten beiden Jahrzehnten wichtige Erkenntnisse gebracht, die nicht zuletzt durch den verbesserten Zugang zu Mikrodatenquellen ermöglicht wurden.

Becker, I. und Hauser, R. (2002): *Zur Entwicklung von Armut und Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland - eine Bestandsaufnahme*. S. 25-41 in: Butterwegge, C. und Klundt, M. (Hrsg.): *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: Die Frage nach der Generationengerechtigkeit stellt einen spezifischen Aspekt des allgemeinen Problems der Verteilungsgerechtigkeit dar und ist nur im Kontext der Gesamtentwicklung von Wohlstand und seiner Verteilung in einer Gesellschaft sinnvoll zu diskutieren. Es wird versucht, einen empirischen Beitrag zur notwendigen Bestandsaufnahme zu leisten, ohne die eine sachliche gesellschaftspolitische Auseinandersetzung nicht möglich ist. Dabei beschränken sich die Autoren auf die personelle Einkommensverteilung, also nur auf eine, in marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten allerdings sehr wesentliche Ressource von Wohlfahrt. Weiterhin wird die Betroffenheit von Einkommensarmut bzw. die empirische Relevanz von gehobenem Einkommenswohlstand für einzelne Altersgruppen untersucht, wobei es sich grundsätzlich um Querschnittsanalysen handelt. Auf diese Art und Weise können Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob im jeweiligen Untersuchungsjahr die jüngere bzw. die ältere Generation proportional bzw. über- oder unterdurchschnittlich in den Randbereichen der Einkommensverteilung vertreten war. Unberücksichtigt bleibt dabei die Verteilung zwischen den Generationen auf der Basis von Lebenseinkommen.

Becker, I. (2003): *Die Reichen und ihr Reichtum*. S. 73-97 in: Hradil, S. und Imbusch, P. (Hrsg.): *Oberschichten - Eliten - Herrschende Klassen*. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: Im Folgenden geht es um eine sinnvolle Grenzziehung zwischen Reichtum und lediglich Wohlhabenheit und der Untersuchung von Reichtum bzw. ihrer Verteilung in der BRD. Da bisher noch kein fundierter und operationaler Reichtumsbegriff entwickelt worden ist, kann im Folgenden nur der Versuch unternommen werden, unter Verwendung alternativer Grenzwerte - die relativ oder beim Vermögen auch absolut gesetzt werden - einen ungefähren Eindruck über den Bereich sehr hoher Einkommen und Vermögen zu ermitteln. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Ausmaß und Struktur von Reichtum in Abhängigkeit von der konkreten Eingrenzung dieser Oberschicht deutliche Unterschiede aufweisen. Je nachdem, wie hoch die "Latte" bei den Kriterien des Einkommens und des Vermögens gelegt wird, sind nach Ergebnissen der EVS 1998 zwischen 3,1 Prozent und 0,2 Prozent der westdeutschen Bevölkerung als reich einzustufen.

Becker, I. (2003): *Income Redistribution: Tax-Finances Versus Contribution-Financed Components*. S. 29-54 in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.): *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: This paper will outline a method for observing redistributive effects - more specifically, the incidence of taxes, contributions and monetary transfers - within the framework of a cross-section analysis. It is intended as a programmatic stimulus or basis for discussion about further research, rather than as a turnkey conceptual approach. Its empirical findings, therefore, should merely be interpreted as illustrations to underscore certain aspects, and not as definitive statements in themselves.

Becker, I., Frick, J. R., Grabka, M. M., Hauser, R., Krause, P., und Wagner, G. (2003): *A Comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP*. S. 55-90 in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.): *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: Description and analysis of the personal income distribution in Germany rely heavily on two major surveys, the EVS and the SOEP (Socio-Economic Panel Study). These surveys, however, do not deliver exactly the same results in terms of income levels and structure, as well as on inequality and poverty. Some of the discrepancies have led to confusions in the political debate following the first official Poverty and Wealth Report in Germany. Thus, the purpose of this paper is to highlight the methodological differences between EVS and SOEP against the background of the recommendations of the "Canberra Group" and to give a comparison of some substantive results on the basis of both surveys. In describing and discussing systematically the features of the two major inquiries on household income, the authors aim to improve the understanding of differences in findings when measuring the German income distribution using SOEP and EVS, respectively.

Becker, I. und Hauser, R. (2003): *Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969-1998*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Das vorliegende Buch enthält zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts "Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland". Die Autoren gehen dieser Frage unter Berücksichtigung verschiedener Ebenen und Aspekte des Verteilungsprozesses nach; dabei werden auch methodischen Fragen erörtert, die wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Die Untersuchung erstreckt sich auf einen Zeitraum von annähernd 30 Jahre und zeichnet ein Bild der Verteilungsentwicklung insgesamt sowie für sozio-ökonomische Teilgruppen vor dem Hintergrund der demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie sozial- und steuerpolitische Maßnahmen. Besonderer Augenmerk gilt den Randbereichen der Verteilung, also Armut und Reichtum, wobei Vermögen einbezogen wird,

außerdem der Einkommenslage von Familien – auch unter dem Aspekt der Frauenerwerbsbeteiligung. Insgesamt zeigen sich eine mäßig zunehmende Differenzierung und eine deutlichere Zunahme relativer Einkommensarmut.

Becker, I. und Hauser, R. (2004): *Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969–1998*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Wird in Deutschland die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen immer größer, nimmt sie ab oder bleibt sie gleich? Die Autoren gehen dieser Frage unter Berücksichtigung verschiedener Ebenen und Aspekte des Verteilungsprozesses nach; dabei werden auch methodische Fragen erörtert, die wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Die Untersuchung erstreckt sich auf einen Zeitraum von annähernd dreißig Jahren und zeichnet ein Bild der Verteilungsentwicklung insgesamt sowie für sozio-ökonomische Teilgruppen vor dem Hintergrund der demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie sozial- und steuerpolitischer Maßnahmen. Besonderes Augenmerk gilt den Randbereichen der Verteilung, also Armut und Reichtum, wobei das Vermögen einbezogen wird, außerdem die Einkommenslage von Familien – auch unter dem Aspekt der Frauenerwerbstätigkeit. Insgesamt zeigen sich eine mäßig zunehmende Differenzierung und eine deutlichere Zunahme der relativen Einkommensarmut.

Becker, I. und Hauser, R. (2004): *Soziale Gerechtigkeit – eine Standortbestimmung*. Edition Sigma.

Abstract: Was soziale Gerechtigkeit sei, wer für ihre Realisierung zu sorgen habe und insbesondere welche Rolle der Staat dabei zu spielen habe – darüber wird in jüngster Zeit lebhaft gestritten. Vernehmbar ist dabei vor allem die Forderung, das Ziel sozialer Gerechtigkeit auf die Gewährleistung von formaler Chancengleichheit zu begrenzen. Becker und Hauser gehen vor diesem Hintergrund vom Sozialstaatsgebot aus und systematisieren die daraus ableitbaren Ziele der Startchancengleichheit, der Leistungs-, der Bedarfs- und der Generationengerechtigkeit mit ihren Interdependenzen. Insbesondere die Ziele Chancengleichheit und Bedarfsgerechtigkeit stehen in einem komplementären Verhältnis, was in der politischen Diskussion häufig verkannt wird. Der empirische Teil zum Status quo sozialer Gerechtigkeit geht unter anderem auf die Bildungsbeteiligung junger Menschen nach ihrer sozialen Herkunft ein, auf geschlechtsspezifische Chancen, die Vermögensverteilung sowie die Ungleichverteilung der Markt- und der Nettoeinkommen. Schließlich werden die gängigen Generationenbilanzen durch eine umfassendere Betrachtung des Generationenerbes erweitert. Im Ergebnis wird offensichtlich, daß Defizite insbesondere hinsichtlich der Chancengleichheit und in zunehmendem Maß bei der Umsetzung von Bedarfsgerechtigkeit bestehen.

Becker, I. und Hauser, R. (2004): *Verteilung der Einkommen 1999–2003*. Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung. Frankfurt a.M.
URL:http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a338-verteilung-der-einkommen-1999-2003.pdf?__blob=publicationFile

Becker, I. und Hauser, R. (2005): *Dunkelziffer der Armut. Ausmaß und Ursachen der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Dem vorliegenden Buch liegt ein Gutachten der beiden Verfasser über die "Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen (Dunkelzifferstudie)" zugrunde, das im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung bzw. des früheren Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung zur Vorbereitung des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung erstellt wurde. Es basierte auf einer parallelen Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes, des vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, betreuten Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) sowie des von Infratest Sozialforschung, München, durchgeführten Niedrigeinkommenspanels (NIEP) für das Stichjahr 1998. Das Gutachten wurde im Oktober 2003 abgeschlossen. Seitdem sind auch die Einzeldaten der EVS für die ersten beiden Quartale des Jah-

res 2003 verfügbar geworden, so dass die Analyse mit dieser Stichprobe fortgeführt werden konnte, um Veränderungen der so genannten "verdeckten Armut" im Zeitablauf zu eruieren. Diese Ergebnisse werden hier erstmals präsentiert.

Becker, I. und Hauser, R. (2006): *Verteilungseffekte der Hartz IV-Reform. Ergebnisse von Simulationsanalysen*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Die Verabschiedung des Hartz-IV-Gesetzes ist auf heftige Proteste gestoßen. Ein Kernpunkt der Kritik bezieht sich auf die mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe verbundenen Leistungskürzungen. Führt die Reform tatsächlich zu wesentlichen Einkommenseinbußen und zu der befürchteten Verarmung von Langzeitarbeitslosen? In welchem Ausmaß treten andererseits auch positive Effekte dadurch auf, dass für Teilgruppen das neue Arbeitslosengeld II (Alg II) höher als die frühere Arbeitslosenhilfe ausfällt? Diesen Fragen geht die Studie in methodisch differenzierter Weise nach. Ausgehend von den gesetzlichen Regelungen entwickeln Becker und Hauser ein Simulationsmodell, mit dem auf der Basis von alternativen Mikrodatenquellen (EVS und SOEP) für vormalige Arbeitslosenhilfebezieher geprüft wird, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe ein Anspruch auf Alg II besteht. Im Ergebnis der Simulation zeigt sich: Es gibt Reformgewinner und -verlierer. Wer besser oder schlechter abschneidet, wird hier differenziert nach Ost- und Westdeutschland, Geschlecht, Haushaltstyp, Erwerbskonstellation im Haushalt und Altersgruppen dargestellt. Schließlich werden die reformbedingten Veränderungen der personellen Einkommensverteilung und insbesondere von Armutsquoten ermittelt.

Becker, I. (2006): *Effektive Bruttostundenlöhne in Deutschland. Eine Verteilungsanalyse unter Aspekten der Leistungsgerechtigkeit und besonderer Berücksichtigung des Niedriglohnsegments*. Arbeitspapier Nr. 2 des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main.

URL: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2005-773-4-2.pdf

Abstract: Ziel der vorliegenden Studie ist es einen Vergleich zwischen verschiedenen Definitionen von minimaler Leistungsgerechtigkeit zu erstellen und die Auswirkungen auf die davon abgeleitete Lohnuntergrenze zu untersuchen.

Becker, I. (2007): *Konsumausgaben von Familien im unteren Einkommensbereich*. Arbeitspapier Nr. 4 des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main.

URL: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2005-773-4-4.pdf

Abstract: Die Hartz-IV-Leistungen für Familien mit Kindern ermöglichen keine angemessene Teilhabe. Ausgerechnet der Bildungsbedarf - zum Beispiel Schulbücher oder Nachhilfe - wird vernachlässigt. Kinder erhalten nur eine Teilmenge des knapp bemessenen Betrags für Erwachsene. Der so genannten Eckregelsatz spiegelt den monatlichen Mindestbedarf eines Alleinstehenden nach den Vorstellungen des Gesetzgebers wieder - derzeit 347 Euro. Hartz-IV-Leistungen für weitere Haushaltsangehörige orientieren sich ebenfalls am Eckregelsatz: Erwachsene und Kinder ab 15 Jahren bekommen 80 Prozent des Regelsatzes, jüngere Kinder 60 Prozent. Der Eckregelsatz wird anhand der Konsumausgaben des unteren Fünftels der Alleinstehenden ermittelt, wobei Sozialhilfe- oder Grundsicherungsempfänger vorher herausgerechnet werden. Als Datenbasis dient die alle fünf Jahre erhobene Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes, die letzte Erhebung war 2003. Die Alleinstehenden sind keine geeignete Bezugsgruppe, wenn es darum geht, den Bedarf von Familien zu ermitteln, ist das Fazit der Untersuchung.

Becker, I. (2007): *Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II-Grenze*. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 4.

Abstract : Ziel der vorliegenden Studie ist die Ermittlung von Größe und Struktur der Bevölkerung in Deutschland mit Einkommen unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums. Dieses Minimum ergibt sich aus den Vorschriften des SGB II bzw. SGB XII zur Bemessung des mit Alg II und Sozialgeld bzw. mit Hilfe zum Lebensunterhalt zu sichernden Bedarfs; es kennzeichnet damit eine Armutsgrenze „nach gesetzlicher Lesart“. Zur Erfassung des Einkommensegments unter der Alg II-Grenze wird ein Mikrosimulationsmodell entwickelt und mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels von 2004 gerechnet. Mit dem Simulationsmodell werden zunächst Bedarfsgemeinschaften innerhalb der Haushalte nach den Vorschriften des SGB II approximativ abgegrenzt, für die dann der Bedarf ermittelt und dem jeweiligen Einkommen gegenübergestellt wird. Zudem wird zumindest näherungsweise überprüft, inwieweit die Vermögensverhältnisse der einkommensarmen Haushalte einem Unterstützungsanspruch entgegen stehen. Aus einer Gegenüberstellung der Simulationsergebnisse mit Daten der Bundesagentur für Arbeit über die tatsächlichen Grundsicherungsempfänger(innen) ist schließlich zu folgern, dass die amtlichen Zahlen die Größe und Struktur des Niedrigeinkommensbereichs nur teilweise spiegeln und nicht als Indiz für ungerechtfertigte Leistungsanspruchnahme zu werten sind.

Becker, Irene (2015): *Der Einfluss verdeckter Armut auf das Grundsicherungsniveau*. Arbeitspapier, Arbeit und Soziales.

Abstract: In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekt (Nr. S 2012-580-4) ist das derzeitige Verfahren zur Berechnung des Grundsicherungsniveaus kritisch analysiert worden (Becker/Schüssler 2014). Dabei blieb allerdings die Frage unbeantwortet, inwieweit das gesetzliche Existenzminimum dadurch beeinflusst wird, dass Haushalte, die eine zustehende Grundsicherungsleistung nicht in Anspruch nehmen (verdeckte Armut), bisher aus den Regelbedarfsberechnungen nicht ausgeschlossen werden. Die verbliebene Wissenslücke wurde hinsichtlich des Existenzminimums von Erwachsenen mit der vorliegenden Ergänzungsstudie geschlossen, wobei an vorliegende Ergebnisse des Vorläuferprojekts sowie an eine Arbeit des IAB (2013) angeknüpft werden konnte. Es zeigt sich ein moderater Effekt der Ausklammerung verdeckter Armut aus der Grundgesamtheit: ein Plus von 12 € bei der Regelbedarfsstufe 1, die sich 2014 auf 403 € statt auf 391 € belaufen hätte. Wenn zudem die neuen Restriktionen von 2011 unterblieben wären, hätte das soziokulturelle Existenzminimum im letzten Jahr sogar bei 435 € gelegen.

Bedau, K-D. (1972): Das Einkommen der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland. *DIW-Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 48-60.

Bedau, K-D. (1976): Einige Bemerkungen zur Statistik der Einkommensverteilung. *WSI-Mitteilungen*, 29, 222-230.

Bedau, K-D. und Krause, P. (1998): Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 3, 209-234.

Abstract: In Deutschland gibt es eine Reihe von Statistiken, in denen der Einkommensaspekt mehr oder weniger stark im Vordergrund steht. Die gebräuchlichsten von ihnen- die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Mikrozensus sowie das Sozio-ökonomische Panel- werden hier gegenübergestellt und ihre Ergebnisse miteinander verglichen. Zwischen den Aggregaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und den vergleichbaren Ergebnissen der EVS besteht in den meisten Fällen eine sehr gute Übereinstimmung. Geringer der Repräsentationsgrad der Einkommensdaten des Mikrozensus (MZ). Hier ist man auf die Selbsteinstufung der teilnehmenden Haushalte angewiesen. Von dem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachgewiesenen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürfen im MZ von 1993 nur knapp 80% abgedeckt sein. Die jahresbe-

zogenen Daten über die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im Sozio-ökonomischen Panel in ähnlicher Weise wie in der EVS repräsentiert.

Bedau, K-D. (1999): *Ersparnis und Vorsorgeaufwendungen nach Haushaltsgruppen*. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Abstract: Seit geraumer Zeit geht die gesamtwirtschaftliche Sparquote zurück. Dabei differieren die Sparquoten der einzelnen sozioökonomischen Haushaltsgruppen beträchtlich. Allerdings ist ein Vergleich aufgrund der unterschiedlichen statistischen Verbuchungen von Vorsorgeaufwendungen nicht unproblematisch. So sind Selbständige von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit; sie finanzieren ihre Altersvorsorge z.B. durch Lebensversicherungen. Rechnerisch resultiert hieraus eine vergleichsweise hohe Sparquote. Für Angestellte und Arbeiter gründet sich die Altersvorsorge auf Pflichtbeiträge an die gesetzliche Rentenversicherung, daher fällt die Sparquote hier eher niedrig aus. Aussagekräftiger ist es daher, statt der Ersparnis die Vorsorgeaufwendungen der sozioökonomischen Haushaltsgruppen gegenüberzustellen. Anhand der EVS 1993 kann gezeigt werden, dass die Vorsorgequoten der Selbständigen- und der Arbeitnehmerhaushalte in ihrer Höhe weniger stark differieren.

Behrends, Sylvia und Kott, Kristina (2009): *Zuhause in Deutschland. Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte*. Ausgabe 2009. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/ZuhauseinDeutschland1023203099004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Wie intensiv partizipieren die privaten Haushalte in Deutschland an den Entwicklungen der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien? Wie hat sich die Nutzung traditioneller technischer Güter im Haushalt im Lauf der Zeit verändert und in welchem Maße bestimmen die neuen Technologien der Unterhaltungselektronik das Freizeitverhalten der Menschen? Wohnen sie in den eigenen vier Wänden oder tendiert die Mehrzahl doch zur Mietwohnung? Wie viele Wohnräume und wie viel Wohnfläche stehen den privaten Haushalten und insbesondere den Kindern zur Verfügung? Immer wenn es um die Frage geht, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gut besitzen oder wie häufig ein bestimmtes Gut in einem Haushalt vertreten ist, dann liefern die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) eine Antwort. Die EVS ist die größte repräsentative freiwillige Haushaltserhebung, die das Statistische Bundesamt gemeinsam mit den Statistischen Landesämtern alle fünf Jahre durchführt.

Zuhause in Deutschland - Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte nutzt die Ergebnisse der EVS 2008 und vermittelt auf anschauliche Weise, dass neben dem Einkommen noch andere Faktoren die Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern sowie die Wohnsituation beeinflussen. So tendieren z.B. junge Haushalte wesentlich stärker zur Nutzung neuer Medien als Haushalte von Älteren. Gehören Kinder zum Haushalt, so verschiebt sich das Bild ein wenig. Es werden zwar verstärkt Güter der Informations- und Kommunikationstechnologie genutzt, darüber hinaus erhalten aber auch die Medien der Unterhaltungselektronik, wie DVD- und MP3-Player deutlich mehr Zuspruch. Schwerpunkt dieser Publikation bildet die Betrachtung der Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern. In Verbindung mit sozialen Merkmalen, Einkommen und Haushaltstypen wird ein differenziertes Bild der Lebenssituation in Deutschland gezeichnet.

Bellgardt, E. (2000): Wohnkosten und Besitzwahl. Empirische Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 220, 653-668.

Abstract: Es wird der Frage nachgegangen, welchen Einfluss die Kosten der Besitzformen Miete und Eigentum auf die Besitzwahl der Haushalte haben. Dazu werden die relevanten Kosten der Wohnungsnutzung sowohl für Mieter- als auch für Eigentümerhaushalte bestimmt. Im Anschluß werden diesen Kosten jene hypothetischen Kosten gegenübergestellt, die Wohnungsmietern entstünden, wenn sie die gemietete oder eine gleichwertige Wohnung

kaufen und Eigentümerhaushalten entstünden, wenn sie eine gleichwertige Wohnung mieten. Die Werte der meisten relevanten Variablen lassen sich mit der als Datenbasis verwendeten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Jahres 1993 haushaltsindividuell ermitteln und müssen nicht durch "übliche" oder mittlere Werte approximiert werden. Mit Regressionsansätzen werden kalkulatorische Mietkosten und Verkehrswerte bestimmt. Die Verwendung kalkulatorischer Werte gewährleistet die Vergleichbarkeit von Mieter- und Eigentümerhaushalten und stellt auf beobachtete marktpreisbestimmende Wohnungsmerkmale ab. Die Gegenüberstellung von Mietkosten und Selbstnutzungskosten ergibt eine Kostendifferenz, die sich in verschiedenen Logit-Modellen als die erklärungskräftigste Variable erweist. Das Einkommen und soziodemografische Variablen dienen offenbar bei weniger sorgfältiger, d.h. haushaltsindividueller Operationalisierung der Kostenvariable auch als Proxies für bestimmte Kostenkomponenten.

Bellgardt, E. (2001): *Bau und Besitzform von Wohnungen in Deutschland*. Habilitationsschrift am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

URL: <http://www.bellgardt-behr.de/habil.pdf>

Bender, S. und Hilzendege, J. (1995): Die IAB-Beschäftigtenstichprobe als scientific use file. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 1, 76-95.

Abstract: Die seit 1973 aufgebaute Beschäftigtenstatistik ist neben der Volks- und Berufszählung, dem Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe eine der für die Sozialforschung wichtigsten Datenquellen der Sozialstatistik. Angesichts der Bedeutung, die die Beschäftigtenstatistik als Datenquelle für die Arbeitsmarktforschung hat, haben das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin (WZB), das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim (ZUMA) und das IAB ein gemeinsames Projekt durchgeführt, mit dem Ziel, diese Daten nach dem Konzept der faktischen Anonymität und soweit datenschutzrechtlich möglich, allen interessierten Forschern über das Zentralarchiv in Köln (ZA) zugänglich zu machen (scientific use file). Die Basis für die Erstellung der anonymisierten Datei bildet eine 1-Prozent Stichprobe aus der Historikdatei (IAB-Beschäftigtenstichprobe), die für den Zeitraum 1975-1990 tagesgenaue Verlaufsinformationen von etwa 430.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthält. Die IAB-Beschäftigtenstichprobe wird um zusätzliche Merkmale für Betriebe, sowie über den Bezug von Lohnersatzleistungen ergänzt.

Benz, Benjamin (2012): *Armut im Familienkontext*. S. 434-452 in: *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*. Springer.

URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-19257-4_22

Abstract: Armut lässt sich allein individuell nicht angemessen betrachten, da Haushalts- und Familienkontexte für von Armut betroffene oder bedrohte Menschen meist eine wesentliche Rolle bezogen auf Armutsrisiken und -ursachen sowie für Schutzfaktoren, Ressourcen und Selbsthilfepotentiale spielen. Armut im Familienkontext steht dabei in engem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Ursachen, Risiken, Schutz- und Hilfsmaßnahmen, die etwa den Zugang von jungen Eltern zu und ihren Verweis auf Erwerbsarbeit prägen, über das Kindergeld Unterhaltskosten von Kindern zumindest teilweise vom Familienbudget auf öffentliche Kassen verlagern oder über Bildungs- und Beratungsangebote Familien in Armutslagen stärken. Die Verbreitung von Armut hat in der Bundesrepublik seit vielen Jahren nicht nur allgemein zugenommen, Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene, Familien allein Erziehender, kinderreiche Familien und Familien mit Migrationsgeschichte sind von Armut und ihrer Zunahme überdurchschnittlich betroffen. Dies wirft Fragen sowohl zur Veränderung von Familienstrukturen auf, als auch solche zur Angemessenheit gesellschaftlicher Schutz- und Unterstützungssysteme gegen Armut im Familienkontext.

Bergs, C., Glasmacher, G., und Thöne, M. (2007): *Auswirkungen stark steigender Preise für Öl und Gas auf Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW*. Köln.

URL: http://www.wiso.uni-koeln.de/finanzfors/pdf/Endbericht_Enquete_P165.pdf

Abstract: Der Klimawandel stellt die Energiepolitik in vielen Staaten vor große Herausforderungen. Dabei genießen gerade die schädlichen Umweltwirkungen eines stetig steigenden Energiebedarfs in der Öffentlichkeit eine hohe Aufmerksamkeit. Diese Entwicklung hat allerdings mittelbar über kontinuierlich ansteigende Energiepreise auch eine verteilungspolitische Dimension. Gerade einkommensschwache Haushalte sind in besonderer Weise betroffen, da hier Preissteigerungen der Energiekosten die größten relativen Einbußen beim verbleibenden Haushaltseinkommen bewirken und zugleich die Ausweichmöglichkeiten denkbar gering sind. Der nordrheinwestfälische Landtag hat daher auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im September 2005 eine Enquêtekommision gebildet, die sich mit den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen beschäftigt.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Instituts für die Enquêtekommision steht die analytische und wissenschaftlich fundierte Aufbereitung der Problematik stark steigender Energiepreise für die privaten Haushalte. Darüber hinaus sollen die fiskalischen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte untersucht werden, die sich aus den staatlichen Kompensationsleistungen an einkommensschwache Haushalte ergeben. Die Analyse soll primär durch die Methodik der Mikrosimulation anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Jahres 2003 erfolgen.

Berntsen, R. und Hauser, R. (1987): *Strukturen der Einkommensverteilung von Haushalten und Personen*. S. 19-42 in: Krupp, H.-J. und Hanefeld, U. (Hrsg.): *Lebenslagen im Wandel: Analysen 1987*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Beznoska, Martin (2013): *Intertemporal and Intratemporal Household Consumption Allocation*. Freie Universität Berlin.

URL: http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_000000095412

Abstract: Diese Dissertation beschäftigt sich mit verschiedenen Fragestellungen, die den Konsum privater Haushalte betreffen. In drei Kapiteln wird sowohl der intertemporale Konsum, als auch die Nachfrage nach bestimmten Gütern empirisch mit Mikrodaten, die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Privathaushalte enthalten, analysiert. Die verwendeten Modelle und die Schätzergebnisse sind sowohl für mikro- als auch für makroökonomische Fragestellungen von Relevanz.

Bihler, W., Meyer, K., und Schmidt, J. (1988): *Zur Zuverlässigkeit von Bevölkerungstichproben ohne Auskunftspflicht. Heft 5 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik* (Hrsg. Statistisches Bundesamt). Wiesbaden.

Institut für Soziologie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hrsg.) Birkel, C. (2004): *Zur langfristigen Entwicklung von Einkommensgleichheit, Armut und Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden*. Der Hallesche Graureiher. Halle (Saale): Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

URL: <http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/0406.pdf>

Abstract : Der Forschungsbericht bietet eine Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Entwicklung der Einkommensungleichheit und der Umverteilungswirkung von Steuern und Sozialleistungen in Westdeutschland, Schweden und dem Vereinigten Königreich. Darüber hinaus werden die Probleme herausgearbeitet, die bei der Sammlung von validen Daten zu theoretisch relevanten Strukturindikatoren entstehen, sobald die entsprechenden Zeitreihen für eine längere Periode und/oder mehrere Länder zusammengestellt werden sollen

- Birkel, C. (2005): *Einkommensungleichheit und Umverteilung in Westdeutschland, Großbritannien und Schweden, 1950–2000*. Working Paper Series. Luxembourg: Luxembourg Income Study. URL: <http://www.lisproject.org/publications/liswps/425.pdf>

Abstract: Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung und der Verteilungswirkung von Transfers in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden als Exponenten unterschiedlicher wohlfahrtsstaatlicher Regime wird anhand von Daten aus nationalen Quellen und der Luxembourg Income Study (LIS) dargestellt. Der vielfach dokumentierte „U-Turn“ findet sich in allen drei Ländern auch bei Kontrolle von Kompositionseffekten. Ebenso werden die Befunde für Niveauunterschiede und Entwicklungstendenzen bei der Umverteilungswirkung nicht erheblich durch Unterschiede bzw. Veränderungen in der demographischen Struktur beeinflusst, treten bei deren Kontrolle aber deutlicher hervor. Die vorliegende Evidenz bezüglich der Umverteilungseffizienz unterstützt überwiegend Korpi und Palmes These des „Umverteilungsparadoxes“. Die Befunde werden im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung von Einkommensungleichheit und Umverteilungspolitik diskutiert.

- IAB (Hrsg.) Blos, K. (2006): *Haushalte im Umfeld des SGB II*. IAB-Forschungsbericht, 19/2006. Nürnberg. URL: <http://www.iab.de/de/185/section.aspx/Publikation/k061124a03>

Abstract: Die gestiegene Zahl an Empfängern der Grundsicherung für Arbeitsuchende seit Januar 2005 hat Erklärungsbedarf für die unerwartete Entwicklung ausgelöst. Zur Erklärung des Anstiegs können verschiedenen Hypothesen aufgestellt werden. Unter anderem kann die veränderte Rechtslage zu einer teilweisen Auflösung der aus der ehemaligen Sozialhilfe bekannten Dunkelziffer der Nichtinanspruchnahme von zustehenden Leistungen geführt haben. Zum anderen fallen die neuen gesetzlichen Grundlagen im Vergleich zur Sozialhilfe in einigen wichtigen Bereichen weniger restriktiv aus und führen so zu einem erweiterten Kreis an anspruchsberechtigten Haushalten. Dem Gehalt dieser beiden Hypothesen geht der vorliegende Beitrag nach. Dazu werden zunächst in einem institutionellen Vergleich die wesentlichen Änderungen dargestellt. Diese werden dann unter Verwendung von Ergebnissen aus Dunkelzifferstudien im Hinblick auf die Inanspruchnahme analysiert. Es zeigt sich, dass es starke Argumente für beide Hypothesen gibt. Um die quantitative Bedeutung der Hypothesen zur Erklärung des Anstiegs zu bestimmen, wird der Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 simuliert. Die Berechnungen ergeben für diesen Zeitraum ein Potential von ca. 730 Tsd. Haushalten, die zusätzlich zu den ehemaligen Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfehaushalten einen Leistungsanspruch haben können. Allerdings ergeben sich nur für etwa 60 Prozent der Haushalte bedeutende Anspruchsbeträge. Häufig vertreten sind in diesem Potential an zusätzlichen Leistungsempfängern Alleinstehende, Erwerbstätige im Niedriglohnbereich und in geringerer Zahl auch Empfänger von Arbeitslosengeld und Wohngeld. Relativ häufiger, jedoch in geringerem quantitativem Umfang sind auch Selbstständige, Haushalte von Jugendlichen und Alleinerziehende betroffen.

- IAB (Hrsg.) Blos, K., Feil, M., Rudolph, H., Walwei, U., und Wiemers, J. (2007): *Förderung Existenz sichernder Beschäftigung im Niedriglohnbereich: Schätzung von Angebots-, Verteilungs- und fiskalischen Effekten des SMWA-Vorschlags*. IAB-Forschungsbericht, 07/2007. Nürnberg. URL: <http://www.iab.de/de/185/section.aspx/Publikation/k070705n13>

Abstract: In dem Forschungsbericht werden die wesentlichen Effekte der Einführung des Bofinger-Walwei-Vorschlags zur Neuordnung des Niedriglohnbereichs in Deutschland untersucht. Der Vorschlag enthält drei Kernelemente: (1) Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für bedürftige Geringverdiener; (2) die Beseitigung der bevorzugten abgaben- und steuerrechtlichen Behandlung von Mini- und Midi-Jobs sowie (3) eingeschränkte Hinzuverdienstmöglichkeiten für Empfänger des ALG II. Wir verwenden zwei Mikrosimulationsmodelle, um Arbeitsangebots-, Verteilungs- und fiskalische Effekte des Reformvorschlags abzuschätzen. Die Mikrosimulationsmodelle basieren auf unterschiedlichen Datensätzen, nämlich dem Sozioökonomischen Panel 2004 und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Es werden

sowohl 'morning after'-Effekte, also Verteilungs- und fiskalische Effekte ohne Berücksichtigung von möglichen Verhaltensanpassungen, als auch langfristige Effekte simuliert. Letztere berücksichtigen die zu erwartenden Arbeitsangebotsreaktionen nach Einführung der Reform. Die Arbeitsangebotsreaktion wird mit Hilfe eines discrete choice-Modells für unterschiedliche Haushaltstypen geschätzt. Die Simulationen zeigen eine moderate Erhöhung des Arbeitsangebots (55.000 Personen in Vollzeitäquivalenten) und nahezu durchgehend insignifikante Partizipationseffekte. Die fiskalischen Effekte sind vernachlässigbar, da die zusätzlichen Transfers, die sich aus Element (1) des Vorschlags ergeben, näherungsweise durch die reduzierten Transfers kompensiert werden, die sich aus den Elementen (2) und (3) ergeben. Die Verteilungsanalyse zeigt, dass Haushalte, die bereits im Status Quo Transfers beziehen, sich im allgemeinen schlechter stellen, während Haushalte, deren Status Quo-Einkommen zu hoch ist, um einen Alg II-Anspruch zu erwerben, von der Reform profitieren.

Boeckh, J. (2008): *Einkommen und soziale Ausgrenzung*. S. 282-300 in: Huster, Ernst-Ulrich, Boeckh, Jürgen, und Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: Springer.

Abstract: Die Verfügbarkeit über Einkommen und Vermögen bestimmt in zentraler Weise die gesellschaftlichen Teilhabe- und Verwirklichungschancen eines Menschen – sowie der von ihm ggf. abhängigen Familienmitglieder. So erweitert ein hohes Einkommen und Vermögen zum einen individuelle bzw. familiäre Spielräume für die Förderung und Entwicklung von Interessen, Kenntnissen und Fähigkeiten. Zugleich steigen mit dem Einkommen und Vermögen die Möglichkeiten, in allen relevanten Lebenslagen (v.a. Wohnen, Bildung, Gesundheit) höherwertige Dienst- und Sachleistungen in Anspruch zu nehmen. Zum anderen ist gerade das Vorhandensein von Vermögen häufig wieder selbst Quelle für weiteres Einkommen bzw. Wohlstand, so dass sich durch die Verteilung der Einkommens- und Vermögensbestände strukturelle Auswirkungen auf den Partizipationsgrad der Menschen ergeben.

Bork, C. und Petersen, H.-G. (1997): *Ein Vergleich möglicher Datensätze zur Eignung für steuerpolitische Simulationsrechnungen*. Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Lehrstuhl für Finanzwissenschaft. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Potsdam: Universität Potsdam.

URL: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2006/857/pdf/bork_petersen_paper20.pdf

Bögenhold, D. und Fachinger, U. (2000): *The Social Embeddedness of Consumption –Towards the Relationship of Income and Expenditures over Time in Germany*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 6/00.

Abstract: Expenditures and their patterns over time are expressions of the standard of living of individuals, households, and the society they live in. Nevertheless social and economic analysis focused rather on the analysis of production than on consumption, and income was widely used as a main indicator of (economic) well-being. On the other hand, expenditure regards as a measure to describe and estimate the participation of households in the wealth of nation. Therefore, there is an interest in the relationship of income and spending money. It is often considered that expenditure and income are the two sides of the same coin called "social inequality". This assumption implies a strong relationship between these two measures of welfare inequality. Due to the lack of longitudinal data in Germany, we used repeated cross-sectional data (RCS) in our empirical analysis which is based on the West German Income and Expenditure Survey (IES) in 1973, 1978, 1983, 1988 and 1993. The IES's are representative cross-sections of all West German households, collected by the Federal Statistical Office of Germany. Descriptive methods are used to separate age, cohort, and period effects just as the RCS enables us to use a linear model to shed some light on this issue. The analysis indicates that the relationship between income and expenditure is given but weak: The higher the income the looser the concrete expenditure structure in terms of real consumption is. All in all, the social organisation of consumption is a research object in itself to obtain information about the living standard of individuals and households.

Bögenhold, D., Fachinger, U., und Leicht, R. (2001): Self-employment and wealth creation: Observations on the German case. *The International Journal of Entrepreneurship and Innovation*, 2, 81-91.

Abstract: For the past two decades the subject of entrepreneurship has been revived in public discourse and economic debate. The call for entrepreneurship tends to become a call for self-employment. The authors argue that the assumption that entrepreneurship means self-employment is not correct. In addition, they focus on a key issue that frequently surfaces in the debate - the wealth of the self-employed. Their conclusion is that attention must be drawn to the multiple forms of self-employed activities, some of which are far removed from those that are normally associated with the term 'entrepreneurship'.

Böhringer, Christoph, Landis, Florian, Reanos, Tovar, und Angel, Miguel (2016): Cost-effectiveness and Incidence of Renewable Energy Promotion in Germany. *Econstor*.

Abstract: Over the last decade Germany has boosted renewable energy in power production by means of massive subsidies. The flip side are very high electricity prices which raises concerns that the transition cost towards a renewable energy system will be mainly borne by poor households. In this paper, we combine computable general equilibrium and microsimulation analysis to investigate the cost-effectiveness and incidence of Germany's renewable energy promotion. We find that the regressive effects of renewable energy promotion could be attenuated by alternative subsidy financing mechanisms which achieve the same level of electricity generation from renewable energy sources.

Bönke, T., Neher, C., und Schröder, C. (2006): *Konstruktion und Bewertung eines ökonomischen Einkommens aus der Faktisch Anonymisierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik*. FDZ-Arbeitspapier Nr. 10.

URL: <http://www.forschungsdatenzentrum.de/publikationen/veroeffentlichungen/10.asp>

Abstract: Atypische Engelkurven zeigen, dass die in der Faktisch Anonymisierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998 (FAST) verzeichneten steuerrechtlich definierten Einkommensaggregate ein verzerrtes Bild vom Lebensstandard der Zensenten geben. Wir zeigen, dass für einen überwiegenden Teil der Beobachtungen in FAST ausreichende Informationen zur Konstruktion von Einkommen im ökonomischen Sinne verfügbar sind. Eine exemplarische Analyse der Progressionswirkung der Einkommensteuer ergibt, dass Verteilungsanalysen, die direkt steuerliche Einkommensdefinitionen nutzen, zu systematischen Fehleinschätzungen führen können.

Börsch-Supan, A. und Stahl, K. (1990): Do savings programs dedicated to homeownership increase personal savings? *Journal of Public Economics*, 44, 265-297.

Abstract: The West German Bausparkassen system consists of savings and loan institutions providing exclusively to their savers loans towards purchasing a home. Thus, inflows correspond to outflows. We provide an analysis of the impacts of the Bausparkassen system and its governmental subsidization on dedicated and general savings. Within a cross-section microanalysis and a time-series macroanalysis we demonstrate the extent of savings activities in the system and the microstructure of system participation; that government subsidization heavily influences participation, but nevertheless participation also extends to households not eligible for subsidies; and that the very existence of the system contributes to overall savings activities.

Börsch-Supan, A. und Stahl, K. (1991): Do Dedicated Savings Increase Personal Savings and Housing Consumption? An Analysis of the German Bausparkassen System. *Journal of Public Economics*, 44, 265-297.

Abstract: The West German Bausparkassen system consists of savings and loan institutions providing exclusively to their savers loans toward purchasing a home. Thus, inflows correspond to outflows. The authors provide an analysis of the impacts of the Bausparkassensystem and its governmental subsidization on dedicated and general savings. Within cross-section microanalysis and a time-series macroanalysis they demonstrate the extent of savings activities in the system and the microstructure of system participation; the government subsidization heavily influences participation, but nevertheless participation also extends to households not eligible for subsidies; and that the very existence of the system contributes to overall saving activities. The paper is organized as follows. Section 2 describes the institutional working of the West German Bausparkassen system, in particular the government subsidies involved. Section 3 employs the 1978 and 1983 West German Income and Expenditure Survey ("Einkommens- und Verbrauchsstichprobe") for a microeconomic analysis of the proportion of wealth allocated to dedicated savings. Section 4 takes an aggregate view and analyzes time-series data to exploit the intertemporal variation of interest rates and government subsidies. The paper finishes with a short summary of conclusions.

Börsch-Supan, A. und Stahl, K. (1991): Life Cycle Savings and Consumption Constraints. *Journal of Population Economics*, 4, 233-255.

Abstract: The paper serves three objectives. One is to provide a simple, yet intuitive explanation for the failure of the pure life cycle hypothesis. The second objective is to collect additional evidence on this phenomenon from West Germany. Finally, they discuss the fiscal implications that emerge if the elderly's behavior is governed by modified rather than by the pure life cycle hypothesis. The study employs cross-sectional data from the 1983 West German Income and Expenditure Survey ("Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983"). The authors observe a decline in wealth among the younger old and the increase of the saving rate and consequently, assets are accumulated rather than depleted among the older old. In fact, households with heads aged 80 and above have the largest wealth among all age groups. While the pure life cycle hypothesis predicts on average a more or less flat consumption profile, elderly may find themselves unable to consume as much as younger people. It is well known that elderly have lower food consumption and mobility is impeded by deteriorating health. In other words elderly, particularly in very old age may not be able to consume all of their annuity income.

Börsch-Supan, A. (1992): Saving and Consumption Patterns of the Elderly. The German Case. *Journal of Population Economics*, 5, 289-303.

Börsch-Supan, A. (1995): *Age and Cohort Effects in Saving and the German Retirement System*. Mannheim: Universität Mannheim.

Abstract: As a public pay-as-you-go pension systems of the aging industrialized countries are likely to become seriously strained under the growing dependency burden, the question arises whether a society should rely on private savings to finance old-age consumption. This is an empirical question about the magnitude and the flexibility of saving rates. This paper argues that saving rates must increase in an unprecedented fashion in order to compensate for the dependency effect. The paper takes the German case as an example. Its analyses saving behavior in Germany using three waves of the Income and Expenditure Survey. It separates age and cohort effects; computes the demographically induced change in the aggregate saving rate; and compares the magnitude of these excess savings with the increasing burden of the pension system. Finally, a macroeconomic simulation model is used to explore possible paths of the cohort effects in saving rates.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., und Schnabel, R. (1998): *Pension Provision in Germany*. Sonderforschungsbereich: University of Mannheim.

Abstract: Aim of this paper is to study the provision of income to the elderly in Germany and to assess whether the German social security system ("Gesetzliche Rentenversicherung") provides an adequate retirement income in a sustainable way. It summarizes activity rates of older persons in Germany during the last 35 years and compares by income source the distribution of the income received by the elderly with the income received by younger Germans. The paper finds that retirement income in Germany is quite generous on average with a replacement rate of 88%. It is also more evenly distributed than income of younger households.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R., und Winter, J. (1999): Ersparnisbildung in Deutschland: Meßkonzepte und Ergebnisse. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 83, 385-415.

Abstract: Eine der wichtigsten ökonomischen Entscheidungen eines Haushaltes, die Aufteilung des verfügbaren Einkommens in Konsum und Ersparnis, wird von volkswirtschaftlichen Theorien nach wie vor nur unbefriedigend erklärt. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, einen Rahmen für die konsistente Bestimmung von Ersparnis, Vermögen und Einkommen der privaten Haushalte zu entwickeln, der sich auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1978 bis 1993 anwenden lässt.

Börsch-Supan, A., Rodepeter, R., und Winter, Joachim (1999): *The Empirical Identification of Life-Cycle Saving Patterns*. Mannheim.

Börsch-Supan, A. und Winter, J. (1999): *Pension Reform, Savings Behavior and Corporate Governance*. University of Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: France, Germany and Italy have large and ailing pay-as-you-go public pension systems, very thin capital markets and low capital performance. Taking Germany as an example, the authors show that these three issues are closely linked. They suggest that looking at pension reform and capital market problems together sheds additional and new light on the continuing debate about advantages and disadvantages of pay-as-you-go and fully funded pension systems.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R., und Winter, J. (1999): *Ersparnisbildung in Deutschland: Meßkonzepte und Ergebnisse auf Basis der EVS*. University of Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: Eine der wichtigsten ökonomischen Entscheidungen eines Haushaltes, die Aufteilung des verfügbaren Einkommens in Konsum und Ersparnis, wird von volkswirtschaftlichen Theorien nach wie vor nur unbefriedigend erklärt. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, einen Rahmen für die konsistente Bestimmung von Ersparnis, Vermögen und Einkommen der privaten Haushalte zu entwickeln, der sich auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1978 bis 1993 anwenden lässt.

Börsch-Supan, A. und Eymann, A. (2000): *Household Portfolios in Germany*. Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: This paper describes portfolio choices of German households in the 1980s and 1990s, presenting stylized facts and analyzing recent trends in asset ownership rates and asset shares on the basis of financial accounts and survey data. The authors correlate socio-demographic household characteristics with asset shares and ownership and examine how German households have adjusted their asset portfolios in response to policy changes. A particular focus is on the effects of German reunification and the portfolio adjustment of East German households during the transition process.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R., und Winter, J. (2000): *Household Savings in Germany*. Mannheim: Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik Universität Mannheim.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R., und Winter, Joachim (2001): The German Savings Puzzle. *Special Issue of "Research in Economics"*, 55, 15-38.

Abstract: Germany has one of the most generous public pension and health insurance systems of the world, yet private savings are high until old age. Savings remain positive in old age, even for most low income households. The authors provide a complicated answer that combines historical facts with capital market imperfections, housing, tax and pension policies. The paper describes how German households save, based on a synthetic panel of four cross sections of the Einkommens- und Verbrauchsstichproben collected between 1978 and 1993.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., und Schnabel, R. (2001): *Pension Provision in Germany*. in: Johnson, P. und Disney, R. (Hrsg.): *Pensioners' Income: International Comparisons*. Cambridge, London: MIT-Press.

Abstract: Aim of this paper is to study the provision of income to the elderly in Germany and to assess whether the German social security system provides an adequate retirement income in a sustainable way. Accordingly, the paper has two parts. The first part describes the German public old age social security program ("Gesetzliche Rentenversicherung") and its incentive effects on retirement decisions. It presents the key features of the system and discusses the sustainability of the German pay-as-you-go system as the German population ages and the competitive pressures on wages and fringe benefits increases. The second part of the paper investigates the sources of income after retirement. It summarizes activity rates of older persons in Germany during the last 35 years and compares by income source the distribution of the income received by the elderly with the income received by younger Germans. The paper finds that retirement income in Germany is quite generous on average with a replacement rate of about 88 percent. It is also more evenly distributed than income of younger households. Nevertheless, we find households that appear overannuitized, e.g. single elderly male with a replacement rate in excess of 100 percent, as well as small pockets of poverty, e.g. single elderly women of whom between 3 and 6 percent have incomes below the poverty line.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R., und Winter, J. (2001): *The German Savings Puzzle*. University of Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: Germany has one of the most generous public pension and health insurance systems of the world, yet private savings are high until old age. Savings remain positive in old age, even for most low income households. The authors provide a complicated answer that combines historical facts with capital market imperfections, housing, tax and pension policies. The paper describes how German households save, based on a synthetic panel of four cross sections of the Einkommens- und Verbrauchsstichproben collected between 1978 and 1993.

Von Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) Börsch-Supan, A. (2001): *Das Sparverhalten verstehen*. Berichte und Abhandlungen Band 8. Akademie Verlag.

URL: www.boersch-supan.de/axel/Sparverhalten.pdf

Abstract: Das Sparverhalten der Haushalte ist noch wenig verstanden. Es ist heterogen und gefällt sich darin, den vielen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Theorien, die zu diesem Aspekt des menschlichen Verhaltens aufgestellt wurden, widersprechende Befunde liefern. Dieser Beitrag ist gewissermaßen ein Zwischenbericht über ein Forschungsprojekt, das Sparen besser verstehen will. Wir skizzieren kurz die ökonomischen Theorien des Sparens, wenden uns dann aber schnell der Empirie zu und stellen die diversen stilisierten Fakten, die man aus dem heterogenen Sparverhalten extrahieren kann, vor. Vier Erklärungsrichtungen er-

scheinen uns vielversprechend zu sein, den Befund, der sich einer simplistischen ökonomischen Erklärung entzieht, zu deuten: Der komplexe Hintergrund von Steuern und Renten; die Anwendung von Faustregeln an Stelle perfekter ökonomischer Optimierung; der Einfluß psychologischer Faktoren wie Risikoaversion und Selbstkontrolle; und das Lernen vom sozialen Umfeld. Das Projekt ist „research in progress“: Endgültige Antworten stehen noch aus.

Börsch-Supan, A. und Essig, L. (2002): *Stockholding in Germany*. Mannheim: Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel.

Abstract: Germany is not a country of stock holders - but this may change. This paper analyses the main trends in stockholding - either directly or indirectly through mutual funds and other managed investment accounts - among German households. The authors find a significant shift towards riskier portfolios and an increase in stock market and in mutual funds participation in the past decade. They document how stockownership evolves during the life cycle and the relation between stock market participation and wealth, education, and other demographic characteristics. The authors find that stockholding is concentrated among the wealthy households.

Braun, H.-U. (1978): Werbung der Haushalte für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978. *Wirtschaft und Statistik*, 410-412.

Braun, R., Möhlenkamp, R, Pfeiffer, U., und Simons, H (2001): *Vermögensbildung in Deutschland. Studien zur Wohnungs- und Vermögenspolitik*. Berlin: Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen.

Abstract: Wenn in der Bundesrepublik über Einkommens- und Vermögensverteilung diskutiert wird, geht es meistens allein um Geldvermögen. Dass die Immobilien allzu oft ausgeblendet bleiben, überrascht und ist sachlich nicht gerechtfertigt. Zwangsläufig müssen deshalb Immobilien - auch wenn sie häufig zunächst nur am Rande wahrgenommen werden - am Ende doch stets im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen. Aktuellstes Beispiel dafür ist die private Altersvorsorge. Die besondere Rolle der selbstgenutzten Immobilie für die Alterssicherung lässt sich empirisch belegen. Die Daten der vorliegenden Studie zeigen letztlich eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Rentnern in Deutschland: auf der einen Seite die Mieterhaushalte, die ihren Lebensunterhalt - einschließlich der steigenden Mieten - in der Regel fast ausschließlich mit der gesetzlichen Rentenversicherung bestreiten müssen; auf der anderen Seite die Wohneigentümer, die bei gleicher Einkommenssituation über ein etwa zehnmal so hohes privates Vermögen verfügen wie die Mieter. Der Grund für diesen riesigen Vermögensvorsprung ist in dem unterschiedlichen Konsumverhalten beider Gruppen zu finden. Wer für die eigenen vier Wände spart, schränkt seinen Konsum gerade in den ersten Jahren oft erheblich ein. Die hier vorliegende Analyse der jüngsten EVS-Daten bestätigt nicht nur die Aussagen der Vorstudie über die herausragende Bedeutung mietfreien Wohnens im Rentenalter. Es wird zudem deutlich, dass das Förderkonzept der privaten Altersvorsorge im wesentlichen „nur“ die nötigen Einschränkungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung ausgleicht. Der Aufbau von Immobilienvermögen als Strategie für materielle Sicherheit im Alter ist deshalb wichtiger denn je.

Deutsches Institut für Altersvorsorge (Hrsg.) Braun, R., Burger, F, Miegel, M, Pfeiffer, U., und Schulte, K (2002): *Erben in Deutschland; Volumen, Psychologie und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen*. Köln: empirica.

Abstract: Die folgende Untersuchung über "Erben in Deutschland" wurde auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 durchgeführt. In Teil A werden die Grundlagen, d.h. Meinungskontraste und die Ökonomie der Erbschaften, behandelt. Teil B: Erbschaften-Quantitäten und Wirkungen werden die Folgenden Punkte behandelt: Zur Höhe und Verteilung von Vermögensbeständen, Wie viel und was wird künftig vererbt?, Wie setzen sich Erbschaften zusammen?, Ostdeutsche erben weniger und Die Erben- wer erbt? In Teil C folgen

dann einige Folgerungen und Thesen z.B.:- Privates Vermögen für die eigene Alterssicherung kann nur in langen Fristen aufgebaut werden. Die Zeithorizonte von Transparenz über Renten müssen den erforderlichen Fristen der privaten Anpassungsmöglichkeiten entsprechen.

- Eingetübtes Erbschaftsverhalten auf funktionsfähigen Märkten macht Erbschaftsvorgänge auch bei schrumpfender Bevölkerung bei hoher Transparenz über Erbschaften und Alterssicherung zu einem problemlosen Vorgang.
- Angesichts der immer späteren Erbschaften werden Erbschaftsenttäuschungen nicht immer durch erhöhtes eigenes Sparen ausgeglichen werden können.

Die wichtigste Forderung an eine Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung lautet: Mehr Transparenz über künftige soziale Sicherung und die künftigen Steuerlasten, mehr Flexibilität in der Gestaltung der eigenen Lebensarbeitszeit- aber nicht "mehr Subventionen". Ganze Generationen können nicht selbst subventionieren, um ein mögliches relatives Absinken der Erbschaften und relativ absinkende Renten zu kompensieren.

Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen (Hrsg.) Braun, R., Möhlenkamp, R., Pfeiffer, U., und Simons, H (2002): *Vermögensbildung in Deutschland; Studien zur Wohnungs- und Vermögenspolitik*. Bonn/Berlin: empirica.

Abstract: Die besondere Rolle der selbstgenutzten Immobilie für die Alterssicherung lässt sich empirisch belegen. Die Daten der vorliegenden Studie zeigen letztlich eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Rentnern in Deutschland: auf der einen Seite die Mieterhaushalte, die ihren Lebensunterhalt- einschließlich der steigenden Mieten- in der Regel fast ausschließlich mit der gesetzlichen Rentenversicherung bestreiten müssen; auf der anderen Seite die Wohneigentümer, die bei gleicher Einkommenssituation über ein etwa zehnfach so hohes privates Vermögen verfügen, wie Mieter. Der Grund dafür ist ein unterschiedliches Konsumverhalten. "Wohneigentümer sparen sich reich" lautet die treffende Zeitungsschlagzeile nach der Vorlage der Studie "Vermögensbildung im Lebenszyklus", die das Forschungsinstitut empirica im Auftrag der LBS auf der Basis der EVS 1993 vorgelegt hat. Die hier vorliegende Analyse der jüngsten EVS-Daten bestätigt also die Aussagen der Vorstudie über die herausragende Bedeutung mietfreien Wohnens im Rentenalter. Der Aufbau von Immobilienvermögen als Strategie für materielle Sicherheit im Alter ist deshalb wichtige denn je.

Braun, R. und Pfeiffer, U. (2004): *Haushalts- und personenbezogene Wohneigentumsquoten in Deutschland*. Berlin: empirica.

Abstract: Wer wohnt in Deutschland zur Miete und wer in den eigenen vier Wänden? Haben Haushalte in den neuen Ländern bereits Anschluss an die Entwicklung im früheren Bundesgebiet gefunden? Auf den ersten Blick einfach zu beantwortende Fragen, doch ein Blick in die Statistik stiftet mehr Verwirrung als Klarheit. Denn es gibt unterschiedliche Stichproben mit abweichenden Werten und verschiedene Methoden zur Ermittlung der Wohneigentumsquote. Die vorliegende Studie versucht Klarheit zu schaffen. Dazu werden die Ergebnisse unterschiedlicher Stichproben kompatibel gemacht und die Strukturen der Wohneigentumsbildung einer kritischen Strukturanalyse unterzogen.

Breidenbach, Philipp und Kasten, Tanja (2014): *Warum warten? Plädoyer für eine Umsatzsteuerreform. RWI Positionen*.

Abstract: Das deutsche Umsatzsteuersystem ist sehr komplex. Viele der zahlreichen Ermäßigungstatbestände, beispielsweise der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Blumen und Beherbergungsleistungen, sind schwer nachvollziehbar und in der Handhabung kompliziert. Die ursprüngliche Intention, vor allem Geringverdiener durch eine geringere Besteuerung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu entlasten, wird in der heutigen Ausgestaltung nicht erreicht. Bisher sind allerdings alle Reformbemühungen auf politischer Ebene gescheitert. Eine Studie des RWI zeigt, dass es ökonomisch sinnvoll ist, den ermäßigten Steuersatz vollständig abzuschaffen und gleichzeitig den Regelsatz aufkommensneutral auf 16,7% zu senken. Ein einheitlicher Umsatzsteuersatz würde nicht nur Abgrenzungsprobleme beseitigen

gen, sondern auch zu Effizienzgewinnen bei Unternehmen, Konsumenten und Steuerverwaltung führen. Die durchschnittliche Umsatzsteuerbelastung von Geringverdienern wäre zwar geringfügig höher, eine Anpassung des einkommensteuerlichen Grundfreibetrags könnte diesen Nachteil jedoch merklich abschwächen.

Brenke, Karl (2016): Die allermeisten Selbständigen betreiben Altersvorsorge oder haben Vermögen. *DIW-Wochenbericht*, 83, 1071-1076.

Abstract: Bei weitem nicht alle Selbständigen (43 Prozent) waren im Jahr 2013 bei einer gesetzlichen Rentenkasse versichert. Das bedeutet aber nicht, dass die meisten Selbständigen unzureichend finanziell auf den Ruhestand vorbereitet sind. Denn von den nicht gesetzlich Versicherten verfügt mehr als die Hälfte über eine Kapitallebensversicherung oder eine private Rentenversicherung in ihrem Haushalt. Vor allem aber ist oft ein Vermögen vorhanden: Von denjenigen Personen, die nicht an einer gesetzlichen Rentenversicherung teilnehmen, verfügen knapp zwei Drittel über ein Immobilien-, Geld oder Anlagevermögen von mindestens 100 000 Euro, und etwa 40 Prozent sogar über ein Vermögen von mindestens 250 000 Euro. Unter den Selbständigen mit Angestellten ist der Anteil der Vermögenden höher als unter den Solo-Selbständigen, auch verfügen Solo-Selbständige seltener über eine private Vorsorgeversicherung. Gleichwohl gibt es Selbständige, bei denen die Altersvorsorge offenbar nicht hinreichend ist. Nach den Daten der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe haben zwölf Prozent aller Selbständigen, die nicht in eine gesetzliche Rentenkasse einzahlen, auch keine private Vorsorgeversicherung oder ein Haushaltsvermögen von mindestens 100 000 Euro. Das sind eine halbe Million. Legt man die Messlatte für das Vermögen auf 250 000 Euro, sind es 16 Prozent oder 670 000, bei den Solo-Selbständigen 19 Prozent (450 000).

Britschkat, G. und Roberts, C. (2007): Steuerprogression in Deutschland - Annahmen und Wirklichkeit. *WSI Mitteilungen*, 60, 145-151.

Abstract: Die Progression bei der Besteuerung des Haushaltseinkommens deutscher Haushalte ist ein politisches Dauerthema, wobei im politischen Diskurs die Sicht vorherrscht, dass sie extrem hoch sei und die wirtschaftliche Tätigkeit lähmen würde. Die Überprüfung dieser These anhand der Daten der amtlichen Statistik zu den Haushaltseinkommen und ihrer Verwendung (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) führt zu dem Ergebnis, dass die effektive Steuerprogression weit geringer ausfällt, als es der Steuertarif erwarten lässt. Zudem zeigen sich hinsichtlich der durchschnittlichen Belastung erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen sozio-ökonomischen Gruppen. So ist beispielsweise die steuerliche Belastung des Haushaltseinkommens der Selbständigen, ungeachtet ihres höheren durchschnittlichen Einkommensniveaus, deutlich geringer als die der Arbeitnehmer. Die selbstständigen Haushalte weisen eine Steuerbelastung auf, die im Durchschnitt um fünf Prozentpunkte unter der der Arbeitnehmerhaushalte liegt.

Bruckmeier, Kerstin, Pauser, Johannes, Walwei, Ulrich, und Wiemers, J. (2013): *Simulationsrechnungen zum Ausmaß der Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen der Grundsicherung: Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zur Abgrenzung und Struktur von Referenzgruppen für die Ermittlung von Regelbedarfen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008*. IAB-Forschungsbericht.
URL: <http://hdl.handle.net/10419/84903>

Abstract: Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 die Regelleistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB II und SGB XII) in ihrer damaligen Form für nicht verfassungsgemäß erklärt. Als Reaktion auf das Urteil wurde das Regelbedarfs- Ermittlungsgesetz (RBEG) verabschiedet. In der politischen Diskussion zum RBEG wurde unter anderem thematisiert, ob und gegebenenfalls wie bei der Bestimmung der Regelbedarfe Haushalte aus den Berechnungen ausgeschlossen werden können, die prinzipiell über einen Leistungsanspruch in der Grundsicherung verfügen, diesen jedoch nicht wahrnehmen. Solche Haushalte werden häufig als 'verdeckt arm' bezeichnet. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beauf-

tragte das IAB, alternative Abgrenzungen der Referenzgruppe zur Ermittlung der Regelbedarfe zu untersuchen. Ein wesentliches Ziel des Projekts war die Analyse von Verfahren, mit dem verdeckt arme Haushalte identifiziert werden können. Darüber hinaus wurde untersucht, wie sich der Ausschluss dieser Haushalte auf die Abgrenzung der Referenzgruppe zur Ermittlung der Regelbedarfe auswirkt. Das Ausmaß der verdeckten Armut wurde mit Hilfe eines am IAB entwickelten Mikrosimulationsmodells untersucht. Als Datenbasis wurde die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 verwendet. Die im Rahmen dieses Beitrags simulierten Quoten der Nicht-Inanspruchnahme liegen mit ca. 34 % bis 43 % zwar im unteren Bereich der in der Literatur berichteten Ergebnisse zur verdeckten Armut. Die Ergebnisse der Simulationsrechnungen deuten dennoch darauf hin, dass auch nach der Umsetzung der Hartz-IV-Reform Leistungen der Grundsicherung in erheblichem Umfang nicht in Anspruch genommen werden. Entscheidend für die Bestimmung des Regelsatzes sind die Verbrauchsausgaben der Referenzhaushalte. Der Ausschluss verdeckt armer Haushalte führt bei analoger Anwendung der Berechnungsmethodik gemäß RBEG zu einem Anstieg der mittleren Konsumausgaben in den neu abgegrenzten Referenzgruppen von gut 2 % bei den Alleinlebenden und etwa 5 % in den Paarhaushalten mit einem Kind. Das IAB wurde weiter beauftragt, zu untersuchen, welche Auswirkungen der Ausschluss verdeckt armer Haushalte auf die Abgrenzung der Referenzgruppen hat, wenn zusätzlich von einer alternativen Berechnungsreihenfolge ausgegangen wird. Dabei werden umgekehrt zur im RBEG festgelegten Berechnungsreihenfolge zunächst einkommensarme Haushalte ausgewählt und anschließend Haushalte - Bezieher von Grundleistungen und verdeckt arme Haushalte - ausgeschlossen. Die alternative Berechnungsreihenfolge bewirkt, dass beim zusätzlichen Ausschluss verdeckt armer Haushalte keine Zuwächse des mittleren Konsums in der Referenzgruppe der Alleinstehenden zu verzeichnen sind. Bei den Paarhaushalten ergibt sich ein im Vergleich zur Status quo-Berechnungsreihenfolge deutlich geringerer Anstieg des mittleren Konsums von 2 %.

Bruckmeier, Kerstin, Pauser, Johannes, Riphahn, Regina T., Walwei, Ulrich, und Wiemers, J. (2013): Mikroanalytische Untersuchung zur Abgrenzung und Struktur von Referenzgruppen für die Ermittlung von Regelbedarfen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. *Simulationsrechnungen für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Endbericht. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.*

Abstract: Bei verdeckt armen Haushalten handelt es sich um Haushalte, die keine Grundsicherungsleistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen, obwohl sie aufgrund ihres geringen Einkommens und Vermögens einen Anspruch auf diese Leistungen haben. Gründe, warum kein Leistungsantrag gestellt wird, können z.B. Unwissenheit, Scham oder eine nur sehr geringe zu erwartende Leistungshöhe oder -dauer sein. In der Praxis tritt das Problem auf, dass verdeckt arme Haushalte nicht direkt beobachtbar sind. Auf Grundlage einer geeigneten Datenbasis lässt sich zwar feststellen, ob ein Haushalt keine Leistungen der Grundsicherung bezogen hat, nicht aber, ob er gleichzeitig einen Anspruch auf diese Leistungen hatte. Um einen Haushalt mit Sicherheit als verdeckt arm zu identifizieren, hätte - kontrafaktisch - zum Zeitpunkt der Datenerhebung eine Anspruchsprüfung durch die zuständige ARGE bzw. den kommunalen Träger stattfinden müssen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma besteht darin, für jeden Haushalt in der Datenbasis eine virtuelle Anspruchsprüfung auf Leistungen der Grundsicherung durchzuführen. Dazu bieten sich zwei Methoden an, die im Rahmen dieses Gutachtens angewendet werden: Mikrosimulation und Mindesteinkommensgrenzen.

Brunsbach, S. und Lang, O. (1996): *Die Rendite von Lebensversicherungen nach Steuer.* ZEW Discussion Paper No. 96-06. Mannheim.

Abstract: Ersparnisbildung in Lebensversicherungen wird im deutschen Einkommensteuersystem durch die Steuerfreiheit der Zinserträge bei Vertragsabschluss und durch die Möglichkeit zum Sonderausgabenabzug der Versicherungsprämien gefördert. In der vorliegenden Arbeit wird der Effekt dieser Steuervorteile auf die Rendite von Lebensversicherungen untersucht. Es wird ein Weg zur Abgrenzung der Sparkomponente einer Kapitallebensversicherung und zur

Berechnung von deren Rendite aufgezeigt. Unter Verwendung von Mikrodaten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 werden auf individueller Ebene Renditen unter Berücksichtigung der spezifischen steuerlichen Situation der Haushalte errechnet. Die steuerlich bedingte Streuung der Renditen zwischen verschiedenen Bevölkerungssegmenten ist beträchtlich. Es finden sich aber keine Indizien, da von der steuerlichen Förderung ein wirksamer Anreiz zu vermehrter Ersparnisbildung bei Lebensversicherungen ausgeht.

Bundesministerium der Finanzen (BMF) (2002): *Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems. Gutachten des RWI Essen „Empirische Analyse der effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems im Zeitablauf“*. Berlin: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

Abstract: Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen hat im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen die Verteilungswirkungen der Einkommensteuer, der Mehrwertsteuer sowie der Kfz-bezogenen Steuern (das sind zusammen ca. 85 % des Steueraufkommens) untersucht. Im Vordergrund der Analyse steht eine Bestandsaufnahme zum Stichjahr 1998, die zugleich die Entwicklungslinien seit Anfang der Neunzigerjahre aufzeigt. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Standes der Theorie, des empirischen Instrumentariums und der verfügbaren Daten hat das Institut aufbauend auf dem empirisch robust handzuhabenden Destinatärprinzip praxisnah versucht, Aussagen zur Steuerpolitik im Sinne effektiver Inzidenz abzuleiten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die effektive Inzidenz der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung war.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006): *Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003: Konsequenzen für Weiterentwicklung der Regelsatzbemessung in der Sozialhilfe (SGB XII)*. Berlin.

URL: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_sozialesicherung.shtml#Regelsatz

Abstract: Um dem Verfassungsauftrag des Sozialstaates gerecht zu werden, werden im Rahmen der Sozialhilfe Hilfebedürftigen die erforderlichen Mittel zur Führung eines menschenwürdigen Lebens und zur Abdeckung des sozio-kulturellen Existenzminimums zur Verfügung gestellt. Grundlage der Regelsatzbemessung ist seit 1990 die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Für die Ermittlung der regelsatzrelevanten Verbrauchsausgaben führt das Statistische Bundesamt eine Sonderauswertung der Verbrauchsausgaben der unteren 20 % der Haushalte ohne Sozialhilfeempfänger durch, auf deren Basis die Regelsatzbemessung erfolgt. In den Jahren, in denen keine neue EVS vorliegt, wird der Regelsatz jeweils zum 1. Juli entsprechend der Rentenanpassung (aktueller Rentenwert) fortgeschrieben. Die derzeitigen Regelsätze basieren auf der EVS 1998. Jetzt liegen die Auswertungen der EVS 2003 vor.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2006): *Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003: Grundlage zur Neubemessung der Regelsätze nach SGB XII*. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

URL: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_sozialesicherung.shtml#Regelsatz

Abstract: Ein Kernelement unseres Sozialstaates ist die Sozialhilfe, die Hilfebedürftigen die erforderlichen Mittel zur Führung eines menschenwürdigen Lebens zur Verfügung stellt und das sozio-kulturelle Existenzminimum sichert. Diese Basis sozialer Sicherheit auch weiterhin verlässlich, gerecht und einheitlich zu gestalten, ist wichtigste Leitschnur für die Bundesregierung bei der bevorstehenden Bemessung des Regelsatzes in der Sozialhilfe. Hieraus ergeben sich bei der jetzt vorgesehenen Weiterentwicklung folgende Schlussfolgerungen: 1. Erstmals wird eine einheitliche gesamtdeutsche Regelsatzbemessung in der Sozialhilfe in Höhe von 345 Euro vorgenommen. Die bisherige Ost-West-Differenzierung entfällt. 2. Die Länder setzen den Regelsatz in der Sozialhilfe fest und können - wie bisher - regionale Besonderheiten berücksichtigen. 3. Veränderungen im Verbrauchsverhalten werden nachvollzogen und Verbesserungsvorschläge an der bisherigen Bemessung werden bei der Weiterentwicklung weitgehend berücksichtigt. Bei der Weiterentwicklung der Regelsatzbemessung setzt die Bundesregierung

auf ein transparentes Verfahren. Die nachfolgenden Unterlagen unterrichten über den Rechenweg zur Bemessung des Eckregelsatzes für das SGB XII.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2005): *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS).

URL:http://www.bmas.de/coremedia/generator/10070/lebenslagen_in_deutschland_der_2_armuts_und_reichtumsbericht_der_bundesregierung.html

Abstract: Mit Beschluss vom 27. Januar 2000 hat der Deutsche Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstatten. Am 25. April 2001 hat die Bundesregierung den ersten Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Der Bericht und die zeitgleiche Vorlage des "Nationalen Aktionsplanes zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2001-2003" (NAP-incl) bei der EU-Kommission waren der Beginn einer kontinuierlichen Berichterstattung über Fragen der sozialen Integration und der Wohlstandsverteilung in Deutschland. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung basiert auf dem Leitgedanken, dass eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für eine Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe ist. Am 19. Oktober 2001 hat der Deutsche Bundestag die Verstetigung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung beschlossen und die Bundesregierung aufgefordert, jeweils zur Mitte einer Wahlperiode einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Dem kommt die Bundesregierung mit der Vorlage des Berichts "Lebenslagen in Deutschland - Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" nach. Der Bericht beschreibt die Lebenslagen der Menschen in Deutschland auf der Basis statistischer Daten etwa zu Einkommen, Vermögen, Erwerbstätigkeit, Bildungsbeteiligung.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2008): *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

URL: <http://www.bmas.de/portal/26896/>

Abstract: Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung basiert auf dem Leitgedanken, dass eine detaillierte Analyse der sozialen Lage die notwendige Basis für eine Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe ist. Am 19. Oktober 2001 hatte der Deutsche Bundestag die Verstetigung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung beschlossen und die Bundesregierung aufgefordert, jeweils zur Mitte einer Wahlperiode einen entsprechenden Bericht vorzulegen. Dem kommt die Bundesregierung mit der Vorlage des Berichts "Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" nun zum dritten Mal nach. Der Bericht bietet eine Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland seit 2003 und je nach Datenlage sogar der vergangenen zehn Jahre. Der vorliegende Bericht gliedert sich in die zusammenfassende Kurzfassung (Teil A), die Einleitung, in der die Konzeption des Berichts dargelegt wird (Teil B), den Analyseteil "Entwicklungen und Herausforderungen" (Teil C) und die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (Teil D). In der Analyse werden zunächst die Entwicklungen von Einkommen und Vermögen untersucht und die Instrumente der Mindestsicherung beschrieben. Daran schließen sich die Darstellungen einzelner Lebenslagen (Bildung, Erwerbstätigkeit, Familie, Gesundheit, Wohnen) sowie die Analyse der Lebenslagen besonders betroffener Personengruppen (Personen mit Migrationshintergrund, Behinderte und Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen, z. B. Wohnungslose) an. Der Bericht führt den Ansatz des 2. Armuts- und Reichtumsberichts fort, der sich über die beobachtbaren Unterschiede der Lebenslagen hinaus an dem Konzept der Teilhabe- und Verwirklichungschancen des Nobelpreisträgers Amartya Sen orientierte. Der Bericht fragt auch danach, inwiefern diese Unterschiede auf ungleiche Chancen zurückzuführen sind und welche Faktoren die unterschiedliche Wahrnehmung eröffneter Chancen beeinflussen. In diesem Sinne ist Armut gleichbedeutend mit einem Mangel an Verwirklichungschancen, Reichtum mit einem sehr hohen Maß an Verwirklichungschancen.

Ausschuss für Arbeit und Soziales 16.Wahlperiode (Hrsg.) Bundestag (2006): *Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003: Unterrichtung des Ausschusses für Arbeit und Soziales durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales*. Ausschussdrucksache 16(11)286.

URL: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/berichte_sozialesicherung.shtml#Regelsatz

Abstract: Ein Kernelement des deutschen Sozialstaates ist die Sozialhilfe, die Hilfebedürftigen die erforderlichen Mittel zur Führung eines menschenwürdigen Lebens zur Verfügung stellt und das sozio-kulturelle Existenzminimum sichert. Die Regelsätze werden jeweils um den Prozentsatz angepasst, um den sich der aktuelle Rentenwert in der gesetzlichen Rentenversicherung verändert. Da dies weder zum 1. Juli 2004, noch zum 1. Juli 2005 erfolgte und zum 1. Juli 2006 ebenfalls keine Änderung bevorsteht, bleibt der bisherige Wert des Regelsatzes, der auf Basis der EVS 1998 bemessen wurde, unverändert, bis die Neubemessung auf Basis der EVS 2003 erfolgt ist. Die Bundesregierung beabsichtigt, die entsprechenden Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren im November 2006 abzuschließen. Damit wird es den Ländern ermöglicht, die Regelsätze rechtzeitig zum 1. Januar 2007 neu festzusetzen.

Burghardt, M. (2006): Zur Revision der privaten Konsumangaben im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005. *Wirtschaft und Statistik, Heft 2*, 136-144.

Abstract: Das Statistische Bundesamt hat im April 2005 Ergebnisse der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre ab 1991 veröffentlicht, die vor allem durch die Umstellung der Deflationierung von Festpreisen auf Vorjahrespreise und die Aufteilung der Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM) geprägt war.1) Beide Revisionspunkte haben auch Einfluss auf die Berechnung der privaten Konsumausgaben. Ansonsten brachte die Revision 2005 für die privaten Konsumausgaben aus methodischer Sicht keine weiteren Änderungen, aber es gab eine Reihe von statistischen Korrekturen. Schwerpunkt der Revision der privaten Konsumausgaben war eine tief gehende Analyse der Aufgliederung der Konsumausgaben nach Verwendungszwecken unter Einbeziehung von Ergebnissen der Haushaltsbefragungen und nichtamtlicher Statistiken.2) In diesem Aufsatz wird auf die Auswirkungen der methodischen und statistischen Änderungen auf das Ergebnis der privaten Konsumausgaben eingegangen. Dieser Aufsatz versteht sich insofern auch als eine Ergänzung zu einem früheren Beitrag in dieser Zeitschrift, in dem die Berechnungsgrundlagen für den privaten Konsum im Vordergrund standen.

Bursztyn, Leonardo und Cantoni, Davide (2016): A tear in the iron curtain: The impact of Western television on consumption behavior. *Review of Economics and Statistics*, 98, 25-41.

Abstract: This paper examines the impact of exposure to foreign media on the economic behavior of agents in a totalitarian regime. We study private consumption choices focusing on the former East Germany, where differential access to Western television was determined by geographic features. Using data collected after the transition to a market economy, we find no evidence of a significant impact of previous exposure to Western television on aggregate consumption levels. However, exposure to Western broadcasts affects the composition of consumption, biasing choices in favor of categories of goods with a high intensity of prere-unification advertisement. The effects vanish by 1998.

Buslei, H., Schulz, E., und Steiner, V. (2007): *Auswirkungen des demographischen Wandels auf die private Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Deutschland bis 2050*. Politikberatung kompakt 26. DIW Berlin.

URL:http://www.diwberlin.de/deutsch/produkte/29883.html?politikberatung_kompakt_diw=politikberatung_kompakt_diw&mediennr=0047366&ausgabeformat=wwwpublbereich+d+detail&cmstitel=diwkompakt_2007-026.pdf

Abstract: Trotz eines drastischen Rückgangs der Einwohnerzahl wird die Zahl der Privathaushalte auch 2050 noch leicht über dem heutigen Niveau liegen. Die Konsumausgaben sind im Zeitraum 1993 bis 2003 in allen Hauptgütergruppen mit steigendem zur Verfügung stehendem Einkommen und mit zunehmender Haushaltsgröße gestiegen. Ein genereller Trend über die Altersgruppen liegt dagegen nicht vor. Allein aufgrund der demographischen Entwicklung würden die Konsumausgaben bis 2050 um 6 % zurückgehen. Die Verschiebung in der Konsumstruktur würde jedoch moderat ausfallen. Der Anteil der Rentnerhaushalte an den gesamten Konsumausgaben würde von gegenwärtig 23 % auf ein Drittel steigen. Die zusätzliche Berücksichtigung von Kohorteneffekten und Einkommenswachstum führt nicht nur zu insgesamt doppelt so hohen Konsumausgaben als 2003 sondern auch zu deutlich größeren Verschiebungen in der Konsumstruktur als der reine demographische Effekt.

Butterwegge, Christoph (2015): Hartz IV und die Folgen. *Auf dem Weg in eine andere Republik.*

C

Chlumsky, J. und Ehling, M. (1997): Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte. *Wirtschaft und Statistik*, 455-461.

Christoph, Bernhard, Pauser, Johannes, und Wiemers, J. (2014): Konsummuster und Konsumarmut von SGB-II-Leistungsempfängern. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Schmollers Jahrbuch*, 134, 415-450.

URL: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/103069/1/785708227.pdf>

Abstract: Up until now, our knowledge on the consumption patterns of recipients of Unemployment Benefit II, the means tested basic security system for employable persons in Germany, is rather restricted. This comes somewhat as a surprise, since analyses of consumption are highly relevant for setting benefit levels. In order to close this gap, in our paper we will first concentrate on the amount and structure of benefit recipients' consumption spending. Afterwards we will analyze consumption poverty. We will compare the risk of several recipient subgroups to become poor in comparison to that observed for the general population. Doing so, we can show that recipients that are unable to draw on any financial resources besides benefit payments also face a particularly high risk of being consumption-poor. Detailed analyses show that their consumption of goods covering basic needs like food, housing, or clothes is much less restricted than their consumption of goods and services relevant for social or cultural participation. For reasons of comparison, we also focused on the reference population that is used for calculating benefit levels. Analyzing this group's composition, we found that about 80 percent of the households in this population either depend on payments by the state, or by social insurance, or rely on the liquidation of savings and private transfers as their main source of income. Moreover, all households in this population are income poor and about half of them are also in consumption poverty.

Cischinsky, Holger, Kirchner, Joachim, und von Malotki, Christian (2017): *Das deutsche Transfersystem in Zeiten von Klimaschutz und Energiewende*. S. 349-375 in: *Energie und soziale Ungleichheit*. Springer.

URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-11723-8_13

Abstract: Eine moderne Haushaltsführung ist ohne die Nutzung von Energie unvorstellbar. Gleichzeitig sind die Energiepreise in der Vergangenheit über längere Zeiträume angestiegen und es ist nicht zu erwarten, dass sich an diesem Trend auf lange Sicht hin etwas ändert. Vor dem Hintergrund, dass steigende Energiekosten insbesondere Haushalte am unteren Ende der Einkommenskala treffen, ist die Beschäftigung mit Energiearmut nachvollziehbar und folgerichtig, auch wenn eine allgemein akzeptierte Definition von Energiearmut noch aussteht.

Corneo, G., Keese, M., und Schröder, C. (2007): *Erhöht die Riester-Förderung die Sparneigung von Geringverdienern?* Economics Working Paper No 2007-30.

Abstract: Die Riester-Förderung soll dazu beitragen, dass häufiger und mehr für die Altersvorsorge gespart wird. Der Einfluss der Riester-Förderung auf die Sparneigung von Haushalten mit niedrigem Einkommen ist dabei ein zentrales Kriterium zur ökonomischen Evaluation dieser Politik. Unsere ökonometrische Untersuchung auf Basis des Sozioökonomischen Panels liefert einen in dieser Hinsicht negativen Befund: Höhere Riester-Förderquoten bei den Niedrigeinkommensbeziehern erhöhen weder den Anteil der sparenden Haushalte in dieser Gruppe noch ihre Sparquote. Somit scheint die Riester-Förderung für erhebliche Mitnahmeeffekte anfällig zu sein.

Czajka, S und Kott, K (2006): Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003: Ergebniss der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 630-643.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/KonsumausgabenNahrungsmGertraenkeTabak2003.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/KonsumausgabenNahrungsmGertraenkeTabak2003.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Auf der Grundlage der Angaben von etwa 12 000, im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (EVS 2003) befragten Privathaushalten liefert dieser Beitrag detaillierte Informationen über die monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie den Konsum von Speisen und Getränken außer Haus. Der Aufsatz liefert u. a. folgende wichtige Ergebnisse:

Der Trend sinkender Ausgabenanteile für die Nahrungs- und Genussmittel an den gesamten privaten Konsumausgaben setzte sich auch 2003 fort. Im Durchschnitt aller Haushalte in Deutschland betrug der Ausgabenanteil für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003 nur noch 13,9%, verglichen mit 16,9% zehn Jahre zuvor. Nach einem leichten Rückgang im Jahr 1998 stiegen die wertmäßigen Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im Jahr 2003 um 3,9% auf 272 Euro je Haushalt und Monat an, sodass hier langfristig ein Trend steigender Werte besteht. Die Ausgaben für Mahlzeiten außer Haus sind in den zehn Jahren seit 1993 nominal um 12,2% gestiegen. Unter Berücksichtigung des Anstiegs der Preise in diesem Bereich sind sie real jedoch gesunken. Leichte Unterschiede in den Ernährungsgewohnheiten in den neuen Ländern sowie im früheren Bundesgebiet bestehen weiterhin. Westdeutsche Haushalte sprechen mehr den Brot- und Getreideerzeugnissen sowie den Molkereiprodukten und Eiern zu als ostdeutsche Haushalte, während diese höhere Ausgabenanteile bei Fleisch und Fleischwaren sowie bei Obst haben als die Haushalte im früheren Bundesgebiet. Unterschiede in den Ernährungsgewohnheiten lassen sich jedoch auch zwischen den einzelnen Bundesländern nachweisen. Die Betrachtung der Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers zeigt, dass Landwirtschaftshaushalte die höchsten Ausgaben haben und Arbeitslosenhaushalte am wenigsten für diesen Bereich ausgeben. Auch die Ausgabenstrukturen differieren nach der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers: Bei Arbeitslosenhaushalten sind die Anteile der Ausgaben für alkoholische Getränke und Tabakwaren am höchsten. Ebenso weisen allein Lebende gänzlich andere Ausgabenstrukturen für diesen Bereich auf als Haushalte mit Kind(ern). Die Daten der EVS 2003 belegen darüber hinaus, dass die Mehrausgaben für Ernährung mit steigender Personenzahl im Haushalt sinken.

Czajka, S, Kleinegees, U., und Kott, K. (2011): *Freizeit und gesellschaftliche Partizipation*. S. 341-363 in: Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland: Band I. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011Kap13.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011Kap13.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Zur Untersuchung von Freizeitaktivitäten werden verschiedene statistische Informationsquellen genutzt. Der erste Abschnitt behandelt die Nutzung kultureller Dienstleistungen (z.B. Theater, Museen) und von Kulturgütern (z.B. Bücher, Filme). Das zweite Unterkapitel beleuchtet die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, für die mittlerweile ein großer Teil der privaten Zeit verwendet wird. Insbesondere die Entwicklung des Internets hat das Freizeitverhalten der Menschen in den letzten Jahren beeinflusst. Voraussetzung für die Internetnutzung im privaten Bereich ist die Ausstattung der Haushalte mit Computer und Internetzugang. Wie häufig werden Computer im privaten Bereich genutzt und wozu? Welche geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt es? Inwieweit hängt die Nutzung vom Alter oder vom Bildungsstand ab? Im darauf folgenden dritten Abschnitt werden die privaten Ausgaben für Freizeitaktivitäten in den Blick genommen, die aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) hervorgehen. Wie hoch sind die Ausgaben für Freizeitaktivitäten? Wofür wird das Geld ausgegeben? Welche Unterschiede gibt es zwischen einzelnen Haushaltstypen? Welche Rolle spielt die Höhe des Haushaltseinkommens?

D

- Deckl, S. (2003): Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. *Wirtschaft und Statistik*, 4, 354-359.

Abstract: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Ausstattung der privaten Haushalte in Deutschland mit Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Ausführungen basieren auf Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 und der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) der Jahre 1999 bis 2002. Neben der Betrachtung von Entwicklungstendenzen wird die aktuelle Situation anhand verschiedener Gliederungsmerkmale beschrieben.

- Deckl, S. und Krebs, T. (2004): Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 2, 209-227.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/AusstattungHaushalte.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Im folgenden Beitrag werden erste Ergebnisse aus dem Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 in dieser Zeitschrift präsentiert. Die in fünfjährlichem Turnus durchgeführte EVS fand im Jahr 2003 zum neunten Mal statt und lieferte erneut eine Vielzahl aktueller Informationen zum Lebensstandard, zur Wohnsituation sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Deutschland. Die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS ist mit einem Stichprobenumfang von rund 60 000 privaten Haushalten die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union (EU). Wie in den Erhebungsjahren zuvor, wurde auch bei der EVS 2003 zur Auswahl der Erhebungseinheiten ein Quotenplan auf der Grundlage des Mikrozensus 2001 entwickelt, der zahlreiche regionale und soziodemographische Faktoren berücksichtigt und so repräsentative, differenzierte und aussagekräftige Ergebnisse ermöglicht.

- Deckl, S. (2006): Indikatoren der Einkommensverteilung in Deutschland 2003: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 1178-1186.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/IndikatorenEinkommensverteilung2003.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Der vorliegende Beitrag präsentiert Ergebnisse für Querschnittsindikatoren zur Einkommensverteilung und Einkommensarmut in Deutschland 2003. Die Ergebnisse resultieren aus einer haushalts- und personenbezogenen Auswertung der Angaben von 53.432 privaten Haushalten, die an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 teilgenommen haben. Schwerpunkt des Beitrags ist die Darstellung der Ergebnisse für Nettoäquivalenzeinkommen und für Indikatoren zur Einkommensarmut (auch: monetäre Armut). Die Berechnung dieser Indikatoren erfolgte konform zu den Definitionen, wie sie im Jahr 2001 mit dem übergeordneten Ziel der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vom Europäischen Rat von Laeken verabschiedet wurden.

- Decoster, André, Ochmann, Richard, und Spiritus, Kevin (2013): *Integrating indirect taxation into EUROMOD: Documentation and results for Germany*. EUROMOD Working Paper.

Abstract: This paper documents the integration of microsimulation tools for direct taxation, indirect taxation, and social benefits in the context of the European tax and benefit simulator, EUROMOD. Integration has been developed parallelly for the two countries, Belgium and Germany. The paper at hand documents the process and presents simulation results for the case of Germany. An integrated data base underlying EUROMOD that contains household lev-

el information on income and consumption is generated. Consumption micro data from the 2008 cross section of the household budget survey for Germany is used to impute information on spending for durable and non-durable commodities into EU-SILC data, applying regression-based imputation techniques. Engel curves are estimated at the household level for total non-durable spending, expenditures on durable goods, as well as non-durable expenditure share equations. Distributional plots evaluate the goodness of fit of the imputations. As a result, status quo tax legislation is simulated in EUROMOD on imputed household spending, and incidence analysis of baseline VAT is undertaken. Finally, several arbitrary policy reforms implementing VAT rate uniformity are analysed with respect to their distributional impact.

Deutsches Zentrum für Altersfragen (2006): *Einkommenssituation und Einkommensverwendung älterer Menschen*. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung. Berlin: Lit Verlag.

Abstract: Die heutige Einkommenssituation älterer Menschen wird im Durchschnitt als positiv bewertet. Gleichzeitig wird aber auf die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen auch in der Gruppe der Älteren hingewiesen. Der erste Beitrag dieses Bands untersucht auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS 2003), für welche Warengruppen und Dienstleistungen ältere Menschen ihr Einkommen einsetzen und wie sich ihre Einkommensverwendung in den letzten Jahren verändert hat. Weiterhin wird im zweiten Beitrag eine Bilanz der Rentenreformen seit dem Jahr 2001 gezogen und die erwartbaren Folgen für die zukünftige Einkommenssituation älterer Menschen mit Hilfe eines Lebenseinkommens-Simulationsmodells differenziert analysiert. Der dritte Beitrag untersucht die jüngsten gesetzlichen Neuregelungen der Absicherung bei Erwerbsminderung. Es werden Reformoptionen für diesen Leistungsbereich diskutiert und politische Handlungsempfehlungen entworfen.

Distelkamp, M., Meyer, B., und Wolter, M. I. (2004): *Demographie und Ökonomie: Einfluss der Bevölkerungsstruktur auf die Konsumnachfrage*. Osnabrück: Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) mbH.

Abstract: Im vorliegenden Beitrag wird der demografische Einfluss auf Niveau und Struktur der Konsumnachfrage geschätzt. Diese Schätzung beruht auf einer Kombination der Daten der EVS 1998, die geordnet nach Alter des Haushaltsvorstandes Angaben über den Konsum nach Verwendungszwecken sowie das verfügbare Einkommen enthält, und Zeitreihendaten des Konsums nach Verwendungszwecken in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Unter der Vorgabe einer konstanten Einkommensstruktur für die nach Altersgruppen geordneten Haushalte und der nach Konsumquoten des Jahres 1998 wurde eine hypothetische Zeitreihe des Konsums nach Verwendungszwecken berechnet. Für den Zeitraum 1991 bis 2001 wurden die Abweichungen zwischen dem tatsächlichen Konsum nach Verwendungszwecken und dem jeweiligen hypothetischen Wert berechnet. Die Abweichungen sind dann auf divergierende Einkommens- und Preiselastizitäten sowie die mangelnde Strukturkonstanz der Einkommen zurückzuführen. Mittels einer ökonomischen Schätzung werden desweiteren die Abweichungen für die einzelnen Konsumzwecke gemessen.

Dörfel, H.-J. und Krupp, H.-J. (1971): Der Beitrag der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Verbesserung der Einkommensverteilungsstatistik. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 55, 265-289.

Dörfel, H.-J. und Krupp, H.-J. (1971-1999): *Zur Brauchbarkeit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in der Verteilungsstatistik*. Seminar für Sozialpolitik der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Frankfurt a.M.

Drabinski, T. (2001): *Ein Mikrosimulationsmodell zur Besteuerung von Einkommen*. Kiel: Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, Universität Kiel.

Abstract: "Ein Mikrosimulationsmodell zur Besteuerung von Einkommen" zeigt auf, wie eine volkswirtschaftliche Veranlagung aller deutschen Haushalte nach dem Einkommensteuergesetz

setz durchgeführt werden kann. Grundlage der Analyse ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes. Die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ausgewiesenen Haushalte werden den einkommensteuerrechtlichen Vorschriften unterworfen. Dies geschieht über ein hierfür programmiertes Mikrosimulationsmodell. In dem Mikrosimulationsmodell werden die individuellen Belastungen der Haushalte mit Einkommensteuern berechnet und durch geeignete Methodiken das gesamtwirtschaftliche Aufkommen der Einkommensteuer nachgebildet. Da das Mikrosimulationsmodell über benutzerfreundliche Oberflächen gesteuert wird, können vielfältige Steuerreformen durchgespielt und deren Auswirkungen analysiert werden. Somit liefert das vorgestellte Mikrosimulationsmodell einen eigenen Beitrag zur immer wiederkehrenden Diskussion über die Reform des deutschen Einkommensteuersystems.

Drabinski, T. (2006): *Sozioökonomische Struktur des Krankenversicherungsschutzes in Deutschland 2003. Schriftenreihe Institut für Mikrodaten-Analyse, Band 6.* Kiel.

Dudel, Christian, Garbuszus, Marvin, Ott, Notburga, Werding, Martin, Pereira, Natan Azabal, Krause, Johnathan, Röss, Simon, und Schild, Lucas (2013): Überprüfung der bestehenden und Entwicklung neuer Verteilungsschlüssel zur Ermittlung von Regelbedarfen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. *Endbericht für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Ruhr-Universität Bochum. Fakultät für Sozialwissenschaft.*

Abstract: Ziel der Studie ist es, 1. die bisher genutzten Verteilungsschlüssel der Ausgaben für Kinder, die u.a. auf Basis der EVS 1998 mit Hilfe ökonomischer Analyseverfahren entwickelt und teils mit Rücksicht auf eine geänderte Datenstruktur der EVS 2003 angepasst wurden, auf der Basis der jüngsten Daten (EVS 2008) und eigener Forschungsarbeiten zu überprüfen; 2. zu untersuchen, ob sich die Regelbedarfe für Erwachsene in Haushalten mit mehreren Erwachsenen, die bislang aufgrund von Plausibilitätsüberlegungen auf 90% bzw. 80% (Regelbedarfsstufen 2 bzw. 3) des Regelbedarfs einer allein lebenden Person festgesetzt wurden, auch auf andere Weise ermitteln lassen und ob die derzeitigen rechnerischen Relationen angemessen sind.

E

Ebel, G. (1999): *Die Berechnung der Wägschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Abstract: Im Februar 1999 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Neuberechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung auf der Preisbasis 1995 vorgestellt. Dabei werden auch die Neuberechneten und die bisherigen Ergebnisse auf Basis 1991 gegenübergestellt. In diesem Zusammenhang wird versucht, die Auswirkungen jeder einzelnen Maßnahme auf das Ergebnis zu quantifizieren. Dies gilt auch für die Aktualisierung des Wägschemas. Was darunter zu verstehen ist und wie diese Arbeiten in Deutschland durchgeführt werden, soll im vorliegenden Beitrag dargestellt werden. Die EVS dient dabei als zentrale Quelle für die Ableitung der Verbrauchsstrukturen.

Erbslöh, B. und Krummacher, M. (1997): *Wohnen im Überfluß und der politische Umgang damit*. S. 289–320 in: Huster, E.-U. (Hrsg.): *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Bei der Annäherung an das Thema "Wohnen im Überfluß" und vor allem der Frage der empirischen Operationalisierung dieses Phänomens ist festzustellen, dass dies ein empirisch und analytisch schwieriges, wissenschaftlich bislang kaum bearbeitetes Themenfeld ist. Deshalb waren zu diesem "Tabuthema" umfassendere Recherchen als Voraussetzungen für diesen Aufsatz erforderlich. Die methodischen Grundlagen für diesen Aufsatz bestanden in einer Datenauswertung der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 für Nordrhein-Westfalen und der Umfrageergebnisse zur Wohnsituation in Essen 1993 sowie in der Auswertung in Frage kommender anderer Datenquellen zu denen auch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993 zählt.

Erler, K. (1999): *Die Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland - Entwicklung 1980 bis 1998 und ökonomische Zusammenhänge*. Universität Berlin.

Abstract: Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Entwicklung des Sparverhaltens und den damit zusammenhängenden ökonomischen Prozessen. Mit dem Begriff der Sparquote wird i.d.R. intuitiv die Sparquote der privaten Haushalte verbunden. Da die privaten Haushalte in dem gewählten Zeitraum auch tatsächlich den größten Anteil zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis in der BRD beisteuerten, wird eine isolierte Betrachtung der privaten Haushalte vorgenommen. Hauptsächlich basieren die Betrachtungen auf Zahlenmaterial der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aber auch auf Daten der EVS. Um langfristige Zusammenhänge in den Vordergrund zu stellen, erstreckt sich der Untersuchungszeitraum auf die Jahre 1980 bis 1998.

Euler, M. (1968): Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969. *Wirtschaft und Statistik*, 289-291.

Euler, M. (1969): Die Werbung der Haushalte für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969. *Wirtschaft und Statistik*, 149.

Euler, M. (1970): Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte im Rahmen der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 1969. *Wirtschaft und Statistik*, 601.

Euler, M. (1972): Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973. *Wirtschaft und Statistik*, 375-377.

Euler, M. (1974): *Stand der Einkommensstatistik. Die Einkommensbefragung der privaten Haushalte. Mikrozensus, Wohnungsstichproben, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Volkszählung 1970*. S. 71-88 in: Fürst, G. (Hrsg.): *Stand der Einkommensstatistik, Individual- und*

Haushaltseinkommen, Einkommensschichtung. Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 6. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Euler, M. (1975): Ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte am Jahresende 1973. *Wirtschaft und Statistik*, 52, 363-376.

Euler, M. (1977): Einkommen und Einkommensverwendung 1973 nach Haushaltsgruppen. *Wirtschaft und Statistik*, 240-247.

Euler, M. (1977): Weitere Aspekte der Einkommensverteilung in privaten Haushalten. *Wirtschaft und Statistik*, 734-739.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1981): *Ausgewählte Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte am Jahresende 1978. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978*. Fachserie 15, Heft 2. Wiesbaden: Metzler-Pöschel.

Euler, M. (1981): Probleme der Erfassung von Vermögensbeständen privater Haushalte in Einkommens- und Verbrauchsstichproben. *Wirtschaft und Statistik*, 249-252.

Euler, M. (1983): Genauigkeit der Einkommensangaben in Abhängigkeit von der Art der statistischen Erfassung. *Wirtschaft und Statistik*, 813-818.

Euler, M. (1985): Geldvermögen privater Haushalte Ende 1983. *Wirtschaft und Statistik*, 408-418.

Euler, M. (1985): Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1983. *Wirtschaft und Statistik*, 672-680.

Euler, M. (1985): Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. *Wirtschaft und Statistik*, 56-62.

Euler, M. (1986): *Lieferung anonymisierter Einzelangaben aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)*. S. 157-164 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Nutzung von anonymisierten Einzelangaben aus Daten der amtlichen Statistik. Bedingungen und Möglichkeiten. Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Band 5. Wiesbaden: W. Kohlhammer.

Euler, M. (1986): Private Haushalte mit Eigentum oder Beteiligung an gewerblichen Unternehmen 1973 und 1983. *Wirtschaft und Statistik*, 836-840.

Euler, M. (1987): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988. *Wirtschaft und Statistik*, 8, 662-667.

Abstract: Die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte sind für das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland ein entscheidender Faktor. 1986 entfielen über 1000 Mrd DM, das ist mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts, auf den Privaten Verbrauch, also auf die Käufe und bestimmte unterstellte Käufe von Waren und Dienstleistungen durch private Haushalte. Trotz dieses gewaltigen Wirtschaftspotential ist über die Einkommenserzielung, -verteilung und -verwendung der privaten Haushalte verhältnismäßig wenig bekannt. Eine Möglichkeit bieten aber die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die seit 1962/63, erhoben werden. Für 1988 ist eine neue Erhebung geplant, über die hier berichtet wird.

Euler, M. (1988): Anmerkungen zur Einkommensverteilung und -schichtung privater Haushalte. *Wirtschaft und Statistik*, 488-498.

Euler, M. (1989): Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1988. *Wirtschaft und Statistik*, 307-315.

Euler, M. (1990): Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1988. *Wirtschaft und Statistik*, 798-808.

Euler, M. (1991): Grundvermögen privater Haushalte Ende 1988. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 277-284.

Euler, M. (1991): Die Geldvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik im Jahre 1988. *Sparkasse*, 108, 150-158.

Euler, M. (1991): Wertpapiervermögen privater Haushalte am Jahresende 1988. *Wirtschaft und Statistik*, 410-415.

Euler, M. (1992): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 2, 463-469.

F

Fachinger, U. (1992): Bedarfsentwicklung und Einkommenssicherung im Alter - Einige allgemeine Anmerkungen. *Zeitschrift für Gerontologie*, 25, 145-154.

Abstract: Die Bedarfsentwicklung von privaten Haushalten wird anhand von mikroökonomischen Modellen, von in gesetzlichen Regelungen eingegangenen Wertvorstellungen sowie von Querschnitterhebungen in stilisierter Form dargestellt. Diese hypothetischen Längsschnittprofile werden mit denen der Einkommensentwicklung verglichen. Die vorgenommene Analyse liefert Indizien, die darauf hinweisen, daß in der Nacherwerbsphase einem geringer werdenden Einkommen ein steigender Bedarf gegenübersteht. Grundsätzlich bildet das Einkommen eine obere Grenze für die Bedarfsdeckung eines Haushalts oder Individuums. Läßt sich die Höhe des Einkommens nicht mehr beeinflussen, so müssen die im Zeitablauf auftretenden Änderungen im Bedarf durch Änderungen in der Verwendungsstruktur gedeckt werden. Nach dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit, mit abnehmender Erwerbsfähigkeit und den geringer werdenden Möglichkeiten, Einkommen durch Arbeit zu erzielen, ist der Haushalt immer weniger in der Lage, aktiv auf die Höhe der Bedarfsdeckung einzuwirken.

Fachinger, U. und Faik, J. (1994): *Die Veränderung der personellen Einkommensstruktur in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/Main.

Abstract: Gegenstand der Untersuchung ist die Veränderung der Struktur der personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Grundlage der Analyse sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1962/63, 1969, 1973 sowie 1983. Um zwischen Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten differenzieren zu können, wurden die Daten der einzelnen Querschnitterhebungen verkettet und mit Hilfe der so gebildeten Zeitreihen, sog. "Repeated Cross-Section"-Daten (RCS-Daten), die Entwicklung und Strukturveränderung der Einkommen geburtskohortenspezifisch untersucht. Es zeigt sich, dass die Struktur der Einkommen während der jeweiligen Zeit der Erwerbstätigkeit relativ beständig bleibt. Erst der Übergang in die Nacherwerbsphase führt zu einem Bedeutungswandel: die "Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen" werden zu einer relevanten Einkunftsart. Eine analoge Zunahme der Bedeutung von "Einkünften aus Vermögen" im Alter, wie sie z.T. in der ökonomischen Theorie und von Sozialpolitikern unterstellt wird, kann nicht bestätigt werden. Als weiteres Ergebnis ist festzuhalten, dass Zweipersonenhaushalte im Hinblick auf die "ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen" grundsätzlich eine höhere Position als die Einpersonenhaushalte einnehmen. Darüber hinaus wurden die mit einer Haushaltsänderung einhergehenden Einkommensveränderungen untersucht.

Fachinger, U. (1995): *Zur materiellen Sicherung im Alter und deren Entwicklung in der Zukunft vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demographischen Veränderungen*. S. 65-87 in: Hüttig, C. (Hrsg.): *Graue Zeiten? Zur Zukunft sozialstaatlicher Alterssicherung*. Loccumer Protokoll 6/95.

Fachinger, U. und Schmähl, W. (1996): *Einkommen und Vermögen älterer Haushalte - Anmerkungen zur heutigen Situation und zur künftigen Entwicklung*. S. 93-124 in: Farny, D., Lütke-Bornefeld, P., und Zellenberg, G. (Hrsg.): *Lebenssituationen älterer Menschen. Beschreibung und Prognose aus interdisziplinärer Sicht*. Berlin: Duncker & Humblot.

Abstract: Im Mittelpunkt der Analyse stehen die "älteren Haushalte", d. h. Haushalte, in denen die Bezugsperson Einkünfte aus Alterssicherungssystemen bezieht und nicht mehr überwiegend erwerbstätig ist. In der aktuellen Diskussion werden - vereinfacht ausgedrückt - zwei gegensätzliche Positionen hinsichtlich der zukünftigen materiellen Situation älterer Haushalte vertreten: Auf der einen Seite wird auf den Vermögensbestand verwiesen, der in der BRD vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden ist, der vererbt wird und damit die ma-

terielle Lage nachfolgender "Kohorten" positiv beeinflusst. Auf der anderen Seite wird auf die Gefahren hingewiesen, die mittelfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung - und hier insbesondere ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt - und langfristig durch die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung und den hierdurch zur Finanzierung der Leistungen staatlicher Sicherungssysteme notwendigen Abgabenerhöhungen ausgehen. Somit ist der Ansatzpunkt des vorliegenden Beitrages formuliert: Ausgehend von der derzeitigen Situation werden auf der Basis der Ergebnisse von Längsschnittuntersuchungen, die bestimmte Entwicklungstendenzen und -strukturen aufzeigen, und unter Beachtung theoretischer Modelle über den Bestand, die Struktur und die künftige Entwicklung der Einkommens- und Vermögenssituation älterer Haushalte abgeleitet.

Fachinger, U. (1996): *Einkommen und Vermögen älterer Haushalte. Bestand, Struktur und zukünftige Entwicklung*. Köln: Eigenverlag.

Abstract: Ziel der vorliegenden Analyse ist es, auf Grundlage einer umfassenden Darstellung der theoretischen Zusammenhänge und der empirischen Kenntnisse zur materiellen Situation älterer Haushalte Aussagen zu treffen. Derartige Aussagen sind vordringlich durch eine Lagenanalyse zu fundieren, die die Entwicklung in der Vergangenheit über einen möglichst großen Zeitraum - der möglichst nahe an die Gegenwart heranreicht beschreibt und Wirkungszusammenhänge bzw. Strukturen aufdeckt die zur gegenwärtigen Situation geführt haben. Die Datenlage zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD hat sich in den letzten Jahren verbessert. Mittlerweile existieren vereinzelte Darstellungen der materiellen Situation von Haushalten in der BRD, so dass die Einkommens- und Vermögenslage von Haushalten zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Vergangenheit für bestimmte Jahre bekannt ist. In bezug auf ältere Haushalte sind die folgenden Ergebnisse folgender Untersuchungen hervorzuheben: die Studien zur Alterssicherung in Deutschland (ASID'86 und ASID'92) der Bericht der Enquenzen-Kommission Demografischer Wandel sowie einzelne Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes. Die vorliegende Arbeit ist dreigeteilt. In Teil 2 werden zunächst die theoretisch und die empirisch ermittelten Wirkungszusammenhänge von Faktoren, die die materielle Situation älterer Haushalte beeinflussen, herausgearbeitet. Nach der Zusammenfassung der Ergebnisse werden in Teil 3 der gegenwärtige Bestand und die derzeitige Struktur der Einkommen und Vermögen ältere Haushalte beschrieben. Eine Synthese aus empirischen Studien und den theoretischen Modellen ist Gegenstand des abschließenden vierten Teils.

Fachinger, U. und Rothgang, H. (1997): *Die Wirkung des PflegeVG auf die personelle Verteilung*. S. 171-214 in: Rothgang, H. (Hrsg.): *Ziele und Wirkungen der Pflegeversicherung. Eine ökonomische Analyse*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Fragen der institutionellen Verteilung bei den auf distributive Effekte einer Pflegeversicherung abzielenden Analysen haben bisher ein Schattendasein geführt. Dies ist sicherlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Finanzierungszuständigkeiten schon vor der Verabschiedung des PflegeVG überaus komplex bzw. hinsichtlich der Finanzierungsströme teilweise sogar unüberschaubar waren. Aus diesem Grund wird auf eine umfassende Analyse verzichtet. Im Folgenden werden statt dessen nur die von ihrem Volumen her bedeutsamsten Finanzströme insoweit quantifiziert, als dies für eine Analyse der Wirkungen des PflegeVG auf die personelle Verteilung notwendig ist. Nach Verabschiedung des PflegeVG besteht die Möglichkeit, die tatsächlichen gesetzlichen Regelungen zur Grundlage der Analyse zu machen. Bei den folgenden Erörterungen handelt es sich um eine auf der tatsächlichen Ausgestaltung der Pflegeversicherung beruhenden Modellanalyse.

Fachinger, U. (1997): *Einkommen und Vermögen im Alter - Eine kurze Ausführung zur gegenwärtigen Situation und Hypothesen über die künftige Entwicklung*. S. 7-25 in: *Pro Senectute - Gesellschaft für würdiges Sterben - Institut für interdisziplinäre Altersforschung der Universität Bremen* (Hrsg.): *Altern in unserer Zeit* XI.11. Öffentliche Vortragsreihe 1996/97. Berlin: Pro Senectute.

Fachinger, U. und Bögenhold, D. (1998): The Social Embeddedness of Consumption - Towards the Non-Linearity of Income and Expenditure. *Social Abstracts Supplement*, 182, 43.

Fachinger, U. (1998): *Die Verteilung der Vermögen privater Haushalte: Einige konzeptionelle Anmerkungen sowie empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland.*

Abstract: Ziel des Arbeitspapiers ist es, einen Überblick über konzeptionelle Fragen zu geben, die mit einer Analyse der Verteilung der Vermögen privater Haushalte verbunden sind, vor diesem Hintergrund die verfügbaren Datengrundlagen auf ihre Geeignetheit hin zu diskutieren und einige empirische Befunde darzulegen. Als Fazit aus diesen Erörterungen zur Datenlage in der Bundesrepublik Deutschland ist festzuhalten, dass es zwar auf makroökonomischer Ebene Informationen über das Gesamtvermögen und über bestimmte Vermögensaggregate, wie z. B. Geldvermögen, gibt, es existieren allerdings keine Informationen über die Verteilung des gesamten Vermögensbestands privater Haushalte selbst, sofern man sich auf das Produktivvermögen und das Vermögen an Geld und Forderungen beschränkt.

Fachinger, U. und Schmähl, W. (1999): *Armut und Reichtum. Einkommen und Konsumverhalten älterer Menschen.* S. 159-208 in: Niederfranke, A., Naeyele, G., und Frahm, E. (Hrsg.): *Funkkolleg Altern 2. Lebenslage und Lebenswelten, soziale Sicherung und Altenpolitik.* Opladen: Westdeutscher Verlag.

Fachinger, U. und Oelschläger, A. (2000): *Selbständige und ihre Altersvorsorge. Sozialpolitischer Handlungsbedarf.* S. 145- 172 in: Bögenhold, D. (Hrsg.): *Kleine und mittlerer Unternehmen im Strukturwandel - Arbeitsmarkt und Strukturpolitik.* Frankfurt u.a.: Peter Lang.

Abstract: Die hier behandelte Frage beschäftigt sich damit, ob Selbständige, die über ein relativ geringes durchschnittliches Einkommen verfügen eine Absicherung sozialer Risiken betreiben. Der Beitrag konzentriert sich dabei auf eine spezifische Perspektive, nämlich auf die von ihren quantitativen Auswirkungen aus ökonomischer und sozialpolitischer Sicht relevanteste: die Vorsorge für die materielle Absicherung im Alter nach der altersbedingten Aufgabe der Selbständigkeit. Inhaltlich wird zunächst auf die Entwicklung der Erwerbsstruktur eingegangen, anschließend ein grober Überblick über die bestehenden Formen obligatorischer Alterssicherung gegeben und abschließend ein Resümee über den derzeitigen Kenntnisstand und den sich daraus ergebenden sozialpolitischen Folgerungen.

Fachinger, U. (2000): *Erweiterung des versicherten Personenkreises auf Selbständige - Einige Anmerkungen zum DJB-Modell.* S. 143-172 in: Rust, U. (Hrsg.): *Eigenständige Alterssicherung von Frauen.* Wiesbaden: Chmielorz.

Abstract: Im Folgenden wird von dem Ziel des DJB-Modells einer Ausdehnung des Personenkreises ausgegangen und in Anlehnung an die nur skizzierte Vorgehensweise zunächst eine Bestandsaufnahme des bestehenden Alterssicherungssystem in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich einer obligatorischen Altersvorsorge von Selbständigen vorgenommen. Diese bezieht sich zum einen auf die Beschreibung der institutionellen Regelungen und zum anderen auf quantitative Informationen. Ein Resümee dieses Abschnittes ist die mangelhafte Kenntnis des Status quo und die unvollständige wissenschaftliche Aufarbeitung der Absicherung selbständig Erwerbstätiger im bundesrepublikanischen Alterssicherungssystem. Deshalb können im Rahmen der Wirkungsanalyse nur einige relevante Aspekte, die bei der Beurteilung des Vorschlages zu beachten sind, angesprochen werden und einige Hinweise für die weiterführende Forschung gegeben werden, die im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit den Vorschlägen des Modells vorzunehmen wäre.

Fachinger, U. und Oelschläger, A. (2000): *Selbständige und ihre Altersvorsorge. Sozialpolitischer Handlungsbedarf?* Bremen: ZeS.

Abstract: Ein Charakteristikum des strukturellen Wandels in der BRD ist, dass vermehrt Formen der selbständigen Erwerbstätigkeit entstehen. Im Gegensatz zu abhängig Beschäftigten sind Selbständige sozialrechtlich nur geschützt, wenn dies vom Gesetzgeber ausdrücklich bestimmt ist. Aus der Zunahme sozialrechtlich nicht geschützter Beschäftigungsverhältnisse können sich daher Probleme im sozialen Sicherungssystem ergeben. Für den Bereich der Altersvorsorge – der im Mittelpunkt dieses Beitrages steht – zeigt die Untersuchung, dass die Datenlage für eine umfassende Lageanalyse derzeit unzureichend ist. Dennoch wird deutlich, dass die überwiegende Zahl der Selbständigen nicht von einem obligatorischen Alterssicherungssystem erfaßt ist und die bestehenden obligatorischen Sicherungssysteme von heterogener Struktur sind.

Fachinger, U. (2001): *Materielle Ressourcen älterer Menschen – Struktur, Entwicklung und Perspektiven.* S. 131-360 in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): *Expertisen zum 3. Altersbericht der Bundesregierung.* Band 2: *Erwerbsbiographien und materielle Lebenssituation im Alter.* Opladen: Leske+Budrich.

Abstract: Ziel der Expertise ist eine Darstellung der Entwicklung der materiellen Ausgangssituation älterer Haushalte in Deutschland über die vergangenen zehn Jahre. Hierbei ist der Vergleich der in West- und Ostdeutschland lebenden älteren Haushalte ein zentraler Aspekt. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse und von Plausibilitätsüberlegungen werden dann Aussagen über die sich abzeichnende Entwicklung in den nächsten Jahren getroffen. Hierbei wird die jeweilige Situation in West- und Ostdeutschland explizit berücksichtigt. Gemäß dieser Zielvorgabe werden hier weder die institutionellen Regelungen ausführlich dargestellt, noch eine intensive Ursachenanalyse durchgeführt. Vielmehr wird eine umfassende Bestandsaufnahme der quantitativen Informationen angestrebt.

Fachinger, U. (2001): *Einnahmen und Ausgaben Hochbetagter. Expertise für die Sachverständigenkommission "4. Altenbericht der Bundesregierung".* Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

Fachinger, U. (2001): *Einkommensverwendungsentscheidung von Haushalten.* Berlin: Duncker & Humboldt.

Abstract: Insgesamt werden sechs miteinander eng verbundene Ziele angestrebt. Das erste Ziel ist die Beschreibung der Entwicklung der Einkommensverwendungsentscheidungen von Haushalten bzw. Individuen im Zeitablauf. Auf der Grundlage der Deskription sollen im weiteren Einflußfaktoren identifiziert und Hypothesen zur Erklärung der Veränderungen im Ausgabeverhalten abgeleitet werden. In einem weiteren Schritt werden die mikroökonomischen Theorien über das Konsumverhalten von Haushalten mit den empirischen Fakten konfrontiert. Das vierte Ziel ist somit, Indizien für die Relevanz dieser Theorien zu finden. Da die mikroökonomischen Theorien das Einkommensverwendungsverhalten in der Regel als von der Einkommenssituation der Haushalte abhängig betrachten, ergibt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem Verhältnis von Einkommensverteilung und Produktverteilung, d.h. der Partizipation am Sozialprodukt. Daher wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob die Einkommensverteilung – vor allem bezogen auf den individuellen Lebenslauf – gleichmäßiger oder ungleichmäßiger als die Produktverteilung ist. Aus den Analysen können dann Implikationen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik abgeleitet werden. Die Ergebnisse können Hilfen für die Begründung von Verteilungsnormen liefern und die Implikationen von Entscheidungen aufzeigen.

Fachinger, U. (2002): *Sparfähigkeit und Vorsorge gegenüber sozialen Risiken bei Selbständigen: Einige Informationen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998*. ZeS-Arbeitspapier.

Abstract: Ziel des Beitrages ist die Analyse der Sparfähigkeit und der spezifischen Vorsorgeformen von Personen bzw. Haushalten, deren Einkommen überwiegend aus selbständiger Erwerbstätigkeit erzielt wird. Zur Charakterisierung der Sparfähigkeit werden Informationen über Einkünfte und Vermögensbestände ermittelt, bei deren Beurteilung auch der Haushaltstyp bzw. die spezifische Haushaltssituation berücksichtigt wird. Datenbasis dafür ist ein scientific use file der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistische Bundesamts von 1998. Als Resultat zeigt sich auf der Grundlage der Querschnittsanalyse, dass sich die Sparfähigkeit Selbständiger im Durchschnitt nicht wesentlich von der der abhängig Beschäftigten unterscheidet. Weiterhin wird deutlich, dass sich die EVS 98 nur sehr eingeschränkt zur Analyse der Risikovorsorge privater Haushalte eignet. Es konnten dennoch Indizien ermittelt werden, die darauf hinweisen, dass die Gruppe der Selbständigen sehr heterogen im Hinblick auf die Vorsorge gegenüber einem Einkommensausfall und/oder einer zusätzlichen Belastung ist.

Fachinger, U. und Rothgang, H. (2002): *Die Wirkungen des Pflege-Versicherungsgesetzes auf die personelle Einkommensverteilung. Eine Modellanalyse auf der Basis des Pflege-Versicherungsgesetzes*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.

Abstract : In der vorliegenden Analyse werden die Wirkungen der zum 1. Januar 1995 eingeführten Pflegeversicherung auf die personelle Einkommensverteilung untersucht. Anhand einer Partialanalyse der formalen spezifischen Inzidenz wird die Finanzierungs- und Leistungsgestaltung gemäß dem Rechtsstand zum 31. Dezember 1994 mit der Finanzierungs- und Leistungsgestaltung zum 1. Juni 1996 verglichen. Mit dieser Vorgehensweise wird ermittelt, welche Einkommensschichten seitens der Empfänger in besonderem Maße profitieren und welche seitens der Zahler stärker belastet bzw. entlastet werden. Im Ergebnis zeigt sich, dass sowohl durch die Änderung der Regelung auf der Leistungsseite als auch durch die Umbasierung von einer überwiegenden Steuerfinanzierung zu einer vorwiegenden Beitragsfinanzierung die oberen Einkommensschichten zu Lasten der unteren begünstigt werden.

Fachinger, U., Rothgang, H., und Viebrok, H. (2002): *Die Konzeption sozialer Sicherung. Festschrift für Prof. Dr. Winfried Schmähl zum 60. Geburtstag*. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Fachinger, U. (2006): *Einkommensverwendung im Alter. Expertise für die Sachverständigenkommission. 5. Altenbericht der Bundesregierung*. S. 1-129 in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): *Einkommenssituation und Einkommensverwendung älterer Menschen. Expertisen zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung*. Band 3. Münster: Lit. Verlag.

[URL:http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fachinger-einkommensverwendung-im-alter.property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fachinger-einkommensverwendung-im-alter.property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf)

Abstract: Das Ziel der Expertise ist es, umfassend und differenziert die Einkommensverwendung von privaten Haushalten ältere Menschen darzustellen und hinsichtlich der Gemeinsamkeiten und Unterschiede, sowohl das Niveau und als auch die Struktur betreffend, zu analysieren. Es soll somit eine explorative Analyse des Status quo in der Bundesrepublik Deutschland erstellt werden. Um die zu erreichen, werden die Struktur und die Veränderung in der Einkommensverwendung der älteren Menschen im Vergleich zu den erwerbstätigen jüngeren Altersgruppen und nach soziodemographischen und -ökonomischen Merkmalen differenziert dargestellt. Als Datengrundlage für die empirische Analyse werden Einkommens- und Verbrauchsstichproben Des Statistischen Bundesamtes, ergänzt durch Media Analyse Daten, genutzt.

Fachinger, U. (2009): *Wovon leben die "Alten" und wofür geben sie ihr Geld aus? Eine empirische Analyse für Deutschland*. S. 65-96 in: Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): *Die Lebenslagen Älterer: Empirische Befunde und zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten*. Jahrestagung

2009 des Forschungsnetzwerks Alterssicherung (FNA) am 29. und 30. Januar 2009 in Berlin. DRV-Schriften 85. Berlin.

Fachinger, U. und Faik, J. (2010): *Ausgabenanalysen für Deutschland und Niedersachsen – Berechnungsergebnisse auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003*. Vechta: Zentrum Altern und Gesellschaft.

URL: http://mpira.ub.uni-muenchen.de/23269/1/MPRA_paper_23269.pdf

Abstract: Die Studie fokussiert die Einkommensverwendungsseite in Gesamtdeutschland einerseits und Niedersachsen andererseits. Konkret werden die materielle Situation der bundesdeutschen bzw. niedersächsischen Personen im Haushaltskontext sowie deren Ausgabenbereitschaft dargestellt. Als Datenbasis fungiert dabei das Scientific-Use-File der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003. Im Detail erfolgen Auswertungen primär im Themenbereich „Wohnen“. Darüber hinaus werden Einkommens- und Preiselastizitäten berechnet, um auch hier – d. h. bezüglich der Elastizität des Nachfrageverhaltens – zu eruieren, ob es Unterschiede zwischen Gesamtdeutschland und Niedersachsen gibt, die ein nennenswertes Ausmaß annehmen.

Im empirischen Teil der Studie wurden neben Gemeinsamkeiten zwischen beiden betrachteten Gebietseinheiten auch einige Unterschiede deutlich. Beispiele für derartige Unterschiede sind die höheren Immobilien-Eigentümerquote, die höhere durchschnittliche und marginale Konsumquote, aber auch die niedrigeren „Basisausgaben“ jeweils in Niedersachsen im Vergleich zu Gesamtdeutschland. Diese Befunde standen im Einklang mit den gemessenen höheren Nachfrageelastizitäten in Niedersachsen gegenüber Gesamtdeutschland. Derartige Divergenzen wurden auch bei den soziodemografischen Differenzierungen nach dem Alter des Haushaltsvorstandes, dem Alter aller Haushaltsmitglieder, dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes, der Nationalität des Haushaltsvorstandes, dem Haushaltstyp und der Haushaltsgröße sichtbar, wenngleich sie vielfach statistisch nicht signifikant waren

Fachinger, Uwe (2012): Wirtschaftskraft Alter. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 45, 610–617.

Abstract: Dieser Beitrag befasst sich unter dem Aspekt Wirtschaftskraft Alter mit Fragen der strukturellen Entwicklung von Vermögen, Einkommen und Ausgaben im Alter. Dabei zeigt sich prinzipiell, dass Aussagen, die eine weitere positive Entwicklung der Wirtschaftskraft Alter konstatieren, durchaus skeptisch zu beurteilen sind. Zum einen wird es zu einer Reduzierung des Absicherungsniveaus aufgrund der Leistungskürzungen in den Regelsystemen der Alterssicherung kommen, die auch in der Zukunft den Hauptbestandteil der Alterseinkünfte ausmachen werden. Zum anderen wird sich eine Erhöhung der Ungleichheit durch die unterschiedlichen Anpassungsverfahren der Alterseinkommen einstellen. Die Ausgaben werden sich sowohl in der Höhe als auch in der Struktur im Vergleich zu heute ändern. So bedingt die Reduzierung des Absicherungsniveaus eine Reduzierung der Ausgaben insgesamt und eine geringere Nachfrage nach „Luxusgütern“. Aussagen über die strukturellen Änderungen werden dadurch erschwert, dass die Ausgaben nicht nur abhängig von den materiellen Ressourcen der Haushalte und den Preisen der Waren und Dienstleistungen sind. So wird sich beispielsweise die Humankapitalausstattung künftiger älterer Menschen von denen der heutigen unterscheiden und Kohorteneffekte werden potenziell ein anderes Nachfrageverhalten bedingen.

Faik, J. (1995): *Äquivalenzskalen – Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.

Faik, J. (1997): *Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen – eine Modifizierung der Sozialhilfeskala*. S. 13–42 in: Becker, I. und Hauser, R. (Hrsg.): *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt/Main, New York.

Abstract: Ausgangspunkt für den Beitrag ist das Faktum, dass es die sozialpolitische Praxis ebenso wie die Verteilungsforschung mit heterogenen Untersuchungseinheiten zu tun hat, insbesondere mit verschiedenartig strukturierten Haushaltstypen. Um derartige Einheiten

wohlfahrtsbezogen miteinander vergleichbar machen zu können, sind gewissermaßen Wohlfahrtsdeflatoren notwendig, die sowohl individuelle Bedarfsunterschiede als auch die Einsparungen bei gemeinsamer Haushaltsführung zum Ausdruck bringen. Zu diesem Zweck werden in der Verteilungsforschung die Haushaltseinkommen durch sog. Äquivalenzskalenwerte dividiert. In bundesdeutschen Verteilungsanalysen wurde in der Vergangenheit überwiegend auf die aus der Regelsatzverordnung zum Bundessozialhilfegesetz abgeleiteten Proportionen zurückgegriffen, was nicht ohne Kritik geblieben ist. Zielsetzung der Studie ist es, wohlstandsinvariante Einkommensabstufungen für den unteren Einkommensbereich unter bestmöglicher Bezugnahme auf die tatsächliche Gesetzeslage herzuleiten. Aus diesem Grund wird eine neue, umfassendere Skala entwickelt, welche ihrerseits als Basis für Verteilungsanalysen fungieren kann.

Faik, J. und Schломann, H. (1997): *Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland*. S. 89-126 in: Huster, E.-U. (Hrsg.): *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Das Vermögen der privaten Haushalte spielt in der sozialpolitischen Diskussion der letzten Jahre eine zunehmende Rolle. Oft wird dabei übersehen, dass hinter den Aggregaten der vorhandenen Vermögensbeständen privater Haushalte eine erhebliche Ungleichheit der Verteilung steht, die deutlich über das Ausmaß der Einkommenskonzentration hinaus geht. Ein besonderer Aspekt dieser Arbeit besteht darin, zu überprüfen, inwieweit die oft beschworene und hinsichtlich der Einkommenssituation tatsächlich zu beobachtende Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland auch auf die Vermögensausstattung der privaten Haushalte zutrifft. Dazu werden die Einkommens- und Verbrauchsdaten von 1962/63 bis 1993 analysiert.

Faik, J. und Hauser, R. (1998): *Untersuchung der notwendigen Ausgaben größerer Haushaltsgemeinschaften. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit*. Frankfurt/Main.

Faik, J. (1999): *Asymmetrien in der Einkommens- und Vermögensverteilung und ihr Bezug zur Alterssicherung*. Würzburg.
URL: http://vwl.faik.net/downloads/vortraege/1999-06-02_Wuerzburg.pdf

Faik, J. (2000): *Eine Datenquelle, drei Studien = drei verschiedene Aussagen? Zur Problematik empirischer Vermögensanalysen*. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Empirische Wohlstandsanalysen können prinzipiell anhand dreier Indikatoren durchgeführt werden: Anhand des privaten Verbrauchs, anhand des verfügbaren Einkommens oder anhand des Nettovermögens. Bezüglich der Definition des privaten Vermögens gibt es nicht annähernd akzeptierte internationale Konventionen, so dass allein die Deskription der Höhe und Verteilung privat gehaltenen Vermögens eine komplexe Aufgabe ist. Daher ist es nicht unwahrscheinlich, dass verschiedene Vermögensanalysen selbst auf einer einheitlichen Datengrundlage zu zum Teil entgegengesetzten Aussagen kommen. Diesen Gedanken aufgreifend, werden in der vorliegenden Studie in beispielhafter Form drei auf Basis der EVS 1988 durchgeführten Analysen zur bundesdeutschen Vermögensverteilung privater Haushalte einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. Es wird gezeigt, an welchen Stellen Abweichungen zwischen den einzelnen Studien auftreten und worauf diese (vermutlich) zurückzuführen sind.

Faik, J. (2007): *Neue Ansätze zur Messung von Armut*. Lüneburg.
URL: http://vwl.faik.net/downloads/vortraege/2007-06-19_Lueneburg.pdf

Faik, J. (2007): *Verteilungsmaße: Theorie und Empirie*. Lüneburg.
URL: http://vwl.faik.net/downloads/vortraege/2007-11-13_Lueneburg.pdf

- Faik, J. (2008): *Wann liegt Armut vor? Probleme der Armutsmessung*. Bensheim.
URL: http://vwl.faik.net/downloads/vortraege/2008-02-25_Bensheim.pdf
- (2009): *Is the Overall German Personal Income Distribution Constant or Variable over Time? Cross-section Analyses for Germany 1969-2003*. FaMa-Diskussionspapier 1/2009. Frankfurt a.M.: FaMa Neue Frankfurter Sozialforschung.
URL: http://www.fama-nfs.de/FaMa-Diskussionspapier_1-2009.pdf
- (2009): *Alternative Verfahren zur Messung von Armut: Ganzheitliche Methode versus Zerlegungsansatz*. FaMa-Diskussionspapier 2/2009. Frankfurt a.M.: FaMa Neue Frankfurter Sozialforschung.
URL: http://www.fama-nfs.de/FaMa-Diskussionspapier_2-2009.pdf
- (2009): *Subjektive und objektive Lebenslagen von Arbeitslosen*. FaMa-Diskussionspapier 4/2009. Frankfurt a.M.: FaMa Neue Frankfurter Sozialforschung.
URL: http://www.fama-nfs.de/FaMa-Diskussionspapier_4-2009.pdf
- Faller, B, Braun, R., Heyn, T., und Pfeiffer, U. (2001): Hemmnisse der Wohneigentumsbildung. *BBR-Reihe "Forschungen"*.
- Abstract: Es hat in den vergangenen Jahrzehnten beständig Fortschritte in der Wohneigentumsbildung¹ gegeben. In den alten Bundesländern lag die Wohneigentumsquote 1950 noch bei ungefähr 25%, mittlerweile beträgt sie 42% (Ost: 31%). Im internationalen Vergleich und gemessen an den artikulierten Wünschen der Haushalte² ist die Entwicklung der Selbstnutzerquote allerdings unbefriedigend geblieben. Über die Fragen der Wohnungsversorgung hinaus ist dabei wichtig, dass Wohneigentum bislang die wichtigste Säule des Vermögensaufbaus und der privaten Alterssicherung ist. Eine hohe, über verschiedene Haushaltstypen und Einkommensgruppen hinweg reichende Selbstnutzerquote ist demnach auch Ausdruck einer breiten Vermögensstreuung.
- Fesseau, Maryse, Wolff, Florence, und Mattonetti, L. (2012): *Micro and Macro Estimates on Household Economic Resources: Across Country Data Reconciliation*.
URL: <http://hdl.handle.net/10419/91646>
- Abstract: It has long been recognised that Gross Domestic Product (GDP) and other macroeconomic statistics, while useful in their own right, are not suitable measures to portray people's material conditions in any comprehensive sense. The focus on GDP as the single most important measure of economic performance has driven a wedge between headline statistics and ordinary people's perception of their economic conditions. The financial and economic crisis of the past years has further amplified these concerns which may have been damaging for the credibility of official statistics.
- Fiebiger, H. (1997): Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 12, 879-886.
- Finke, C. und Kott, K. (2011): *Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung*. S. 131-172 in: Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland: Band I. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).
URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Downloads/Datenreport2011Kap6.pdf?__blob=publicationFile
- Fischer, I. und Hauser, R. (1988): *Lone-parent families in the Federal Republic of Germany*. Frankfurt/Main: SFB 3 Universität Frankfurt.
- Abstract: In 1982 the European Community released the so called Friis report which analysed the situation of lone-parent families in the member countries. This paper is the sequel for the

Federal Republic of Germany as part of an overall survey on all member countries. The results show that within the last 25 years, lone-parent families were a group with growing numbers and shares among all family types in West Germany. In particular male headed units increased their portion but females were still the dominant type. The income situation of incomplete families was on average worse than for complete units. The share of lone-parent families living in poverty rose drastically since the sixties.

Fleck M. und Papastefanou, G. (2006): *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998: Design und Methodik sowie Veränderungen gegenüber den Vorgängererhebungen*. ZUMA-Arbeitsbericht, 2006/01. Mannheim.

[URL:http://www.gesis.org/Publikationen/berichte/ZUMA_Arbeitsberichte/06/AB_06_01_Papastefanou.pdf](http://www.gesis.org/Publikationen/berichte/ZUMA_Arbeitsberichte/06/AB_06_01_Papastefanou.pdf)

Abstract: Erstmalig durchgeführt wurde die EVS 1962/63 und seit 1973 wird sie in fünfjährigen Abständen wiederholt. Die achte Erhebung des Jahres 1998 stellt eine Zäsur in der Reihe der Einkommens- und Verbrauchsstichproben dar. Zwar sind die Erhebungsziele der EVS 1998 im wesentlichen identisch mit jenen früherer Studien, doch wurde mit ihr eine ganze Reihe weitreichender inhaltlicher und methodischer Veränderungen realisiert. Die implementierten Modifikationen sollten eine schnellere Bereitstellung der Ergebnisse ermöglichen, den Befragungsaufwand für die teilnehmenden Haushalte reduzieren und die EVS mit den neu konzipierten Laufenden Wirtschaftsrechnungen möglichst weitgehend integrieren. Ziel dieses Arbeitsberichtes ist die Erläuterung dieser methodischen Modifikationen und die kritische Bewertung ihrer Konsequenzen für Datenqualität und Vergleichbarkeit mit früheren Einkommens- und Verbrauchsstichproben.

Frick, J., Grabka, M., und Hauser, R. (2010): *Die Verteilung der Vermögen in Deutschland. Empirische Analysen für Personen und Haushalte*. Berlin: Edition Sigma.

Abstract: Die Nettovermögen sind viel ungleichmäßiger verteilt als die Nettoeinkommen. In den letzten Jahren hat die Ungleichheit der Vermögensverteilung noch weiter zugenommen. Dies ergeben die beiden Vermögenserhebungen des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) von 2002 und 2007, auf deren Grundlage die Autoren in diesem Band eine Reihe von innovativen Analysen rund um die Vermögensverteilung präsentieren. Sie widmen sich u.a. der - erstaunlicherweise nicht sehr stringenten - Korrelation zwischen Nettoeinkommen und -vermögen, der langfristigen Entwicklung des Gesamtvermögens des Haushaltssektors mit den Auf- und Abstiegen in der Vermögenshierarchie sowie der Vermögensverteilung nach Bildungsstand, beruflicher Stellung und Migrationshintergrund. Indem die Untersuchung auch die rechtlichen Eigentümer erfasst, erlaubt sie einen Einblick in die geschlechtsspezifischen Vermögensverhältnisse - mit dem Ergebnis, dass Männer erwartungsgemäß deutlich vermögender sind als Frauen. Erstmals beziehen die Autoren auch die Anwartschaften an Renten und Pensionen in die erweiterte Vermögensrechnung ein. Das Anwartschaftsvermögen ist wesentlich weniger ungleich verteilt als das Geld-, Sach- und Beteiligungsvermögen; die Ungleichheit wird dadurch abgeschwächt, aber sie bleibt insgesamt eklatant. - Mit einem Vorwort von Sir Anthony Atkinson.

Friehe, Tim und Mechtel, Mario (2014): Conspicuous consumption and political regimes: Evidence from East and West Germany. *European Economic Review*, 67, 62-81.

Abstract: This paper investigates the influence of political regimes on the relative importance of conspicuous consumption. We use the division of Germany into the communist GDR and the democratic FRG and its reunification in 1990 as a natural experiment. Relying on household data that are representative for Germany, our empirical results strongly indicate that conspicuous consumption is relatively more important in East Germany. Significantly, although we find some convergence, a considerable gap in conspicuous consumption expenditures re-mains even 18 years after the German reunification.

Frondel, Manuel und Sommer, Stephan (2014): *Energiekostenbelastung privater Haushalte: Das EEG als sozialpolitische Zeitbombe?*. Springer.

Abstract: Seit dem Jahr 2000 haben sich die Strompreise für private Haushalte praktisch verdoppelt. Von steigenden Stromkosten sind nicht zuletzt Millionen von armutsgefährdeten Haushalten betroffen. Vor diesem Hintergrund untersucht der vorliegende Beitrag exemplarisch für einige Haushaltstypen mit geringem Einkommen, wie stark ihre Stromkostenbelastung in den vergangenen Jahren relativ zum Einkommen zugenommen hat und in welchem Maße diese Belastung künftig weiter steigen könnte. Nach unseren Abschätzungen auf Basis stilisierter Fakten musste beispielsweise der von uns betrachtete armutsgefährdete alleinstehende Rentner im Jahr 2013 etwa gleich viel für Strom ausgeben wie zur Deckung seines Energiebedarfs zum Heizen und zur Warmwassererzeugung. Es muss davon ausgegangen werden, dass aufgrund des Ausbaus der erneuerbaren Energien die Stromkostenbelastung auch in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Damit stellt sich immer drängender die Frage nach Maßnahmen zur Abschwächung der Entwicklung steigender Strompreise und zur sozialen Abfederung ihrer regressiven Wirkungen.

Frondel, Manuel, Andor, Mark, Ritter, Nolan, Sommer, Stephan, Vance, Colin, Matuschek, Peter, und Müller, Ute (2015): *Erhebung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte für die Jahre 2011-2013: Bericht für das Projekt Erhebung des Energieverbrauchs der privaten Haushalte für die Jahre 2006-2013*. RWI Projektberichte.

Abstract: Ziel dieser Studie ist die Schätzung des Energieverbrauchs privater Haushalte in Deutschland für die Jahre 2011 bis 2013 mittels einer Stichprobenerhebung, die mittlerweile auf einem aus rund 15 000 Haushalten bestehenden repräsentativen Panel des forsa-Instituts basiert. Die Haushalte werden umfassend zu ihrem Verbrauch der jeweils von ihnen verwendeten Energieträger, ihren Wohnverhältnissen und den Charakteristika des bewohnten Gebäudes befragt. Ausgehend von einer Nettostichprobe von 8 561 Haushalten, was einer Teilnahmequote von 57% entspricht, wird für jeden einzelnen Energieträger die aus der Stichprobe ermittelte Verbrauchsziffer auf die Grundgesamtheit aller privaten Haushalte in Deutschland hochgerechnet. Die Ergebnisse für die Jahre 2011 bis 2013 werden mit denen des Jahres 2010 der vorigen Studie von RWI und forsa (2013) verglichen. Diese beruhte ebenfalls auf dem forsa-Haushaltspanel und demselben Erhebungsinstrument. Vorteilhaft in Bezug auf die Präzision der Schätzungen ist, dass die Nettostichprobe gegenüber den früheren Studien von RWI und forsa (2008, 2010, 2013) um rund 2 000 Haushalte erweitert werden konnte. Über die Verbrauchserhebung und -hochrechnung hinaus wird im Rahmen dieses Forschungsprojekts auch die aus dem Energieverbrauch resultierende Kostenbelastung der privaten Haushalte für das Jahr 2012 analysiert.

Fürst, G. (1974): *Stand der Einkommensstatistik, Individual- und Haushaltseinkommen, Einkommenschichtung. Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 6*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Fürst, G. (1974): *Überblick über die Aufgaben, Begriffe und Gliederungen sowie über die vorhandenen Quellen der Einkommensstatistik*. S. 7-22 in: *Stand der Einkommensstatistik, Individual- und Haushaltseinkommen, Einkommenschichtung. Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 6*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

G

Gedrich, K. und Albrecht, M. (2003): *Datenrecherche der Entwicklung der Haushaltsausgaben für Ernährung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Materialband Nr. 3. Diskussionspapier im Projekt "Ernährungswende - Strategien für sozial-ökologische Transformationen im gesellschaftlichen Handlungsfeld Umwelt-Ernährung-Gesundheit". Technische Universität München, Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Haushalts. Freising-Weihenstephan.*
URL: http://www.ernaehrungswende.de/pdf/MB3%20TUM_final.pdf

Gedrich, K. (2005): *Ökonometrische Querschnittsanalysen zum Ernährungsverhalten in Deutschland. Basierend auf einer Sandwich-Theory of Nutritional Behaviour und den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998.* Cuvillier Verlag.

Geißler, R. (2000): Materielle Lebensbedingungen. *Informationen zur politischen Bildung*, 269, 9-15

Abstract: Die materiellen Lebensbedingungen entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den beiden Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich. Mit der Dynamik der sozialen Marktwirtschaft konnte die zentrale Planwirtschaft des Ostens nicht Schritt halten, der Lebensstandard stieg in der Bundesrepublik erheblich schneller als in der DDR. Die Ost-West-Wohlstandsschere öffnete sich immer weiter und hatte weit reichende sozialpsychologische und politische Folgen. Sie war ein zentraler Ursachenkomplex für den Zusammenbruch der DDR, und der Abbau der ungleichen Lebensbedingungen zwischen alten und neuen Bundesländern war und ist die zentrale Herausforderung an das vereinigte Deutschland. Mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden Probleme der Einkommensungleichheit sowie Vermögensungleichheit beleuchtet.

Geißler, R. (2004): Materielle Lebensbedingungen. *Informationen zur politischen Bildung*, 269.

Abstract: Die materiellen Lebensbedingungen entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den beiden Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich. Mit der Dynamik der sozialen Marktwirtschaft konnte die zentrale Planwirtschaft des Ostens nicht Schritt halten, der Lebensstandard stieg in der Bundesrepublik erheblich schneller als in der DDR. Die Ost-West-Wohlstandsschere öffnete sich immer weiter und hatte weit reichende sozialpsychologische und politische Folgen. Sie war ein zentraler Ursachenkomplex für den Zusammenbruch der DDR, und der Abbau der ungleichen Lebensbedingungen zwischen alten und neuen Bundesländern war und ist die zentrale Herausforderung an das vereinigte Deutschland. Die vorliegenden Zahlen beziehen sich auf die aktuellen Daten der EVS 1998.

Geißler, R. (2006): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung.* (4. überarbeitete und aktualisierte Auflage ed.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gerhardt, A., Habenicht, K., und Munz, E. (2009): *Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik.* Statistische Analysen und Studien NRW, Band 58. Düsseldorf: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).
URL: <https://webshop.it.nrw.de/webshop/gratis/Z089%20200954.pdf>

Geyer, Johannes (2015): *Grundsicherungsbezug und Armutsrisikoquote als Indikatoren von Altersarmut.* DIW Roundup: Politik im Fokus.

Abstract: Das Thema Altersarmut wird in Deutschland kontrovers diskutiert. Altersarmut gilt für viele als ein wichtiges sozialpolitisches Problem, da ältere Menschen nur wenige Möglichkeiten haben, etwas an ihrer Einkommensposition zu ändern. Arme Ältere sind deswegen einem hohen Risiko ausgesetzt, dauerhaft arm zu bleiben. Armut am Ende eines langen Er-

werbslebens stellt für viele die Legitimität des vorhandenen Systems der Alterssicherung in Frage. Die aktuelle Kontroverse dreht sich insbesondere um das Risiko zunehmender Altersarmut in den kommenden Jahren und die politischen Handlungsempfehlungen, die daraus abzuleiten sind. Bemerkenswert ist allerdings, dass bereits das Ausmaß heutiger Altersarmut unterschiedlich gemessen und bewertet wird. Viele Autoren/innen betonen, dass die Debatte um Altersarmut „emotional“ geführt wird und eine Versachlichung angebracht erscheine. Zum besseren Verständnis der Debatte soll hier differenziert werden zwischen den unterschiedlichen Messkonzepten und Definitionen, die in der Debatte um Altersarmut verwendet werden. Dabei beschränkt sich die Darstellung auf die zwei gängigsten monetären Armutsindikatoren und geht nicht auf weiter gefasste Konzepte zur Messung materieller Deprivation ein. Einerseits wird Altersarmut anhand der Inanspruchnahme bedürftigkeitsgeprüfter Transfers wie der Grundsicherung, die das sozio-kulturelle Existenzminimum sicherstellen sollen, gemessen. Andererseits wird das Armutsrisiko auch mit Maßzahlen, die auf die relative Einkommensposition der Bevölkerung Bezug nehmen, bestimmt. Insbesondere bei den Älteren gelangt man für die verschiedenen Messgrößen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen über das Ausmaß der Altersarmut.

Glatzer, W. und Hauser, R. (1998): *The Distribution of Income and Wealth in European and North-American Societies*. Frankfurt/Main.

Göseke, G. und Bedau, K-D. (1974): *Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1975*. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Göseke, G. und Bedau, K-D. (1978): *Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974*. Berlin: Duncker & Humblot.

Grabka, Markus M., Goebel, Jan, und Schupp, J. (2012): Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten?. *DIW-Wochenbericht*, 79, 3-15.
URL: <http://hdl.handle.net/10419/67542>

Abstract: Neue Analysen zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass die realen Markteinkommen der privaten Haushalte von 2005 bis 2010 deutlich gestiegen sind. Auch bei den realen verfügbaren Einkommen ist ein Zuwachs zu verzeichnen. Parallel dazu hat die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland abgenommen, für Ostdeutschland ist jedoch bei den verfügbaren Einkommen eine weitere Spreizung im unteren Teil der Verteilung zu beobachten. Im Zug dieser Entwicklung ist das Armutsrisiko in Westdeutschland von 2009 auf 2010 leicht gefallen, während es im Ostteil des Landes unverändert blieb.

Grabka, Markus M. (2014): Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland gleichen sich nur langsam an. *DIW-Wochenbericht*, 81, 959-966.

Abstract: Auch rund 25 Jahre nach dem Mauerfall verfügen private Haushalte in Ostdeutschland mit im Durchschnitt 67 400 Euro über nicht einmal halb so hohe Vermögen wie die in Westdeutschland, wo es rund 153 200 Euro sind. In beiden Landesteilen ist der Immobilienbesitz die quantitativ wichtigste Vermögensform. Der Anteil der Eigentümerhaushalte hat zwar in beiden Landesteilen seit 1990 deutlich zugenommen, in Ostdeutschland sind aber nur rund ein Drittel aller Haushalte selbstnutzende Eigentümer, wohingegen im Westen knapp die Hälfte aller Haushalte eine selbstgenutzte Immobilie besitzt. Auch der Verkehrswert des Immobilienbesitzes fällt in Ostdeutschland nur halb so hoch aus wie im Westen. Sowohl hinsichtlich der durchschnittlichen Wohnfläche als auch bezüglich der Ausstattung der Immobilien erfolgte hingegen seit dem Mauerfall eine deutliche Angleichung.

Grabka, Markus M. und Westermeier, Christian (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW-Wochenbericht*, 81, 151-164.

Grabka, Markus M. und Westermeier, Christian (2015): Reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland sind von 2003 bis 2013 geschrumpft. *DIW-Wochenbericht*, 82, 727-738.

Abstract: Studien, die die Entwicklung der Vermögen privater Haushalte in Deutschland darstellen, stützen sich typischerweise auf nominale Werte, lassen also Preissteigerungen und somit die tatsächliche Kaufkraft des Vermögens außen vor. Das DIW Berlin hat in einer aktuellen Auswertung die Inflation berücksichtigt und kommt zu dem Ergebnis: Das durchschnittliche reale Nettovermögen der Privathaushalte in Deutschland ist in den Jahren 2003 bis 2013 real um knapp 15 Prozent geschrumpft. Diese Zahl, die auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes basiert, wird bestätigt durch Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), denen zufolge die realen Vermögen in den Jahren 2002 bis 2012 um mehr als elf Prozent gesunken sind. Dazu beigetragen haben dürfte vor allem die schwache Entwicklung der geschätzten Marktwerte selbstgenutzter Immobilien. Dass die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) im Kontrast zu den Ergebnissen des DIW Berlin einen Anstieg der realen Nettovermögen von 2003 bis 2013 um rund 19 Prozent ausweisen, dürfte an einer abweichenden Bewertungsmethode liegen. Für den Rückgang der realen Vermögen insgesamt dürften nicht die Top-Vermögenden verantwortlich sein: Zwar fehlen in den EVS- und SOEP-Stichproben Angaben zur Entwicklung der höchsten Vermögen, da diese in Umfragen nicht aussagekräftig repräsentiert oder gar nicht vorhanden sind. Eine Analyse der Top-Vermögenden auf Basis der Angaben des Manager Magazins legt jedoch nahe, dass deren Vermögen in den Jahren 2007 bis 2012 im Durchschnitt stagnierten. Maßgebliche Faktoren für einen erfolgreichen Vermögensaufbau sind regelmäßiges Sparen, Wertsteigerungen und vor allem Erbschaften und Schenkungen. Vermögen steigen zudem in erheblichem Umfang, wenn Schuldner regelgebunden ihre Verbindlichkeiten tilgen.

Gräbe, S. (2006): *Vom Umgang mit Geld: Finanzmanagement in Haushalten und Familien. Reihe „Stiftung Der Private Haushalt“, Band 34.* Frankfurt a.M.: Campus.

Grimm, M (1998): *Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozioökonomische Gruppen im Jahr 1988 und Vergleich mit früheren Ergebnissen.* EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Die Studie beleuchtet die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozioökonomische Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Analyse skizziert eindrucksvoll die Entwicklung der Vermögensverteilung bis in die neunziger Jahre hinein. Dabei zeigt sich, dass die Verteilung des Vermögens, im Vergleich zu der Verteilung der Einkommen, einen weiterhin sehr hohen Konzentrationsgrad aufweist. Insbesondere auf der Personenebene hat sich der Grad der Konzentration im Laufe der achtziger Jahre sogar noch verstärkt. Auch die Betrachtung der Verteilung auf sozioökonomische Gruppen zeigt viele interessante und neue Ergebnisse, so daß die Analyse ein echter Erkenntnisfortschritt ist.

Gross, K. (1973): Zur Genauigkeit von Einkommensangaben in Interviews – dargestellt am Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969. *Wirtschaft und Statistik*, 193-196.

Grub, M. (2000): Verteilungswirkungen der ökologischen Steuerreform auf private Haushalte – Eine empirische Analyse. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 69, 17-37.

Abstract : Im März 1999 hat der Deutsche Bundestag das "Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform", im November 1999 das Gesetz zur "Fortführung der ökologischen Steuerreform" beschlossen. Das Modell ÖkoMik wurde entwickelt, um die zu erwartenden Verteilungswirkungen der fünf Reformstufen auf private Haushalte zu analysieren. Anhand eines Input-Output-Preismodells wird zunächst gezeigt, dass indirekte Preiseffekte durch Besteuerungen und Entlastungen in der vertikalen Produktionsverflechtung gegenüber den direkt

steuer-induzierten Preiseffekten kaum ins Gewicht fallen. Über die gesamte Volkswirtschaft ergibt sich aber eine deutliche Netto-Umverteilung zu Lasten des Haushalts- und zu Gunsten des Produktionssektors. Auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 wird ferner die "Regressivitätshypothese" überprüft. Es finden sich deutliche Hinweise darauf, dass leistungsschwächere Haushalte relativ stärker belastet werden als leistungsstärkere. Auf Grund der unterschiedlichen Besteuerungsstruktur verändert sich diese Beobachtung über die Zeit. Die Beitragssenkung zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) verstärken die Regressivität tendenziell.

Grub, M. (2004): *Analysesystem Alterssicherung*. Sonderausgabe DRV Schriften 55 (Bericht vom ersten Workshop des FDZ-RV am 28. und 29. Juni 2004 in Würzburg).

[URL:forschung.deutsche-rentenversicherung.de/ForschPortalWeb/ressource?key=fdz_HIM_DRV_10_04_FDZAufbau.pdf](http://www.forschung.deutsche-rentenversicherung.de/ForschPortalWeb/ressource?key=fdz_HIM_DRV_10_04_FDZAufbau.pdf)

Abstract: Die Struktur der Alterssicherung wird sich in den nächsten Jahrzehnten tiefgreifend wandeln. Veränderte Erwerbsbiographien, steigende Lebenserwartung, niedrige Geburtenraten, Risikomischung zwischen kapital- und umlagefinanzierten Sicherungsinstrumenten und nicht zuletzt sich wandelnde Werte einer alternden Gesellschaft stellen enorme Herausforderungen an ein jedes Alterssicherungssystem dar. In jedweder Form werden Leistungen dabei angewiesen sein auf einen konsensualen Interessenausgleich zwischen den Generationen und Bevölkerungsgruppen. Unverändert bleibt lediglich das Sicherungsziel: Menschen in verschiedensten Lebenslagen zu ermöglichen, Risiken zu versichern und Vorsorge zu treffen für ein würdiges Leben im Alter. Das macht die Wirkungsanalyse aktueller Reformpolitik existentiell wichtig und gleichzeitig schwierig: Das komplexe Zusammenwirken des Steuer-, Sozial-, Arbeits- und Versicherungsrechts mit einer sich wandelnden Arbeitswelt unter Unsicherheit will im Modell genauso verstanden werden wie Anpassungsstrategien der Versicherten an die sich ändernde Umwelt. Im Simulationsexperiment lassen sich politische Parameter dann so justieren, dass die daraus resultierenden Anreize Vorsorgeverhalten unterstützen und einen sozialen Ausgleich wahren, der nachhaltig akzeptiert zu werden verspricht. Im Vordergrund sollen folgende Fragestellungen stehen: Wer gewinnt, wer verliert durch eine Reform? Wie viel kostet eine Reform?

Gruber, W. (1998): *Messung von Armut und Reichtum - Das Datenangebot der amtlichen Statistik*. S. 63-78 in: *Einkommen und Vermögen in Deutschland - Messung und Analyse*. Metzler Poeschel.

Abstract: Zur Diskussion, welche Daten die amtliche Statistik zur Beurteilung vom Ausmaß der Entwicklung von Armut und Reichtum liefern kann, werden einige zentrale Beispiele von Größenordnungen der Einkommens- und Vermögenssituation - vornehmlich am Beispiel Baden Württemberg - dargestellt. Es werden dabei bewußt Einkommens- und Vermögensdaten statistischer Erhebungen der Jahre 1992 bis 1995 herangezogen, um im abgegrenzten zeitlichen Rahmen Strukturvergleiche durchführen zu können. Daher werden u.a. auch die Einkommens- und Verbrauchsstichproben betrachtet und hinsichtlich bestimmter Merkmale bewertet

Grunert, R. (2003): *Sind Haushalte mit Wohneigentum sparsamer als Mieterhaushalte? Ersparnis und Vermögen von Wohneigentum und Mietern in West- und Ostdeutschland*. Halle: Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Abstract: Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit der Status der Haushalte als Mieter oder Eigentümer von Wohnungen ihr Sparverhalten beeinflusst. Anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1993 und 1998 wird die durchschnittliche Sparquote von Haushalten mit Wohneigentum im Vergleich zur Sparquote von Mieterhaushalten untersucht. Da die sozio-ökonomischen Strukturen in West- und Ostdeutschland noch unterschiedlich sind, erfolgt die Analyse getrennt. Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass die privaten Haushalte, die Wohneigentum besitzen und selbst nutzen, gegenüber den Mieterhaushalten

eine höhere Sparneigung ausweisen. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage, ob die privaten Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum per se sparsamer sind als Haushalte, die zur Miete wohnen, oder ob andere Faktoren diese Aussage beeinflussen. Zu diesem Zweck wird die Ersparnis von Eigentümerhaushalten getrennt nach Haushalten mit und ohne Restschuld analysiert.

Gubert, R. (1999): *Die territoriale Differenzierung der Werte zwischen Regionalität Nationalität und Supranationalität der italienische und deutsche Kulturraum in Europa*. S. 111-172 in: *Annali di Sociologia : Soziologisches Jahrbuch*. Berlin: Duncker & Humblot.

Guske, Anna Lena, Jacob, Klaus, Pestel, Nico, Range, Claire, und Sommer, Eric (2016): *Verteilungswirkungen ökonomischer Anreize für energetische Sanierungen*. S. 425-453 in: Großmann, K., Schaffrin, A., und Smigiel, C. (Hrsg.): *Energie und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer Fachmedian Wiesbaden.

Abstract: Die Analyse zeigt, dass MieterInnen und SelbstnutzerInnen von eingesparten Heizkosten profitieren, besonders Haushalte mit geringem Einkommen. VermieterInnen müssten Einkommenseinbußen hinnehmen, weil die vorgeschlagenen Abgaben nicht an die Mieter weitergegeben werden können und das Mittelaufkommen für die Sanierungsförderung verwendet werden kann. In der Folge wird die Umlage der Modernisierungskosten gemildert.

Guttman, E. (1995): Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 5, 391-399.

Guttman, E. (1997): Lebensverhältnisse von Einpersonenhaushalten. *Wirtschaft und Statistik*, 6, 418-427.

H

Halle, G. (1999): Ausstattung Grundvermögen und Wohnsituation der Haushalte älterer Menschen in Thüringen. *Statistische Monatshefte Thüringen*, 11, 17-25.

Halle, G. (2006): Einkommen und Ausgaben privater Haushalte 2003 in Thüringen: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). *Statistisches Monatsheft Thüringen*, 24-32.
URL: www.tls.thueringen.de/Analysen/Aufsatz-05-2006.pdf

Abstract: In diesem Aufsatz werden die Einkommen und Ausgaben der privaten Haushalte aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 vorgestellt. Diese Angaben beruhen auf Aufzeichnungen in Haushaltsbüchern in den vier Quartalen des Jahres 2003. Jeder Haushalt hat in einem sogenannten Dreimonatsheft die Einnahmen und Ausgaben aller im Haushalt lebenden Personen aufgezeichnet. Untersucht wird die Zusammensetzung der Bruttoeinkommen sowie Höhe und Struktur der privaten Konsumausgaben für die Thüringer Haushalte. Außerdem wird ein Vergleich zur vorhergehenden EVS (1998) dargestellt und ein Vergleich zu den Verhältnissen mit den anderen Neuen Bundesländern und dem Früheren Bundesgebiet vorgenommen.

Handel, A. (2003): *Die Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte in Deutschland*. Mainz: Institut für Statistik und Ökonometrie, Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Abstract: Das vorliegende Arbeitspapier untersucht, wie sich Spartätigkeit und Geldvermögen deutscher Privathaushalte seit 1960 entwickelt haben. Für die Analyse wird sowohl auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für den Sektor der Privaten Haushalte sowie für Querschnittsanalysen auf die Ergebnisse der EVS aus dem Jahr 1998 zurückgegriffen. Mittels Regressionsanalysen läßt sich herausfinden, dass der Vermögensbestand einkommens- und altersabhängig ist. Es wird gezeigt, dass Einkommen und Ersparnis kointegriert sind, weshalb ein Fehlerkorrekturmodell aufgestellt wird. Bei einzelnen Anlageformen können im Zeitverlauf starke Schwankungen in der Ersparnisbildung festgestellt werden, die u.a. durch Renditeaspekte erklärt werden.

Hansen, A. (1974): *Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland aus statistischer Sicht*. S. 21-94 in: Albers, W. (Hrsg.): *Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung*. Berlin: Duncker & Humblot.

Hansen, A. (1980): *Einkommensverteilung III: Statistik*. S. 315-328 in: Albers, W. (Hrsg.): *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW)*, Band 2, Bildung bis Finanzausgleich. Stuttgart: Fischer.

Hansen, A. (1980): *Einkommensverteilung III: Statistik*. S. 315-329 in: Albers, W. (Hrsg.): *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*. Band 2: Bildung bis Finanzausgleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Harmsen-Kieckbusch, W. (1999): Die Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein 1998. *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein*, 51, 248-253.

Abstract: In diesem Aufsatz werden die Daten über die Wohnverhältnisse privater Haushalte in Schleswig-Holstein vorgestellt und den Ergebnissen des früheren Bundesgebietes gegenübergestellt. Dabei wird im Einzelnen untersucht, welche Zusammenhänge zwischen der Wohnsituation der Privathaushalte und der Haushaltsgröße, dem Haustyp sowie der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers existieren. Datenbasis ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1998, bei dem Einführungsinterview zur EVS 1998 hatten in Schleswig-Holstein 2715 Haushalte teilgenommen. In den Interviews wurden sie u.a. zur ei-

genen Wohnsituation befragt. Der Fragekatalog zu diesem Thema umfasste: die Art der Hauptwohnung, in der die Haushalte lebten, die Eigentumsverhältnisse an der überwiegend genutzten Wohnung und die Wohnfläche.

Hartmann, Peter H. und Lengerer, Andrea (2014): *Verwaltungsdaten und Daten der amtlichen Statistik* 9. S. 907-914 in: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer.

Abstract: Ämter und Behörden erfüllen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung und erbringen Dienstleistungen für die Bürger. Bei dieser Tätigkeit entstehen Daten. Einerseits entstehen Daten, weil Behörden diese auf individueller oder Firmenebene benötigen, um Entscheidungen über Rechte und Pflichten dieser Einheiten zu treffen. Diese Daten gelten als prozessproduziert. Sie werden nicht für Zwecke der Statistik erhoben, können aber trotzdem dafür genutzt werden.

Hauser, R., Cremer-Schäfer, H., und Nouvertné, U. (1981): *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland - Bestandaufnahme und sozialpolitische Perspektiven*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Im Februar 1979 wurde die Arbeitsgruppe Armutforschung an der Uni Frankfurt von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, beauftragt, einen Bericht über Formen, Gründe und Ausmaß der Armut in der BRD zu erstellen und wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Verhinderung von Armut zu analysieren. Der Bericht für die BRD wurde unter ausschließlicher Verantwortung der beteiligten Wissenschaftler erstellt und Ende 1980 der EG-Kommission übergeben. Um einen Beitrag zur Armutforschung in der BRD zu leisten, wurde der Bericht in Form dieses Buches veröffentlicht.

Das Projekt befasst sich mit der Armutforschung, dem Ausmaß der Armut, den Ursachen, den Vermeidungsstrategien und den Auswirkungen der Armut. Es erfolgt eine Eingrenzung nach thematischen Schwerpunkten: Einkommen, Beschäftigung, Wohnen, Ausbildung und Gesundheit. Die Entwicklung des Armutproblems, seine wissenschaftliche Behandlung und wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in den genannten Bereichen werden in einer historischen Perspektive für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg aufgegriffen.

Die Ergebnisse wurden durch den Rückgriff auf vielfältige Erfahrungen, Programme und Datenbestände des Sonderforschungsbereichs 3 "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik" an den Universitäten Frankfurt und Mannheim erzielt. Die Berechnungen wurden auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben durchgeführt.

Hauser, R. und Heldmann, E. (1981): *Die Verteilung impliziter Transfers zugunsten von Eigennutzer-Haushalten im Jahr 1969 - Eine mikroökonomische Analyse auf Basis von Individualdaten der EVS*. Frankfurt/Main: SFB 3 Universität Frankfurt.

Abstract: Im vorliegenden Papier wird untersucht, welche Verteilungswirkungen auf einzelne Haushaltgruppen von einem impliziten Transfer ausgehen, der durch die steuerliche Unterbewertung des Nutzungswertes bestimmter Eigentümerwohnungen im Rahmen der Einkommenssteuer zustande kommt. Ausgehend von der Tatsache, dass der Bestimmung des Nutzungswertes der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus bzw. der Eigentumswohnung günstigere steuerrechtliche Vorschriften zugrunde liegen als im Falle der Eigennutzung einer Wohnung im eigenen Zweifamilienhaus, werden die für die zuletzt genannte Gruppe gültigen steuerlichen Regelungen zur Vergleichsnorm erhoben. Die Untersuchung ergab für das Jahr 1969 eine deutliche Nettobegünstigung in jeder Einkommensklasse. Gleichzeitig wurde nachgewiesen, dass sich in jeder Einkommensklasse gleichzeitig Begünstigte und Belastete finden, wobei deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Einkommensklassen vorhanden sind.

Hauser, R. (1984): *Armut im Wohlfahrtsstaat - empirischer Befund und Lösungsansätze*. S. 214-263 in: Lampert, H. und Kühlewind, G. (Hrsg.): *Das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland. Bilanz und Perspektiven*.

Abstract: Es ist inzwischen allgemein akzeptiert, dass es eine beachtliche Armut im Wohlfahrtsstaat geben kann. Aus diesem Grund befaßt sich der vorliegende Beitrag mit dem Phänomen Armut. Nach einer definitorischen Abgrenzung von Armut werden die verschiedenen Ursachen von Armut im realen Wohlfahrtsstaat diskutiert, besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Einkommensarmut. Es folgt eine empirische Bestandsaufnahme in der BRD mit anschließenden Lösungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Armut. Dem Autor zufolge ergeben sich zwei Strategien, zum einen eine reine Sozialhilfe-Strategie und zum anderen eine gemischte Mindestleistungs- und Sozialhilfe-Strategie, die auf ihr Potential hin untersucht werden.

Hauser, R. und Klein, T. (1985): *EVS und Sozialhilfe - Alternative Methoden der Leistungsbemessung für die Sozialhilfe: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) als eine ihrer empirischen Grundlagen*. *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 132, 29-33.

Abstract: Im vorliegenden Artikel wird die Frage nach der angemessenen Höhe des Leistungsniveaus in der Sozialhilfe gestellt. So werden im vorliegenden Beitrag vor allem die empirischen Grundlagen alternativer Methoden zur Ermittlung von Existenzminima umrissen, mittels derer die normativen Orientierungen in die Bemessung von Geldleistungen umgeformt werden können.

Hauser, R., Becker, I., und Ständecke-Schneid, S. (1987): *Initial Country Report for Germany. Selected Nonmonetary Types of Income in the Federal Republic of Germany: Macro Economic and Distributional Effects*. Universität Frankfurt und Universität Mannheim: Sonderforschungsbe-
reich.

Abstract: Ziel des Arbeitspapiers ist die Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung realer (nicht-monetärer) Einkommenskomponenten und die Herausarbeitung von Kriterien für die personenbezogene Zuordnung. Es wird deutlich, dass nicht-monetäre Einkommenselemente mit vorwiegend privatem Gutscharakter in der BRD auf wenige Funktionen beschränkt sind. Das Hauptgewicht liegt auf öffentlich oder quasi-öffentlich (Sozialversicherung) erbrachten Realleistungen. Letztendlich soll die Einbeziehung von nicht-monetären Einkommenselementen in die personelle Einkommensverteilungsanalyse ein deutlicheres Bild über den materiellen Wohlstand der Bevölkerung ermöglichen, wobei jedoch Konsistenzprobleme insbesondere aufgrund der verschiedenen Bewertungskonzepte (Marktpreis- vs. Ausgabenkonzept) berücksichtigt werden müssen.

Hauser, R. und Semrau, P. (1989): *Trends in Poverty and Low Income in the Federal Republic of Germany*. Frankfurt/Main: SFB 3 Universität Frankfurt.

Abstract: The objective of this paper is to analyze the extent of poverty in the Federal Republic of Germany and its trend from 1962/63 to 1986. For this purpose the authors use three different data sources: Social Assistance Statistics, the Income and Expenditure Survey 1962/63 - 1983 and four waves of the German Socio-Economic Panel (1983-1986). The results show that poverty dropped considerably from 1962/63 to 1973 and increased again from 1973 to 1986. Moreover, all three data sources show, that during the period of observation the risk of poverty changed profoundly. Specifically, poverty among the aged has decreased while poverty among children, young adults and one-parent families has become very serious. Comparisons by sex show, that the poverty discrepancy between males and females has decreased. This result is contrary to the development in other countries (e.g. USA).

Hauser, R. und Semrau, P. (1990): Polarisierungstendenzen in der Einkommensverteilung? *ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 3, 1-4.

Abstract: Seit 1974 ist es nicht mehr gelungen Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen hält sich trotz eines langandauernden Wirtschaftsaufschwungs bei rund zwei Millionen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und hat inzwischen die Drei-Millionen-Grenze überschritten. Diese Tatsachen werden in der Diskussion über die "Neue Armut" als Zeichen für eine Polarisierung der Gesellschaft interpretiert. In der öffentlichen Diskussion wird behauptet, dass "die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer" werden; das Schlagwort von der Zwei-Drittel-Gesellschaft macht die Runde. Kommt es zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft? Die dem vorliegenden Text zugrundeliegende Datenbasis sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) 1962/63 bis 1983 des Statistischen Bundesamtes. Um in der folgenden Untersuchung die demografische Struktur der Haushalte und die Einsparungen im Haushaltszusammenhang zu berücksichtigen wird die Äquivalenzskala, die impliziert im Bundessozialhilfegesetz enthalten ist, benutzt. Um das Ausmaß der Armut zu erfassen, gibt es viele Indikatoren, hier wird die Armutsquote (Anzahl der armen Personen in Prozent der jeweiligen Gruppe) verwendet.

Hauser, R. und Semrau, P. (1990): *Poverty in the Federal Republic of Germany. Report prepared for the Commission of the European Communities*. Frankfurt/Main.

Hauser, R. und Semrau, P. (1990): Zur Entwicklung der Einkommensarmut von 1963 bis 1986. *Sozialer Fortschritt*, 27-36.

Abstract: Seit Mitte der 70er Jahre wird das Armutsproblem, zuerst unter dem Begriff der "Neuen sozialen Frage"(Geißler), dann unter dem Aspekt der "Neuen Armut" in der Bundesrepublik verstärkt diskutiert. Mit Ausnahme der Sozialhilfestatistik waren jedoch bisher keine statistischen Informationen verfügbar, die es erlaubt hätten, Trends in bezug auf Ausmaß, Struktur und Dauer der Armutslagen abzuleiten. Im Idealfall sollten derartige Untersuchungen auf einer repräsentativen Panel-Stichprobe beruhen, die Längsschnitt-Mikrodaten über alle Komponenten der Lebenslage über einen langen Zeitraum liefert. Eine derartige Datenquelle ist jedoch in der Bundesrepublik erst im Aufbau begriffen, da das Sozioökonomische Panel bisher erst Angaben aus vier Wellen (1983-1986) zur Verfügung stellt. Will man der Frage nach der Entwicklung der Armut in den beiden vergangenen Jahrzehnten nachgehen, so muss man sich gegenwärtig noch aus verschiedenen statistischen Quellen mosaikartig ein Bild zusammensetzen. Dabei lässt die Datenlage nur ein Aufzeigen der Trends in bezug auf die Einkommensarmut zu; Aussagen über die Dauer der Armutslagen sind bisher noch nicht umfassend möglich. Im Vordergrund dieses Aufsatzes steht die Deskription von Trends auf der Basis von Querschnittsdaten. Auf eine Ursachenanalyse und soziopolitische Schlussfolgerungen muss an dieser Stelle verzichtet werden. Als Ergebnis lässt sich feststellen, dass die sichtbar gewordenen Strukturverschiebungen innerhalb der Armutsbevölkerung- die stark erhöhten Armutsquoten von Kindern und jungen Erwachsenen sowie von Alleinerziehenden- eine Umorientierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erfordern würden.

Hauser, R. und Becker, I. (1994): *The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the Seventies and Eighties*. Frankfurt/Main.

Hauser, R. (1994): *Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik*. Frankfurt/Main: Universität Frankfurt.

Abstract: Im vorliegenden Arbeitspapier werden alternative normative Grundpositionen der Familienpolitik diskutiert und die Entwicklung der relativen Verteilungspositionen von Haushalten unterschiedlicher Größe bzw. von Familien mit und ohne Kinder untersucht. Die empirische Analyse stützt sich zum einen auf veröffentlichte Tabellen des Statistischen Bundesam-

tes und zum anderen auf eigene Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973, 1978 und 1983 sowie des Sozio-ökonomischen Panels für einzelne Stichjahre der späteren Periode und insbesondere für die Ausgangssituation und die bisherigen Veränderungen in den neuen Bundesländern. Als Indikator für die Einkommenslage von Personen wird ein Äquivalenzeinkommen in Relation zum jeweiligen Gruppen- oder Gesamtdurchschnitt, die sog. Wohlstandsposition, herangezogen. Familien mit Kindern schneiden erwartungsgemäß schlechter ab als Personen in kleineren Haushalten. Zwischen 1972 und 92 hat sich in Westdeutschland die relative Position der größeren Haushalte tendenziell etwas verschlechtert.

Hauser, R. (1994): *Armut im Sozialstaat als Problem einer Theorie der integrierten Sozial- und Verteilungspolitik*. S. 291-335 in: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.): *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik Band 1*. Berlin: Akademie Verlag.

Abstract: Mit dieser Publikation werden die beiden Abschlußbände des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereichs 3 der Öffentlichkeit vorgelegt. In dem vorliegenden Kapitel wird u.a. die Entwicklung der Einkommensarmut 1963-1986 untersucht. Zu diesem Zweck wird Armut in der BRD nach unterschiedlichen Konzepten und mit unterschiedlichen Datenquellen untersucht. Neben dem Sozio-ökonomischen Panel finden auch die Einkommens- und Verbrauchsstichproben der jeweiligen Jahre Verwendung. Neben einem Überblick wird auch die Struktur der relativen Einkommensarmut sowie der Einfluß des Systems der sozialen Sicherung untersucht.

Hauser, R. (1995): *Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland: ein Überblick*. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 31/32, 3-13.

Abstract: Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der übergeordneten Frage, ob es in der BRD Armut gibt. Der Artikel beschäftigt sich zunächst mit den Sozialhilfeempfängern; dann werden einige empirische Ergebnisse über die relative Einkommensarmut referiert; hierauf folgt eine Skizze weiterer Aspekte der Lebenslage von Einkommensarmen. Hauser kommt zu dem Ergebnis, dass die Frage, ob es in der Bundesrepublik Armut gibt, mit einem "Ja" beantwortet werden muss. Auch langfristige Armut gibt es auf der individuellen Ebene und es besteht die Gefahr der Herausbildung einer neuen Unterschicht. Über das Ausmaß der Armut und über die Frage einer wesentlichen Zunahme in den alten Bundesländern mag man streiten; aber in den neuen Bundesländern ist ein Anstieg der Armut unbestreitbar, auch wenn er von einem sehr niedrigen Niveau aus erfolgt und die dortige Armut noch nicht das westliche Niveau erreicht hat.

Hauser, R. (1995): *Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik*. S. 133-150 in: Kleinhenz, G. (Hrsg.): *Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft*. Festschrift zum 65. Geburtstag von H. Lampert. Berlin.

Abstract: Im vorliegenden Papier werden alternative normative Grundpositionen der Familienpolitik diskutiert und die Entwicklung der relativen Verteilungspositionen von Haushalten unterschiedlicher Größe bzw. von Familien mit und ohne Kinder untersucht. Die empirische Analyse stützt sich zum einen auf veröffentlichte Tabellen des Statistischen Bundesamtes und zum anderen auf eigene Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973, 1978 und 1983 sowie des Sozio-ökonomischen Panels für einzelne Stichjahre der späteren Periode und insbesondere für die Ausgangssituation und die bisherigen Veränderungen in den neuen Bundesländern. Als Indikator für die Einkommenslage von Personen wird ein Äquivalenzeinkommen in Relation zum jeweiligen Gruppen- oder Gesamtdurchschnitt, die sog. Wohlstandsposition, herangezogen. Familien mit Kindern schneiden erwartungsgemäß schlechter ab als Personen in kleineren Haushalten. Zwischen 1972 und 92 hat sich in Westdeutschland die relative Position der größeren Haushalte tendenziell etwas verschlechtert.

Hauser, R. (1996): *Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung*. S. 13-38 in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Abstract: In dem vorliegenden Beitrag, der sich als Einführungsreferat in diese Thematik versteht, werden Grundsatzfragen der Messung individueller Wohlfahrt diskutiert und einige Verteilungsmaße skizziert. Schließlich werden einige Ergebnisse über die Entwicklung der Wohlfahrtsverteilung referiert, wobei aber nur ein eingeeengter, auf das Äquivalenzeinkommen beschränkter Wohlfahrtsbericht zugrunde gelegt wird. Weitgehend ausgeschlossen bleiben Fragen der Aggregation von individueller Wohlfahrt zur Gesamtwohlfahrt einer Bevölkerung und die Beziehungen zwischen den aggregierten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und einem für die Gesamtbevölkerung geltenden Wohlfahrtsindikator.

Hauser, R. und Becker, I. (1996): *Zur Entwicklung der personellen Verteilung der Einkommen in West- und Ostdeutschland 1973 bzw. 1990 bis 1994*. *Sozialer Fortschritt*, 45, 285-293.

Abstract: Es werden die Auswirkungen der wechselhaften gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, seit den siebziger Jahren, auf die Verteilung materiellen Wohlstands analysiert, soweit dieser sich im monetären Einkommen niederschlägt. Während der siebziger und achtziger Jahre haben sich nicht nur konjunkturelle Schwankungen, sondern in Folge der Ölpreiskrise von 1974 auch strukturelle Verschiebungen vollzogen, die mit zunehmender Arbeitslosigkeit einhergingen. In Aufschwungphasen hat sich nicht mehr die erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes gezeigt. Die Wiedervereinigung schließlich hat zu einer krisenhaften Umbruchphase in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland zu Belastungen geführt, die sich insbesondere in einer dramatischen Verschärfung des Arbeitsmarktproblems niedergeschlagen haben. Vor diesem Hintergrund wurde zunächst nach der Entwicklung der Gesamtverteilung der Nettoeinkommen gefragt; die Verteilung der Bruttoeinkommen als wesentliche Komponente des Volkseinkommens näher analysiert und schließlich wurden die Veränderungen der Verteilungssituation der älteren Bevölkerung untersucht, wobei eine Altersgrenze von 65 Jahren zugrunde gelegt wurde. Um den über zwanzig Jahre umfassenden Untersuchungszeitraum (1973-1994) abdecken zu können wurden zwei Mikrodatenquellen herangezogen, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die Jahre 1973, 1978, 1983 und 1988 und das Sozio-Ökonomische Panel für die neunziger Jahre.

Hauser, R., Glatzer, W., Hradil, S., Kleinhenz, G., Olk, T., und Pankoke, E. (1996): *Ungleichheit und Sozialpolitik. Bericht 2 zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland*. S. 156-181 in: Bertram, H., Nickel, H. M., Niedermayer, O., und Trommsdorff, G. (Hrsg.): *Vermögen*. Opladen: Vorstand der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.

Abstract: Dieses Kapitel befasst sich mit der Transformation des sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem der DDR in das marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssystem mit ausgeprägter sozialer Komponente, wie es der Sozialstaat der BRD darstellt. Diese Transformation veränderte notwendigerweise die Verteilung des Volksvermögens in ganz besonderem Maße. Zuerst wird geklärt, was unter Vermögen verstanden wird und welche Einflussfaktoren der Vermögensverteilung es unter privaten Haushalten gibt. Danach wird die Entwicklung des privaten Geldvermögens und des Haus- und Grundvermögens dargestellt. Zusammenfassend lässt sich dann feststellen, dass eine neue Eigentümerstruktur hergestellt wurde, die breite Streuung des Privatvermögens trat in den Hintergrund. Als Eigentümer kamen nur Personen und Unternehmer in Frage, die genügend finanzielle Mittel und unternehmerische Fähigkeiten und Wissen hatten, um von der Treuhand Betriebe erwerben zu können. Dabei handelte es sich überwiegend um Privatpersonen und Unternehmen aus Westdeutschland. Man kann also vermuten, dass der Anteil ostdeutscher Eigentümer am ostdeutschen Produktivvermögen wesentlich geringer ist als der Anteil westdeutscher Eigentümer an westdeutschem Produktivvermögen, was somit eine Konzentration des Produktivvermögens zeigt.

Hauser, R. (1997): *Globalisierung und personelle Einkommensverteilung*. S. 72-84 in: Fricke, W. (Hrsg.): *Jahrbuch für Arbeit und Technik*. Bonn: Dietz.

Abstract: Um die Auswirkungen der Globalisierung ist eine heftige Diskussion entbrannt. Allerdings wird ihr Einfluss auf die personelle Einkommensverteilung bisher kaum diskutiert. Weltweite Globalisierung des Handels und der Kapital- und Arbeitskräftewanderung ist von der durch die zu erwartende Währungsunion verstärkten europäischen Integration zu unterscheiden. Der Einfluss dieser beiden seit langem vor sich gehenden Prozesse auf die personelle Verteilung der Primär- und Sekundäreinkommen war bis zur deutschen Wiedervereinigung gering. Die Wiedervereinigung und der Systemwechsel haben in den neuen Bundesländern ausgehend von einer weit gleichmäßigeren Einkommensverteilung einen starken Trend zur Erhöhung der dortigen Ungleichheit in Gang gesetzt. Darüber hinaus zeigte sich für Gesamtdeutschland in den letzten Jahren allenfalls eine leichte Zunahme der Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung vor allem vermittelt durch die gestiegene Arbeitslosigkeit, die man teilweise mit der Globalisierung und zunehmenden europäischen Integration in Verbindung bringen kann. Insgesamt gesehen hat das deutsche System der sozialen Sicherung bisher zunehmende Ungleichheitstendenzen bei den Primäreinkommen weitgehend kompensiert. Allerdings besteht die Gefahr, dass es unter dem Einfluss der Globalisierung und des "Wettbewerbs der Systeme" geschwächt wird. Nur der Ausbau der sozialen Dimension der Europäischen Union könnte hier ein Gegengewicht darstellen.

Hauser, R. (1997): *Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland*. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 216, 524-548.

Abstract: Der Beitrag behandelt Ausmaß und Veränderung der Armut in Deutschland von 1962 bis 1995 und skizziert die in den kommenden Jahren zu erwartende Entwicklung. Es wird gezeigt, dass die Armut, gemessen an mehreren relativen Einkommensgrenzen sowie an der Sozialhilfeschwelle, seit Mitte der 70er Jahre allmählich zunimmt. In den neuen Bundesländern fand seit 1990 ein schneller Anstieg statt. Dieser Anstieg ist korreliert mit der sich stufenweise erhöhenden Arbeitslosigkeit, aber auch mit Veränderungen der Familienstruktur und Einschränkungen bei den Sozialversicherungen. Zwischen den Generationen hat sich eine tiefgreifende Verschiebung der Armutsbetroffenheit ergeben. Waren in den 60er und 70er Jahren noch die Alten am stärksten betroffen, so sind es nunmehr Kinder und junge Erwachsene. Ausländer weisen seit Beginn der 80er Jahre höhere Armutsquoten als Deutsche auf. Selbst unter institutionellen Status-quo-Bedingungen kann eine weitere Zunahme der Armut keineswegs ausgeschlossen werden. Sollen absehbare Einschnitte in das der Sozialhilfe vorgelagerte System der sozialen Sicherung nicht zusätzlich armuterhöhend wirken, so muss das unterste Auffangnetz zur Sicherung eines soziokulturellen Existenzminimums gestärkt werden. Der Verfasser präferiert hierzu den Einbau von bedarfsorientierten und steuerfinanzierten Mindestsicherungselementen in vorgelagerte Sicherungssysteme. Datengrundlage sind die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die Jahre 1962/63 bis 1988 und das Sozioökonomische Panel für die Jahre 1990 bis 1995.

Hauser, R. und Becker, I. (1997): *The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the 1970s and 1980s*. S. 184-219 in: Gottschalk, P., Gustafsson, B., und Palmer, E. (Hrsg.): *Changing Patterns in the Distribution of Economic Welfare. An International Perspective*. Cambridge: Univ. Press.

Abstract: In this chapter the authors use microdata from the official Income and Consumption Surveys (EVS) 1973, 1978 and 1983 as well as data from the German Socio-Economic Panel (GSOEP) 1983, 1985, 1987 and 1990 to examine more closely trends in distribution of income in West Germany, also giving attention to the problem of poverty. In this attempt to bring together microdata from two very different sources to span a period of two decades, the main aim is primarily descriptive rather than explanatory in any causal sense, emphasis being given to the identification of the various factors that may play a role in determining changes in income distribution with arguments only based on a priori reasoning. Finally they

examine inequality in East Germany before and after unification, and compare results to those for West Germany.

Hauser, R. und Faik, J. (1997): *Strukturwandel der unteren Einkommensschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Das Niedrigeinkommenssegment steht im Zentrum der Kontroversen um eine Reform des Sozialstaats. Die Kenntnis der soziodemographischen Zusammensetzung ist daher unabdingbar, um in der betreffenden Diskussion gehaltvoll Position beziehen zu können. Besonders interessieren in diesem Zusammenhang Zeitvergleiche. In diesem Sinne wird in der vorliegenden Studie die Veränderung der Struktur des Niedrigeinkommensbereiches in der Bundesrepublik anhand einer Abfolge mehrerer Querschnitte, welche die Jahre 1962/63 bis 1988 umfasst, analysiert. Dem Niedrigeinkommensbereich werden - in Anlehnung an neuere Ergebnisse in der Literatur über "prekären Wohlstand" und über Abstiegsrisiken - diejenigen Personen zugeordnet, die nicht mehr als 80 v. H. des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. Zur vertieften Analyse wird der Niedrigeinkommensbereich nochmals in vier Teilssegmente unterteilt.

Hauser, R. und Faik, J. (1997): *Modifizierte Sozialhilfe-Bedarfsskalengewichte. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Zur Ermittlung von Äquivalenzskalenwerten existieren verschiedene Methoden. In der vorliegenden Studie wird ein Weg beschritten, welcher die normativen Vorgaben des bundesdeutschen Sozialhilferechts möglichst genau nachzeichnen soll. Als Ausgangspunkt dienen die in der Regelsatzverordnung zum Bundessozialhilfegesetz enthaltenen Bedarfsgewichte für verschiedene Personengruppen. Die dort zu findenden Bedarfsskalierungen sind aber in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur reichhaltiger Kritik ausgesetzt. Als Hauptursache für die Gewichtungen ist die konzeptionelle Vernachlässigung der Unterkunftskosten auszumachen. Das Vorgehen der Autoren besteht deshalb konsequenterweise darin, die faktischen haushaltsbezogenen Wohnkosten dem sozialhilferechtlichen Bedarf zuzuschlagen und hieraus eine neue, umfassendere Skala zu entwickeln. Das Bestreben der vorliegenden Studie ist es somit, wohlstandsinvariante Einkommensabstufungen für den unteren Einkommensbereich unter bestmöglicher Bezugnahme auf die tatsächliche Gesetzes- und Verordnungslage im bundesdeutschen Sozialhilfebereich durchzuführen.

Hauser, R. (1998): Armut: Definition, Ausprägung Entwicklung. *Schriften des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, 273, 375-397.

Hauser, R. (1998): *Einkommen und Vermögen*. S. 154-166 in: Schäfers, B. und Zapf, W. (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: Mit Vermögen und Einkommen werden grundlegende Konzepte zur Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft und der sozioökonomischen Struktur einer Gesellschaft bezeichnet. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem Zeitpunkt bestimmt wird; Einkommen stellt eine Stromgröße dar, die pro Periode gemessen wird. Sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf einzelwirtschaftlicher Ebene gibt es mehrere, in engem Zusammenhang stehende Vermögens- und Einkommensbegriffe, mit denen einzelne Aspekte des Wirtschaftsgeschehens genauer erfasst werden können. Diese werden im Folgenden Artikel übersichtsartig anhand von Beispielen dargestellt.

Hauser, R., Leclerque, G., und Rudolph, B. (1998): Personelle Einkommensverteilung. *wisu, das Wirtschaftsstudium*, 10, 1196-1208.

Abstract : Die personelle Einkommensverteilung und die mit ihr verbundenen ökonomischen und sozialen Fragestellungen sind häufig Gegenstand der Tagespolitik. Interessenspolitisch geprägte Diskussionen verhindern dabei oft eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung, welche auf klare Abgrenzungen und Definitionen beruht. Deshalb wird im Folgenden zuerst eine Definition des Einkommens gegeben. Danach werden die Arten der Einkommensverteilung genannt und die Messung der personellen Verteilung beschrieben. Im vierten Punkt wird die empirische Angabe zur personellen Einkommensverteilung behandelt und anschließend werden die Ziele der Einkommensverteilung und -umverteilung genannt. Zum Schluß werden die Instrumente der Verteilungspolitik erläutert.

Hauser, R., Becker, I., Faik, J., und Schwarze, J. (1998): *Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland 1969/70 bis 1995*. S. 321-547 in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.) (Hrsg.): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband 1: Entwicklung, Bewertung und Entlohnung von Erwerbsarbeit sowie Wirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung*. o.O..

Hauser, R. und Becker, I. (1998): *Die langfristige Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland*. S. 119-134 in: Galler, H. P. und Wagner, G. (Hrsg.): *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Das Ziel dieses Beitrages ist die Beschreibung der Änderungen der personellen Einkommensverteilung von 1962/63 bis 1995 in der Bundesrepublik Deutschland, die ab 1990 auch die neuen Bundesländer umfasst. Eine derartige Darstellung bleibt immer noch hinter der von Krupp geforderten Verteilungsrechnung zurück, aber sie stellt wenigstens einen Schritt in diese Richtung dar. Allerdings gibt es einige Einschränkungen hinsichtlich der verfügbaren Datenquellen deren man sich bewusst sein sollte, wenn die Ergebnisse vorgestellt werden. So wird zuerst die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte vorgestellt, dann folgt eine Analyse der Verteilung der Wohlstandspositionen auf Personen und schließlich eine Aufspaltung der gesamten Ungleichheit in Intra- und Inter-Gruppen-Ungleichheit zwischen Personen in Haushalten mit unterschiedlicher sozialer Stellung der Bezugsperson im Haushalt. Angesichts dieser Einschränkungen kann davon ausgegangen werden, dass die Aussagen über die Entwicklungstendenzen geringere Fehlerspielräume aufweisen als die Angaben über absolute Niveaus von Durchschnittseinkommen oder Verteilungsmaßen.

Hauser, R. und Becker, I. (1998): *Zur Dynamik der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1962 bis 1995*. S. 91-106 in: Schönig, W. und Zerche, J. (Hrsg.): *Gestaltungsoptionen in modernen Gesellschaften*. Festschrift für Jürgen Zerche. Regensburg: Transfer Verl.

Abstract: Der folgende Beitrag beschränkt sich auf die Untersuchung der Verteilung materiellen Wohlstands, soweit sich dieser im monetären Einkommen niederschlägt. Das Meßkonzept orientiert sich am individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie, wobei Personen als Untersuchungseinheiten betrachtet werden und nicht Haushalte, die wegen Unterschieden in Größe und Zusammensetzung nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Bevölkerung der DDR mit dem Systemwechsel und dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zwar eine beträchtliche Erhöhung des durchschnittlichen Lebensstandards erfuhr und auch weitere Wachstumsperspektiven gewann, dass aber hierfür auch eine wesentlich größere Ungleichheit der Primär- und Sekundäreinkommensverteilung in Kauf zu nehmen ist.

Hauser, R. und Becker, I. (1998): *Polarisierungstendenzen der Einkommensverteilung*. S. 42-62 in: *Einkommen und Vermögen in Deutschland - Messung und Analyse*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Abstract: Angesichts der Entwicklungen in den USA und ähnlichen Ergebnissen für Großbritannien stellt sich auch für die BRD die Frage, ob sich eine Polarisierung der Einkommensverteilung ergeben hat. Abhängig ist die Antwort auf diese Frage von der Betrachtungsperiode. Für diese Untersuchung über Deutschland wurde als Anfangsjahr das letzte Jahr gewählt, in dem noch Vollbeschäftigung herrschte. Dies war das Jahr 1973. Als letztes Betrachtungsjahr wird aus Gründen der Verfügbarkeit von Einzeldaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) das Jahr 1988 herangezogen, d.h. das Jahr, das von der Deutschen Wiedervereinigung noch völlig unbeeinflusst war. Die Analyse umfasst also eine Periode von 15 Jahren. Die Untersuchung beschränkt sich hier auf die Jahreseinkommen. Die Themenstellung beschränkt sich im ersten Teil der Untersuchung auf die Polarisierung in bezug auf die Verteilung der Faktoreinkommen auf Faktoreinkommensbezieher- dabei stehen die Ergebnisse des Marktprozesses und deren Änderungen im Vordergrund der Betrachtung. Im zweiten Teil bezieht sich die Fragestellung auf eine Polarisierung in bezug auf die Verteilung der Nettoeinkommen. Hierbei geht es um die wohlfahrtstaatliche Sicht, die mit den Stichworten "Begrenzung von Ungleichheit" und "Vermeidung von Armut" angedeutet ist. Für die Untersuchung wurden Substichproben der anonymisierten Einzeldaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973, 1978, 1983 und 1988 verwendet.

Hauser, R., Hübinger, W., und Stein, H. (1999): *Große Vermögen, kleine Vermögen und überhaupt kein Vermögen*. *neue caritas*, 100, 8-14.

Abstract: Die Verteilung von Vermögen in einer Gesellschaft hat großen Einfluss auf deren wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Struktur. Mit Hilfe der EVS 1993 konnten allerdings nicht alle Vermögensbestandteile erfasst werden, insbesondere fehlen das Gebrauchsvermögen, einige Elemente des Geldvermögens sowie das gesamte Unternehmensvermögen, so weit es nicht auch an der Börse gehandelten Aktien besteht. Auch konnten Haushalte mit einem Nettomonatseinkommen von mehr als 35.000 DM nicht erfasst werden. Auch wenn sich keine scharfe Grenze ziehen lässt, so zeigt sich für Deutschland folgendes Bild: die unteren 30% besitzen nur ein minimales Geldvermögen, während die obersten 30% den "Löwenanteil", nämlich insgesamt 75,8 Prozent, auf sich vereinigen. Damit wird man an das häufig als übertrieben angesehene Schlagwort von der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" erinnert.

Hauser, R. und Becker, I. (1999): *Wird unsere Einkommensverteilung immer ungleicher? Einige Forschungsergebnisse*. S. 88-116 in: Döring, D. (Hrsg.): *Sozialstaat in der Globalisierung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Abstract: Das Ziel der hier vorgestellten Untersuchung besteht in der Deskription der Verteilungsergebnisse in den jeweiligen Stichjahren, wobei in Anlehnung an den individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie Personen als Untersuchungseinheiten betrachtet werden und nicht - wie häufig anzutreffen - Haushalte. Zur Messung der Wohlstandsposition von Individuen wird das sog. Nettoäquivalenzeinkommen herangezogen. Die personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen ist das Ergebnis von Verteilungsprozessen auf verschiedenen Ebenen, wobei grob zwischen der Faktoreinkommensverteilung und den (direkten) staatlichen Verteilungskorrekturen - zum einen durch positive Transfers, zum anderen durch Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung - unterschieden werden kann. Außerdem findet innerhalb der Haushalte eine innerfamiliäre Umverteilung von den einkommensbeziehenden zu den einkommenslosen Mitgliedern statt. Diese verschiedenen Ebenen des Verteilungsprozesses werden im Folgenden ebenfalls dargestellt.

Hauser, R. und Wagner, G. (1999): *Die personelle Einkommensverteilung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft*. Frankfurt/Main.

Hauser, R. und Becker, I. (1999): *Changes in the Distribution of Pre-government and Post-government Income in Germany 1973-1993*. S. 72-98 in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.): *The Personal Distribution of Income in an International Perspective*. Heidelberg: Springer-Verlag.

Abstract: The question of whether the changes in the personal distribution of income differed among persons in households headed by a young adult, persons in households headed by a person in prime working age, and members of households headed by an elderly person is part of this chapter. The overall personal distribution of income, however, may have been influenced not only by the increase in unemployment and by changes in the share of gross labor income in National Income, but also by changes in average household size and by changes in the population share of each age group. Therefore, the authors look at a variety of factors to formulate hypotheses to explain changes in the personal distribution of income. To extend the analysis the authors break down overall inequality within and between three age groups and two sub-divisions according to the employment status of the household members. Finally, changes in income inequality are analyzed by a decomposition into changes in within-group inequalities, changes in sub-group mean incomes and changes in population shares.

Hauser, R. und Becker, I. (1999): *Changes in the Distribution of Pre-Government and Post-Government Income in Germany 1973-1993*. Frankfurt/Main.

Abstract: The question of whether the changes in the personal distribution of income differed among persons in households headed by a young adult, persons in households headed by a person in prime working age, and members of households headed by an elderly person is part of this paper. The overall personal distribution of income, however, may have been influenced not only by the increase in unemployment and by changes in the share of gross labor income in National Income, but also by changes in average household size and by changes in the population share of each age group. Therefore, the authors look at a variety of factors to formulate hypotheses to explain changes in the personal distribution of income. To extend the analysis the authors break down overall inequality within and between three age groups and two sub-divisions according to the employment status of the household members. Finally, changes in income inequality are analyzed by a decomposition into changes in within-group inequalities, changes in sub-group mean incomes and changes in population shares.

Hauser, R. (1999): Personelle Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen unter dem Einfluß sich ändernder wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen. Eine empirische Analyse auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973-1993. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 83, 88-110.

Abstract: Die Leitfrage des vorliegenden Artikels lautet, ob trotz ungünstiger gewordener Rahmenbedingungen die Ziele der sozialen Sicherung im wesentlichen erreicht wurden. dies wird ganz summarisch danach beurteilt werden, ob die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung ungefähr gleich geblieben ist oder ob sie stark zugenommen hat. Die Betrachtungsperiode erstreckt sich dabei über zwei Dekaden; von 1973, dem letzten Jahr, in dem man das Ziel der Vollbeschäftigung noch als erreicht ansehen konnte, bis 1993, dem ersten Jahr, nach dem der Wiedervereinigungsboom abgeklungen war und die zunächst euphorischen Hoffnungen auf ein schnelles Aufholen der neuen Bundesländern einer realistischeren Einschätzung wichen. Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich allerdings nur auf die in den alten Bundesländern lebende deutsche Bevölkerung. Als Ergebnis läßt sich festhalten, dass nur ein leichter Trend zu verstärkter Ungleichheit festzustellen ist.

Hauser, R. und Stein, H. (2000): *Das Immobilienvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Eine mikroökonomische Analyse für Ost- und Westdeutschland auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993*. Düsseldorf.

Hauser, R., Nolan, B., Mörsdorf, K., und Strenghmann-Kuhn, W. (2000): *Unemployment and Income Change over Time*. S. 25-46 in: Gallie, D. und Paugam, S. (Hrsg.): *Welfare Regimes and the Experience of Unemployment in Europe*. Oxford: Univ. Press.

Abstract: In the introduction of this book the theory of welfare regimes is used to create a classification of unemployment welfare regimes: the universalistic, the employment-centred, the liberal/minimal, and the sub-protective. This distinction of types of regime is an analytical instrument to highlight some important characteristics of the respective welfare states. The aim of social security systems is the preservation of living standards and therefore, the entitlement to and the amount of benefits depends on previous contributions to the mandatory system. Those who were formerly employed are well protected, but those who had no chance to enter the labour market are excluded from social insurance system. To describe the outcome of the different national strategies, in this chapter the authors focus is on the following questions in a comparative perspective: Where the changes in the distribution of income among the population of working age? Is there more or less inequality among the unemployed than among the population of working age? Are there higher poverty rates among the unemployed than among the whole population or the population of working age? Did poverty rates among the unemployed increase from the mid-1980s to the mid-1990s as a consequence of deregulation and reduction in replacement rates? Are there differences between the poverty rates of the short-term and the long-term unemployed or between the male and female unemployment? The conclusion is that poverty rates are much higher among the unemployed than the population of working age.

Hauser, R. und Becker, I. (2000): *Der Einfluss des Steuer- und Transfersystems auf die Einkommensverteilung in den neuen und alten Bundesländern. Analysen auf Basis der EVS 1993*. S. 63-82 in: Noll, H.-H. und Habich, R. (Hrsg.): *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Die Frage, mit der sich der vorliegende Artikel beschäftigt, ist die Frage, inwieweit das neue Steuer- und Transfersystem, das im Zuge der Wiedervereinigung von den alten Bundesländern auf die neuen Bundesländern übertragen wurde, in der Lage war, Verschiebungen am Arbeitsmarkt wenigstens auf der Ebene der Nettoeinkommen zu kompensieren. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob der zu erwartende kompensierende Effekt des Steuer- und Transfersystems in den neuen Bundesländern schwächer oder stärker war als in den alten Bundesländern. Der Beitrag unterliegt dabei einigen Einschränkungen. So wird die Einkommensverteilung in den beiden Teilgesellschaften jeweils getrennt betrachtet, da die Unterschiede in den Produktivniveaus, in den Lohnniveaus und in den daran orientierten Sozialleistungen 1993 noch zu groß waren, als dass eine Bezugnahme auf den gesamtdeutschen Durchschnitt berechtigt gewesen wäre.

Hauser, R. und Becker, I. (2000): *The Personal Distribution of Income in an International Perspective*. Berlin u.a.: Springer.

Hauser, R. und Stein, H. (2000): *Verteilungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 1993*. in: Ryll, S. und Yenai, A. (Hrsg.): *Politik und Ökonomie. Problemsicht aus klassischer, neo- und neuklassischer Perspektive*. Festschrift für Gerhard Huber. Marburg: Metropolis.

Abstract: Mit der EVS 1993 wurden erstmals auch Daten in den neuen Bundesländern erhoben. Damit ist es nun möglich zu überprüfen, ob eine Angleichung der Lebensverhältnisse und der sozialstrukturellen Gegebenheiten stattgefunden hat. Der folgende Beitrag beschränkt sich auf eine kurze Darstellung des im Jahr 1993 bestehenden empirischen Zusammenhangs zwischen der Verteilung der Einkommen und der Nettovermögen im Ost-West-Vergleich sowie auf eine etwas detaillierte Analyse der Verteilung der Geldvermögen und der Haus- und Grundvermögen. Die Verteilung der Eigentumsrechte am Produktivvermögen – soweit sie sich nicht in Form von Aktien im Besitz der Haushalte befinden – kann hier mangels geeigneter Daten nicht behandelt werden. Die bereits aus anderen Studien bekannte Feststellung, dass

die Einkommensverteilung auch einige Jahre nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern weniger ungleich war als in den alten Bundesländern, wird auch durch die EVS 1993 bestätigt. Es zeigt sich aber, dass im Gegensatz zur Einkommensverteilung die Vermögensverteilung in Ostdeutschland ungleichmäßiger war.

Hauser, R., Burmester, M., Stein, H., und Strengmann-Kuhn, W. (2000): *Gefährdete soziale Lagen in Rheinland-Pfalz. Bericht im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit von Rheinland-Pfalz*. Frankfurt/Main.

Abstract: Der Schwerpunkt der vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit in Auftrag gegebenen und vom Institut für Volkswirtschaftslehre der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt durchgeführten Studie liegt in der Untersuchung der sozialen Lage von Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden. Sie zeigt, dass sich Rheinland-Pfalz in Bezug auf die Häufigkeit gefährdeter sozialer Lagen etwas günstiger darstellt als die westlichen Bundesländer insgesamt. Dennoch kann sich Rheinland-Pfalz den bundesweiten Trends nicht entziehen. Dies gilt insbesondere für die Folgen der Arbeitslosigkeit, die gerade bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern einen überragenden Einfluss hat. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass viele ältere Thesen zur Armut nicht mehr der heutigen sozialen Wirklichkeit entsprechen.

Hauser, R. und Wagner, G. (2000): *Die personelle Einkommensverteilung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft*. Frankfurt/Main.

Hauser, R., Faik, J., und Glatzer, W. (2000): Strukturwandel im westdeutschen Niedrigeinkommensbereich seit den sechziger Jahren. *Zeitschrift für Sozialreform*, 46, 499-522.

Abstract: Im vorliegenden sekundäranalytischen Beitrag wird versucht, einige strukturelle Aspekte des Niedrigeinkommenssektor zu beschreiben und deren Änderungen über einen langen Zeitraum zu verfolgen. Dies entspricht neueren Ansätzen in der korrespondierenden wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis. Konkret bezieht sich der Zeithorizont der vorliegenden Studie auf die Jahre von 1962/63 bis 1993 in Westdeutschland und umfasst somit drei Jahrzehnte. Kapitel 2 behandelt die methodischen und datenbezogenen Aspekte. Es folgt in Kapitel 3 die Untersuchung des Strukturwandels unterer Einkommenschichten in dem erwähnten Zeitraum. Im abschließenden Kapitel 4 werden die zuvor ermittelten Strukturveränderungen zusammengefasst und einige sozialpolitische Konsequenzen angedeutet.

Hauser, R. und Stein, H. (2001): *The Distribution of Wealth and the Reform of the Compulsory Pension System in the Federal Republic of Germany*. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: The structure of the compulsory pension system (CPS) in the Federal Republic of Germany has been changed fundamentally. The federal government has decided to introduce a private pension system on a voluntary basis. The payments to this voluntary system are to constitute a capital stock to supplement the payments of the CPS. Comprehensive fiscal subsidies will be introduced to support this change to the pension system. This paper discusses the special situation of families with children. The second section investigates the extent to which families with children were able to accumulate private wealth in the last ten years in Germany. In the third section the main features of the intended changes to the CPS are described, and an overview of the planned fiscal subsidies is provided. In the final section the authors attempt to evaluate the changes with particular attention to the situation of families.

Hauser, R. und Stein, H. (2001): *Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Das vorliegende Buch ist das Ergebnis von drei einjährigen Projektabschnitten des Forschungsvorhabens "Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland", das von

der CITIBANK Stiftung finanziert wurde. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, den Kenntnisstand über die Verteilung des Vermögens unter den privaten Haushalten in Deutschland auf der Basis von mikroökonomischen Daten zu erweitern. Hierzu sind die anonymisierten Daten der EVS 1988, 1993 und 1998 ausgewertet worden. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf das Geldvermögen und das Immobilienvermögen sowie auf das Kompositum aus beiden Vermögensarten, das als Nettovermögen ausgewiesen wird. Besondere Beachtung finden verteilungs- und sozialpolitische Aspekte. Den Abschluss bildet eine Simulation zukünftiger generationenübergreifender Erbschaften.

Hauser, R. und Becker, I. (2001): Mehr Geld für arme Eltern. *neue caritas*, 102, 9-15.

Abstract: Die Wahrscheinlichkeit, dass Familien mit der Geburt eines oder mehrerer Kinder in die Gruppe der Sozialhilfeempfänger abrutschen, ist in Deutschland verhältnismäßig groß. Die Frage, die im vorliegenden Artikel gestellt wird, ist somit die Frage, wie bereits bestehende Hilfen für Familien reformiert werden müssten, um dies zu verhindern. So zeigte sich, dass durch das Bundesverfassungsgericht geforderten Betreuungs- und Erziehungsfreibeträge nur bei Haushalten in mittleren und oberen Einkommensschichten zu einer Entlastung führen, weil diese Freibeträge bei niedrigen Markteinkommen und bei steuerfreien Sozialleistungen nicht voll ausgenutzt werden können. Die Autoren gehen davon aus, dass sich in Kürze die Frage nach einem erhöhten und einkommensunabhängigen Kindergeld ebenso wie nach einem einkommensunabhängigen Erziehungsgeld verschärft gestellt wird.

Hauser, R. und Becker, I. (2001): *Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung*. Bonn.

Hauser, R. und Stein, H. (2001): *Die Vermögensverteilung und die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Die Struktur der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich geändert worden. Die Bundesregierung hat die Einführung einer zusätzlichen privaten Alterssicherung auf freiwilliger Basis beschlossen. Hierdurch soll ein Kapitalstock gebildet werden, der die Leistungen der GRV ergänzt. Zur Förderung dieser Systemänderung der Alterssicherung werden umfangreiche fiskalische Unterstützungsmaßnahmen eingeführt. Im Rahmen dieses Beitrags wird auf die besondere Situation der Familien mit Kindern eingegangen. Es wird untersucht, inwieweit Familien mit Kindern in den letzten 10 Jahren in Deutschland in der Lage waren, privates Vermögen aufzubauen. Hintergrund der Untersuchung ist die Änderung der Struktur der gesetzlichen Rentenversicherung, die eine zusätzliche private Alterssicherung auf freiwilliger Basis vorsieht. Datengrundlage sind die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1988, 1993 und 1998. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die staatliche Förderung vermutlich nur bei den Haushalten zu einer zusätzlichen Ersparnis führt, die schon einen Kapitalbesitz aufbauen konnten. Im Gegensatz dazu kann die oberste Gruppe der Vermögensbesitzer ihr vorhandenes Vermögen schon jetzt zur Sicherung des Lebensstandards im Alter verwenden.

Hauser, R. und Becker, I. (2001): *Lohnsubvention und verbesserter Familienlastenausgleich als Instrument zur Verringerung von Sozialhilfeabhängigkeit*. S. 293-312 in: Mager, H.-Chr., Schäfer, H., und Schröder, K. (Hrsg.): *Private Versicherung und Soziale Sicherung*. Marburg: Metropolis Verlag.

Abstract: Es stellt sich die Frage, welche Reformen zur Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit und damit zur Reduzierung der Sozialhilfeempfängerquote nahe liegen. Angesichts der Heterogenität der Sozialhilfepopulation kann man von vorneherein davon ausgehen, dass systemimmanente Reformoptionen differenziert auf einzelne Teilgruppen ausgerichtet sein müssen. Da eine umfassende Behandlung hier nicht möglich ist, wird sich auf eine Analyse der in der Diskussion befindlichen Vorschläge der Lohnsubvention sowie auf ausgewählte Reformoptionen für den Familienlastenausgleich beschränkt. Es wird als erstes der Frage nachgegangen,

ob sich auf der Ebene der Markteinkommen eine Reformoption zur Einkommenssicherung außerhalb der Sozialhilfe anbietet. Die in den letzten Jahren entwickelten Vorschläge zur Subventionierung von Niedriglöhnen sind aus dieser Sicht zu untersuchen. Als zweites wird gefragt, ob eine Umgestaltung im Bereich Familienlastenausgleich für Alleinerziehende und Paare mit Kindern für diese Gruppe eine Reformoption zur Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit darstellt, damit ein besonders gravierendes gruppenspezifisches Problem angegangen wird. Als Datenbasis für die Mikrosimulation wird die der Wissenschaft zur Verfügung gestellte Sub-Stichprobe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS) des Statistischen Bundesamtes verwendet.

Hauser, R. (2001): *Einkommen und Vermögen*. S. 157-170 in: Schäfers, B. und Zapf, W. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske+Budrich.

Abstract: Mit Vermögen und Einkommen werden grundlegende Konzepte zur Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft und der sozioökonomischen Struktur einer Gesellschaft bezeichnet. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem Zeitpunkt bestimmt wird; Einkommen stellt eine Stromgröße dar, die pro Periode gemessen wird. Sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf einzelwirtschaftlicher Ebene gibt es mehrere, in engem Zusammenhang stehende Vermögens- und Einkommensbegriffe, mit denen einzelne Aspekte des Wirtschaftsgeschehens erfasst werden können. Die Begriffe werden im Folgenden anhand von Beispielen näher erläutert.

Hauser, R. (2002): *Zum Einfluss von Äquivalenzskalen auf Ergebnisse zur personellen Einkommensverteilung und zur relativen Einkommensarmut*. S. 175-189 in: Menkhoff, L. und Sell, F. L. (Hrsg.): Zur Theorie, Empirie und Politik der Einkommensverteilung. Festschrift für Gerold Blümle. Heidelberg: Springer.

Abstract: Bei der Analyse der personellen Einkommensverteilung sind drei verschiedene Konzepte der Empfängereinheit denkbar. In dem vorliegenden Kapitel geht es darum, die Verteilung der wirtschaftlichen Wohlfahrt zu erfassen und gegebenenfalls auch unter dem Aspekt der Bedarfsgerechtigkeit zu beurteilen. Unter diesem Blickwinkel ist es erforderlich, das Haushaltseinkommen auf die Haushaltsmitglieder aufzuteilen und wiederum die Verteilung auf Personen zu betrachten. Mit den Problemen, die bei dieser fiktiven Aufteilung entstehen und mit den Auswirkungen verschiedener Vorgehensweisen auf die empirisch ermittelten Verteilungsergebnisse beschäftigt sich dieser Beitrag.

Hauser, R. (2002): *Armut und soziale Ausgrenzung - die europäische Perspektive*. S. 95 -110 in: Fachinger, Uwe, Rothgang, H., und Viebrok, H. (Hrsg.): Die Konzeption sozialer Sicherung. Festschrift für Prof. Dr. Winfried Schmähl zum 60. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos.

Abstract: Die Europäische Union verlangt als Bestandteil ihres sozialpolitischen Monitoring im Rahmen der offenen Koordinierung die Ermittlung einiger, zwischen den Mitgliedsländern vergleichbarer Indikatoren, mit denen die Erfolgswirksamkeit der nationalen Aktionspläne laufend beurteilt werden kann. Allerdings gibt es viele Unklarheiten und Fehlinterpretationen, die wichtige Schlüsselbegriffe betreffen (Armut, Reichtum, Lebenslage, soziale Ausgrenzung und soziale Integration). In diesem Beitrag wird zunächst der Blick auf die sozialpolitische Konzeption, die Wohlfahrtsstaaten kennzeichnet, gelenkt, um zu sehen, inwieweit sich die neueren Entwicklungen in diese Konzeption einfügen und ob sich daraus Ansatzpunkte für die Präzisierung von Teilzielen und den ihnen im Rahmen der offenen Koordinierung zuzuordnenden sozialen Indikatoren ergeben. Abschließend werden die genannten Schlüsselbegriffe diskutiert. Dann wendet sich der Autor der zur Zeit in der Europäischen Union stattfindenden Diskussionen über die zu vereinbarenden sozialen Indikatoren zu und zeigt einige Probleme auf.

Hauser, R. (2002): *Vermögensverteilung als Element gesellschaftlicher Dauerbeobachtung*. S. 181-197 in: Glatzer, W., Habich, R, und Mayer, K. U. (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: In diesem Beitrag wird zunächst die Bedeutung des Vermögens aus individueller Sicht erläutert und die für die Entwicklung von Indikatoren zweckmäßige Abgrenzung des Vermögensbegriffs diskutiert. Abschließend wird ein Minimum an Einzelindikatoren für diese zusätzliche Zieldimension vorgestellt. Diese werden dann für den kurzen Zeitraum nach der Wiedervereinigung Deutschlands empirisch spezifiziert. Datenbasis dieser Untersuchung ist die EVS 1993 sowie die EVS 1998.

Hauser, R. (2002): *Armut und soziale Ausgrenzung - die europäische Perspektive*. S. 95 -110 in: Fachinger, Uwe, Rothgang, H., und Viebrok, H. (Hrsg.): Die Konzeption sozialer Sicherung. Festschrift für Prof. Dr. Winfried Schmähl zum 60. Geburtstag. Baden-Baden: Nomos.

Abstract: Die Europäische Union verlangt als Bestandteil ihres sozialpolitischen Monitoring im Rahmen der offenen Koordinierung die Ermittlung einiger, zwischen den Mitgliedsländern vergleichbarer Indikatoren, mit denen die Erfolgswirksamkeit der nationalen Aktionspläne laufend beurteilt werden kann. Allerdings gibt es viele Unklarheiten und Fehlinterpretationen, die wichtige Schlüsselbegriffe betreffen (Armut, Reichtum, Lebenslage, soziale Ausgrenzung und soziale Integration). In diesem Beitrag wird zunächst der Blick auf die sozialpolitische Konzeption, die Wohlfahrtsstaaten kennzeichnet, gelenkt, um zu sehen, inwieweit sich die neueren Entwicklungen in diese Konzeption einfügen und ob sich daraus Ansatzpunkte für die Präzisierung von Teilzielen und den ihnen im Rahmen der offenen Koordinierung zuzuordnenden sozialen Indikatoren ergeben. Abschließend werden die genannten Schlüsselbegriffe diskutiert. Dann wendet sich der Autor der zur Zeit in der Europäischen Union stattfindenden Diskussionen über die zu vereinbarenden sozialen Indikatoren zu und zeigt einige Probleme auf.

Hauser, R. (2002): *Vermögensverteilung als Element gesellschaftlicher Dauerbeobachtung*. S. 181-197 in: Glatzer, W., Habich, R, und Mayer, K. U. (Hrsg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: In diesem Beitrag wird zunächst die Bedeutung des Vermögens aus individueller Sicht erläutert und die für die Entwicklung von Indikatoren zweckmäßige Abgrenzung des Vermögensbegriffs diskutiert. Abschließend wird ein Minimum an Einzelindikatoren für diese zusätzliche Zieldimension vorgestellt. Diese werden dann für den kurzen Zeitraum nach der Wiedervereinigung Deutschlands empirisch spezifiziert. Datenbasis dieser Untersuchung ist die EVS 1993 sowie die EVS 1998.

Hauser, R. und Wagner, G. G. (2002): *Die personelle Einkommensverteilung*. S. 371-438 in: Zimmermann, K. (Hrsg.): Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft. Heidelberg: Physica-Verlag.

Abstract: Im deskriptiven Teil des vorliegenden Kapitels werden das Problem der Definition des Einkommens, Messprobleme auf objektiver und subjektiver Ebene, Einkommensarmut als spezielles Problem der personellen Verteilung des verfügbaren Einkommens und die Verfügbarkeit von Mikro-Daten diskutiert. Der evaluative Teil stellt einige Aspekte einer Gerechtigkeitstheorie sowie empirische Ansätze, die Präferenzen bezüglich der Gerechtigkeit messen, dar. Der knappe Politikabschnitt gibt einen kurzen Überblick über die Hauptinstrumente zur Beeinflussung der personellen Einkommensverteilung und über die Verbindung zwischen Allokations- und Verteilungseffekten. Der Schlussteil stellt einige ungelöste Probleme der personellen Einkommensverteilung heraus.

Hauser, R. und Wagner, G. G. (2002): *Economics of the Personal Distribution of Income*. S. 311 in: Zimmermann, K. (Hrsg.): *Frontiers in Economics*. Berlin et al.: Springer.

Abstract: In this chapter the authors will discuss only briefly the determinants of the distribution of income as well as the determinants of consumer spending and the formation of capital, because of these determinants raises its own ranges of issues with its own variety of theoretical approaches. Ultimately our task is to recognize the "white areas" on the map of the "statistical infrastructure" rather than to explain in detail the sets of hypotheses in which the data are to be integrated. In the descriptive section they discuss the problem of defining income, problems of measurement and the availability of micro-data. The explanatory section presents a brief overview of the determinants of the personal distribution of market income, describes the merits and shortcomings of two simple statistical methods to gain insight into the structure of a distribution, and suggests refined simulation models.

Hauser, R. (2002): *Einkommensverteilung und Armut – Mikroanalysen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*. Universität Lüneburg.

Abstract: In dem Referat „Einkommensverteilung und Armut – Mikroanalysen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe“ werden sowohl methodische Probleme der Mikroanalyse mit Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben diskutiert als auch ausgewählte Ergebnisse zur personellen Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie zur Entwicklung der Einkommensarmut von 1973 bis 1998 präsentiert. Diese Ergebnisse sind auch in den kürzlich veröffentlichten ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eingegangen.

Hauser, R. (2002): *Soziale Indikatoren als Element der offenen Methode der Koordinierung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union*. Aktionsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Sozialen Ausgrenzung 2002-2006: Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main und Wissenschaftskolleg zu Berlin.

Abstract: Seit 1974 steht das Armutsproblem – initiiert durch einen Beschluss der Regierungschefs – auf der Agenda der Europäischen Union. Drei Armutsprogramme wurden nacheinander in den Jahren 1975 bis 1980, 1984 bis 1988 und 1990 bis 1994 durchgeführt¹. In Deutschland fanden diese Programme auf Regierungsseite allerdings wenig Anklang. Die Beschäftigung mit den Problemen von Armut und sozialer Ausgrenzung von Seiten der Europäischen Kommission ist also keineswegs neu. Neu ist jedoch, dass das Ziel der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nunmehr in verschiedenen, von allen Mitgliedsländern anerkannten Dokumenten² fest verankert ist und damit eine gefestigte rechtliche Basis für Aktivitäten der Kommission besteht. Auch das in den Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip steht einer Befassung der Europäischen Union mit diesem Problem nicht im Wege. Der Europäischen Kommission bzw. dem Ministerrat stehen verschiedene rechtlich verbindliche oder rechtlich unverbindliche, aber politisch wirksame Instrumente zur Beeinflussung der Politik der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die genannten Ziele zur Verfügung.

Hauser, R. und Becker, I. (2003): *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: Die Beiträge des Buches sind überarbeitete Papiere, die auf der Konferenz in Berlin 2002 vorgestellt wurden. Das Buch ist der Endpunkt des Forschungsprojekts "The development of the Personal Distribution of Income in Germany" dar. Die Forschung konzentrierte sich dabei auf eine nationale Perspektive, die sich mit vielen Aspekten der Einkommensungleichheit und Armut in Westdeutschland zwischen 1969 und 1998 und der Ungleichheit in Deutschland nach der Wiedervereinigung beschäftigt. Nun soll dies auf eine europäische Perspektive ausgeweitet werden.

Hauser, R. (2003): *The Development of the Distribution of Income and Wealth in Germany - an Overview*. S. 7-28 in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.): *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: The personal distribution of income and wealth in Germany is a research field that had been neglected for many years. First the author looks at how three gross market income categories are distributed among their respective recipients. In a second step, he addresses the distribution of net income among households. Third, he determines the distribution of net equivalent income among individuals, which will provide information on the distribution of economic welfare. A few findings on inequalities in the wealth distribution will complete this paper.

Hauser, R. und Stein, H. (2006): *Inequality of the Distribution of Personal Wealth in Germany 1973 - 1998*. in: Wolff, E (Hrsg.): *International Perspectives on Household Wealth*. Elgar Publishing.

Abstract: This paper reports on trends in inequality of the distribution of household disposable wealth in West Germany from 1973 to 1998, and compares the changes in the size distribution of household disposable wealth in West and East Germany between 1993 and 1998. The empirical findings are based on several cross sections of the Income and Consumption Survey (ICS), which is conducted every five years by the German Federal Statistical Office. Since these surveys are large quota samples that exclude the very rich, the institutionalized population, and -- until 1993 -- foreign households, as well as equity in private businesses, the inequality measures derived can be considered the lower bounds of the estimates of their true values.

Hauser, Richard (2008): *Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext Der sozialstatistische Diskurs*5. S. 94-117 in: Huster, Ernst-Ulrich, Boeckh, Jürgen, und Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): *Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden: Springer. URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-19257-4_6

Abstract: Aus individueller Sicht ist es ein schweres Los, in Armut leben zu müssen. Aus der Sicht eines Sozialstaates stellt das Vorhandensein von Armen unter der Wohnbevölkerung die Verfehlung eines wichtigen sozialpolitischen Ziels dar. Diese beiden Perspektiven sind auch maßgeblich für den sozialstatistischen Diskurs; sie müssen aber sorgfältig unterschieden werden. Soll einzelnen armen Menschen mit sozialstaatlichen Maßnahmen geholfen werden, so ist die Voraussetzung hierfür, dass sie identifiziert werden können. Für den Sozialstaat als Akteur, der das Ziel der Armutsbekämpfung bzw. Armutsvermeidung mit allgemeinen Gesetzen oder anderen institutionellen Regelungen und Instrumenten verfolgt, genügt eine Statistik, die lediglich die Zahl, den Bevölkerungsanteil und die durchschnittliche „Schwere“ der Armutslage von anonym bleibenden Menschen aufzeigt. Außerdem ist es wichtig, die Dauer von Armutslagen und das Ausmaß der Aufstiege aus und der Abstiege in Armutslagen zu ermitteln.

Hawliczek, I. (2000): Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 1998. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz*, 53, 100-105.

Hawliczek, I. (2001): Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl von 1970 bis 2000. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz* 3/2001, 50-57. URL: <http://www.statistik.rlp.de/cgi-bin/ksearch/ksearch.cgi?terms=evs&display=5&tp=2&all=1&tw=1&fb=1&t=1&td=1&sort=Matches>

Abstract: Im Rahmen der amtlichen Verbraucherpreisstatistik für Rheinland-Pfalz werden seit Juni 1948 monatlich die Preise für Benzin und seit Oktober 1959 die Preise für Heizöl ermit-

telt. Über viele Jahre hinweg zeigten diese monatlichen Durchschnittspreise keine besonderen auffallenden Veränderungen nach oben (zeitweise gab es sogar deutliche Verbilligungen), sodass sie kaum das Interesse der Öffentlichkeit fanden. Dies änderte sich jedoch schlagartig durch die Ölkrise der 70er Jahre, weltpolitische Ereignisse und stetige administrative Beeinflussungen. Im folgenden Beitrag soll auf die Erhebung der Preise, ihren Verlauf seit 1970, die sie beeinflussenden Faktoren und die von ihnen verursachten Auswirkungen eingegangen werden.

Hawliczek, I. (2008): Änderungen im System der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz* 3/2002, 50-52.

URL:[http://www.statistik.rlp.de/cgi-](http://www.statistik.rlp.de/cgi-bin/ksearch/ksearch.cgi?terms=evs&display=5&tp=3&tall=1&tw=1&tb=1&tt=1&td=1&tsort=Matches)

[bin/ksearch/ksearch.cgi?terms=evs&display=5&tp=3&tall=1&tw=1&tb=1&tt=1&td=1&tsort=Matches](http://www.statistik.rlp.de/cgi-bin/ksearch/ksearch.cgi?terms=evs&display=5&tp=3&tall=1&tw=1&tb=1&tt=1&td=1&tsort=Matches)

Abstract: Die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte setzen sich aus den beiden Teilen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und Laufende Wirtschaftsrechnungen (LWR) zusammen. Ziel beider Statistiken ist die Erfassung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der privaten Haushalte aus der Sicht der Einkommensentstehung und der Einkommensverwendung. Um dieses zu erreichen, stellen beide Statistiken das Budget der einzelnen privaten Haushalte in den Mittelpunkt ihrer Befragung. Durch diese statistischen Angaben erhält man Nachweise über die wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung sowie Informationen darüber, wie sich die privaten Haushalte am marktwirtschaftlichen Prozess beteiligen. Da sich das Güterangebot und die Verhaltensweisen der Verbraucher im Zeitablauf ändern, wird etwa alle fünf Jahre ein neues Wägungsschema berechnet, das die veränderten Angebots- und Nachfragerichtungen berücksichtigt. Die Wirtschaftsrechnungen haben eine lange Tradition, die immer wieder durch methodische Weiterentwicklungen bestimmt war. In den letzten Jahren gab es kritische Äußerungen zu dem bewusst gewählten Repräsentationsgrad der laufenden Wirtschaftsrechnungen – geringer Stichprobenumfang und Beschränkung auf nur drei Haushaltstypen –, der die Verwendbarkeit der Ergebnisse stark einschränkt. Es wurde die Forderung erhoben, laufend Daten zu möglichst allen Haushalten bereitzustellen und die Datenlücke zwischen den alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben vollständig zu füllen. Voraussetzung hierfür ist, dass das Programm beider Erhebungen aufeinander abgestimmt ist und so ein Gesamtsystem der Wirtschaftsrechnungen entstehen kann.

Härpfer, M., Cacace, M., und Rothgang, H. (2009): *And Fairness for all? Wie gerecht ist die Finanzierung im deutschen Gesundheitssystem? Eine Berechnung des Kakwani-Index auf Basis der EVS*. ZeS-Arbeitspapier Nr. 4/2009. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik, Universität Bremen.

Abstract: Der Beitrag thematisiert soziale Gerechtigkeit in der Finanzierung des deutschen Gesundheitssystems. Obgleich in öffentlichen Debatten häufig mit sozialer Gerechtigkeit argumentiert wird, fehlt ein entsprechendes Konzept und demzufolge auch die empirische Fundierung. Wir greifen dieses Defizit auf indem wir (1) einen theoretischen Referenzrahmen ableiten und (2) die empirischen Ergebnisse zu sozialer Gerechtigkeit im Status Quo des deutschen Gesundheitssystems aktualisieren. Als theoretischen Referenzrahmen wählen wir das WHO Konzept zur fairen Finanzierung in Gesundheitssystemen. Nach einer Zusammenfassung der Kritik an der WHO Studie benennen wir als Postulate: (1) keine risikogebundenen Prämien (2) Haushalte mit gleichem Einkommen sollen gleiche Prämien bezahlen (horizontal justice) (3) höhere Einkommen führen zu entsprechend höheren Prämien (vertical justice). Zur Messung fairer Finanzierung berechnen wir die Gesamt- und Teilwerte des Kakwani-Index auf Basis aktueller Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (EVS 2003). Im Vergleich zeigen unsere Ergebnisse für den Gesamtindex, dass die Finanzierung der Gesundheitsausgaben innerhalb der vergangenen 15 Jahre geringfügig weniger regressiv geworden ist (von -0.045 auf -0.041). Bei einer differenzierten Betrachtung der einzelnen Finanzierungskomponenten zeigen sich Verschiebungen. Wir schließen unsere Betrachtung mit einem methodischen Hinweis zur Anwendung des Kakwani-Index für das deutsche Gesundheitssystem.

Heigl, A. (2003): Wachstumsmärkte in alternden Gesellschaften. *Politische Studien*, 54, 80-89.
URL: <http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/PS390.pdf>

Heigl, A. (2006): *Wachstumsmärkte in alternden Gesellschaften. Siemensforum München, Megatrend Demographie*, 4. Dezember 2006. München: GlaxoSmithKline.
URL: http://www.glaxosmithkline.de/docs-pdf/gesundheitspolitik/Studien/05-Wachstumsmaerkte_Siemensforum_heigl.pdf

Heindel, K. und Jakobi, T. (2001): Wird "Armutsbekämpfung" trendy? Paradigmenwandel auf dünnem Eis. *Social Watch Report Deutschland*, 1, 20-40.

Abstract: Unverzichtbare Voraussetzung für jede problemangemessene Sozialpolitik ist ein möglichst präzises Abbild sozialer Entwicklungen und Strukturen. Dass ein solches aber im Blick auf Reichtum und Armut in Deutschland nur in groben, teilweise höchst unscharfen und mitunter gar uneinheitlichen Umrissen möglich ist, hat der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in aller Offenheit gezeigt. Denn so können die statistischen, definitorischen und konzeptuellen Probleme einer sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Armut und Reichtum öffentlich werden. Aus diesem Grunde wird im Folgenden versucht, anhand ausgewählter Fragestellungen wenigstens ansatzweise statistische, definitorische und konzeptuelle Schwierigkeiten zu skizzieren. Dazu dient u.a. die EVS 1998. Die EVS erfasste 1998 also nur rund 65% des Vermögens privater Haushalte - zu einem großen Teil wegen der unterschiedlichen Vermögensdefinition, aber auch deshalb, weil Haushalte ihre Vermögen zu niedrig angeben. Diese gravierende Unterschätzung des Vermögens privater Haushalte durch die EVS und das Ausblenden der vermögendsten Haushalte führen zu einem Bild, das das wahre Ausmaß der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland verdeckt und somit die Notwendigkeit einer neuen verteilungspolitischen Debatte nur zum Teil sichtbar werden lässt. An der sehr ungleichmäßigen Verteilung des Vermögens hat die in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnende Vermögensbildung breiter Schichten vermutlich nichts geändert. Unbestreitbar ungleicher geworden ist in den letzten Jahrzehnten die Einkommensverteilung in den alten Bundesländern, auch wenn die im Rahmen der EVS 1998 erhobenen Daten eine geringere Spreizung der Einkommen im Vergleich zu den Vermögen nahe legen. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass amtliche Statistiken höhere Einkommen systematisch untererfassen. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung stieg schließlich in den neuen Bundesländern von 1993 auf 1998 beträchtlich an, so dass insgesamt der Feststellung des Armuts- und Reichtumsberichtes zuzustimmen ist, dass in Deutschland die „Verteilungsgerechtigkeit abgenommen“ habe.

Heindl, Peter, Schübler, Rudolf, und Löschel, Andreas (2014): Ist die Energiewende sozial gerecht? *10. Wirtschaftsdienst*, 94, 508-514.

Abstract: The transition of the German energy system towards renewable energy carriers triggers considerable costs for private households. Costs are passed through to households by a surcharge per kilowatt hour. This effectively leads to high cost burdens for poorer households relative to wealthier ones. The authors discuss the issue from the perspective of social justice and argue that costs are distributed in an unfair manner. In the light of the rising costs of renewable energy promotion, affordability of energy among the poorest should receive increasing attention. Measures of fuel poverty and deprivation with respect to energy could serve as adequate ex-post indicators of non-affordability and should be considered in Germany.

Heindl, Peter und Löschel, Andreas (2016): *Analyse der Unterbrechungen der Stromversorgung nach §19 Abs. 2 StromGVV: Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie*. ZEW-Gutachten und Forschungsberichte.

Abstract: Das Problem der Unterbrechungen der Stromversorgung nach §19 StromGVV hat in den vergangenen Jahren erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und Rufe nach Maßnahmen zur Minderung von Stromsperrern wurden laut. Bisher liegen keine systemati-

schen Untersuchungen zum Problem der Stromsperren vor. Ziel dieses Gutachtens ist es, eine Einschätzung vorzunehmen, welche Ursachen Stromsperren haben. Darauf aufbauen werden Handlungsoptionen herausgearbeitet, welche zu einer Minderung von Stromsperren beitragen können. Alle verfügbaren Informationen weisen darauf hin, dass Stromsperren aus einem Komplex „multipler Problemlagen“ heraus entstehen. Charakteristisch ist dabei ein geringes Einkommen der betroffenen Haushalte. Dazu treten aber weitere Probleme im Haushalt, welche in Verbindung mit geringen finanziellen Ressourcen zu Stromsperren führen können.

Henkel, D. (1999): *Wirtschaftsstatistische Analyse der Lebensverhältnisse in der BRD – Singlehaushalte im Zeitablauf 1993 bis 1998* -. Humboldt-Universität Berlin.

Abstract: Die Arbeit beschränkt sich zum größten Teil auf das Haushaltsbudget der Einpersonenhaushalte. Es wird in erster Linie gezeigt, welche Einnahmen diesem Haushaltstyp zugeflossen sind und welche Ausgaben er damit getätigt hat. Es sollen die derzeit noch bestehenden Unterschiede in Ost- und Westdeutschland sichtbar gemacht werden. Das Ziel der Arbeit besteht weiterhin darin, auf wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Realisierung der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West hinzuweisen. Als Datenbasis dienen die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 sowie die Einführungsinterviews der EVS 1998. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit lagen aus der EVS 1998 nur Angaben über die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und über die Wohnverhältnisse vor. Deshalb beziehen sich die analytischen Untersuchungen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte auf die EVS 1993.

Hertel, J. (1992): Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Jahr 1988. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 9, 653-667.

Abstract: In dieser Darstellung der Einnahmen und Ausgaben liegt ein Schwerpunkt der im regelmäßigen Abstand von fünf Jahren durchzuführenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS). Im Gegensatz über die Angaben über Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die Wohnsituation sowie über die Vermögen und Schulden werden die Einnahmen und alle wesentlichen Ausgaben nicht im Rahmen eines Interviews erfragt, sondern ein volles Kalenderjahr vom Haushalt in einem dafür vorgesehenen Haushaltsbuch eingetragen. Mit dieser Erfassungsart sollen möglichst lückenlose Informationen über den vollständigen Geldtransfer privater Haushalte zusammengetragen werden. Diese Studie befasst sich mit den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Jahr 1988 und kommt zu folgenden Ergebnissen: Der Anstieg des Einkommens zwischen 1983 und 1988 war geringer als zwischen allen anderen Erhebungsperioden der EVS, die geringste Einkommenszuwächse gibt es beim Einkommen aus unselbständiger Arbeit und bei den Einkommensübertragungen. Insgesamt ist eine leichte Tendenz zu einer Abweichung von der Gleichverteilung des Haushaltsbrutto- und nettoeinkommens gegenüber 1983 zu erkennen, die Einkommensverschiebungen 1988 gegenüber 1983 begünstigen offensichtlich Familien mit Kindern, die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Wohnungsmieten einschließlich Energie und für Verkehr und Nachrichtenübermittlung umfassen fast zwei Drittel aller Ausgaben für den Privaten Verbrauch. "Engelsches und Schwabesches Gesetz" haben auch für 1988 weitere Geltung.

Hertel, J. (1997): Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte 1993. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 1, 45-58.

Abstract: In diesem Aufsatz werden erste umfassende Ergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Jahr 1993 veröffentlicht. Die Ermittlung von Daten über Einnahmen und Ausgaben bildet den Schwerpunkt jeder Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. An dieser Stelle wird zunächst der allgemeine "Durchschnittshaushalt" in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt. Es folgt eine weitere Differenzierung nach der sozialen Stellung, der Größe und dem Einkommen, um Erklärungsansätze für das Zustandekommen der

Durchschnittszahlen zu liefern, denn viele Ursachen lassen sich nur anhand der strukturellen Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung erklären.

Hertel, J. (1998): Aufwendungen für den Lebensunterhalt von Kindern. *Wirtschaft und Statistik*, 6, 523-533.

Hertel, J. (1999): *Einkommen in Deutschland - Verteilung, Primärquellen, Arten*. Köln: 7e séminar CEIES - Répartition du revenu et différentes sources de revenu.

Abstract: Bei der Auswertung von Einkommensergebnissen stehen zunächst meist Fragen nach der Höhe, deren Veränderung innerhalb eines Zeitraums, die Zusammensetzung der Einzelkomponenten, die Verteilung des Einkommens im Allgemeinen und nach bestimmten sozioökonomischen Merkmalen im Vordergrund der Betrachtung. Damit wird ein Abbild über die aktuelle Einkommenssituation bestimmter Bevölkerungsschichten gegeben, die sich demographisch, regional oder sonst voneinander unterscheiden können. Im vorliegenden Papier werden u.a. die Einkommensstrukturen der letzten 20 Jahre sowie die Berechnung der relativen Armut für Deutschland auf Basis der EVS 1993 vorgestellt.

Hesse, K. und Thiele, S. (1998): *Einkommen und Einkommensverwendung von Familien mit Kindern*. S. 89-106 in: Gräbe, S. (Hrsg.): Vom Umgang mit Geld. Finanzmanagement in Haushalten und Familien. Frankfurt am Main, New York.

Hesse, K., Thiele, S., und Missong, M. (2001): *Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder: Erarbeitung von Aufteilungsschlüsseln der Wohnungsmiete auf Erwachsene und Kinder. Endbericht für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)*. Kiel.

Abstract: Durch die Anwesenheit von Kindern entsteht den Familien ein spezifischer Wohnbedarf. Dies gilt sowohl in quantitativer als auch qualitativer Hinsicht. Bei der Ermittlung von Wohngeldansprüchen und bei der Festlegung des steuerlichen Existenzminimums werden Kinder jedoch in Form pauschaler Zuschläge für ein zusätzliches Zimmer analog behandelt wie Erwachsene. Fraglich ist, ob damit dem tatsächlichen Wohnbedarf der Familien mit Kindern angemessen Rechnung getragen wird. Eine genaue Kenntnis hierüber ist erforderlich, andernfalls kann es zu ungerechtfertigten Schlechter- oder Besserstellungen einkommensarmer Haushalte kommen. Im Rahmen dieser Arbeit soll der spezifische Wohnbedarf, der den Familien durch Kinder entsteht, empirisch anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 des Statistischen Bundesamtes ermittelt werden. Da die Erhebungseinheit dieses Datenmaterials der gesamte Haushalt ist, ist es die Aufgabe dieser Studie, zu ermitteln, welcher Anteil der gesamten Haushaltsnachfrage den Kindern zuzuordnen ist. Ziel der Untersuchung ist es, Aufteilungsschlüssel der Wohnungsnachfrage auf Erwachsene und Kinder zu erarbeiten. Gleichzeitig wird überprüft, inwieweit die in der EVS erhobenen Angaben im Bereich Wohnungsmieten eine angemessene Aufteilung ermöglichen und es wird abgeleitet, welche zusätzlichen Daten im Rahmen der EVS evtl. erforderlich sind, um den Aufteilungsschlüssel zu verbessern. Zur Verfolgung dieses Zieles sollen verschiedene Methoden zur Ermittlung von Aufteilungsschlüssel überprüft und eine geeignete ausgewählt werden. Die anhand dieser Methode ermittelten Aufteilungsschlüssel sollen einigen anderen in der Bundesrepublik verwendeten gegenübergestellt werden

Hesse, K., Hoffmann, C., und Thiele, S. (2002): *Änderungen der Struktur der Nachfrage nach Nahrungs- und Genußmitteln privater Haushalte und deren Bedeutung für die Ernährungs- und Agrarwirtschaft Schleswig-Holsteins*. Kiel: Institut für Ernährungswirtschaft und Verbrauchslehre.

Abstract: Ziel dieser Arbeit ist es, die derzeit bestehende Lücke an aktuellen Informationen bezüglich der Struktur der Nahrungsmittelnachfrage sowie bezüglich zukünftiger, haushaltspezifischer Nachfragereaktionen zum Teil zu schließen und somit eine bessere Grundlage zur

Entwicklung von Handlungsstrategien für die Ernährungs- und Agrarwirtschaft zu schaffen. Von Interesse ist hierbei neben der Entwicklung der Ausgaben für Nahrungsmittel auch die Entwicklung der Nachfrage nach Nahrungsmittelqualität. Sowohl bei der Analyse der Ausgaben als auch bei der Qualitätsanalyse stehen die Reaktionen verschiedener sozioökonomischer Haushaltsgruppen (z.B. Singles, ältere Haushalte, reichere Haushalte etc.) im Vordergrund. In Kenntnis der Nachfragespezifika dieser Haushaltsgruppen und der erwarteten demographischen Veränderungen soll eine Prognose zur Struktur der zukünftigen Nahrungsmittelausgaben durchgeführt werden kann. Die empirischen Untersuchungen in dieser Studie basieren sowohl auf den Daten der Einkommen- Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 als auch auf der Nahrungs- und Genußmittelunterstichprobe2 der EVS 1998. Die EVS ist die einzige Datengrundlage in der Bundesrepublik Deutschland, die mit hoher Gliederungstiefe sowohl hinsichtlich des Verbrauchs von Nahrungs- und Genußmitteln als auch hinsichtlich sozioökonomischer und demographischer Merkmale ein repräsentatives Bild für die Gesamtheit der privaten Haushalte der Bundesrepublik liefert. Für das Projekt stand jeweils das anonymisierte 98%-File (scientific use file) mit 49.720 (EVS) bzw. 12.680 Haushalten (Nahrungs- und Genußmittelunterstichprobe) zur Verfügung.

Hesse, K. und Thiele, S. (2002): Entwicklung der Einkommen und Einkommensverwendung von Familien mit Kindern im Vergleich. *Demographie. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie*, 1, 6.

Abstract: Die Analyse, die Familien mit Kindern in den Mittelpunkt stellt, beschränkt sich auf den Vergleich von Ehepaaren ohne und mit Kindern. Als Einkommensgröße wird das "Verfügbare Einkommen" gewählt. Ziel ist es, mit Hilfe der Indikatoren Einkommen und Einkommensverwendung, die wirtschaftliche Situation der Familien mit Kindern im Spiegel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 sowie im zeitlichen Verlauf der vorangegangenen Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983, 1988 und 1993 zu kennzeichnen. Als Ergebnis zeigt sich, dass Paare mit Kindern, gemessen am Einkommen, eine geringere Lebenshaltung aufweisen, die insbesondere bei jüngeren Paaren mit Kindern besonders ausgeprägt ist. Je nach Wahl der Äquivalenzzahlen haben die jüngeren Paare mit einem Kind im Vergleich zu den Paaren ohne Kinder eine bis zu einem Drittel, die Paare mit drei und mehr Kindern eine bis knapp zur Hälfte reichende niedrigere Lebenshaltung. Der Zeitvergleich von 1983 bis 1998 zeigt, dass sich die absolute Lebenshaltung der Familien zwar leicht verbesserte, die relative Lebenshaltung der jungen Familien mit Kindern im Vergleich zu den Paaren ohne Kinder sich jedoch nur unwesentlich änderte.

Hiller, Norbert und Schultewolter, Daniel (2014): Quo vadis Wohnungspolitik? 11. *Wirtschaftsdienst*, 94, 34-40.

Abstract: In den Koalitionsverhandlungen wurde ein „Paket für bezahlbares Bauen und Wohnen“ vereinbart. Das Paket enthält unter anderem eine Mietpreisbremse, deren Wirkung die Autoren insbesondere auf längere Sicht kritisch sehen. Sie fürchten, dass dadurch weniger Wohnungen angeboten werden und ein Schwarzmarkt den Preismechanismus, der Anbieter und Nachfrager zusammenbringt, ablöst. Alle Beteiligten müssten dann Nachteile erleiden.

Hober, R. (1980): *Die Kapitalisierung der Versorgungsansprüche mit Vermögenscharakter und ihre Einbeziehung als Versorgungsvermögen in die personelle Vermögensverteilung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1973*. Technische Universität Berlin.

Abstract: Diese Arbeit hat zum Ziel, erstmals sämtliche Versorgungsansprüche mit Vermögenscharakter mikroökonomisch zu bewerten, ihre Kapitalwerte zu ermitteln, und diese als Versorgungsvermögen in die personelle Vermögensverteilung der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen. Unter einer solchen wird eine Gruppierung der Haushalte nach steigender Netto-Vermögenshöhe verstanden.

Holst, Hajo (2016): Finanzialisierung als "Investifizierung": Innovationsarbeit und Portfolio-Arbeitsorganisation. *Zeitschrift für Soziologie*, 45, 145-161.

URL:<http://eds.a.ebscohost.com/abstract?site=eds&scope=site&jrnl=03401804&AN=116236569&th=aBUcaeni7AVzpewdoNHEZ0w3ym08EPo1AtgOzoVuFFnvd0e43BKCweGwJnmAo226skKX%2fCHzbxaeiT5%2fvRvdsA%3d%3d&url=f&resultLocal=ErrCrINoResults&resultNs=Ehost&urlhurl=login.aspx%3fdirect%3dtrue%26profile%3dehost%26scope%3dsite%26authype%3dcrawler%26jrnl%3d03401804%26AN%3d116236569>

Abstract: Anhand einer Intensivfallstudie in der Forschung & Entwicklung eines Automobilunternehmens untersucht der Beitrag die Folgen der Finanzialisierung für die Organisation von Innovationsarbeit in Nicht-Finanzunternehmen. Sichtbar werden die Konturen einer neuen Arbeitsorganisation, die von einem auf Dauer gestellten Einsatz externer Innovationsarbeitender und einer variablen Arbeitsteilung zwischen internen und externen Arbeitskräften gekennzeichnet wird. Mit Hilfe eines konventionensoziologischen Ansatzes wird gezeigt, dass die emergente Portfolio-Arbeitsorganisation auf einer neuen Taxonomie von Arbeit beruht, die wiederum in einer spezifischen Tiefenwirkung der Finanzialisierung verankert ist: der 'Investifizierung' von Organisationsentscheidungen. Interne Entscheidungen werden zunehmend auch als Investitionen gerahmt und anhand ihrer Erträge bewertet. Für die Organisation der Innovationsarbeit heißt dies, dass von den Festangestellten nur noch jene Tätigkeiten verrichtet werden sollen, denen die Fähigkeit zugeschrieben wird, langfristig den Unternehmenswert zu vergrößern. The paper explores the effects of financialization on the organization of innovation work in non-financial corporations. Evidence from a car company's research & development division suggests that a new form of work organization is emerging, characterized by two components: the quasi-permanent utilization of external workers from engineering firms in the core areas of R&D, and a variable division of work between internal and external employees. Using a framework inspired by the sociology of conventions the analysis reveals that underlying the emergent portfolio work organization is a new taxonomy of work which itself is the result of an hitherto undescribed effect of financialization, namely the 'investification' of organizational decisions: increasingly more internal decisions are framed as investments and evaluated according to their returns. This development is exemplified by the objective of the new organization of work, which is to assign only those tasks to the corporation's core employees which are expected to increase its financial value.

Horschel, N. und Pimpertz, J. (2007): Auswirkungen der monetären Umverteilung in Deutschland. *IW-Trends*, 1-19.

URL: http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends04_07_3.pdf

Abstract: Der Sozialstaat steht in Deutschland nicht nur wegen seines Ausmaßes, sondern auch wegen seiner Komplexität und Intransparenz in der Kritik. Offensichtlich bringt er dennoch konsistente Verteilungsergebnisse hervor. Die Haushalte der drei Dezile mit den niedrigsten Markteinkommen beziehen knapp 60 Prozent der öffentlichen Transfers. Umgekehrt tragen die Haushalte der drei Dezile mit den höchsten Markteinkommen 62 Prozent der Abgabenlast. Der für Erwerbstätige monoton fallende Verlauf des Saldos aus öffentlichen Transfers und Zwangsabgaben widerlegt die Vermutung systematisch angelegter Sozialstaatsfallen – unabhängig von den Anreizproblemen in einzelnen Teilsystemen. Auch der mit höherem Markteinkommen steigende Anteil der Finanzierungsbeiträge entspricht einer Verteilung von oben nach unten.

Horschel, N. und Pimpertz, J. (2008): Verteilungseffekte von Sozialversicherungsreformen. *IW-Trends*, 1-14.

URL: http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends04_08_2.pdf

Abstract: Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung sorgen nicht nur bei steigenden Individualeinkommen, sondern auch auf der Haushaltsebene für einen degressiven Belastungsverlauf. Gleichwohl steuern die oberen 30 Prozent der Haushalte in Deutschland

gut die Hälfte zum gesamten Beitragsaufkommen bei, die Hälfte mit den höheren Markteinkommen finanziert drei Viertel. Eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf einheitlich 5.250 Euro pro Monat, vor allem aber eine Ausdehnung der Sozialversicherung auf eine Erwerbstätigenversicherung hätte im Jahr 2006 nur zu einer relativ geringen Senkung der Traglast mittlerer Einkommen geführt. Dagegen hätte sich der Anteil der oberen beiden Dezile am Beitragsaufkommen um bis zu 3,3 Prozentpunkte auf 40,1 Prozent erhöht. Ob die jeweiligen Haushalte tatsächlich stärker belastet würden, bleibt fraglich, da mit der Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Sozialversicherung Aufwendungen für alternative Sicherungseinrichtungen entfallen. Insgesamt würden ausgerechnet die Haushalte negativ betroffen, die zum einen bereits den Großteil an den Beitragslasten tragen und zum anderen die höchste Erwerbsbeteiligung aufweisen.

Horschel, N. und Pimpertz, J. (2008): Der Einfluss des Sozialstaates auf die Einkommensverteilung. *IW-Trends*, 2-13.

URL: http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends02_08_5.pdf

Abstract: Im Zeitraum 1993 bis 2003 hat die Spreizung der am Markt erzielten Haushaltseinkommen in Deutschland deutlich zugenommen. Berücksichtigt man aber den Bezug öffentlicher Transfers sowie die Belastung der Haushalte mit Einkommensteuer und Sozialabgaben, dann fällt die Veränderung deutlich geringer aus. Die Relation der Haushaltsnettoeinkommen zwischen dem 9. und 2. Dezil ist im Vergleich mit dem Jahr 1993 sogar leicht gesunken. Offensichtlich konnte der Sozialstaat in Deutschland die wachsende Divergenz der Markteinkommen ausgleichen. So wurden die unteren und mittleren Einkommen bei der Einkommensteuer und den Sozialabgaben entlastet. Spiegelbildlich stieg der Anteil, den die 30 Prozent der Haushalte mit den höchsten Markteinkommen zum Einkommensteueraufkommen beigetragen haben, von 68 auf 72 Prozent an. Auch in der Sozialversicherung legte ihr Anteil am gesamten Beitragsvolumen zu.

Horschel, N. (2011): *IW-Mikrosimulationsmodell. Version 2011, Update EVS 2008*. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft (IW).

URL: http://iwkoeln09.rentserver562.internet1.de/Portals/0/pdf/Mikrosimulationsmodell_Update.pdf

Horstmann, K. (1961): Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962. *Wirtschaft und Statistik*, 563-567.

Höflacher, S., Hufnagel, R., Jaquemoth, M., und Piorkowsky, M.-B. (2007): *Oikos 2010 - Haushalte und Familien im Modernisierungsprozess. Festschrift für Prof. Dr. Barbara Seel zum 65. Geburtstag*. Göttingen: V & R unipress.

Abstract: Der Wandel vom fürsorgenden zum aktivierenden Sozialstaat ist eine Herausforderung für die Menschen in Deutschland. Dieser Band bietet eine Bestandsaufnahme der Folgen für Haushalte und Familien als auch der Möglichkeiten, dem Wandel aktiv begegnen zu können. Die Erwartungen der Politik an die autonomen Kräfte der Haushalte sind breit gefächert. Sie betreffen das Konsum- und Sparverhalten, die Bildungsaspiration, Gesundheits- und Altersvorsorge, Krankheits- und Armutsprävention, Nachhaltigkeit und Fertilität, Geschlechtergerechtigkeit und nicht zuletzt das Arbeitsethos einschließlich unternehmerischer Initiative

Hörstermann, Katharina (2016): Der Wandel der Konsumstruktur in Deutschland – ein Indiz für die Individualisierung von Lebensstilen oder doch die Folge soziodemografischer Entwicklungen? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 68, 713-730.

Abstract: Empirische Studien diagnostizieren einstimmig einen Wandel der Konsumstruktur in Deutschland über die letzten Jahrzehnte. Hinsichtlich seiner Ursachen herrscht hingegen Unklarheit. Während lange Zeit auf eine zunehmende Entkopplung des Lebensstils von der sozialen Lage als Erklärung verwiesen wurde, findet mehr und mehr ein Rückgriff auf traditionelle

sozialdemografische Merkmale statt. Der vorliegende Beitrag untersucht anhand von Daten zur Einkommensverwendung in Deutschland zwischen 1978 und 2008, inwiefern der konstatierte Konsumstrukturwandel durch Änderungen der Alters-, Haushalts- und Einkommensverteilung erklärt werden kann. Die Ergebnisse einer Dekompositionsanalyse zeigen, dass diese strukturellen Komponenten den Konsumstrukturwandel nicht erklären können. Vielmehr deutet sich an, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Geburtskohorten zu einer Verschiebung der Präferenzen geführt haben.

Hörstermann, Katharina (2016): Konsumausgaben als Wohlstandsindikator – was können sie uns über Armut und Ungleichheit berichten? *Zeitschrift für Soziologie*, 45, 181-199.

URL:<http://eds.a.ebscohost.com/abstract?site=eds&scope=site&jrnl=03401804&AN=116236567&th=mA20FPI1yt8RFTCrR2FBsE3fCWG62rubmxMb2MwxHek4VmlJacX0ev0oCYpnWToUvBOVNUMV07DQklgh887YFw%3d%3d&ctrl=f&resultLocal=ErrCriNoResults&resultNs=Ehost&ctrlhasurl=login.aspx%3fdirect%3dtrue%26profile%3dehost%26scope%3dsite%26authtype%3dcreator%26jrnl%3d03401804%26AN%3d116236567>

Abstract: In der internationalen Forschung gilt der Konsum als adäquater Indikator für den Wohlstand eines Haushalts, in der deutschsprachigen Forschung hingegen das Einkommen. Der vorliegende Artikel untersucht, inwiefern sich konsum- und einkommensbasierte Wohlstandsindikatoren unterscheiden und ob durch die Berücksichtigung der Konsumausgaben eine Gruppe hinsichtlich verschiedener Lebensstandardmerkmale benachteiligter Haushalte identifiziert werden kann. Die Ergebnisse zeigen, dass sich auf der Basis der Konsumausgaben ein positiveres Urteil für Deutschland bezüglich Ungleichheit und Armut fällen lässt als auf der Basis der Einkommen. Die Betrachtung verschiedener Lebensstandardmerkmale zeigt außerdem, dass durch die Konsumperspektive eine Gruppe von Haushalten in den Fokus der Armutsanalysen rückt, die hoch verschuldet ist und der nur ein geringer Anteil ihrer Ausgaben zur Wahrung sozialer Teilhabe verbleibt. Whereas international studies discuss consumption expenditures as an adequate indicator of the well-being of households and individuals, social and economic analyses in Germany mainly focus on income. This article uses data from the German Income and Expenditure Survey to examine how income- and consumption-based measures differ. Furthermore, it compares the standard of living of households which have low income with those which have low expenditures. Of particular interest are households that are defined as poor by expenditures but not by income. The results indicate that the consumption-based measures draw a less negative picture of poverty and inequality in Germany. On the other hand, the description of the standard of living reveals that consumption-based analyses point out a group of households with high indebtedness and low spending in categories of social participation.

Huinink, Johannes (2014): *Messung von sozialer Ungleichheit*

21. S. 1037-1049 in: Baur, Nina und Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer.

Huster, E.-U. (2003): *Einkommensverteilung und hohe Einkommen in Deutschland*. S. 35-64 in: Huster, E.-U. (Hrsg.): *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: In diesem Beitrag werden vorhandene Datensätze zur Reichtumsanalyse in Deutschland vorgestellt, da das Interesse an sozialen Ausdifferenzierung gestiegen ist, eine angemessene Datenbasis allerdings nicht vorhanden ist. Die nach wie vor unzureichende Datenbasis soll aber nicht daran hindern, wenigstens die vorhandenen Daten zu entfalten und miteinander in Beziehung zu setzen, um dann danach zu fragen, welches die Kriterien für Reichsein sein könnten, in welchem Umfang deutsche Haushalte als reich einzustufen sind und welche Auswirkungen dies auf die bundesdeutsche Gesellschaft hat.

Huster, E.-U., Boeckh, J., und Mogge-Grotjahn, H. (2008): *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*. Springer.

Abstract: Die Verfügbarkeit über Einkommen und Vermögen bestimmt in zentraler Weise die Teilhabe- und Verwirklichungschancen eines Menschen – sowie der von ihm ggf. abhängigen Familienmitglieder – in der Gesellschaft. So erweitert ein hohes Einkommen und Vermögen zum einen individuelle bzw. die im Familienkontext stehenden Spielräume für die Förderung und Entwicklung von Interessen, Kenntnissen und Fähigkeiten. Zugleich steigen mit dem Einkommen und Vermögen die Möglichkeiten, in allen relevanten Lebenslagen (v.a. Wohnen, Bildung, Gesundheit) höherwertige Dienst- und Sachleistungen in Anspruch zu nehmen. Zum anderen ist gerade das Vorhandensein von Vermögen häufig wieder selbst Quelle für weiteres Einkommen bzw. Wohlstand, so dass sich durch die Verteilung der Einkommens- und Vermögensbestände strukturelle Auswirkungen auf den Partizipationsgrad der Menschen ergeben.

Hünecke, K., Fritsche, U. R., und Eberle, U. (2004): *Lebenszykluskosten für Ernährung*. Darmstadt, Freiburg: Öko-Institut e.V.

Abstract: Das vorliegende Diskussionspapier untersucht die ökonomische Seite der Ernährung. Mithilfe der Lebenszykluskostenmethode werden die Ausgaben der Konsumenten im Bedürfnisfeld Ernährung analysiert und bewertet. Hierfür werden neben den unmittelbaren Ausgaben für Lebensmittel auch die mittelbaren Ausgaben für z.B. Haushaltsgeräte, Strombezug und genutzte Wohnflächen berücksichtigt. Die Analyse der Lebenszykluskosten erfolgt aus Perspektive der Konsumenten. Lebenszykluskostenrechnungen ermöglichen es, langfristige Budgetplanungen der Haushalte bezogen auf langlebige Haushaltsgüter und Nahrungsmittel vorzunehmen. Die Daten hierfür entstammen mehreren Jahrgängen der EVS, den laufenden Wirtschaftsrechnungen sowie mündlichen und schriftlichen Informationen verschiedener Verbände.

Isengard, B. (2002): *Machbarkeitsstudie zur Erhebung einkommensschwacher und einkommensstarker Haushalte im Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP)*. Materialien. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Ivanov, S. (1998): *Ernährungssituation ausgewählter Haushaltstypen im Spiegel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993*. Universität Kiel.

J

Jacob, Klaus, Guske, Anna Lena, Weiland, Sabine, Range, Claire, Pestel, Nico, und Sommer, Eric (2016): Verteilungswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumente. *Umweltbundesamt*.

Abstract: This study develops a methodology to assess the distributional effects of environmental policy instruments and measures. This method takes into consideration the economic as well as social and environmental effects. As a first step, the state of the art of the conceptualization of distributional effects was resumed. This overview combines the state of the art in research as well as the current practice of policy impact assessment and the guidelines in this context. Based on this theoretical overview, the authors developed a method to analyze distributional effects. This analysis consists of three main steps: 1) scoping phase, 2) relevance test, 3) in-depth analysis. The result chain analysis constitutes the basis of the scoping phase to identify possible direct and indirect effects of a policy. For the effects that were identified as relevant, an in-depth analysis is undertaken. The first step of this analysis is an assessment of the distributional effects of the status quo. The analysis of the current state serves as a "business as usual" scenario, which can be used for a comparison with the suggested new policy instrument. First, the in-depth analysis for both, the analysis of the status quo as well as the assessment of the policy instrument, consists of an analysis of the current state of the art based on a literature re-view. Secondly, the economic effects of the instrument are simulated with the micro-economic model IZAΨMOD.

Jacobebbinghaus, P. (2003): *Welche Haushalte zahlen wie viel Mehrwertsteuer? Eine empirische Analyse auf der Basis der EVS 1998*. Mannheim: ZEW.

Abstract: Die Mehrwertsteuer ist neben der Einkommensteuer die größte Einkommensquelle der öffentlichen Haushalte in Deutschland. In der vorliegenden Studie wird untersucht, welche Haushalte wie viel Mehrwertsteuer zahlen bzw. durch eine Erhöhung zahlen zusätzlich zahlen würden. Die Datenbasis bildet die EVS 1998. Die Höhe der Mehrwertsteuer ist in der EVS zwar nicht explizit erfasst, lässt sich aber aus den Ausgaben ableiten. Im Gegensatz zu früheren Arbeiten ergeben die hier vorliegenden Berechnungen einen eindeutig regressiven Verlauf der Mehrwertsteuerbelastung, sowohl bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen und das Haushaltsbruttoeinkommen als auch auf die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen. Eine Ursache dafür kann in dem im Gegensatz zu früheren Untersuchungen verkürzten Beobachtungszeitraum der EVS 98 liegen, da temporäre Einkommensausfälle ein stärkeres Gewicht erhalten.

Jäger, M. (2007): Rentenlücken in Deutschland. *IW-Trends*, 1-14.

[URL:http://www.etracker.de/lnkcnt.php?et=IKbSM9&url=http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends04_07_3.pdf&lnkname=trends04_07_3.pdf](http://www.etracker.de/lnkcnt.php?et=IKbSM9&url=http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends04_07_3.pdf&lnkname=trends04_07_3.pdf)

Abstract: Wegen der demografischen Entwicklung müssen die privaten Haushalte vor dem Hintergrund eines umlagefinanzierten Rentensystems zunehmend ihre Altersvorsorge selbst in die Hand nehmen. Einschränkungen bei der gesetzlichen Rente müssen dabei durch eine private Vermögensbildung und die daraus resultierenden Vermögenseinkommen ausgeglichen werden. Bestehen beim Rentenbeginn nennenswerte Vermögenslücken, dann können diese als Rentenlücken interpretiert werden. Eine Berechnung von Vermögenslücken zeigt, dass sich die Haushalte in Deutschland im Durchschnitt bereits gute Ausgangsbedingungen geschaffen haben. Allerdings fällt das Urteil weniger günstig aus, wenn auf Basis von EVS-Daten die Verteilung des Vermögens berücksichtigt wird. Demnach hat ein Großteil der Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher, der nach 1959 und vor 1973 geboren wurde, erhebliche Vermögens- und Rentenlücken.

Jochimsen, Beate und Raffer, Christian (2014): Wie schafft es die Zahl in die Politik? Indikatorenansätze im Spannungsfeld zwischen politisch Gewünschtem und statistisch Machbarem 12. *Schmollers Jahrbuch*, 134, 107-128.

Abstract: Will die Politik evidenzbasierte Entscheidungen über die Steuerung gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrt und Lebensqualität treffen, so bedarf sie statistisch abgesicherter Informationen über die vergangene, aktuelle und auch künftige Entwicklung relevanter Phänomene. Vor dem Diktum einer nachhaltigen Entwicklung sind in den letzten Jahrzehnten zahlreiche neue Ansätze der Wohlfahrtsmessung entstanden. Sie sollen es Politikern, aber auch der Öffentlichkeit erleichtern, mit möglichst geringem Aufwand effektiv Informationen über den gesellschaftlichen Fortschritt zu gewinnen. Dahinter steht die Einsicht, dass das Bruttoinlandsprodukt kein geeigneter, umfassender Wohlfahrtsindikator ist. Eines der jüngsten Beispiele ist der deutsche W3-Indikatorenansatz der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität. Das vorliegende Papier führt den Prozess der Konstruktion alternativer Wohlfahrtsmaße (Operationalisierung) einer allgemeinen Systematik zu. Darüber hinaus werden anhand eines Drei-Stufen-Modells strukturimmanente Divergenzen zwischen dem politisch Gewünschten und dem statistisch Machbaren gezeigt. Diese Divergenzen werden anhand der Ergebnisse der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität veranschaulicht. Es lässt sich zeigen, dass für evidenzbasierte politische Entscheidungen nicht nur die Konstruktion eines alternativen Wohlfahrtsmaßes erforderlich ist. Vielmehr hat es die Zahl erst dann in die Politik geschafft, wenn dort der Wille zu einer Perspektivenerweiterung bei der Wohlstandsmessung vorhanden ist. Nur dann werden die Ergebnisse der Enquete-Kommission - oder ähnlicher Institutionen - umgesetzt.

Just, Tobias (2014): § 11 Demografischer Wandel und die Zukunft des Wohneigentums 13. *Wohneigentum: Herausforderungen und Perspektiven*, 215-236.

Abstract: Demografische Entwicklungen laufen in der Regel sehr langsam ab. Hinzu kommt, dass sich die mediale Berichterstattung über Bevölkerungsveränderung häufig auf die langfristigen Veränderungsszenarien konzentriert, wahrscheinlich auch, um möglichst gravierende Verwerfungen berichten zu können. Daher nahmen in der Vergangenheit viele Immobilienmarktakteure demografischen Risiken auf die leichte Schulter, da die heftigsten demografischen Anpassungen erst außerhalb üblicher Investitionshorizonte zu liegen schienen.

K

Kaelble, Hartmut (2014): Diskussionsforum: Abmilderung der sozialen Ungleichheit? Das westliche Europa während des Wirtschaftsbooms der 1950er bis 1970er Jahre 14. *Geschichte und Gesellschaft*, 40, 591-609.

Abstract: The remarkable reduction in social inequality in Western Europe from the 1950s to the 1970s poses an exciting challenge for historians and social scientists. The reduction of disparities in income and wealth has been explored extensively ; this article covers two further aspects to this trend. Firstly, it shows that in other social dimensions such as housing, health and education, the reduction of disparities is far less clear. Secondly, it argues that explanations for the partial yet significant reduction in social inequality require further elaboration. Policies such as taxation on high income, welfare support for the poor and expansive education were important; but temporary and unique economic and social factors are also key to explaining this remarkable development in rates of inequality.

Kaiser, J. (1997): Wirtschaftliche und soziale Lage von Niedrigeinkommensbeziehern. *Wirtschaft und Statistik*, 9, 653-662.

Kaltenborn, B. (2003): Finanzielle Folgen einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. *Wirtschaftsdienst*, 5, 296-299.

Abstract: Die Arbeitsgruppe "Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe" der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen hat ihren Bericht zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe vorgelegt. Kann die Beschäftigung durch die Zusammenlegung erhöht werden? Welche finanziellen Folgen ergeben sich. Diesen Fragen geht der vorliegende Überblick u.a. auf Basis der EVS 1998 nach und verdeutlicht die erheblichen Konsequenzen für Leistungsträger und -empfänger verschiedener Varianten einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Neben der grundlegenden Entscheidung über die Ausgestaltung der neuen Leistung muss vor allem noch über deren Träger und einen angemessenen Finanzausgleich zwischen den bisherigen und künftigen Leistungsträgern entschieden werden.

Karg, G., Froitzheim, A., und Steinel, M. (1991): *Bestimmung von personengruppenspezifischen Mengenschlüsseln für die EVS-Lebensmittelgruppen*. in: Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministers für Familie und Senioren. Freising.

Karg, G. und Gedrich, K. (1995): *Ernährungsbudgets privater Haushalte Einfluß von Haushaltseinkommen und Haushaltszusammensetzung*. S. 106-127 in: Barlösius, E., Feichtinger, B., und Köhler, M. (Hrsg.): Ernährung in der Armut : gesundheitliche soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Ed. Sigma.

Abstract: In dieser Untersuchung werden die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1988 verwendet, sie sind zwar bereits sechs Jahre alt, aber es sind für das gesamte Gebiet der alten Bundesländer keine aktuelleren Informationen über Einkommen und Zusammensetzung von Haushalten sowie über deren Verbrauch an Nahrungsmitteln und Getränken (Nahrungsverbrauch) verfügbar. Um repräsentative Aussagen zu ermöglichen, errechnet das Statistische Bundesamt "persönliche" Hochrechnungsfaktoren für jeden erfassten Haushalt. Die Daten der EVS ermöglichen es den Einfluss von Haushaltseinkommen und Haushaltszusammensetzung auf den Nahrungsverbrauch aufzuzeigen. Besonderes Augenmerk gilt den Haushalten mit geringem Einkommen gegenüber Haushalten mit höherem Einkommen. Die Arbeit hat folgenden Aufbau: Zunächst zeigen wir die Verteilung der Haushalte der EVS nach Einkommen und personeller Zusammensetzung. Dann stellen wir die Entwicklung des wertmäßigen Nahrungsverbrauchs (absolut und relativ) in Abhängigkeit von Haushaltsein-

kommen- und Zusammensetzung dar. Schließlich zeigen wir den mengenmäßigen Nahrungsverbrauch in Abhängigkeit von Einkommen und Zusammensetzung der jeweiligen Haushalte. Der Nahrungsverbrauch wird auf zwei Aggregationsebenen untersucht: Die erste ist die EVS-Aggregation, die die Nahrung in 98 Gruppen von Nahrungsmitteln unterteilt. Die zweite ist die Aggregation der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), die die Nahrung zu sieben Nahrungsgruppen zusammenfasst (Ernährungskreis).

Karg, G. (2002): *Lebenshaltungsaufwendungen für Kinder Bereich Ernährung. Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Haushalts. Technische Universität München*. München: Technische Universität München.

[URL:http://213.133.108.158/rdb_db/PDF/jug_kinder_jugendliche/vbr_Verbrauch_und_Konsum/Kinder_und_Kosten/Lebenshaltungsaufwendungen_fuer_Kinder_Bereich_Ernaehrung_2001_-_TU_Muenchen.pdf](http://213.133.108.158/rdb_db/PDF/jug_kinder_jugendliche/vbr_Verbrauch_und_Konsum/Kinder_und_Kosten/Lebenshaltungsaufwendungen_fuer_Kinder_Bereich_Ernaehrung_2001_-_TU_Muenchen.pdf)

Abstract: Für den Familienlastenausgleich, für die Sozialhilfe und für das Unterhaltsrecht ist die Höhe der monatlichen Aufwendungen für Kinder von Bedeutung. Das für die Ermittlung dieser Aufwendungen benötigte Datenmaterial liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Karg, G., Wagner, K., und Gedrich, K. (2011): *Lebensmittelkosten im Rahmen einer vollwertigen Ernährung. Wissenschaftliche Ausarbeitung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE)*.

URL: <http://www.dge.de/pdf/ws/Lebensmittelkosten-vollwertige-Ernaehrung.pdf>

Abstract: Nicht berücksichtigt wurden Aufwendungen für die Außer- Haus-Verpflegung, für Beschaffung/Transport, Lagerung, Zubereitung oder Entsorgung. Im Bundesdurchschnitt (Basis EVS) liegen nach dieser Auswertung die Ausgaben für Lebensmittel durchschnittlich ca. 30% niedriger als diejenigen für eine vollwertige Ernährung, wobei jedoch bei den Lebensmittelgruppen „Fleisch, Wurstprodukte“ und „Sonstiges“ im Durchschnitt der EVS höhere Beträge ausgegeben werden, als dies bei einer vollwertigen Ernährung nach dem DGE-Ernährungskreis der Fall ist.

Karrenberg, H., Fritsche, B., Kitterer, W., Münch, H. J., und Schulz-Overthun, G. (1980): *Die Umverteilungswirkungen der Staatstätigkeit bei den wichtigsten Haushaltstypen. Schriften des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, RWI 43*. Berlin: Duncker & Humblot.

Katzenstein, B. und Jähnig, M. (2001): *Die Deutschen und ihr Geld. Einkommen, Vermögen und Alterssicherung*. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Abstract: Zum Thema Einkommen, Vermögen und Altersvorsorge der Deutschen gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen. Eine einzige Datenquelle, die alles Wissenswerte aus einem Guß liefert, existiert jedoch nicht. Während die Datenlage zu den Einkommen der privaten Haushalte kaum Wünsche offen lässt, kann der private Reichtum der Bundesbürger nur geschätzt werden. Die bislang zuverlässigste Datenquelle über das Sparverhalten und die Vermögensverteilung der Bundesbürger ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die Aussagen zur Einkommens- und Vermögenssituation der privaten Haushalte beziehen sich in dieser Studie auf die EVS 1998.

Kerkhofs, J. (1996): Wertewandel im weltweiten Kontext. *Strausberger Symposium: Wertebewußtsein - Wertewandel: Verbindlichkeit von Werten*, 15, 43-90.

Kettschau, I. (2003): *Haushaltsführung und Lebensgestaltung unter prekären Bedingungen - Haushaltswissenschaftliche und haushaltsdidaktische Ansätze*. S. 101-115 in: Methfessel, B. und Schlegel-Matthies, K. (Hrsg.): *Fokus Haushalt. Beiträge zur Sozioökonomie des Haushalts*. Hohengehren: Schneider Verlag Baltmannsweiler.

Abstract: Der Gedanke, dass umfassende Kompetenzen zur Führung des Haushaltes und zur

Gestaltung des persönlichen Lebens unabdingbar sind, um Menschen in Armutslagen handlungsfähig zu halten und sie zu befähigen, aus solchen Lagen wieder herauszukommen – dieser Gedanke ist zwar fachlich unbestritten, aber es werden bislang viele Konsequenzen gezogen. Ziel dieses Beitrags ist es, die Zusammenhänge bewusster zu machen, sie für eine fachdidaktische Diskussion zu erschließen und so das Treffen begründeter fachdidaktischer Entscheidungen zu erleichtern. Konkret geht es darum, einige Leitideen der Haushaltswissenschaft vorzustellen und an ihnen nachzuprüfen, welche fachlichen und didaktischen Zielvorstellungen für Bildungskonzepte sie bieten.

Klose, M. und Schwarz, N. (2006): Einkommen sozioökonomischer Haushaltsgruppen: Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. *Wirtschaft und Statistik*, 12, 1296-1308.

Abstract: Aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden regelmäßig Daten zur Verteilung des Einkommens auf Produktionsfaktoren und Sektoren bereitgestellt. In sektoraler Abgrenzung steht dabei vor allem das verfügbare Einkommen des Sektors Private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) im Vordergrund. Die funktionale Betrachtung zeigt die Verteilung des Volkseinkommens auf Arbeitnehmerinnen- und Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Die Darstellung muss dabei auf Makroaggregate beschränkt bleiben, die bestenfalls noch um Durchschnittswerte je Einwohner, je Erwerbstätigen oder je Arbeitnehmer ergänzt werden können. Daten zur Verteilung der Einkommen auf Personen und Haushalte können dagegen nur durch Haushaltsbefragungen, zum Beispiel die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, oder Statistiken wie die Einkommensteuerstatistik oder die Lohn- und Gehaltsstatistiken aufgezeigt werden. Der Aufsatz zeigt wesentliche Entwicklungen der Einkommensverteilung im Zeitverlauf und zwischen den unterschiedlichen Haushaltstypen.

Koch, Angelika (2016): *Kinderarmut in Deutschland*. S. 115-141 in: *Kinderrechte und Kinderpolitik*. Springer.

URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-13801-1_7

Abstract: Im Jahr 2015 lebten 1,664 Mio. Kinder von „Hartz IV“. Die große Zahl von Kindern, die die sozialstaatliche Grundsicherung erhalten, die langen Verweildauern von Kindern im Bezug dieser Transferleistungen, wie auch die hohe Armutsgefährdung von Kindern in Deutschland sind immer wieder Ausgangspunkt einer intensiv und kontrovers geführten Debatte zum Thema Kinderarmut. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die ökonomischen und sozialen Teilhabemöglichkeiten von Kindern zu bewerten sind und welche politischen Anforderungen sich daraus ergeben.

Kohli, M., Künemund, H., und Vogel, C. (2005): *Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung. Gutachten für das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS)*.

URL: <http://cadmus.iue.it/dspace/handle/1814/6402?mode=full>

Abstract: In diesem Gutachten wird der Zusammenhang von Erbschaften und Vermögensverteilung empirisch untersucht. Eine systematische Literaturübersicht zeigt eine Reihe von Divergenzen in den Befunden der vorliegenden Studien auf, wie der Anteil des ererbten Vermögens am gesamten Vermögensbestand. Allerdings können diese Unterschiede teilweise mit unterschiedlichen Abgrenzungen oder Datengrundlagen erklärt werden. Andere Arbeiten thematisieren mit dem Einfluss von Erbschaften auf die Vermögensverteilung eine der zentralen Fragestellungen des Gutachtens und gelangen ebenfalls zu widersprüchlichen Ergebnissen: Einige Autoren konstatieren eine Vergrößerung der Vermögensungleichheit durch Erbschaften, andere eine Verringerung oder keinen signifikanten Einfluss. Wir zeigen, dass diese Unterschiede zu einem guten Teil darin begründet sind, dass sich die Autoren bei der Interpretation ihrer Ergebnisse an unterschiedlichen Auffassungen von sozialer Ungleichheit und ihrer empirischen Bestimmung orientieren. Die Unterscheidung zweier verschiedener Ungleichheitsmaße – „relativ“ und „absolut“ – kann einige zunächst widersprüchlich erscheinen-

de Schlussfolgerungen aufhellen. Außerdem ergeben sich unterschiedliche Aussagen je nachdem, ob nur die Ungleichheit in der Erbgeneration oder diejenige in der Gesamtbevölkerung betrachtet wird. Im empirischen Teil werden diese Fragen aufgegriffen. Zunächst werden Häufigkeit und Umfang der Vermögensübertragungen *mortis causa* bestimmt.

- Kohn, K. und Missong, M. (2003): Schätzung Quadratischer Ausgabensysteme anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 223.

Abstract: Demographisch gegliederte Nachfragesysteme ermöglichen die Messung von Unterschieden in den Verbrauchsmustern von privaten Haushalten verschiedener Zusammensetzung. Für die Bundesrepublik bilden die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) eine Grundlage zur empirischen Analyse derartiger Nachfragesysteme. Während sich bisherige Nachfragesystem-Schätzungen zumeist auf die Auswertung einzelner EVS-Querschnitte und die Analyse Erweiterter Linearer Ausgabensysteme beschränkten, wird in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, anhand der Daten zweier EVS-Erhebungen (von 1988 und von 1993) soziodemographisch gegliederte Quadratische Ausgabensysteme zu schätzen. Dabei werden sowohl traditionelle Maximum-Likelihood-Verfahren bei voller Information als auch ein neueres Verfahren bei beschränkter Information, welches die Anwendung linearer Schätzverfahren erlaubt, angewendet. In der empirischen Analyse erweist sich die quadratische Spezifikation der Nachfragesysteme gegenüber Linearen Ausgabensystemen als überlegen. Auch wenn aufgrund der Komplexität der Modelle nur eine recht grobe soziodemographische Untergliederung der Haushalte erfolgen kann, liefern die geschätzten Preis- und Einkommenselastizitäten, ausgewertet für unterschiedliche Einkommensniveaus, ein konsistentes und aufschlussreiches Muster. Ein Vergleich der Quotienten geschätzter Mindestausgaben verschiedener Haushaltstypen mit empirischen und institutionellen Äquivalenzskalen führt ebenfalls zu plausibel interpretierbaren Ergebnissen.

- Kollmar, H. (2005): Private Haushalte – Struktur, Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz*, 337-346.
URL: <http://83.243.51.7/verlag/monatshefte/2005/06-2005-337.pdf>

Abstract: Als Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen kommt den Privathaushalten und ihren Haushaltsmitgliedern in einer Volkswirtschaft eine zentrale Rolle zu. Das private Nachfragepotenzial wird hierbei entscheidend durch die Zahl und die Struktur der vorhandenen Haushalte bestimmt. Weitere Einflussgrößen sind in diesem Zusammenhang die Höhe des verfügbaren Einkommens, die Wohnsituation und die Ausstattung mit Gebrauchsgütern. Ausreichende Informationen über diese Faktoren sind eine unerlässliche Voraussetzung für eine sachgerechte Konjunktur- und Strukturpolitik. Sie werden darüber hinaus für die Produktions- und Absatzplanungen von Unternehmen benötigt. Verschiedene statistische Erhebungen haben Haushalte zum Gegenstand. Neben der seit 1957 jährlich durchgeführten Mikrozensusstichprobe, die mit Beginn des Jahres 2005 zu einem unterjährigen Erhebungsturnus überging, liefern auch die jetzt erstmals europaweit gestartete Erhebung „Leben in Europa“ (EU-SILC) sowie die in fünfjährigen Abständen – zuletzt 2003 – durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) Erkenntnisse zu diesem Themenbereich. In dem nachstehenden Beitrag werden die wesentlichen Ergebnisse der EVS 2003 zusammengefasst.

- Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.) (2001): *Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Gutachten der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingesetzten Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik*. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Kopetsch, T. und Rauscher, M. (2006): Zur Einkommenselastizität der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen: eine Analyse von Querschnittsdaten. *Schmollers Jahrbuch: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 126, 59-81.

Abstract: Using data taken from the German Income and Expenditure Survey (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) 1993, we estimate the income elasticity of the demand for health services. Separate equations are estimated for the two subsamples of privately and publicly insured persons. It is seen that the income elasticity of demand is greater than one for low- and medium-income households. Only the top income earners exhibit an elasticity less than one.

Korczak, D. (1996): *Marktverhalten, Verschuldung und Überschuldung privater Haushalte in den neuen Bundesländern*. München: GP Forschungsgruppe.

Kortmann, K., Krupp, H.-J., und Schmaus, G. (1975): Strukturen der Einkommensverteilung 1969. *WSI-Mitteilungen*, 532-559.

Kortmann, K., Krupp, H.-J., und Schmaus, G. (1976): Integrierte Verteilungsrechnungen bedürfen der wissenschaftlichen Diskussion. *WSI-Mitteilungen*, 475-489.

Kott, K. und Krebs, T. (2004): Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 770-782.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/HausUndGrundbesitz.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: In diesem Beitrag werden Ergebnisse aus dem Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 vorgestellt. Die vorliegenden Ergebnisse zum Haus- und Grundbesitz sowie zur Höhe des Immobilienvermögens privater Haushalte stammen aus einem separaten Erhebungsbogen zum Geld- und Sachvermögen, der als Anlage zum Einführungsinterview der EVS 2003 den teilnehmenden Haushalten übergeben wurde, um zum Stichtag 1. Januar 2003 Auskunft über ihre Vermögensverhältnisse zu erhalten. Die im Folgenden präsentierten Daten basieren auf den Befragungsergebnissen von insgesamt 58 309 Haushalten, die Angaben über ihr Eigentum an Grundstücken, Häusern und Eigentumswohnungen sowie deren jeweilige Einheits- und Verkehrswerte gemacht haben. Darüber hinaus erfolgt eine Darstellung der von den beteiligten Haushalten erhaltenen Auskünfte über bestehende (Rest-) Schulden für Darlehen, die für den Erwerb bzw. die Instandsetzung von Immobilien aufgenommen wurden. Die entsprechenden Angaben wurden auf die Gesamtheit von 37,931 Mill. Privathaushalten in Deutschland hochgerechnet und vermittelt damit ein repräsentatives Bild über die sach- und wertmäßige Ausstattung nahezu aller sozialen Gruppierungen in Deutschland mit Immobilien.

Kott, K. (2005): Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte: Jahresergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 1309-1323.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EinnahmenAusgabenPrivatHaushalte.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) geben Privathaushalte aller sozialen Gruppierungen Auskunft über ihre Ausstattung mit Gebrauchsgütern, ihre Vermögens- und Wohnsituation sowie ihre Einnahmen und Ausgaben. Mit den nun vorliegenden Jahresdaten aus dem Jahr 2003 werden die in *Wirtschaft und Statistik*, Ausgabe 2/2005, dargestellten Halbjahresergebnisse zu den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte aktualisiert.

1) Die Eckdaten der Jahresergebnisse der EVS 2003 wurden in einer Pressemitteilung im September 2005 veröffentlicht. 2) Die Jahresergebnisse basieren auf den Angaben von 53 432 Haushalten. Diese Haushalte haben drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausga-

ben in ein Haushaltsbuch eingetragen. Damit sind die Haushaltsbuchaufzeichnungen der EVS die umfangreichsten ihrer Art zu den Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, die von der amtlichen Statistik in Deutschland erhoben werden. Die aus den Anschreibungen gewonnenen Daten vermitteln wichtige Erkenntnisse über Höhe, Struktur und Verwendung der Einkommen sowie über das Konsumverhalten der Bevölkerung. Die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sind u.a. wesentliche Grundlage für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung sowie für Verbrauchs- und Konsumanalysen. Im vorliegenden Aufsatz werden Einkommen und Konsumverhalten der privaten Haushalte in Deutschland insgesamt sowie nach unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen dargestellt.

- Kott, K. und Krebs, T. (2005): Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 143-157.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EinnahmenAusgabenPrivatHaushalteHJ2003.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EinnahmenAusgabenPrivatHaushalteHJ2003.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Im Rahmen der alle fünf Jahre stattfindenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) geben rund 60 000 Haushalte aller sozialen Gruppierungen Auskunft über ihre Ausstattung mit Gebrauchsgütern, ihre Vermögens- und Wohnsituation sowie ihre Einnahmen und Ausgaben. Nachdem bereits Ergebnisse aus dem Einführungsinterview und er Anlage zum Einführungsinterview der EVS in Beiträgen in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden, werden nachfolgend Ergebnisse aus dem Haushaltsbuch der EVS dargestellt. In das Haushaltsbuch tragen die an der Erhebung teilnehmenden Haushalte drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausgaben ein. Damit sind die Haushaltsbuchaufzeichnungen die umfangreichsten ihrer Art zu den Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, die von der amtlichen Statistik in Deutschland erhoben werden. Die aus den Anschreibungen gewonnenen Daten vermitteln wichtige Erkenntnisse über Höhe, Struktur und Verwendung der Einkommen sowie über das Konsumverhalten der Bevölkerung. Aus den Anschreibungen der ersten zwei Quartale 2003 liegen bereits Ergebnisse vor. Diese Halbjahresergebnisse sind in Pressemitteilungen und auf einer Pressekonferenz im Dezember 2004 veröffentlicht worden. Die Ergebnisse sind u. a. wesentliche Grundlage für die aktuelle Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung sowie für Verbrauchs- und Konsumanalysen. Im vorliegenden Aufsatz werden Einkommen und Konsumverhalten der privaten Haushalte in Deutschland insgesamt sowie nach unterschiedlichen soziodemographischen Merkmalen dargestellt

- Kott, K. und Behrends, S. (2009): Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. *Wirtschaft und Statistik*, 449-473.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EVSWista052009.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EVSWista052009.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) werden alle fünf Jahre private Haushalte in Deutschland zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern und ihrer Wohnsituation, zu ihrer Vermögensbildung sowie zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt. Im Jahr 2008 fand die EVS zum zehnten Mal statt. Die Auswertung der Daten aus dem ersten Erhebungsteil „Allgemeine Angaben“ ist abgeschlossen, sodass – basierend auf den Angaben von 58 984 Haushalten – die Ergebnisse zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Gebrauchsgütern sowie zu ihrer Wohnsituation am Stichtag 1. Januar 2008 nachfolgend präsentiert werden können. Die Ergebnisse werden sowohl in zeitlicher und regionaler Sicht als auch für ausgewählte Haushaltsgruppen dargestellt.

Das erste Kapitel befasst sich mit den Strukturen der Haushalte, wie sie anhand der sozioökonomischen und -demografischen Daten der EVS erkennbar werden. Im Anschluss daran wird ausführlich die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrzeugen, Geräten der Unterhaltungselektronik, der Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit Haushalts- und Sportgeräten beschrieben. Die Ausstattung mit Gebrauchsgütern bildet einen Baustein, wenn

es um Aussagen zur materiellen Versorgung der privaten Haushalte in Deutschland geht. Eine Grundlage für Aussagen zum Lebensstandard in Deutschland sind die Ergebnisse zu den Wohnverhältnissen der Privathaushalte, die im dritten Kapitel dargestellt werden. Für die verschiedenen Haushaltsgruppen wird aufgezeigt, ob die Haushalte mehrheitlich im Eigentum oder zur Miete wohnen, wie viele Räume und wie viele Quadratmeter Wohnfläche den Haushalten bzw. den darin lebenden Personen zur Verfügung stehen. In die Darstellung einbezogen sind auch Alter und Art der Wohngebäude, die Heizsysteme und die überwiegend verwendete Heizenergieart der Haushalte sowie die Verfügbarkeit von Zweit- und Freizeitwohnungen, Garagen und Stellplätzen.

Kott, K. und Jäger, M. (2009): Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. *Wirtschaft und Statistik*, 999-1015.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/HausGrundbesitz.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/HausGrundbesitz.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Im Erhebungsteil „Geld- und Sachvermögen“ der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 gaben die teilnehmenden privaten Haushalte Auskunft über ihren Immobilienbesitz und dessen Verkehrswert. Sie machten auch Angaben zur Höhe der Restschuld noch zu tilgender Kredite, die sie für den Erwerb oder die Instandsetzung des Haus- und Grundbesitzes aufgenommen hatten. Der vorliegende Aufsatz stellt die Lebenssituation der privaten Haushalte in Deutschland anhand der Ergebnisse der EVS 2008 zum Haus- und Grundbesitz sowie zum Immobilienvermögen dar. Er schließt damit an den Aufsatz zur Gebrauchsgüterausstattung und Wohnsituation der privaten Haushalte in Deutschland an.

Der erste Teil des Aufsatzes beschreibt ausführlich den Immobilienbesitz der privaten Haushalte in Deutschland. Die Ergebnisse werden sowohl für Deutschland insgesamt als auch für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost dargestellt. Neben einem Vergleich der Ergebnisse aus dem Jahr 2008 mit denen der Jahre 1998 und 2003 wird auch die Haus- und Grundbesitzerquote in Abhängigkeit von verschiedenen Haushaltsmerkmalen (Haushaltsgröße, Haushaltstyp, soziale Stellung und Alter der Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen) betrachtet. Ferner werden die Arten des Haus- und Grundbesitzes im Einzelnen dargestellt.

Im zweiten Teil wird das Immobilienvermögen anhand der von den privaten Haushalten angegebenen Verkehrswerte für ihren Haus- und Grundbesitz beschrieben und um Angaben über die von den privaten Haushalten noch zu tilgenden Kreditrestschulden für ihre Immobilien ergänzt.

Kott, K. und Behrends, S. (2011): Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte: Jahresergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. *Wirtschaft und Statistik*, 465-483.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EinnahmenAusgabenHaushalte52011.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EinnahmenAusgabenHaushalte52011.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre stattfindet, geben private Haushalte aller sozialen Gruppierungen freiwillig Auskunft über ihre Ausstattung mit Gebrauchsgütern, ihre Vermögens- und Wohnsituation sowie ihre Einnahmen und Ausgaben. Nachfolgend die Ergebnisse aus dem Erhebungsteil „Haushaltsbuch“ vorgestellt. In der EVS 2008 haben 55 110 Haushalte drei Monate lang detailliert ihre Einnahmen und Ausgaben in ein Haushaltsbuch eingetragen. Diese Haushaltsbuchaufzeichnungen sind die umfangreichsten ihrer Art in der amtlichen Statistik in Deutschland. Die aus den Anschreibungen gewonnenen Daten vermitteln wichtige Erkenntnisse über Höhe, Struktur und Verwendung der Einkommen sowie über die Konsummuster der privaten Haushalte in Deutschland.

Im ersten Kapitel des Aufsatzes werden die Entwicklung und die Struktur der Einkommen und Einnahmen sowie der Konsumausgaben privater Haushalte insgesamt beschrieben. Dabei wird neben dem Vergleich mit den Ergebnissen der vorherigen EVS 2003 auch auf Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost eingegangen.

In der EVS basieren sowohl die Stichprobenziehung als auch die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse auf den soziodemografischen und -ökonomischen Strukturen der privaten Haushalte in Deutschland, wie sie sich aus dem Mikrozensus ergeben. Anhand dieser strukturellen Merkmale können Haushaltsgruppen gebildet werden, für die die Ergebnisse der EVS auch dargestellt werden. Im zweiten Kapitel wird deshalb die Einnahmen- und Ausgabensituation der Haushalte für unterschiedliche Haushaltstypen analysiert und in den weiteren Kapiteln auch nach den Merkmalen „soziale Stellung“, „Alter“ und „Geschlecht“ der Haupteinkommenspersonen dargestellt

Kramper, P. (2011): *From Economic Convergence to Convergence in Affluence? Income Growth, Household Expenditure and the Rise of Mass Consumption in Britain and West Germany, 1950-1974. Working Paper No. 56/00, Department of Economic History, London School of Economics.*

URL: <http://www2.lse.ac.uk/economicHistory/pdf/wp5600.pdf>

Abstract: The aim of this paper is to investigate in detail the link between macroeconomic convergence and the apparently similar way in which European societies were transformed into societies characterised by mass consumption - to understand why and how it came about that everywhere in Europe the overwhelming majority of people became able to consume goods which fundamentally transformed their everyday lives (consumer durables in particular). It would be too much to aim at linking macroeconomic convergence and "social convergence", because social convergence is admittedly difficult to define; but I intend to show how far economic convergence has or has not created the (economic) prerequisites for an "increasing standardisation of lifestyles"¹³ across European countries - assuming that convergence of patterns of private consumption was a major (if certainly not the only) element thereof.

This paper will aim at answering the question whether the macroeconomic convergence of Britain and West Germany during the "Great Boom" was matched by the convergence (and simultaneous transformation) of patterns of private consumption of the mass of the population, which are of key significance for the understanding of post-war social change and may well have implications for the broader question of a possible "social convergence".

Krause, D. und Schäuble, G. (1986): *Einkommensquellen und Lebenschancen*. Berlin: Duncker & Humboldt.

Krebs, T. (2002): Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 294.

Abstract: Auf der Grundlage von etwa 13 000, im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS 1998) befragten Privathaushalten liefert dieser Beitrag detaillierte Informationen über die monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie den Konsum von Speisen und Getränken außer Haus. Der Aufsatz liefert u. a. folgende wichtige Ergebnisse: Der bereits seit Anfang der 1970er Jahre im früheren Bundesgebiet zu beobachtende Trend sinkender Ausgabenanteile für die Ernährung (einschl. Mahlzeiten außer Haus) setzte sich auch 1998 fort. Im Durchschnitt aller Haushalte in Deutschland betrug der Ausgabenanteil für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998 damit nur noch 18,0% verglichen mit 21,5% 1993. Während in der Vergangenheit trotz rückläufiger Ausgabenanteile die wertmäßigen Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (einschl. Außer-Haus-Verzehr) stets gestiegen waren, kam es 1998 erstmals auch zu einem Rückgang der wertmäßigen Ausgaben. Wie die Ergebnisse der EVS 1998 zeigen, ist eine allmähliche Annäherung der Ernährungsmuster in West und Ost auszumachen.

Krebs, T. und Behrends, S. (2002): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Den finanziellen Überblick wahren. *Wirtschaft und Statistik*, 11, 952-958.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EVS2003_112002.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EVS2003_112002.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Woher weiß man eigentlich, wie viele Haushalte in Deutschland eine Lebensversicherung, Aktien oder einen PC haben? Wofür sie ihr Geld ausgeben, wie sie es anlegen und über welche Einnahmen sie verfügen? Antworten auf diese und viele andere Fragen liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), eine Statistik, die seit Anfang der 1960er-Jahre alle fünf Jahre durchgeführt wird, zuletzt 1998. 2003 ist wieder ein EVS-Jahr. Aus diesem Grund werden mit diesem Aufsatz einige Ergebnisse der EVS 1998 erneut vorgestellt und damit ein Überblick über die Erhebungsinhalte auch der EVS 2003 gegeben. Die Bürgerinnen und Bürger, die auf freiwilliger Basis an der EVS 2003 teilnehmen, helfen mit, dass von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auch künftig zuverlässige, aussagekräftige Erkenntnisse über die Einkommen und den Konsum der privaten Haushalte zur Verfügung stehen.

Krimmer, P. und Raffelhüschen, B. (2003): *Intergenerative Umverteilung und Wachstumsimpulse der Steuerreformen 1999 bis 2005. Die Perspektive der Generationenbilanz*. Freiburg: Institut für Finanzwissenschaft Universität Freiburg.

Abstract: Seit es Steuern gibt, wurden immer wieder Reformvorschläge vorgelegt, die das Steuersystem einfacher und gerechter gestalten sollten. So beschloß die Bundesregierung 1998 das Steuerentlastungsgesetz, das bald durch die Steuerreform 2000 ergänzt wurde. Beide Reformen sollten Steuererleichterungen für Haushalte und Unternehmen schaffen und so den Weg für eine Konjunkturbelebung ebnen. ob die Ziele der Haushaltskonsolidierung und der wachstumsinduzierenden Steuerentlastung überhaupt miteinander vereinbar sind, soll im vorliegenden Beitrag untersucht werden. Datenbasis bildet u.a. die EVS 1998.

Krupp, H.-J. (1975): Stand der Statistik der personellen Einkommensverteilung. *Wirtschaftsdienst*, 55, 36-41.

Krupp, H.-J. (1975): *Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik. Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 50*. Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co.

Krupp, H.-J., Schäper, C., und Weeber, J. (2002): *Verteilungsimplicationen kapitalgedeckter Alterssicherungssysteme*. S. 207-228 in: Menkhoff, L. und Sell, F. L. (Hrsg.): *Zur Theorie, Empirie und Politik der Einkommensverteilung: Festschrift für Gerold Blümle*. Berlin: Springer.

Kühnen, C. (1999): Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 2, 111-115.

Abstract: Im Folgenden wird das neu entwickelte Stichprobenverfahren der EVS 1998 vom Auswahlverfahren über das Hochrechnungsverfahren bis zum Verfahren für die Abschätzung der Präzision der Stichprobenergebnisse ausführlich beschrieben und über die bei der Anwendung dieser Verfahren aufgetretenen Probleme berichtet.

Kühnen, C. (2005): Die Umgestaltung der laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005. *Wirtschaft und Statistik*, 395.

Abstract: Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) sind neben der alle fünf Jahre durchzuführenden Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) Bestandteil der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Im Rahmen der LWR werden private Haushalte jährlich zu ihren Einnahmen und Ausgaben, ihrer Wohnsituation und Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. Von den Amtsleitern der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes wurde

im Mai 2003 die Umgestaltung der LWR auf Basis der bestehenden Rechtsgrundlage beschlossen. Ziel der Umgestaltung ist eine noch stärkere Harmonisierung der LWR mit der EVS sowie eine Steigerung der Datenqualität der LWR, um den Datenbedarf insbesondere der Preisstatistik hinsichtlich detaillierter Verbrauchsausgaben besser abzudecken. Die daraus resultierenden Änderungen für die LWR werden im folgenden Beitrag dargestellt.

L

Lahl, D. und Westerheide, P. (2003): *Auswirkungen der Besteuerung von Kapitaleinkünften und Veräußerungsgewinnen auf Vermögensbildung und Finanzmärkte - Status quo und Reformoptionen*. Mannheim: ZEW.

Abstract: Die vorliegende Untersuchung analysiert die Auswirkungen einer erweiterten Besteuerung privater Veräußerungsgewinne im Geldvermögen. In diesem Zusammenhang werden auch weitere in jüngster Zeit diskutierte Reformoptionen analysiert. Im Einzelnen werden erörtert: • die Einführung einer Steuer von 15% auf realisierte Veräußerungsgewinne nach dem Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes, • die Einführung einer Zinsabgeltungssteuer von 25% nach dem Entwurf des Zinsabgeltungssteuergesetzes, eine Vereinheitlichung der Kapitalertragsbesteuerung durch eine Abgeltungssteuer von 25% auf Kapitaleinkünfte und realisierte Veräußerungsgewinne. Diese Szenarien werden unter verschiedenen Annahmen in ihren kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen untersucht. Dabei werden auch die Effekte der dritten Stufe der Einkommensteuerreform 2000 untersucht, deren Vorziehen auf 2004 aktuell diskutiert wird. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Auswirkungen der Besteuerungsoptionen vor dem Hintergrund des tatsächlich beobachtbaren Anlageverhaltens verschiedener Typen privater Haushalte. Grundlage der Betrachtungen sind die auf das Jahr 2003 hochgerechneten Vermögensbestände, die im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 erhoben wurden.

Lahl, D. und Westerheide, P. (2008): *Auswirkungen der Besteuerung von Kapitaleinkünften und Veräußerungsgewinnen auf Vermögensbildung und Finanzmärkte: Status quo und Reformoptionen*. Dokumentation Nr. 03-08.

URL: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/docus/dokumentation0308.pdf>

Abstract: Die aktuelle Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit der Spekulationssteuer hat die Debatte um die Besteuerung von privaten Veräußerungsgewinnen wieder belebt. Neue Überlegungen zielen auf eine umfassende Abgeltungssteuer auf Zinsen, Dividenden und Kursgewinne ab. Das ZEW hat dieses Szenario in einer aktuellen Studie untersucht.

Lampert, Th. und Richter, M. (2006): *Gesundheitliche Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen*. in: Richter, M. und Hurrelmann, K. (Hrsg.): *Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Abstract: Die Forschung und Berichterstattung zur gesundheitlichen Ungleichheit hat sich lange Zeit vorwiegend auf die Bevölkerung im Erwerbsalter konzentriert. Kinder und Jugendliche sind erst in den letzten Jahren in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Entscheidenden Anteil daran hatten Sozial- und Armutsberichte, die eine zunehmende Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Deutschland konstatieren und in Kindern und Jugendlichen die Hauptleidtragenden dieser Entwicklung sehen (BMGS 2005, BMFSFJ 2005, AWO 2000). Hingewiesen wird in diesem Zusammenhang u.a. auf das hohe Armutsrisiko der heranwachsenden Generation, das inzwischen deutlich über dem in der Erwachsenenbevölkerung liegt, weshalb bisweilen von einer „Infantilisierung der Armut“ (Hauser 1989) gesprochen wird. Weitere Anhaltspunkte geben die starke Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung von der sozialen Herkunft und die hohe Jugendarbeitslosigkeit vor, die - aufgrund der Bedeutung für die spätere Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und den resultierenden Einkommenschancen - auch unter dem Gesichtspunkt der Verfestigung sozialer Benachteiligung im Lebenslauf und „intergenerationaler Armutszirkel“ zu betrachtet sind (Altgeld et al. 2006).

Lang, O. (1993): *Die Einkommenssituation der Haushalte*. Mannheim: ZEW - Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Lang, O. (1993): *Die Qualität der Vermögensdaten in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983: Ein Abgleich mit aggregierten Statistiken*. Mannheim: ZEW - Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

Laue, E. (1995): *Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*.

Lehmann, H. (2003): Die neukonzipierten Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte als Grundlage der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsmessung. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 87, 449-472.

Abstract: Der Private Verbrauch ist der wichtigste Indikator zur Beschreibung des Lebensniveaus. Er ist aber nicht nur abschließendes Endziel ökonomischen Verhaltens, sondern hat in der Wirkungskette des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens wesentliche Rückwirkung auf die Abläufe und die Struktur einer Volkswirtschaft. Die richtige Abbildung des Niveaus und der Zusammensetzung des gesamtwirtschaftlichen Privaten Verbrauchs ist deshalb eine zentrale Informationsaufgabe der amtlichen Statistik. Hier gilt es verschiedene Berechnungsmöglichkeiten mit all ihren Vor- und Nachteilen gegeneinander abzuwägen. Konkret wird ein Vergleich der in Deutschland praktizierten Messung auf der Lieferantenseite mit einer verstärkt haushaltsseitig orientierten Messung angestellt.

Lehmann, H. (2004): *Auswirkungen demografischer Veränderungen auf Niveau und Struktur des Privaten Verbrauchs - eine Prognose für Deutschland bis 2050*. Halle: Institut für Wirtschaftsforschung.

Abstract: Die Höhe und vor allem die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten einschneidenden Veränderungen unterliegen, die heute schon deutlich absehbar sind, weil die Bevölkerungsentwicklung gewissen Trägheiten folgt und ihre wichtigsten Determinanten in eine eindeutige Richtung weisen. Die eigentliche gesellschaftliche Herausforderung besteht in der durch Überalterung hervorgerufenen Verschlechterung des Verhältnisses der Zahl der Unterhaltsträger in produktiven Altersgruppen zur Zahl der noch nicht oder nicht mehr erwerbstätigen Unterhaltsempfänger (Kinder, Ruheständler). Diese demografischen Veränderungen werden alle Bereiche der Gesellschaft berühren. Aus ökonomischer Sicht werden die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, die Staatsfinanzen, den Arbeitsmarkt, das Human- und Sachkapital und damit für wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt diskutiert. Darüber hinaus hat aber auch der Konsum - insbesondere der Konsum der privaten Haushalte - eine unmittelbar demografische Dimension. Demografische Determinanten des Konsums sind die Zahl der Einwohner, die Altersstruktur der Bevölkerung, die Haushaltgrößenstruktur sowie die innere Zusammensetzung der Einzelhaushalte. Auch ein sich verändernder Anteil der ausländischen Bevölkerung - sofern deren Konsumgewohnheiten deutlich von der deutschen Bevölkerung abweichen - kann Rückwirkungen auf Niveau und Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage haben. Dieser Fragestellung wird anhand der EVS 1998 nachgegangen.

Lehmann, H. (2004): *Die Modellierung der Konsumausgaben privater Haushalte: Auf der Grundlage repräsentativer Einkommens- und Verbrauchsstatistiken*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Abstract: Der Private Verbrauch ist ein wichtiger Indikator zur Beschreibung des materiellen Lebensniveaus. Darüber hinaus hat die Dynamik der Konsumnachfrage in der Kette des wirtschaftlichen Kreislaufgeschehens erhebliche Wirkungen auf die Konjunkturentwicklung und den Strukturwandel in einer Volkswirtschaft. Die richtige Abbildung des Niveaus, aber auch der Zusammensetzung des gesamtwirtschaftlichen Privaten Verbrauchs ist deshalb eine zentrale Informationsaufgabe der amtlichen Statistik. Hierzu gilt es, die verschiedenen Berechnungsmöglichkeiten, die entweder mehr haushaltsseitig oder lieferantenseitig orientiert sind oder auf Versorgungsbilanzen aufbauen, gegeneinander abzuwägen. Der Autor untersucht, ob eine verstärkt auf Erhebungen wie die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

(EVS) und die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) aufbauende Verbrauchsmessung bessere Ergebnisse als die Deutschland praktizierte Lieferantenmethode erwarten lässt.

Lehr, Ulrike und Drosdowski, Thomas (2015): *Soziale Verteilungswirkungen der EEG-Umlage unter Berücksichtigung von Einkommensklassen 1*. GWS Discussion Paper.

Abstract: Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird derzeit aufgrund des Anstiegs der EEG-Umlage in den Jahren 2013 und 2014 umfassend diskutiert im Hinblick auf die sozialen Verteilungswirkungen steigender Strompreise. In dieser Studie, die eine aktualisierte und ergänzte Fassung von Lehr & Drosdowski (2013) darstellt, werden modellgestützt die Verteilungswirkungen analysiert, die sich aus dem Vergleich des oberen und unteren Szenario der Mittelfristprognose für 2015 ergeben. Die leicht regressiven Verteilungswirkungen sowie die Einsparungen durch Verhaltensanpassungen beim Stromverbrauch aufgrund von steigenden relativen Preisen aus der Vorgängerstudie werden bestätigt. Die Resultate werden durch eine zusätzliche Berechnung nach Einkommensklassen in ihrer Richtung und Größenordnung plausibilisiert.

Leifels, Arne (2014): *§ 8 Altersvorsorge durch Wohneigentum* 15. S. 129-155 in: *Wohneigentum*. Springer.

Abstract: Die deutschen Privathaushalte halten mehr als die Hälfte Ihres Vermögens in Immobilien. Im Vergleich zur dominierenden Position von (selbstgenutztem) Wohneigentum sind indirekte Varianten der Kapitalanlage in Immobilien weitaus weniger verbreitet. Es wird gezeigt, dass mit dem Wohneigentumserwerb eine Budgetwirkung einhergeht, die mit den Zahlungsströmen des Altersvorsorgesparens vergleichbar ist: Belastungen in der Erwerbsphase resultieren in erweiterten Konsummöglichkeiten in der Ruhestandsphase. Dies ist allein schon aufgrund der Wohnkostensparnis der Fall, also ohne Berücksichtigung einer möglichen Verrentung der Immobilie. Es handelt sich hierbei um das zentrale Argument für die systematische Einbeziehung des selbstgenutzten Wohneigentums in die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-Rente). Die wohnungspolitischen Handlungsoptionen im Rahmen der Riester-Rente sind aufgrund der Leitlinie der Neutralität gegenüber verschiedenen Sparformen eng begrenzt. Die einseitige Bevorzugung einzelner Sparformen beschädigt ganz grundsätzlich die Effizienz des Förderinstruments. Da einige der aktuell diskutierten bzw. kürzlich vor-genommenen Reformmaßnahmen aber auf die Beseitigung von Diskriminierungen der wohnungswirtschaftlichen Produkte abzielen, sind sie gleichzeitig wohnungspolitischen Zielen zuträglich.

Loheide, B. (2004): *Service oder Self-Service: die Bundesrepublik Deutschland als Dienstleistungsgesellschaft*. Universität Köln.

Abstract: Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Problem der strukturellen Weiterentwicklung hoch entwickelter Volkswirtschaften. Dabei geht es darum, welche grundsätzlichen ökonomischen Rahmenbedingungen im Anschluss an die sogenannte Industriegesellschaft gelten. Die Fragestellung, der am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland nachgegangen werden soll, lautet: Service oder Self-Service? Der Erfassungsraum der Arbeit ist das Gebiet der alten Bundesrepublik Deutschland. Analysiert wird dabei der Zeitraum vom Anfang der 1960er Jahre bis 1998. Aufgrund der Vereinigung der beiden deutschen Staaten einschließlich der Hauptstadt Berlin kommt es bei einigen Zahlenreihen bezüglich der öffentlichen Ausgaben für Dienstleistungen und auch in der Beschäftigungsstatistik zu leichten Einschränkungen bei der Vergleichbarkeit von Vorwende- und Nachwendezahlen. Die Zahlen zum privaten Verbrauch entstammen den Einkommens- und Verbrauchsstichproben. Zu betonen ist dabei die Irrelevanz der Ergebnisse der Stichprobe des Jahres 1969, in der praktische keine Dienstleistung gesondert betrachtet wurde, und die deswegen aus der Zahlenreihe komplett herausfällt. Schwierigkeiten bereiteten auch die häufigen Wechsel in der Methodik der Datenerhebung. Speziell im Bereich Ausgaben für Urlaub und Freizeit kam es zu häufigen Umstellungen, was die Ergebnisfindung in diesem Bereich erschwerte. Trotzdem wurden die Daten der EVS

verwendet, und nicht etwa die ebenfalls vom Statistischen Bundesamt erhobene laufende Wirtschaftsrechnungen ausgewählter Haushalte, da sie repräsentative Zahlen für die Gesamtheit der Haushalte liefern.

Lohmann, H. (1998): *Potentiale der Nutzung von Ausgabedaten in der empirischen Armutsforschung. Bedarfsschätzung und Messung von Armut auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993*. Universität Bielefeld.

Lohmann, H. (2001): Äquivalenzskalen und haushaltsspezifisches Armutrisiko Bedarfsbemessung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 483.

Abstract: In diesem Artikel werden auf Basis von linearen Ausgabensystemen Äquivalenzskalen geschätzt und im Vergleich mit herkömmlichen Skalen zur Berechnung von haushaltsspezifischen Armutsquoten angewendet. Es zeigen sich relativ starke Abweichungen in den geschätzten Bedarfsgewichten als auch in den Armutrisiken größerer Haushalte. Die Datengrundlage bildet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Im Folgenden werden, nach einer kurzen Darstellung der allgemeinen Herangehensweise und der Datengrundlage, entsprechende Schätzungen für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost durchgeführt. Es wird hierbei überprüft, inwieweit sich die Auswahl der Güter und die Aufwendungen für einzelne Güter (z. B. Unterschiede in den Wohnkosten zwischen Ost und West) auf die Bedarfsschätzung auswirken. Abschließend werden die geschätzten Skalen im Vergleich mit gängigen Skalen zur Berechnung von Armutsquoten verwendet, um das Ausmaß der Unterschiede, die auf die Verwendung unterschiedlicher Skalen zurückzuführen sind, abschätzen zu können.

Loibl, C. (2002): *Finanzplanung in privaten Haushalten. Dissertation Technische Universität München, Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt*. Technische Universität München, Fakultät Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt.

URL: http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=964406497&tdok_var=d1&tdok_ext=pdf&fi...

Abstract: Zielsetzung der vorliegenden Arbeit ist die Entwicklung eines Finanzplanungsmodells, das private Haushalte bei der Ermittlung ihrer Kapitaleinstellungsfähigkeit individuell und mit optimalem Ergebnis unterstützt. Neben der individuellen Haushaltsberatung soll das Finanzplanungsmodell dazu dienen, sozialpolitisch interessierende sozioökonomische Problemlagen in privaten Haushalten zu analysieren. Das Finanzplanungsmodell:

- bildet die finanzwirtschaftlichen Strukturen privater Haushalte in einer problemorientierten Sicht ab,
- stellt die mit der familiären und beruflichen Planung korrespondierende Dynamik der Zahlungen dar,
- berücksichtigt die dem langfristigen Planungszeitraum innewohnende Unsicherheit der Planungsdaten und Präferenzvorstellungen und
- zeigt durch die Ermittlung der Kapitaleinstellungsfähigkeit die Ursachen für finanzielle Engpässe auf.

Auf diese Weise wird das Planungsvorhaben für die Planenden transparent und die Korrespondenz zwischen Haushaltsstruktur und zeitlicher Dynamik erkennbar.

M

Martens, R (2006): *Der Vorschlag des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für einen sozial gerechten Regelsatz als sozialpolitische Grundgröße neue Regelsatzberechnung 2006*. Berlin.
URL: www.der-paritaetische.de/uploads/tx_pdforder/regelsatz-neuberechnung-2006_05.pdf

Abstract: Der Regelsatz als die für das deutsche Sozialsystem wichtige Grundgröße wird gemäß der Regelsatzverordnung noch auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahre 1998 ermittelt. Die Bemessung des Regelsatzes ist zu überprüfen und gegebenenfalls weiter zu entwickeln, da das Statistische Bundesamt seit Ende 2005 über die vollständige Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) aus dem Jahre 2003 verfügt. Die Berechnungen zum Regelsatz gehen zum einen von der Kritik an der Regelsatzverordnung 2004 der Bundesregierung aus und zum anderen von dem Regelsatzvorschlag, der vom Paritätischen Wohlfahrtsverband im Dezember 2004 vorgestellt wurde. Der neue Vorschlag beruht auf der Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 2003. Zwischen der EVS 1998 und der EVS 2003 haben sich die Verbrauchsgewohnheiten der Ein-Personen-Haushalte im unteren Einkommensbereich z.T. deutlich verändert, die drastischste Änderung wird in der Abteilung Nachrichtenübermittlung verzeichnet. Der Paritätische Vorschlag ergibt bezogen auf das Jahr 2003 - einen Betrag von rund 403 Euro, preisneutral hochgerechnet wären dies 415 Euro für das Jahr 2006. Der Paritätische Wohlfahrtsverband plädiert zudem für eine faire Fortschreibung des Regelsatzes bis 2010.

Meier, U. (1997): *Vom Oikos zum modernen Dienstleistungshaushalt. Der Strukturwandel privater Haushaltsführung. Festschrift für Rosemarie von Schweitzer. Reihe „Stiftung Der Private Haushalt“, Band 32*. Frankfurt a.M.: Campus.

Menkhoff, L. (2002): *Stabile Ungleichverteilung in der Demokratie und individuelle Wahrnehmung*. S. 271-290 in: Menkhoff, L. und Sell, F. L. (Hrsg.): *Zur Theorie, Empirie und Politik der Einkommensverteilung: Festschrift für Gerold Blümle*. Berlin: Springer.

Merkle, K.-H. (1992): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz*, 45, 220-222.

Merz, J. (1981): *Socioeconomic influence on individual private demand for durable goods. An application of discrete choice models: the logit and the tobit-approach*. Frankfurt/Main: Johann Wolfgang Goethe University.

Abstract: Zwei mikroökonomische Ausgabenmodelle für dauerhafte Konsumgüter werden auf Grundlage einer extensiven Querschnittsdatenbasis mit Informationen von mehr als 47.000 Haushalten vorgestellt (EVS 1969). Das insbesondere mikroanalytische Problem: Entscheidung über ein Ausgabenereignis und Bestimmung der damit verbundenen Ausgabenhöhe wird mit einem getrennten (Logit/OLS) und einem gemeinsamen (Tobit) Modell formuliert. Beide Modelle werden in ihrem theoretischen und empirischen Ergebnissen verglichen. Erstmals werden für die BRD die haushaltsindividuellen strukturellen Beziehungen 10 ausgewählter dauerhafter Konsumgüter mit einer Fülle sozioökonomischer Variablen quantifiziert. Viele interessante Ergebnisse konnten gefunden werden. Die besondere Wichtigkeit sozioökonomischer Variablen bestätigt die Erweiterung der rein ökonomischen zu einer sozioökonomischen Sichtweise haushaltsindividueller Ausgabenentscheidungen für dauerhafte Konsumgüter.

- Merz, J. (2001): *Was fehlt in der EVS? Eine Verknüpfung mit der Einkommenssteuerstatistik für die Verteilungsanalyse hoher Einkommen*. S. 278-300 in: Becker, I., Ott, N., und Rolf, G. (Hrsg.): *Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft*. Frankfurt/New York: Campus.

Abstract: Aus vorangegangenen Arbeiten von Richard Hauser und Irene Becker entstand die Idee, im Hinblick auf hohe Einkommen zu untersuchen, was eigentlich in der EVS fehlt und welche Konsequenzen damit für die personelle Einkommensverteilung verbunden sind. Gerade hinsichtlich hoher Einkommen sind die Anforderungen an eine Datenbasis beträchtlich und müssen u.a. aussagefähige Informationen auch der Selbständigen enthalten. Die Einkommenssteuerstatistik (EStS) ist unter diesem Gesichtspunkt einer Ergänzung der EVS besonders geeignet. Methodisch baut die Verknüpfungsstrategie auf den gezahlten Steuern in der EVS und den festgesetzten Steuern in der EStS auf und überträgt gruppenspezifische Durchschnittswerte für Einkommensabgrenzungen der EVS auf die Steuerpflichtigen-Haushalte der EStS. Ein zentrales Ergebnis ist, dass die Gruppe mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 35.000 DM pro Monat lediglich gut 37.000 Haushalte umfasst. Das entspricht knapp zwei Dritteln der in der EVS nicht nachgewiesenen Haushalte der obersten Steuerzahlbetragsklasse und nur knapp 14 Prozent der in der EVS nicht nachgewiesenen Haushalte mit Steuerzahlbeträgen ab 40.000 DM.

- Merz, J. (2002): *Zur Kumulation von Haushaltsstichproben*. FFB Diskussionspapier Nr. 37. Forschungsinstitut Freie Berufe, Universität Lüneburg.

URL: <http://ffb.uni-lueneburg.de/ffb-files/File/dpabstract/AB-DP37.pdf>
<http://mpr.ub.uni-muenchen.de/5991/>

Abstract: Die Kumulation von Haushaltsstichproben steht auf der Agenda einer europäischen Neuordnung von Haushaltsbefragungen. Im Rahmen des Projektes ‚Amtliche Statistik und sozioökonomische Fragestellungen‘ des Statistischen Bundesamtes und in Abstimmung mit den EUROSTAT-Erfordernissen für neue Haushaltsstichproben (EU-SILC) werden in diesem Beitrag Wege diskutiert, wie jährliche Haushaltsbudgeterhebungen zu einem Gesamtergebnis analog einer nur mehrjährig erfolgten aber umfangreicheren Erhebung zusammengefasst werden können. Dazu wird ein Kumulationskonzept entwickelt und in die Diskussion eingebracht. Aufbauend auf diesem Kumulationskonzept sind dann in einem zweiten Teil Simulationsrechnungen zur Evaluation der Kumulation durchzuführen.

- Merz, J. (2003): *Was fehlt der EVS? Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 223, 58-90.

Abstract: Merz hat eine verknüpfte Datenbasis von Haushalten der EVS (1993) und den Einzeldaten der Einkommenssteuerstatistik (1995) vorgenommen und den Teil hoher Einkommen oberhalb der „Abschneidegrenze von 35.000 DM“ der EVS in einem integrierten Datenfile ergänzt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass rund 37.000 Haushalte „nicht“ von der EVS erfasst werden, jedoch in der Steuerstatistik nachweisbar sind.

- Merz, J. (2004): *Kumulation von Mikrodaten – Konzeptionelle Grundlagen und ein Vorschlag zur Realisierung*. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 88, 451-472.

Abstract: In dieser Studie wird ein Konzept zur Kumulation von laufenden Haushaltsbudgetbefragungen im Rahmen des Projektes Amtliche Statistik und sozioökonomische Fragestellungen entwickelt und zur Diskussion gestellt. Dafür werden die theoretischen Grundlagen und Bausteine gelegt und die zentrale Aufgabe einer strukturellen demographischen Gewichtung mit einem Hochrechnungs-/Kalibrierungsansatz auf informationstheoretischer Basis gelöst. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Bundesamtes (Lfd. Wirtschaftsrechnungen und EVS) wird darauf aufbauend ein konkretes Konzept für die Kumulation von jährlichen Haushaltsbudgetbefragungen vorgeschlagen. Damit kann das Ziel einer Kumulation von Querschnitten mit einer umfassenderen Kumulationsstichprobe für tief gegliederte Analysen erreicht werden. Folgen sollen die Simulationsrechnungen zur Evaluation des Konzepts.

Merz, J., Hirschel, D., und Zwick, M. (2005): *Struktur und Verteilung hoher Einkommen – Mikroanalysen auf der Basis der Einkommensteuerstatistik. Beitrag zum zweiten Armuts- und Reichtumsbericht 2004 der Bundesregierung.*

Mika, T. (2006): Informationsdefizite und Schonung Angehöriger Hauptgründe für Verzicht auf Sozialhilfe. *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) Ausgabe 35, 7-10.*
URL: <http://www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/ISI/pdf-files/isi-35.pdf>

Abstract: Das nicht nur auf ökonomische Harmonisierung, sondern darüber hinaus auch auf eine weitergehende politische Vereinigung abzielende europäische Projekt hat in den zurückliegenden Jahren enorme Fortschritte gemacht, auch wenn es – nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden – derzeit ins Stocken geraten zu sein scheint. Zu den Fragen, die der Prozess der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Vereinigung Europas aufwirft, gehört insbesondere auch die nach der sozialen Integration: Wie weit ist die soziale Integration gediehen, und wird am Ende dieses Prozesses möglicherweise eine einheitliche europäische Gesellschaft stehen, in der die heutigen nationalen Gesellschaften aufgehen werden? Soziale Integration bedeutet zweifellos mehr als Konvergenz und Angleichung von Lebensverhältnissen und Strukturen, sondern impliziert wachsende gegenseitige Beziehungen, Verflechtungen, Solidarität und Bindungen. So gesehen kann auf der individuellen Ebene auch die subjektive Identifikation der einzelnen Bürger und ihr Gefühl der Zugehörigkeit zu und der Verbundenheit mit Europa als Maßstab für den Grad der europäischen Integration betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund untersucht der nachfolgende Beitrag, ob und in welchem Ausmaß sich die Bürger in den Mitgliedsländern subjektiv mit Europa identifizieren und als Europäer betrachten. Wie verhält sich das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa zur Identifikation mit der eigenen Nation oder auch subnationalen Ebenen, und ist diesbezüglich ein Wandel zu beobachten? Wie unterscheiden sich die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Identifikation mit Europa und von welchen Faktoren hängt eine mehr oder weniger ausgeprägte Verbundenheit mit Europa ab?

Misong, M. (2001): *Demographisch gegliederte Nachfragesysteme und Äquivalenzskalen für Deutschland: Eine empirische Überprüfung neoklassischer Ansätze anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.* Berlin: Duncker & Humblot.

Abstract: Sowohl bezüglich der Form der Nachfragekurve als auch bezüglich der Modellierung des Einflusses demographischer Variablen wird den Verbrauchsdaten zunächst ein Minimum an Struktur auferlegt. Ausgangspunkt ist eine nichtparametrische Analyse der Engelbeziehungen für bestimmte Haushaltstypen. Schrittweise erfolgt dann die Einführung und Überprüfung nachfragetheoretisch begründeter Restriktionen. Dabei wird im Rahmen der Arbeit zu klären sein, bis zu welchem Grad auch nicht parametrische Verfahren zu Tests spezifischer theoretischer Beschränkungen der Haushaltsfragen im Stande sind. Erst die resultierenden, mit den Daten der EVS vereinbaren Spezifikationen, werden dann daraufhin untersucht, welche Aussagen sich bezüglich demographischer Unterschiede der Konsumnachfrage ableiten lassen und inwieweit Wohlfahrtsvergleiche möglich sind.

Misong, M. (2004): *Demographisch gegliederte Nachfragesysteme und Äquivalenzskalen für Deutschland. Eine empirische Überprüfung neoklassischer Ansätze anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben.* Berlin: Duncker & Humblot.

Abstract: Demographisch gegliederte Nachfragesysteme modellieren Unterschiede im Verbrauch verschiedener Verbrauchergruppen bzw. Haushaltstypen. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, welche Nachfragesysteme einerseits die Restriktionen der neoklassischen Nachfragetheorie erfüllen und andererseits hinreichend flexibel sind, um eine gute Anpassung an die Verbrauchsdaten deutscher Haushalte zu erzielen. Dazu wird den Querschnittsdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben zunächst nur ein Minimum an Struktur auferlegt. Unter Verwendung parametrischer wie nichtparametrischer Schätz- und Testverfahren identifiziert der Verfasser dann schrittweise Nachfragesysteme, die mit den Daten vereinbar

sind. Martin Missong diskutiert, unter welchen Umständen sich im Rahmen dieser Systeme Äquivalenzskalen ableiten lassen, die eine Berechnung "wohlfahrtsäquivalenter" Einkommen von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung ermöglichen. Die Schätzergebnisse zeigen, dass Quadratische Ausgabensysteme einen geeigneten Modellrahmen für die Analyse des Verbrauchsverhaltens deutscher Haushalte unterschiedlicher demographischer Zusammensetzung bilden, und dass die Einkommens- und Verbrauchsdaten eine Bestimmung von Äquivalenzskalen allein für Haushalte mit niedriger Lebenshaltung erlauben.

Missong, M. (2007): Einkommensverwendungsentscheidungen von Haushalten. *Sozialpolitische Schriften*, 83, 21-318.

Abstract: Insgesamt werden sechs miteinander eng verbundene Ziele angestrebt. Das erste Ziel ist die Beschreibung der Entwicklung der Einkommensverwendungsentscheidungen von Haushalten bzw. Individuen im Zeitablauf. Auf der Grundlage der Deskription sollen im weiteren Einflußfaktoren identifiziert und Hypothesen zur Erklärung der Veränderungen im Ausgabeverhalten abgeleitet werden. In einem weiteren Schritt werden die mikroökonomischen Theorien über das Konsumverhalten von Haushalten mit den empirischen Fakten konfrontiert. Das vierte Ziel ist somit, Indizien für die Relevanz dieser Theorien zu finden. Da die mikroökonomischen Theorien das Einkommensverwendungsverhalten in der Regel als von der Einkommenssituation der Haushalte abhängig betrachten, ergibt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem Verhältnis von Einkommensverteilung und Produktverteilung, d.h. der Partizipation am Sozialprodukt. Daher wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob die Einkommensverteilung- vor allem bezogen auf den individuellen Lebenslauf - gleichmäßiger oder ungleichmäßiger als die Produktverteilung ist. Aus den Analysen können dann Implikationen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik abgeleitet werden. Die Ergebnisse können Hilfen für die Begründung von Verteilungsnormen liefern und die Implikationen von Entscheidungen aufzeigen.

Moog, S. und Raffelhüschen, B. (2006): *Sozialpolitisch motivierte Umverteilungsströme in der Gesetzlichen Krankenversicherung – eine empirische Analyse. Studie des Forschungszentrums Generationenverträge im Auftrag der Initiative neue Soziale Marktwirtschaft*. Freiburg: Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Motel-Klingebiel, A., Hoff, A., Christmann, S., und Hämel, K. (2003): *Altersstudien und Studien mit Alter(n)swissenschaftlichem Analysepotential. Eine vergleichende Kurzübersicht*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.

Abstract: Eine alternde Gesellschaft wird die Bedingungen des menschlichen Zusammenlebens grundlegend ändern und neue, zum Teil nur schwer abschätzbare, politische und wirtschaftliche Herausforderungen zu bestehen haben. Zwar sind die radikalen Veränderungen in der Altersstruktur der industrialisierten Gesellschaften der kommenden Jahrzehnte bereits seit einigen Jahrzehnten vorhersehbar. Dennoch war der Altersstrukturwandel bis in die frühen 90er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein nur Gegenstand von Expertendiskussionen und manchem Zeitungskommentar. Diese waren häufig Teil einer allgemeineren Sozialstaatsdiskussion und zumeist beschränkt auf die Probleme der Rentenfinanzierung und der Generationengerechtigkeit. Im vergangenen Jahrzehnt hat jedoch ein Wandel stattgefunden: „Alter“ und „Altern“ haben inzwischen allgemein hohe Konjunktur und gelten als ein gesellschaftliches Zukunftsthema schlechthin. Dies schlägt sich auch in einer wachsenden Aktivität der Alter(n)sforschung nieder. Vor diesem Hintergrund stellt die vorliegende Kurzexpertise im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung in einer knappen Übersicht die wohl wichtigsten Einzelstudien der Alter(n)sforschung in Deutschland und prominente internationale Vergleichsuntersuchungen vor. Zielsetzung ist es, die Grundlagen für die Vorbereitung einer künftigen Altersstudie zu erweitern, indem Konzepte, Vorgehensweisen und Datenbestände verfügbarer Studien im breiten Überblick erschlossen werden.

Möller, K.-P. (1982): *Entwicklung von Bevölkerung und Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000. Anwendung von Modell und Szenario auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zur Abschätzung von Konsumstrukturen*. Berlin: Duncker & Humblot.

Münnich, M. (1997): Zur wirtschaftlichen Lage von Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten. *Wirtschaft und Statistik*, 120-135.

Münnich, M. (1997): Haushaltsbudgets von Arbeitern und Angestellten aus Sicht der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 342-354.

Münnich, M. (1999): Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 3, 210-220.

Abstract: Mit diesem Aufsatz wird die Berichterstattung zu weiteren Erhebungsmerkmalen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 mit Ergebnissen aus dem Einführungsinterview fortgesetzt. Im Folgenden werden der Haus- und Grundbesitz und dessen Verteilung sowie die Wohnverhältnisse der befragten privaten Haushalte betrachtet, und zwar getrennt für die beiden Gebietsstände früheres Bundesgebiet sowie neue Länder. Als Vergleichsdaten liegen Angaben privater Haushalte aus dem Schlussinterview der EVS 1993 zum Haus- und Grundbesitz sowie aus dem Grundinterview der EVS 1993 vor. Bei der EVS geht es darum darzustellen, wie die privaten Haushalte wohnen und welche Aufwendungen im Rahmen des Haushaltsbudgets anfallen. Zusammenfassend ergeben sich folgende Erkenntnisse: 1998 wohnen in Deutschland mehr private Haushalte zur Miete als in den "eigenen vier Wänden", wobei im Osten mehr Haushalte in Mietwohnungen lebten als im Westen. Miethaushalte haben in der Regel kleinere Wohnungen als Eigentümerhaushalte. Am beliebtesten beim Wohneigentum waren Einfamilienhäuser. Die Mehrzahl der Haushalte besaß weder unbebaute Grundstücke noch Häuser oder Eigentumswohnungen. Der Haus- und Grundbesitz ist sehr unterschiedlich verteilt. Anteil am häufigsten Haus- und Grundbesitz hatten Haushalte von Landwirten sowie Gewerbetreibenden und Freiberuflern. Auffallend war der Mehrfachbesitz an unbebauten Grundstücken, Häusern und Eigentumswohnungen bei Haushalten im früheren Bundesgebiet.

Münnich, M. und Illgen, M. (1999): Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern. Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 1, 46-54.

Abstract: Im Folgenden werden inhaltliche und methodische Änderungen des Einführungsinterviews im Vergleich zum Grundinterview 1993 beschrieben. Desweiteren wird - als erstes Ergebnis der Erhebung - ein Überblick über die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern gegeben. Die Betrachtung der gruppierten Ergebnisse der Einführungsinterviews führt zu dem Schluß, dass bei der "Standardausrüstung" mit langlebigen Gebrauchsgütern in fast allen Haushalten ein gutes Niveau erreicht worden ist.

Münnich, M. und Illgen, M. (2000): Einkommen und Einnahmen privater Haushalte in Deutschland Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 2, 125-137.

Abstract: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998, die achte Erhebung dieser Art für das frühere Bundesgebiet und die zweite für die neuen Länder und Berlin-Ost, unterscheidet sich von der vorausgegangenen beträchtlich, sowohl was den Erhebungsablauf, die Quotenziehung, den Merkmalskatalog als auch das Hochrechnungsverfahren betrifft. Die Änderungen sind das Ergebnis der Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte sowie der erstmaligen Anwendung der internationalen Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum COICOP. Infolge dieser methodischen Änderungen sind die Ergebnisse der EVS 1998 nicht mehr ohne Umrechnungen mit den Ergebnissen der vorangegangenen Er-

hebungen vergleichbar. Im Folgenden werden nun die methodischen Änderungen des Haushaltsbuches im Vergleich zu den Tertialheften 1993, die methodischen Änderungen bei der Ergebnisdarstellung 1998 verglichen mit dem Erhebungsjahr 1993, die Bruttoeinkommen privater Haushalte- Höhe und Herkunft, die Belastung der privaten Haushalte mit Steuern, die Vorsorgezahlungen privater Haushalte, regionale Unterschiede bei den Haushaltseinkommen und die Verteilung des Nettoeinkommens privater Haushalte behandelt.

Münnich, M. (2000): Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland - Teil 1. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 679-691.

Münnich, M., Illgen, M., und Krebs, T. (2000): Zur Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 11, 853-868.

Münnich, M. und Illgen, M. (2000): Zur Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 4, 281-293.

Abstract: Im Heft 2/2000 dieser Zeitschrift wurden Ergebnisse der Haushaltsbefragungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 über Einkommen und Einnahmen vorgestellt. Im folgenden soll nun betrachtet werden, wofür die Einnahmen im ersten Halbjahr 1998 verwendet worden sind. Unterstellt werden Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs in Abhängigkeit von der Einkommenslage für die privaten Haushalte insgesamt und für ausgewählte Haushaltstypen. Zusätzlich werden die Ausgaben der Haushalte entsprechend ihrer personellen Zusammensetzung äquivalent gewichtet und einem Vergleich unterzogen. Abschließend wird kurz auf die übrigen Ausgaben der Haushalte und auf die Ersparnis eingegangen.

Münnich, M. (2001): *Einkommen und Vermögen in Rentner- und Pensionärshaushalten - Befunde der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998* -. Bonn: VDR.

Abstract: Im Folgenden sollen ausgewählte Ergebnisse dargestellt werden, die die wirtschaftliche Lage von Haushalten beschreiben, in denen der Haupteinkommensbezieher den größten Anteil am Haushaltseinkommen aus Alterseinkünften in Form von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener früherer Erwerbstätigkeit bezieht (Rentnerhaushalt) oder in Form von Pensionen auf Grund früherer Tätigkeit als Beamtin/Beamter (Pensionärshaushalt). Der Analyse liegt eine beträchtliche statistische Masse zugrunde, da an der EVS 1998 fast 15 000 Rentner-/Pensionärshaushalte teilgenommen hatten. Um eventuelle Verzerrungen aus der Quotenstichprobe auszugleichen, sind die Ergebnisse der Erhebung an der 1 %- Zufallsstichprobe des Mikrozensus hochgerechnet worden. Die so ermittelten repräsentativen Daten stehen stellvertretend für 1,2 Millionen Haushalte von Pensionären und 10,3 Millionen Rentnerhaushalte, von denen 5,3 Millionen Ein- und 4,4 Millionen Zweipersonenhaushalte waren. Wegen der überragenden Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte werden im Folgenden nur die materiellen Lebensverhältnisse der allein oder zu zweit lebenden Rentnerinnen und Rentner bzw. die der sozialen Gruppe der Pensionäre betrachtet.

Münnich, M. (2001): *Income and Property of the Pensioners' Households - Results of the Income and Consumption Sampling Procedure of 1998 ("Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998")*. Bonn: VDR.

Abstract: The article describes the results of the sampling procedure as far as "Rentnerhaushalte" and "Pensionärshaushalte" are concerned. A "Rentnerhaushalt" is defined by the fact that the person with the highest income in the household receives the greatest share of his or her income from statutory pension insurance due to his or her former employment. This applies respectively to superannuations for public servants ("Pensionärshaushalt"). Nearly 15,000 households participated in the sampling procedure, so that the analysis is based on a consid-

erable amount of data. In order to balance a possible bias from the quota sample, the results of the inquiry have been projected on the one percent random sample of the Mikrozensus (census on a representation basis). Thus, it was possible to achieve data that represents 1.2 million Pensionärshaushalte and 10.3 million Rentnerhaushalte. Regarding that most of these households were one- or two-person households (5.3 million resp. 4.4 million), the author concentrates on the material living conditions of this group.

Münnich, M. (2001): Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten. *Wirtschaft und Statistik*, 546.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/LageRentnerPensionaershaushalte_72001.pdf?_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/LageRentnerPensionaershaushalte_72001.pdf?_blob=publicationFile)

Abstract: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Einkommens-, Ausgaben- und Vermögenssituation von Rentner- und Pensionärshaushalten in Deutschland, basierend auf den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998. Die Analyse der Einkommensverteilung zeigt, dass 1998 15,8% der Rentnerhaushalte in Deutschland - das waren 1,6 Mill. Haushalte - mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens aller privaten Haushalte auskommen mussten und damit in relativer Einkommensarmut lebten. Zum überwiegenden Teil handelte es sich dabei um Einpersonentrentnerhaushalte (1,3 Mill.), während die Einkommenssituation von Zweipersonentrentnerhaushalten - bei hoher Streuung der Nettoeinkommen - insgesamt als gut bezeichnet werden kann. Weitaus ungleicher als die Einkommen sind die Geldvermögen von Rentnerhaushalten verteilt. So konnten 1998 die Einpersonentrentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet auf im Schnitt 12 900 DM Nettogeldvermögen zurückgreifen. In der obersten Dezilgruppe dagegen nannten die Haushalte mit 127 000 DM fast den zehnfachen Betrag ihr Eigen. Die abschließende Betrachtung der wirtschaftlichen Lage von Pensionärshaushalten zeigt, dass diese sowohl hinsichtlich ihrer Einkommen und Konsumausgaben als auch ihres Geld- und Immobilienvermögens deutlich besser gestellt sind als Rentnerhaushalte. Im Gegensatz zu den Rentnerhaushalten spielt insbesondere das Immobilienvermögen bei den Pensionären eine wichtige Rolle für die materielle Sicherheit im Alter.

Münnich, M. (2001): Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland - Teil 2 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 121-137.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/GeldvermoegensverteilungHaushalte_22001.pdf?_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/GeldvermoegensverteilungHaushalte_22001.pdf?_blob=publicationFile)

Abstract: Die ursprünglichen Planungen, den Aufsatz zur „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland“ aus Heft 9/2000 dieser Zeitschrift unmittelbar fortzusetzen, ließen sich durch die Auflösung der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes nicht verwirklichen. Der Bedarf an haushaltsbezogenen Daten aus der EVS 1998 ist jedoch - obwohl die Ergebnisse inzwischen an Aktualität verloren haben - ungebrochen, so dass diese Lücke im Folgenden geschlossen und für die in der EVS 1998 vertretenen Haushalte die Höhe und Verteilung der erfassten Geldvermögen differenziert dargestellt werden soll. Dabei sind generell diejenigen Haushalte nicht berücksichtigt, deren Haushaltsnettoeinkommen 35 000 DM und mehr pro Monat betrug. Die in der EVS 1998 nachgewiesenen Vermögensarten (ohne Bargeld, Girogeldbestände/Sichteinlagen, Guthaben bei berufsständischen Versorgungswerken u. a.) betragen im Schnitt pro Haushalt im früheren Bundesgebiet 71 200 DM. Nach Abzug der durchschnittlichen Konsumentenkreditschulden von 2 600 DM belief sich das durchschnittliche Nettogeldvermögen je Haushalt auf 68 600 DM.

Münnich, M. (2001): Haushalte von Arbeitslosen - Ihre wirtschaftliche Lage im Spiegel der Statistik. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 936-944.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Arbeitsmarkt/HaushalteArbeitslose_112001.pdf?_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Arbeitsmarkt/HaushalteArbeitslose_112001.pdf?_blob=publicationFile)

Abstract: Arbeitslose leben – wie die übrige Bevölkerung – in unterschiedlichen Haushaltsgemeinschaften. Zum einen wohnen und wirtschaften sie allein, leben also in Einpersonenhaushalten. Zum anderen sind sie in Mehrpersonenhaushalten zu Hause. Die Einkommenssituation der Haushalte verschlechtert sich immer dann, wenn ein Haushaltsmitglied arbeitslos wird. In diesem Aufsatz soll nun ausschließlich die Lage von Arbeitslosenhaushalten betrachtet werden. Dazu werden solche Haushalte gezählt, in denen Arbeitslose alleinige Einkommensbezieher/-innen bzw. in denen die aus anderen Quellen stammenden Einkommen weiterer im Haushalt lebender Personen (z.B. Lohn, Rente) geringer sind als das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe. Letztere Einkommensarten machen also den überwiegenden Anteil des Haushaltsnettoeinkommens aus. Aus diesem methodischen Konzept folgt, dass Haushalte, in denen neben Arbeitslosen weitere, zum Beispiel erwerbstätige Personen leben, deren Einkommen höher als das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe war, nicht als Arbeitslosenhaushalte definiert wurden, sondern anderen sozialen Stellungen wie Arbeitern, Angestellten oder Beamten zugeordnet wurden. Daher ist auch die Zahl der ausgewiesenen Arbeitslosenhaushalte mit 4, 5 und mehr Personen relativ klein. Mögliche Stichprobenfehler sind für diese Haushalte relativ groß, weshalb sie bei der Untersuchung nicht näher betrachtet werden. Datengrundlage für die folgenden Untersuchungen bilden die Aufzeichnungen der Haushalte, die an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 teilgenommen haben. Das waren nach der oben genannten Definition 2 375 Arbeitslosenhaushalte, und damit 950 Haushalte mehr als im Erhebungsjahr 1993. Die so ermittelten Ergebnisse stehen – hochgerechnet am Mikrozensus – stellvertretend für rund 2 Mill. Arbeitslosenhaushalte, wovon 1,4 Mill. im früheren Bundesgebiet und 0,6 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost ihren Wohnsitz hatten.

Münnich, M. und Krebs, T. (2002): Ausgaben für Kinder in Deutschland Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 1080-1100.
[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/AusgabenKinder_122002.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/AusgabenKinder_122002.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Im folgenden Beitrag werden die Ausgaben für den Privaten Konsum, so wie sie für Familienhaushalte in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 ausgewiesen wurden, aufgeteilt nach Ausgaben für Kinder und für Erwachsene, dargestellt. Für diese Aufteilung sind umfangreiche Berechnungen erforderlich, denen methodisch anspruchsvolle Modelle für die Ausgabenbereiche Wohnen, Ernährung und Verkehr und weitere, etwas einfachere Annahmen für alle anderen Ausgabenbereiche zugrunde liegen. Die Ergebnisse werden verglichen mit anderen Berechnungsverfahren, wie beispielsweise Konsumaufteilungen nach der alten und der neuen Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Die berechneten Daten können nicht gleichgesetzt werden mit den Lebenshaltungskosten für Kinder insgesamt. Zum einen fehlen alle über den Privaten Konsum hinaus anfallenden Aufwendungen (z. B. für Bildung, Versicherungsschutz und Vorsorge). Zum anderen sind die ermittelten Ergebnisse eindeutig auch durch die Höhe der Einkommen der Haushalte determiniert und begrenzt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Haushalte allein Erziehender und von Paaren mit einem Kind – verglichen mit Paarhaushalten ohne Kind und Mehrkinderhaushalten – über geringere Haushaltsnettoeinkommen verfügen (siehe die Anhangtabellen auf S. 1100).

Münnich, M. (2006): Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder: Berechnungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 644-670.
[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/Einkommensverhaeltn.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/Einkommensverhaeltn.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: An der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 haben sich unter anderem 12 351 Haushalte von Paaren mit Kindern und 1 884 Haushalte von allein Erziehenden

beteiligt. Deren Befragungsergebnisse stehen stellvertretend für rund 6,5 Mill. Paarhaushalte mit Kind(ern) und fast 1,4 Mill. Haushalte von allein Erziehenden in Deutschland. Im Folgenden werden – ebenso wie schon für die Daten der EVS 1998 – die ausgewiesenen Ausgaben für den Privaten Konsum dieser Haushalte durch komplizierte Berechnungsverfahren aufgeteilt nach Ausgaben für Kinder und Erwachsene. Für die Bedarfskomplexe Wohnen (Ausgaben für Miete, Strom, Gas, Wasser sowie für Güter der Haushaltsführung wie Möbel, Kühlschränke u. a.), Ernährung und Verkehr sind die für die EVS 1998 von Wissenschaftlern entwickelten statistischen Verfahren wieder benutzt worden.¹⁾ Über zwei Drittel der Konsumausgaben ließen sich dadurch zuordnen. Auch die etwas einfacheren Annahmen für die Verteilung der Aufwendungen nach Kindern und Erwachsenen für alle anderen Ausgabenbereiche wurden auf die Daten des Jahres 2003 übertragen. Diese Vorgehensweise ist gewählt worden, um die Resultate im Zeitablauf direkt vergleichen zu können.

Münnich, M. (2007): Einnahmen und Ausgaben von Rentner- und Pensionärshaushalten: Untersuchungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 593-628.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EinnahmenAusgabenRentner.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/EinnahmenAusgabenRentner.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Die folgenden Untersuchungen basieren auf den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003. Um Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, wurden ausgewählte Daten der EVS 1998 mit betrachtet. Im Jahr 2003 gab es in Deutschland rund 38,1 Mill. Haushalte. Mehr als ein Drittel davon, nämlich 12,8 Mill. waren Haushalte von Pensionären und Rentnern. Zu diesen sozialen Gruppen zählen in der EVS Haushalte dann, wenn der größte Anteil des Einkommens auf Pensionen infolge eigener früherer Tätigkeit des/der Haupteinkommensbeziehers/-bezieherin als Beamter/Beamtin beruht bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung herrührt, die als Anspruch des/der abhängig Beschäftigten während des Erwerbslebens erworben wurden. Pensionäre und Rentner wohnen überwiegend allein oder zu zweit. Fast 6,3 Mill. leben in Einpersonnen- und gut 11,7 Mill. in nahezu 5,9 Mill. Zweipersonnenhaushalten (siehe die Tabellen 1 und 9). Wegen der starken Konzentration der Rentner- und Pensionärshaushalte auf diese beiden Haushaltsgrößen wird im Folgenden lediglich für die Ein- und Zweipersonnenhaushalte untersucht, wie hoch die Einkommen sind, wie sich diese zusammensetzen und wofür Pensionäre und Rentner ihr Geld ausgeben. In einem gesonderten Aufsatz in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitschrift sollen dann die Vermögensverhältnisse dieser beiden Haushaltsgruppen betrachtet werden.

Münnich, M. (2007): Geld- und Immobilienvermögen von Rentner- und Pensionärshaushalten in Deutschland. *Wirtschaft und Statistik*, 986-1016.

[URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/GeldImmobilienRentner.pdf?__blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/GeldImmobilienRentner.pdf?__blob=publicationFile)

Abstract: Um die materiellen Lebensverhältnisse von Senioren besser beurteilen zu können, werden die in der Juni-Ausgabe dieser Zeitschrift veröffentlichten Untersuchungsergebnisse über die Höhe und Quellen der Einkommen und Einnahmen sowie über die Struktur der Konsumausgaben der Ein- und Zweipersonnenhaushalte von Rentnern und Pensionären erweitert. Im Folgenden soll – wiederum auf der Basis der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) – analysiert werden, wie hoch das Geld- und Immobilienvermögen dieser Haushalte ist, welche Anlagearten gewählt wurden und wie sich die Besitztümer verteilen. Betrachtet wird des Weiteren, ob und in welcher Höhe Rentner- und Pensionärshaushalte verschuldet sind und wie Senioren wohnen. Aus dem großen Datenfundus der EVS ist ein umfangreicher Tabellenteil erstellt worden, in dem Daten nach unterschiedlichen Gesichtspunkten verknüpft sind. Dieser bietet auch Ansatzpunkte für weitergehende Untersuchungen.

N

Neitzel, M. und Lindert, R. (2012): *Modernisierungskompass 2011. Fokus: Bezahlbarkeit energetischer Modernisierungen. Studie über die Effekte energetischer Modernisierungen für Eigentümer selbstgenutzter Immobilien – Kurzfassung*. Bochum: Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS).
 URL: [http://www.enbause.de/fileadmin/user_upload/Bauen und Sanieren/Heizung/Gasheizung/Ergebnisbericht ITG Modernisierungskompass 2011.pdf](http://www.enbause.de/fileadmin/user_upload/Bauen_und_Sanieren/Heizung/Gasheizung/Ergebnisbericht_ITG_Modernisierungskompass_2011.pdf)

Nesenhöner, N. (1990): Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1988. *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, 4, 172-176.

Abstract: Die Analyse wendet sich den Ausstattungsunterschieden zwischen einzelnen Haushaltstypen zu. Es wird untersucht, inwieweit die Faktoren Alter der Bezugsperson, Nettoeinkommen des Haushalts, Zahl der Haushaltsmitglieder und Größe der Wohngemeinde eine unterschiedliche Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern bedingen. Echte Zusammenhänge aufzudecken und zu beschreiben, ist jedoch dann besonders schwierig, wenn Auswertungen nur nach einem Haushaltsmerkmal vorliegen. Eindeutig werden bestimmte Beziehungen erst, wenn zum Einkommen als weiterer Faktor die Zahl der Haushaltsmitglieder tritt.

Datengrundlage ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 1988.

Neuhoff, Karsten, Bach, Stefan, Diekmann, Jochen, Beznoska, Martin, und El-Laboudy, Tarik (2012): Steigende EEG-Umlage: Unerwünschte Verteilungseffekte können vermindert werden 6. *DIW-Wochenbericht*, 79, 3-12.
 URL: <http://hdl.handle.net/10419/67586>

Abstract: Die EEG-Umlage, die Stromverbraucher für die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energien zahlen müssen, wird im Jahr 2013 stark steigen. Dadurch erhöht sich der Anteil der Ausgaben für Strom an den Konsumausgaben privater Haushalte von durchschnittlich rund 2,3 Prozent im Jahr 2011 und knapp 2,4 Prozent im Jahr 2012 auf knapp 2,5 Prozent im Jahr 2013. Davon entfallen 0,5 Prozentpunkte – einschließlich anteiliger Umsatzsteuer 0,6 Prozentpunkte – auf die EEG-Umlage. Allerdings sind diese Anteile für einkommensschwache Haushalte deutlich höher als für einkommensstarke Haushalte. Das DIW Berlin hat die regressiven Verteilungswirkungen von Strompreissteigerungen im Allgemeinen sowie der steigenden EEG-Umlage im Speziellen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes sowie des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) berechnet und für 2013 fortgeschrieben. Es zeigt sich, dass vor allem die Haushalte mit den niedrigsten Einkommen spürbar durch die aktuellen Preissteigerungen belastet werden. Wenn man soziale Härten steigender Strompreise für einkommensschwache Haushalte kompensieren will, sollten die bestehenden Transfersysteme, zum Beispiel zur Grundsicherung, angepasst werden. Zugleich sollte durch Beratung und Finanzhilfen gezielt die effizientere Verwendung von Strom in einkommensschwachen Haushalten gefördert werden, wodurch Stromausgaben dauerhaft gesenkt werden können. Außerdem könnte ein allgemeiner Grundfreibetrag bei der Stromsteuer eingeführt werden. Selbst wenn alle drei Maßnahmen zusammen umgesetzt würden, läge die Belastung der öffentlichen Haushalte in der gleichen Größenordnung wie das Aufkommen aus der anteiligen Umsatzsteuer auf die EEG-Umlage, das 2013 auf rund 1,4 Milliarden Euro steigt. Dadurch erhöht sich der Anteil der Ausgaben für Strom an den Konsumausgaben privater Haushalte von durchschnittlich rund 2,3 Prozent im Jahr 2011 und knapp 2,4 Prozent im Jahr 2012 auf knapp 2,5 Prozent im Jahr 2013. Davon entfallen 0,5 Prozentpunkte – einschließlich anteiliger Umsatzsteuer 0,6 Prozentpunkte – auf die EEG-Umlage. Allerdings sind diese Anteile für einkommensschwache Haushalte deutlich höher als für einkommensstarke Haushalte. Das DIW Berlin hat die regressiven Verteilungswirkungen von Strompreis-

steigerungen im Allgemeinen sowie der steigenden EEG-Umlage im Speziellen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes sowie des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) berechnet und für 2013 fortgeschrieben. Es zeigt sich, dass vor allem die Haushalte mit den niedrigsten Einkommen spürbar durch die aktuellen Preissteigerungen belastet werden. Wenn man soziale Härten steigender Strompreise für einkommensschwache Haushalte kompensieren will, sollten die bestehenden Transfersysteme, zum Beispiel zur Grundsicherung, angepasst werden. Zugleich sollte durch Beratung und Finanzhilfen gezielt die effizientere Verwendung von Strom in einkommensschwachen Haushalten gefördert werden, wodurch Stromausgaben dauerhaft gesenkt werden können. Außerdem könnte ein allgemeiner Grundfreibetrag bei der Stromsteuer eingeführt werden. Selbst wenn alle drei Maßnahmen zusammen umgesetzt würden, läge die Belastung der öffentlichen Haushalte in der gleichen Größenordnung wie das Aufkommen aus der anteiligen Umsatzsteuer auf die EEG-Umlage, das 2013 auf rund 1,4 Milliarden Euro steigt.

Niehaus, F. (2009): Ein Vergleich der von Familien geleisteten Beiträge und erhaltenen Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. *Sozialer Fortschritt*, 282-290.

Abstract: Der vorliegende Artikel geht der Frage nach, ob Familien im Durchschnitt mehr in die GKV einzahlen, als sie an Gesundheitsleistungen erhalten. Auf Grundlage aktueller Daten wird vor allem der Einfluss der Kinderzahl betrachtet. Es zeigt sich, dass die Durchschnittsfamilie in der Regel mehr an Beiträgen zahlt, als sie in Form von Leistungen erhält. Hauptgrund hierfür ist, dass trotz der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder, die Beitragszahlungen einer Familie relativ hoch sind. Die großteils im Berufsleben stehenden Eltern müssen die hohen Gesundheitsausgaben älterer Versicherten mitfinanzieren. Der Altersausgleich in der GKV dominiert den Familienausgleich

Nolan, B., Hauser, R., und Zoyem, J-P. (1999): *The Changing Effects of Social Protection on Poverty*. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: This paper fits within a broader research programme concerned with the processes that link labour market precarity and social exclusion. One of the principal concerns of this programme is however the extent to which institutional differences across countries with respect to the labour market and social protection are a significant factor mediating the relationship between labour market precarity and social exclusion. The paper focuses on the effectiveness of cash transfers, the central element of social protection systems, in alleviating the effects of unemployment on income poverty.

Noll, H.-H. und Habich, R. (1999): *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland*. Frankfurt/Main: Campus.

Noll, H.-H. und Weick, S (2006): *Strukturen des privaten Verbrauchs in Deutschland: Ungleichheiten und temporärer Wandel*. S. 407-423 in: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit, Kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004, Teilband 1*. Frankfurt/New York.

Abstract: Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit dem Wandel von Konsumstrukturen und Disparitäten des Verbrauchs privater Haushalte in Deutschland. Der Konsum von Gütern und Dienstleistungen gilt nicht nur in der ökonomischen Theorie als eine zentrale Quelle für die individuelle Wohlfahrt und wird insofern häufig auch als der ultimative Zweck des wirtschaftlichen Handelns betrachtet. Aber neben dem unmittelbaren >Gebrauchswert< von Gütern und Dienstleistungen hat deren Erwerb auch symbolische und soziale Funktionen. Niveau, Art und Qualität des Konsums stellen Determinanten des sozialen Prestiges und Status dar und bilden eine wesentliche Grundlage für die Konstituierung und Demonstration von Lebensstilen. Die speziell in Deutschland noch wenig entwickelte Soziologie des Konsums hat sich in den zurückliegenden Jahren vor allem mit den symbolischen und sozialen Funktionen des Erwerbs und Konsums von Gütern und Diensten - bzw. der >conspicuous< oder >status-

<und >lifestyle-seeking consumption<- beschäftigt, dabei aber die >ordinary consumption< (Gronow/Warde 2001), auf die doch der bei weitem größte Anteil aller Ausgaben entfällt, nur wenig beachtet.

Noll, H.-H. und Weick, S (2007): Einkommensarmut und Konsumarmut- unterschiedliche Perspektiven und Diagnosen. *ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 1-6.

URL: <http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/isi/isi-37.pdf>

Abstract: Analysen der materiellen Ungleichheit und relativen Armut stützen sich nicht nur in Deutschland zumeist auf das den privaten Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen. Für vergleichende Untersuchungen der Armut in der Europäischen Union hat sich eine Definition durchgesetzt, der zufolge als arm gilt, wer über weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsäquivalenzeinkommens verfügt. Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung heißt es: „Die Höhe des Einkommens kann als zentraler Indikator für den Lebensstandard oder die Lebensqualität gelten. Auch wenn Armut eine mehrdimensionale Benachteiligung darstellt, kann von den verfügbaren Mitteln indirekt darauf geschlossen werden, welches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe gelingt“ (S. 6). Damit wird betont, dass das Interesse nicht in erster Linie der Verteilung der Einkommen an sich gilt, sondern das Einkommen als Indikator für den materiellen Lebensstandard oder gar die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe betrachtet wird. In der Fachdiskussion ist jedoch durchaus umstritten, inwiefern das Einkommen als Indikator für den Lebensstandard die erste Wahl ist. Von verschiedenen Experten werden vielmehr die Ausgaben für den Konsum als der bessere Indikator für Lebensstandard und Wohlfahrt betrachtet.¹ Vor diesem Hintergrund erscheint es für die Analyse von Ungleichheit und Armut von Bedeutung und Interesse, Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Ausgaben zu untersuchen und die Konsequenzen einkommens- und ausgabenbasierter Betrachtungen zu beleuchten.

Noll, Heinz Herbert (2013): *Materieller Lebensstandard und Armut im Alter*

8. S. 113 -138 in: Vogel, C und Motel-Klingebiel, A (Hrsg.): *Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut?* Wiesbaden: Springer.

URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-18714-3_6

Abstract: Nachdem Armut auch in Deutschland über viele Jahrzehnte primär mit Alter und Ruhestand assoziiert wurde, galt sie in dieser Form - vor allem infolge der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung und einer langen Periode wirtschaftlicher Prosperität - zuletzt als weitgehend überwunden und hatte sich zunehmend auf andere gesellschaftliche Gruppen verlagert.

Noll, Heinz Herbert (2013): *Sozialstatistik und Sozialberichterstattung*

7. S. 816-829 in: Mau, S. und Schöneke, N (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Wiesbaden: Springer.

URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-18929-1_56

Abstract: Sozialstatistik und Sozialberichterstattung sind Bestandteil der » informationellen Infrastruktur « moderner Gesellschaften und bilden eine wesentliche Grundlage rationalen Handelns für die staatliche Politik sowie Akteure und Entscheidungsträger in anderen Bereichen der Gesellschaft (Informationsgesellschaft). In einem Sozial- und Wohlfahrtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland kommt diesen Teilbereichen des gesamtgesellschaftlichen Informationssystems eine besondere Bedeutung zu, weil repräsentative, quantitative Informationen, wie sie die Sozialstatistik und Sozialberichterstattung bereitstellen, z. B. benötigt werden, um Probleme rechtzeitig zu erkennen und angemessen und bedarfsgerecht darauf zu reagieren sowie um die Verwirklichung wohlfahrtsstaatlicher Ziele und die Wirksamkeit des staatlichen Handelns beurteilen zu können.

Nollmann, G. und Strasser, H. (2002): Armut und Reichtum in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29-30, 20-28.

[URL:http://www.soziologie.uni-karlsruhe.de/nollmann/Publikationen/Nollmann-Strasser-ArmutReichtumDeutschlandAPUZ2002.pdf](http://www.soziologie.uni-karlsruhe.de/nollmann/Publikationen/Nollmann-Strasser-ArmutReichtumDeutschlandAPUZ2002.pdf)

Abstract: Seit einigen Jahren beobachten nicht nur Sozialwissenschaftler, dass die Ungleichverteilung von Armut und Reichtum weltweit wieder zugenommen hat. Nicht selten wird gefolgert, dass die sich öffnende Kluft zwischen Arm und Reich den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde. Drohen die inzwischen wieder vielfältigen Gesichter der Armut die bundesrepublikanische Gesellschaft zu spalten? Die Autoren melden allerdings Zweifel an einer Sichtweise an, der zufolge von der ungleichen Armuts- und Reichtumsverteilung direkt auf den Kampf zwischen Arm und Reich zu schließen wäre. Vielmehr muss das Thema aus einer doppelten Perspektive behandelt werden: In den beiden folgenden Kapiteln wird zunächst die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland aufgezeigt. Um jedoch Aussagen und Prognosen über das Handeln der Armen und Reichen machen zu können, wird zweitens zur Diskussion gestellt, wie in unserer Gesellschaft die Verteilung von Armut und Reichtum erlebt wird und welche Bedeutung Arme und Reiche ihr zuschreiben. Erst dann erhält man Hinweise auf Art, Ausmaß und Wahrscheinlichkeit sozialer Auseinandersetzungen.

Nourney, M. (1984): *EVSP - Programm zur Bestimmung des mittleren täglichen Verbrauchs von Nahrungsinhaltsstoffen nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)*. S. 189-191 in: Arab, L. und Karg, G. (Hrsg.): *Entwicklung und Benutzung von Nährstoff-Datenbanken in der Bundesrepublik Deutschland*. (Berichte der Bundesforschungsanstalt für Ernährung BFE-R-84-04). Karlsruhe: Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL).

P

Palentien, Christian (2004): *Kinder- und Jugendarmut in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Papastefanou, G. (1996): *Verbrauchsdaten der amtlichen Statistik Forschungspotentiale zur Untersuchung des Wandels der Lebensführung in den neuen Bundesländern*.

[URL:http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/zuma_arbeitsberichte/96_04.pdf](http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/zuma_arbeitsberichte/96_04.pdf)

Abstract: Das vorliegende Arbeitspapier ist darauf gerichtet, das Forschungspotential amtlicher Daten sichtbar zu machen, das sich für Fragen der Lebensführung in den alten und neuen Bundesländern ergibt, wenn diese Daten als (anonymisierte) Einzeldaten genutzt werden. Hierzu werden Design und Variablenliste der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (vor und nach der Integration), der DDR-Einkommensstichprobe, und der DDR-Haushaltsbudgeterhebung, die in den in den neuen Bundesländern bis 1992 weitergeführt worden ist, beschrieben und synoptisch gegenübergestellt. Zur Verdeutlichung ihres Analysepotentials werden abschließend einige Thesen zum sozioökonomischen Strukturwandel und den soziokulturellen Herausforderungen an die Lebensführung in den neuen Bundesländern exemplarisch diskutiert.

Papastefanou, G. und Grund, Th. (2005): *Socio-economic status disparities in fresh vegetables consumption: Change and stability between 1983 and 1998*. S. 186-191 in: Oltersdorf, U., Claupein, E., und Pfau, C. (Hrsg.): *Consumer & Nutrition. Challenges and Chances for Research and Society*, 9th Karlsruhe Nutrition Congress. 10. - 12. Oktober 2004 in Karlsruhe.

URL: <http://www.karlsruher-ernaehrungstage.de/proceedings.html>

Abstract: We have found, that socio-economic status is effective in vegetables purchasing. Households with a higher socio-economic status position purchase less amounts of fresh vegetables and spend less money for these food. Even for more or less highly prevalent vegetables like tomatoes, cucumber and carrots, these socio-economic status differentials can be observed. We also found that the structural position of a household influences its vegetables consumption pattern via its availability of money resources as well as its social status. This means, that nutrition behaviour inequalities are not only governed by economic resources, but also by resources, which are genuinely correlated with the social status. Blue collar households consume less fresh vegetables than white collar households. In our model, we also took into account the age of the household head, the number of children and other persons in the household. This occupational status effect might be due to higher educational attainment and/or more active orientation towards health relevant nutrition behaviour (nutrition life style) in upper social status groups. For a time comparing analysis, data on these intervening variables were not available, but more recent data from the 1998 and 2003 household expenditure survey will provide information for more detailed analyses.

Papastefanou, G., Fleck, M., und Lazaridis, Panagiotis (2010): *Societal Conditions of Consumptive Social Status Homology. Inequality of Household Equipment in Turkey, Greece and Germany*. GESIS Working-Papers 2010/10. Mannheim: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

[URL:http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/gesis_arbeitsberichte/WorkingPapers_2010-10_online.pdf](http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/gesis_arbeitsberichte/WorkingPapers_2010-10_online.pdf)

Abstract: This paper relates to an ongoing debate on social structuration of everyday life behavior, contrasting Bourdieu's homology thesis with an individualization or decoupling thesis, as presented by Ulrich Beck. According to Bourdieu, there is a universal mechanism by which social status differentiates daily habits, especially consumption tastes and decisions. In addition to economic position, cultural resources should be significant in this process. In contrast,

the individualization thesis assumes that modernization processes will resolve status homology. To provide a test of these contradictory hypotheses, a homology model has been estimated for two countries with contrasting modernization levels and pathways, namely Turkey, a traditional society with recent efforts towards transformations to liberal market economy; and Germany, a highly modernized welfare state; and Greece, a south eastern European society with modernization levels lower than Germany, but higher than Turkey, is taken as a comparison. Household Budget Survey data collected in 2003 (Germany, Turkey) and in 1998 (Greece), were used to estimate commodity specific homology models. Results support the assumption that social status, especially based on educational status, mostly effects consumption inequality in Turkey and least in Germany. Further, it was found that commodities reveal differential social status inequality. This points to socio-historical changes of commodities' distinctive power.

Patzig, W. (2002): *Versuch über die Einkommensverteilung in den neuen Ländern*. S. 291-316 in: Menkhoff, L. und Sell, F. L. (Hrsg.): *Zur Theorie, Empirie und Politik der Einkommensverteilung: Festschrift für Gerold Blümle*. Berlin: Springer.

Peters, Fabian und Raffelhüschen, Bernd (2016): *Aufkommenswirkung einer umfassenden Steuerreform in 3 Stufen: Zum Vorschlag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU*. Diskussionsbeiträge, Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Abstract: Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU schlägt im August 2016 eine dreistufige Reform der Einkommensteuer vor. Angesichts kontinuierlich anwachsender Steueraufkommen und einer gleichzeitig steigenden Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge sollen insbesondere durchschnittliche Einkommensbezieher und Familien mit Kindern von der angeregten Steuerrechtsänderung profitieren. Kritisch werden v.a. die schnell steigenden Steuersätze bei unteren Einkommen gesehen. Zudem seien vom Spitzensteuersatz schon durchschnittliche Einkommen betroffen.¹ Zur Entlastung der Lohn- und Einkommensteuerzahler soll in einem ersten Schritt ab 2018 eine Anhebung des Werbungskostenpauschbetrags auf 2.000 Euro erfolgen. In der zweiten Stufe ist vorgesehen, den „Mittelstandsbauch“ des Einkommensteuertarifs ab 2019 abzuflachen. Zuletzt ist geplant, ab 2020 den Kinderfreibetrag einheitlich auf das Niveau des Grundfreibetrags i.H.v. 8.652 Euro anzuheben und gleichzeitig die Kindergeldsätze entsprechend zu erhöhen.² Im Folgenden werden die Auswirkungen des Vorschlags auf das Steueraufkommen dargestellt. Dazu wird im zweiten Abschnitt das verwendete Simulationsmodell beschrieben. Abschnitt 3 widmet sich den drei einzelnen Stufen und den mit dem Simulationsmodell berechneten fiskalischen Auswirkungen. Im vierten Abschnitt werden die Ergebnisse zusammengefasst.

Pfeiffer, Sabine (2014): *Hunger und Ernährungsarmut in Deutschland: Eine Annäherung über empirische Indizien* 16. S. 7-12 in: *Die verdrängte Realität: Ernährungsarmut in Deutschland*. Springer.

Abstract: Hunger und Ernährungsarmut scheinen für die bundesdeutsche Wirklichkeit im Jahr 2013 ungewöhnliche Topoi. Wer nach Phänomenen von Hunger in unserer Überflussgesellschaft sucht, wird sofort konfrontiert mit der Frage: Wie viele sind es? „Wie viele sind es?“, so Paugam (Die elementaren Formen der Armut. Hamburg, 2008, S. 8), diese Frage habe er „immer wieder, um nicht zu sagen bei jedem“ seiner Vorträge zu Armut gehört – als „könne man nicht über Armut sprechen, ohne sie quantitativ zu bestimmen“. Begeben wir uns also zunächst in die Welt der Zahlen zum Thema Hunger und Ernährungsarmut in Deutschland. Hunger und Ernährungsarmut sind allerdings – und das ist ein systematisches Problem – keine festen Größen in den Massendatensätzen der für Deutschland relevanten Statistik. Deswegen gelingt hier allenfalls eine Annäherung auf Grundlage von empirischen Indizien.

Pfeiffer, Sabine (2014): *Ernährungsarmut und alimentäre Teilhabe: Das Beispiel Eating Out* 17. S. 13-15 in: Die verdrängte Realität: Ernährungsarmut in Deutschland. Springer.

Abstract: Potenzieller Hunger aber ist nur eine Seite der Medaille. Ernährungsarmut definiert sich schließlich nicht nur über ernährungswissenschaftlich ungenügende Nahrungsrationen. In einer Überflussgesellschaft ist - mindestens genauso relevant - zu fragen: Welchen Stellenwert haben Nahrung und Essen in der Gesellschaft - d. h. in ihren sozialen Beziehungen, Praktiken und Diskursen? Und welche Teilhabechancen sind damit verbunden? Essen ist etwas zutiefst Soziales: „food is not just something to eat“ (Murcott, *The Nation's Diet: The Social Science of Food Choice*, S. 14, 1998). Das hat auch mit einer Besonderheit des Menschen zu tun: Rein ernährungsphysiologisch können wir fast alles essen, was sich an Organischem auf diesem Planeten findet. Aufgrund dieser „truly impressive nutritional versatility“, so Beardsworth und Keil (*Sociology on the menu. An invitation to the study of food and society*, S. 50, 1997), ist schon die grundlegendste und am häufigsten zu treffende Entscheidung eine immer schon soziale, nämlich: Ist etwas essbar oder nicht? Damit wird Essen zu einer nicht hintergehbaren Verbindung von Kultur und Natur und Nahrung zum kulturellen und symbolischen Zeichen.

Pfeiffer, U., Braun, R., Dübel, A., und Buslei, H. (1995): *Wohneigentum und Familie*. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verl.

Abstract: Die zentrale Botschaft der Studie lautet: Familien mit Wohneigentum erbringen im Vergleich zu den übrigen Haushalten einen sehr hohen, doppelten Konsumverzicht zugunsten der Kinder und der Wohneigentumsbildung, der gleichzeitig zu einer hohen Alterssicherung führt.

Als Datenbasis dienen hier die EVS-Daten von 1978, 1983 und 1988, diese decken einen hinreichend langen Zeitraum ab und erlauben es, allgemeine Spar- und Vermögensentscheidungen durch Erwerb von Wohneigentum in Zusammenhang der sonstigen Vermögensbildungsprozesse aber auch der Familiengründung zu stellen. Aus diesen Zeitvergleichen wird deutlich, wie sich die Eigentumsbildung in die sonstigen zentralen Entscheidungen, vor allem der Familiengründung, „einpasst“. Hier interessieren insbesondere: Familienbildungsverfahren, die Zusammenhänge zwischen Eheschließung, Familiengröße und Vermögensbildung, die Zusammenhänge zwischen Familiengründung, Familiengröße und Vermögensbildung und die globalen Veränderungen in der Eigentumsbildung aufgrund veränderter Altersschichtungen.

Pfeiffer, U. und Braun, R. (1998): Wohneigentum oder Mietwohnung - eine rationale Entscheidung? *Der langfristige Kredit*, 18, 598-602.

Abstract: Kann ich meine Rendite maximieren, wenn ich Wohneigentum bilde oder stelle ich mich als Mieter besser? Dieser Frage wurde bereits in unzähligen Artikeln nachgegangen. Die Antwort fiel je nach Interessenlage und getroffenen Annahmen mal mehr, mal weniger positiv aus. Zuletzt wurden von Alois Pfeifer umfangreiche Modellrechnungen präsentiert. Derartige Rechnungen scheinen auf den ersten Blick überzeugend. Man muss allerdings ihre Relevanz bezweifeln. Es handelt sich um eine aus dem Lebenszusammenhang herausgerissene, rein finanztechnische Operation. In der Wirklichkeit geht es dagegen um langfristige Lebensplanung und Familiengründung; es geht um Fragen wie man im Alter leben und wie man sich selbst im Vergleich zu anderen stellen will.

Pfeiffer, U. und et al. (2001): *Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten. Positionspapier zum Kongress des Managerkreises*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Abstract : Werden Alterung und Bevölkerungsrückgang zum Schicksal für die Bundesrepublik Deutschland? Fest steht, dass die demografische Entwicklung enorme Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in unserem Land mit sich bringen wird. Ohne tiefgreifende Strukturreformen werden sich die Belastungen der nächsten Jahrzehnte nicht verarbeiten lassen. Wichtige Reformen sind mit Steuer- und Rentenreform bereits in Angriff genommen.

Damit die Belastungen in den kommenden Jahrzehnten verkraftet werden können, weist der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) darauf hin, dass weitere wichtige Strukturformen bereits in den nächsten Jahren beginnen sollten. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts bestehen noch demografische, wirtschaftliche und politische Handlungsspielräume, die in den folgenden Jahrzehnten verschwinden werden. Handlungsvorschläge für die folgenden Politikbereiche werden vorgestellt: Gesellschaft, Familie, Demographie, Ökosystem, Energie, Mobilität, Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand, Soziale Demokratie und Staat

Pfeiffer, U., Föhr, H., Gerlach, N. E., Wedemeier, K., und Braun, R. (2003): *Nachhaltige Finanzpolitik: Subventionen auf dem Prüfstand*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Abstract: Subventionen sind wie Seitensprünge in einer Ehe. Sie sind nicht vorgesehen, finden aber ständig statt. Subventionen - darüber sind sich alle nicht interessensgebundenen Analytiker einig - verringern in der Masse den Wettbewerb, reduzieren wirtschaftliches Wachstum, reduzieren die Anpassungsflexibilität einer Wirtschaft oder haben problematische Verteilungswirkungen. Es gibt auch „gute“ Subventionen, sie bilden aber eine Minderheit. Nach Analysen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel werden fast acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts durch Subventionen umgeschichtet. Der Subventionsbericht der Bundesregierung weist nur etwa ein Drittel dieses Volumens aus. In einer Wachstumsgesellschaft kann man über Schäden von Subventionen noch hinwegsehen. In einer Gesellschaft mit schrumpfender und alternder Bevölkerung und einem Sozialstaat, der riesige Ansprüche an das künftige Sozialprodukt in die Welt gesetzt hat, wird die künftige fiskalische Wirklichkeit einschneidende Kürzungen erzwingen. Ein Staat, der alle Subventionen für Tabu erklärt, würde z.B. Leistungen für den Zahnersatz kürzen müssen, den Weg zur Arbeit jedoch weiterhin mit dem Progressionseffekt der Einkommensteuer subventionieren. Das wäre absurd.

Porsch, L., Krings-Heckemeier, M. T., Braun, R., und Kemper, J. (2003): *Armut und Reichtum in Sachsen-Anhalt*. Magdeburg: Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.

Abstract: Infolge der Wiedervereinigung musste Sachsen-Anhalt einen umfassenden Strukturwandel weg vom produzierenden Gewerbe und hin zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft verkraften. Die damit verbundenen Veränderungen waren für weite Kreise der Bevölkerung mit erheblichen Belastungen verbunden. Deren Folgen sind vor allem bei strukturellen Langzeitarbeitslosen noch heute an unterdurchschnittlichen Einkommen und Vermögen abzulesen. Gleichwohl waren in den letzten Jahren auch Fortschritte zu verbuchen. Beispiele dafür sind die realen Einkommenssteigerungen der Erwerbstätigen und der Rentner/innen, die erheblichen Qualitätsverbesserungen der Wohnungen sowie ein deutlicher Anstieg der Lebenserwartung.

Pöschl, H. (1993): Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 12, 924-928.

Preisendörfer, Peter und Rinn, Maren (2003): *Haushalte ohne Auto: eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Lebenslage und zur Mobilität autofreier Haushalte*. Opladen: Leske + Budrich.

Pristl, K. und Voß, M. (2006): EVS 2003: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte in Baden-Württemberg. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 1/2006.

[URL: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/essay.asp?xYear=2006&xMonth=01&eNr=02](http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/essay.asp?xYear=2006&xMonth=01&eNr=02)

Abstract: Über wie viel Einkommen verfügen private Haushalte? Wofür geben sie ihr Einkommen aus? Welchen Veränderungen sind Einnahmen- und Ausgabensituation privater Haushalte im Zeitablauf unterworfen? Zu diesen und ähnlichen Fragen geben die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben Antworten. Im Folgenden werden die Ergebnisse des gesamten Jahres 2003 vorgestellt.

R

Rässler, S. (2000): Ergänzung fehlender Daten in Umfragen. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 220, 64-94.

Abstract: Gerade bei Umfragen mit sog. sensitiven Variablen, wie etwa dem Einkommen, ist bekannt, daß z.B. die Bezieher sehr hoher Einkommen eher zur Verweigerung der Beantwortung von Einkommensfragen neigen als andere. Einfaches Vernachlässigen der unvollständigen Datensätze für die statistische Analyse würde jedoch bei systematischen und insbesondere bei den sog. nicht zufälligen verzerrenden Antwortausfällen zu einer Stichprobe führen, die nicht mehr als repräsentativ für die interessierende Grundgesamtheit betrachtet werden könnte. Verstärkt werden daher Methoden zur Ergänzung der fehlenden Daten, sog. Imputationstechniken, publiziert, in statistischer Standardsoftware zur Verfügung gestellt und in der Praxis eingesetzt. Diese Arbeit gibt zunächst einen Überblick über gängige ad hoc und neuere modellbasierte Ergänzungstechniken, wobei die meisten dieser Verfahren eine gewisse Zufälligkeit in den Datenausfällen voraussetzen. Mit Hilfe einer Simulationsstudie wird anschließend der Einsatz verschiedener Verfahren zur Ergänzung systematisch fehlender Daten veranschaulicht und diskutiert. An normalverteilten Daten werden die Eigenschaften der üblichen Schätzfunktion für Mittelwerte, Varianzen und Korrelationen untersucht, wenn verschiedene Ausfallmechanismen den Datenverlust steuern und Werte mit Hilfe unterschiedlicher Verfahren ergänzt werden. Es zeigt sich deutlich, wie wenig verzerrende Ausfälle durch die Ergänzung von Werten "geheilt" werden können.

Rebeggiani, L. (2006): *Income Distribution and Growth -The Role of Demand Composition Reconsidered*. Metropolis-Verlag.

Abstract: The aim of the paper is to develop a theoretical framework to study the inequality-growthrelationship through the demand composition channel, after providing an overview over the existing literature (neoclassical and Keynesian). In the second part, the theoretical findings shall be verified using a large data set including several waves of the German household survey 'Einkommens- und Verbrauchsstichprobe' (EVS) together with some aggregate data.

Rebeggiani, L. (2008): *Personelle Einkommensverteilung, privater Konsum und Wachstum*. Metropolis-Verlag.

Abstract: Welche Rolle spielt die Nachfrageseite, insbesondere die Nachfragestruktur, für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes? Wie wird diese Struktur von der personellen Einkommensverteilung beeinflusst? Die Arbeit versucht diesen doppelten Brückenschlag. Insgesamt liefert die Arbeit einen der ersten Ansätze zur Einbeziehung von Nachfragekomponenten in die langfristige Wachstumsanalyse. Ähnlich wie in den meisten endogenen Wachstumsmodellen geht auch aus dieser Arbeit hervor, dass eine zu starke Polarisierung schädlich für das Wachstum ist, wobei hier wie da die Zusammenhänge klarer auf der theoretischen Ebene sind als auf der empirischen.

Reil-Held, A. (1999): Bequests and Aggregate Wealth Accumulation in Germany. *The Geneva Papers on Risk and Insurance*, 24, 50-63.

Reil-Held, A. und Schnabel, R. (2000): *Vom Arbeitsmarkt in den Ruhestand: Die Einkommen deutscher Rentner und Rentnerinnen*. S. 107- 122 in: Büchel, F., Diewald, M., Krause, P., Mertens, A., und Solga, H. (Hrsg.): Zwischen drinnen und draußen. Arbeitsmarktchancen und soziale Ausgrenzung in Deutschland. Opladen: Leske+Budrich.

Abstract: Der Beitrag behandelt den Übergang vom Arbeitsmarkt in den Ruhestand und die

Einkommenslage von Rentnerhaushalten in Deutschland. Die empirische Analyse stützt sich dabei auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 und Daten der gesetzlichen Rentenversicherung. Die empirische Untersuchung zeigt, wie sehr Ruhestand und Rentenbezug auseinanderfallen. Die Einkommenslage des überwiegenden Teils der Rentnerhaushalte ist gesichert und Armut kein spezifisches Problem der Älteren mehr, wie sich auch am Sozialhilfebezug erkennen lässt. Für Personen mit geringen Arbeitseinkommen oder kurzen Erwerbshistorien können sich jedoch Renteneinkommen ergeben, die unter dem Sozialhilfeniveau liegen.

Reil-Held, A. (2002): *Die Rolle intergenerationaler Transfers in Einkommen und Vermögen älterer Menschen in Deutschland*.

Abstract: Ziel dieser Arbeit ist eine Untersuchung der Rolle der intergenerationalen Transfers für das Einkommen und das Vermögen der älteren Menschen, um damit zum Verständnis der privaten Vermögensakkumulation beizutragen und schließlich Hinweise für die künftige Gestaltung der Rentenpolitik abzuleiten. Zu den intergenerationalen Transfers gehören sowohl private Transfers wie Erbschaften, Schenkungen und laufende Unterstützungsleistungen, wie auch öffentliche Transfers, z.B. die gesetzlichen Renten. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, ob ein solcher Mechanismus in Deutschland in nennenswerten Umfang vorliegt. Tatsächlich läßt sich über die Betrachtung der Einkommens- und Vermögenslage der älteren Menschen ein erhebliches Potential für die Leistung privater Transfers nachweisen. Die empirische Evidenz über die vorhandenen privaten Übertragungen zwischen den Generationen belegt dann auch einen bedeutenden Nettostrom privater Transfers von der älteren an die jüngere Generation. Den privaten intergenerationalen Transfers lassen sich die öffentlichen intergenerationalen Transfers über die Rentenversicherung gegenüberstellen, die in umgekehrter Richtung von der jüngeren an die ältere Generation fließen. Dieser Kreislauf, bei dem zunächst die erwerbstätige Generation mit Rentenversicherungsbeiträgen belastet wird, die dann in Form von Schenkungen oder Erbschaften teilweise wieder zurück fließen, ist aufgrund von Verteilungskosten und negativen Anreizeffekten möglicherweise ineffizient.

Ring, A. M. (2000): *Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und politische Schlußfolgerungen*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

Abstract: Die drei Hauptziele der vorliegenden Studie bestehen in der Offenlegung von Determinanten der personellen Vermögensverteilung, dem Aufzeigen der Entwicklung der Verteilung der Vermögen in der BRD im Zeitverlauf sowie in der Analyse der Bedeutung der staatlichen Vermögenspolitik innerhalb dieses Prozesses. Dazu ist das vorliegende Buch in 4 Teile aufgeteilt: Teil 1 befasst sich mit dem analytischen und methodischen Rahmen, der 2. Teil mit theoretischen Ansätzen zur Erklärung der personellen Vermögensverteilung sowie dem 4. Teil, der sich mit politischen Schlußfolgerungen befasst.

Rodepeter, R. (1997): *Identifikation von Sparprofilen im Lebenszyklus*. Mannheim: Universität Mannheim SFB 504.

Abstract: Das Schlüsselement des Haushaltsverhaltens – das Sparen ist immer noch nicht befriedigend erklärt. Die Lebenszyklushypothese von Mondigliani et al. wurde durch Liquiditätsrestriktionen, Mortalitäts-, Gesundheits-, Einkommens-, Zins- und anderen Unsicherheiten erweitert, neuerdings auch durch "Behavioral"-Elemente. Jeder dieser Erweiterungen erklärt Teile des Sparverhaltens, die Widersprüche bleiben jedoch bestehen. Dieses Papier wirft die Frage auf, inwieweit die beobachtbaren Sparprofile mit den konkurrierenden Theorien identifiziert werden können. Es soll von den in Deutschland beobachteten Alterssparerprofilen ausgegangen und diese mit den simulierten Profilen verglichen werden, die unter verschiedenen Varianten der erweiterten Lebenszyklushypothese entstanden sind. Es wird gezeigt, dass die Sparprofile per se die einzelnen Theorien zum Sparverhalten nicht auseinanderhalten können. Dies bedeutet ebenso, dass die in der Literatur häufig zu findenden Schätzungen von Eulergleichungen nicht identifiziert sind.

Rodepeter, R. und Winter, J. (1998): *Saving Decisions under Life-Time and Earnings Uncertainty*. University of Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: The authors analyze a model of life-cycle savings decision which allows for both life-time and income uncertainty. They simulate life-cycle saving rates based on empirical income processes estimated from West German household data. The main findings are, first, that allowing for mortality risk improves the life-cycle model's predictions slightly, and second, that simulated saving rates still fail to match their empirical counterparts.

Rodepeter, R. und Winter, J. (1999): *Rules of Thumb in Life-Cycle Saving Models*. University of Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: The paper analyse life-cycle savings decisions when households use simple heuristics, or rules of thumb, rather than solve the underlying intertemporal optimization problem. Using these rules the authors simulate life-cycle savings decisions numerically and compute the utility losses relative to the backwards solution of the intertemporal optimization problem. The central finding is that the utility losses induced by rule-of-thumb behavior are relatively low. The authors conclude that behaving optimally, in the sense of solving an intertemporal optimization model, is not only costly, it is also not much better than using simpler heuristics which do not require backward induction.

Rodepeter, R. (1999): *Konsum- und Sparscheidungen im Lebenszyklus. Theorie, Evidenz und Simulation unter klassischen und alternativen Ansätzen*. Universität Mannheim.

Abstract: Um einen Überblick der bestehenden Modelle aus der neoklassischen und behavioristischen Literatur zu geben, werden die Grundzüge der Theorien dargestellt und eine Vielzahl von Erweiterungen der neoklassischen Theorien aus dem „Repair Shop“ der Lebenszyklushypothese erörtert. In einem weiteren Schritt zum Verständnis der Ersparnisbildung soll das Sparverhalten im Lebenszyklus in der Bundesrepublik beschrieben werden. Die deskriptive Darstellung der vorhandenen Daten verlangt einen konzeptionellen Rahmen für die konsistente Bestimmung von Einkommen, Konsum und Ersparnis. Die Meßkonzepte für Einkommen, Konsum und Ersparnis werden anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) vorgestellt. Um die Simulationen aus den vorgestellten Theorien mit beobachtetem Verhalten vergleichen zu können, werden die Daten ausführlich in bezug auf das beobachtete Sparverhalten und das Einkommen der Deutschen untersucht. Aufgrund der erfassten Variablen läßt sich in der EVS die Ersparnis aus Zu- und Abgängen an Vermögen oder aus der Differenz von Einkommen und Konsum messen.

Rompel, H-K. (2003): Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Staat und Wirtschaft in Hessen*, 1.

Abstract: Seit nunmehr 40 Jahren finden in Deutschland im Abstand von fünf Jahren Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) bei den privaten Haushalten statt. Neben dem Schwerpunkt der Erhebung, nämlich Angaben über Herkunft und Höhe des monatlichen Budgets sowie über seine Verwendung zu gewinnen, gehören Fragen zur Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern, zur Vermögensbildung und zu den Vermögensbeständen zum Programm. Für die kommende EVS im Jahr 2003 wurde weitgehend das Konzept der letzten Erhebung beibehalten, durch das in erster Linie die teilnehmenden Haushalte entlastet und die Aufbereitung der Daten beschleunigt werden sollen. In Hessen sind wieder rund 5500 Haushalte aller Bevölkerungsschichten auf freiwilliger Basis in die Erhebung einzubeziehen. In einem Rotationsverfahren haben sie nach einem „Einführungsgespräch“ drei Monate Buch zu führen. Die Vermögensfragen, die zuletzt in Einführungsgespräch und Haushaltsbuch aufgliedert waren, sind diesmal in einer besonderen Anlage zum Einführungsgespräch enthalten. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich zumindest in Hessen auch die Erhebungstechnik ändern wird, und zwar insofern, als auf den bisher üblichen Einsatz von Interviewern verzichtet wird.

Rosendorfer, T. (1993): *Schuldensituation und Haushaltsführung überschuldeter Haushalte: eine empirische Untersuchung ausgewählter Haushalte in München*. Frankfurt am Main; Berlin: Lang.

AG Bildungsfinanzierung GEW am 17. Februar 2007 in Bad Hersfeld (Hrsg.) Roth, R. (2007): *Bildungsfinanzierung - Nebensache Kind*.

URL: www.gew.de/Binaries/Binary29406/Roth_Bildungsfinanzierung.pdf

Abstract: Zum Thema Bildungsfinanzierung gehört auch die Finanzierung derjenigen, die gebildet werden sollen. Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, der frühere Manager Frank-Jürgen Weise sagte, "wichtigstes Instrument im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit sei die Bildung. ... Besonders wichtig sei es, die Weichen für Bildung nicht erst bei einem 24-jährigen, sondern bereits bei Schülern zu stellen." (Fr 29.12.2006) Kinderarmut ist in aller Munde. Es werden Zahlen präsentiert, dass jedes sechste Kind unter 15 Jahren auf Hartz-Niveau lebt, ohne die Dunkelziffer zu rechnen, dass in NRW 25% der Kinder auf Hartz IV-Niveau leben, dass in Großstädten wie Hamburg, Bremen und Berlin die Hartz IV-Quote von Kindern unter 15 etwa 30% erreicht und in einzelnen Stadtteilen mehr als die Hälfte der Kinder auf diesem Niveau lebt.

IAB (Hrsg.) Rudolph, H. und Blos, K. (2005): *Schätzung der Auswirkungen des Hartz-IV-Gesetzes auf Arbeitslosenhilfe-Bezieher*. IAB-Forschungsbericht, 14/2005. Nürnberg.

URL: <http://www.iab.de/de/185/section.aspx/Publikation/k05041f04>

Abstract: Das IAB legt die Simulationsergebnisse zu seinen Schätzungen der Auswirkungen des HARTZ-IV-Gesetzes auf Arbeitslosenhilfe-Bezieher vor. Die Simulationen beruhen auf den Haushaltsdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 2003 (EVS2003). Die Simulationen umfassen den Anteil der nach SGB II bedürftigen Haushalte von Arbeitslosenhilfe-Beziehern (ALHI-HH), sowie Anteile von 'Gewinnern' und 'Verlierern'. Die Schätzungen umfassen die für diese Haushalte nach SGB II vom Bund zu tragenden Leistungen, die von den Kommunen zu tragenden Kosten der Unterkunft und die zusätzlichen Wohngeld-Ansprüche von nicht bedürftigen ALHI-HH. Strukturmerkmale der Bedarfsgemeinschaften werden in einer Gliederung nach HH-Typen dargestellt.

Rudzio, Wolfgang (2015): *Gesellschaftliche Probleme und Handlungsfelder der Politik*. S. 533-570 in: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*. Springer.

Abstract: Die zentrale Aufgabe politischer Systeme besteht darin, gesellschaftliche Probleme zu meistern. Diese bilden den Stoff, der einem politischen System Entscheidungen und Durchsetzungsfähigkeit abverlangt. Versagt es hierbei eklatant und anhaltend, so kommt seine Ablösung auf die Tagesordnung. Zu diesem Stoff gehört auch die bisherige politische Bearbeitung von Problemen, wird doch durch sie der Ausgangspunkt bestimmt, an dem jeweilige Politik anzusetzen hat. Einer Skizze gesellschaftlicher Verhältnisse und Probleme soll daher ein Blick auf wichtige Politikfelder folgen.

Ruprecht, W. und Wolgast, M. (2004): *Die Märkte für Altersvorsorge in Deutschland. Eine Analyse bis 2020*. Berlin: GDV.

Abstract: Ziel der vorliegenden Studie ist es, vor diesem Hintergrund die absehbare Entwicklung der Nachfrage nach kapitalgedeckten Altersvorsorgeprodukten bis zum Jahr 2020 aufzuzeigen. Wichtig ist dabei die Abgrenzung von „Altersvorsorge“ und reinem „Sparen“. Zwar kann grundsätzlich jedes Vermögen der Altersvorsorge dienen, die Altersvorsorgefunktion ist jedoch mit spezifischen Qualitätsanforderungen verbunden. In der vorliegenden Studie werden daher mit dem Begriff „Altersvorsorge“ insbesondere solche Finanzprodukte bezeichnet, die durch Leistungsgarantien für den Kunden gewährleisten, dass das Altersvorsorgevermögen zu dem Zeitpunkt, zu dem es gebraucht wird, auch zur Verfügung steht. Angestrebt werden in der Untersuchung sowohl Aussagen zum voraussichtlichen Nachfragevolumen nach privater

und betrieblicher Alterssicherung insgesamt als auch zu den Marktchancen der einzelnen Produkte und Produktgruppen. Die vorliegende Untersuchung zeichnet sich dabei insbesondere auch durch eine umfassende Analyse des Datenmaterials zum bisherigen und aktuellen Spar- und Vorsorgeverhalten der deutschen Haushalte aus. Als eine der ersten Untersuchungen zieht die Studie auch bereits Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 des Statistischen Bundesamtes heran.

S

Schäfer, C. (1996): Soziale Polarisierung bei Einkommen und Vermögen. *Soziale Sicherheit*, 1, 7-11.

Abstract: Das Statistische Bundesamt hat 1995 die Aussagequalität der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) verschlechtert, weil nach offizieller Begründung nicht mehr ausreichend zwischen Ost- und Westdeutschland differenziert werden könnte. Das beeinträchtigt nicht nur jede Prognosefähigkeit, sondern auch verteilungstatistische Analysen. Insbesondere werden zwischen Ost- und Westdeutschland die ökonomischen Entwicklungsunterschiede "statistisch" eingeblendet, obwohl sie auf absehbare Zeit faktisch fortbestehen werden. Aktuell ist die empirische Informationslage trotz spürbarer Lücken insgesamt noch ausreichend, um sagen zu können, dass sich die Polarisierung zwischen "guter" Gewinnentwicklung und "schlechter" Entwicklung der Arbeitseinkommen fortsetzt; dasselbe gilt für die Entwicklung der Haushalteininkommen von Selbständigen bzw. Unternehmern einerseits sowie von Arbeitnehmern wie den übrigen Haushaltsgruppen andererseits. Neueste verfügbare Daten der alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes, jetzt erstmals auch für die neuen Bundesländer, bestätigen diese "Soziale Polarisierung" auch für die Verteilung von Geldvermögen. Insofern stimmen die Politik und politische Forderungen, die von einer "nivellierten" Verteilung ausgehen bzw. mehr "leistungsorientierte" Differenzierung betreiben, immer weniger mit der Empirie überein.

Schäfer, C. (1998): *Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland*. Bonn: FES-Library.

Abstract: Die tatsächliche Höhe und Verteilung der Abgabenlast in Deutschland, insbesondere der Steuerlast, entsprechen nicht dem in der Öffentlichkeit entstandenen Bild und entziehen deshalb der von diesem Bild seit Jahren abgeleiteten Politik die Grundlage: Die Lasten sind immer ungleicher verteilt worden, und zwar vor allem zugunsten von Unternehmen und Selbständigen sowie zu Lasten von Arbeitnehmern und den entsprechenden Haushalten; die ungleiche Verteilung erzeugt immer stärkere Allokations- und Wachstumsprobleme; und schließlich sind die Einnahmen, gemessen an vorhandenen Finanzierungsbedarfen, fiskalisch nicht ergiebig genug. Die folgende Bestandsaufnahme fußt u.a. auf einer empirischen Untersuchung, deren Ergebnisse hier erstmals vorgestellt werden: Im Rahmen des in der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführten Forschungsprojekts "Personelle Einkommensverteilung" sind auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1983, 1988 und 1993 für Westdeutschland die Abgabenlasten in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe und dem sozialen Status der privaten Haushalte berechnet worden. Die Ergebnisse dieser Stichprobe sind aussagefähig bis zu Einkommenshöhen vom Dreifachen und mehr des Einkommensdurchschnitts, der 1993 einem Jahreshaushaltseinkommen von rund 73.000 DM entsprach, so daß sich der Erfassungsbereich in diesem Jahr also bis über Einkommenshöhen von brutto 200.000 DM erstreckt.

Schäfer, C. (2000): Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut. Die Verteilung in 1999 und den Vorjahren. *WSI-Mitteilungen*, 744-764.

Abstract: Die Entwicklung der Einkommensverteilung im Jahr 1999 folgt soweit erkennbar der längerfristigen Vergangenheitsentwicklung, die geprägt wird von überproportional wachsenden Gewinn- und Vermögenseinkommen sowie verhalten zunehmenden Lohn- und Transfer-einkommen. Ein besonderer Schwerpunkt kann im Bericht auf die Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der Gliederung nach sozialen Gruppen gelegt werden, da erste Ergebnisse der 1998 durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in West- und Ostdeutschland zur Verfügung stehen. Diese personellen Einkommensinformationen auf mikroökonomischer Basis bestätigen insbesondere wieder die von der makroökonomischen Datenebene bekannte Ungleichgewichtigkeit zwischen Residual- und den Kontrakteinkommen.

Schäfer, C. (2001): Ungleichheiten politisch folgenlos? Zur aktuellen Einkommensverteilung. *WSI-Mitteilungen*, 659-673.

Abstract: Mit der Vorlage des ersten Armuts- und Reichtumsberichts zur personellen Einkommens- und Vermögensverteilung ist deren Transparenz zwar verbessert worden. Aber ernst zu nehmende Konsequenzen aus den festgestellten Ungleichheiten werden bis heute nicht gezogen, obwohl die Politik für sie auch Verantwortung trägt.

Schäfer, C. (2003): Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland. *WSI-Mitteilungen*, 420-428.

Abstract: Niedriglöhne sind ein mit vielen (Vor-) Urteilen besetztes öffentliches Thema. Häufig heißt es, es gebe zuwenig davon, um mehr Beschäftigung zu erzeugen. Und soweit es sie gebe, betreffen sie "Randgruppen" wie etwa junge oder unqualifizierte Beschäftigte. Eine empirische Analyse der effektiv gezahlten Niedriglöhne von Vollzeitbeschäftigten insbesondere in Westdeutschland, deren Ergebnisse hier zusammengefasst werden, widerlegt solche Einschätzungen nicht nur, sondern verweist auf das Gegenteil. Der Niedriglohnsektor umfasst auch in Westdeutschland rund ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten und ein Viertel aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten als dem Kern der Normalbeschäftigungsverhältnisse.

Scheewe, P (1995): *Wohnsituation der Haushalte. Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe am 30. September 1993.*

Scheffter, M. (1991): *Haushaltsgrösse und privater Verbrauch: Zum Einfluss einer steigenden Kinderzahl auf den privaten Verbrauch.* Frankfurt/Main: Lang.

Scheid, S. C. (2001): *Die verallgemeinerte Lognormalverteilung.* Universität Dortmund.

Abstract: In vielen Bereichen der statistischen Anwendungen stößt man auf Daten, die zwar eingipflig, aber stark asymmetrisch verteilt sind, was die beliebte Annahme der Normalverteilung verhindert. In diesem Dilemma hat die Lognormalverteilung ihren Ursprung: Wendet man auf positive, rechtsschief verteilte Daten die natürliche Logarithmusfunktion an, so lassen die transformierten Werte häufig die Annahme der Normalverteilung zu. Daher liegt es nahe, bei den ursprünglichen Daten von einer Lognormalverteilung zu sprechen und diese näher zu charakterisieren. Durch den einfachen Transformationszusammenhang lassen sich ihre Eigenschaften in der Regel auf die Eigenschaften der Normalverteilung zurückführen. In dieser Arbeit wird ein Überblick gegeben über Charakteristika der verallgemeinerten Lognormalverteilung und diese um weitere Eigenschaften ergänzt. Daher folgt auf die kurze Beschreibung der Lognormal- und der Log-Laplace-Verteilung die theoretische Herleitung der verallgemeinerten Lognormalverteilung sowie einige ihrer grundlegenden Eigenschaften. Da sie auch im Bereich der Ökonometrie angewandt wird, wird weiterhin auf Lorenzkurven und Konzentrationsmessung bei verallgemeinert lognormalverteilten Zufallsvariablen eingegangen. Zudem werden Schätzverfahren nach der Momenten- und der Maximum-Likelihood-Methode betrachtet. Da der zusätzliche Formparameter eine zentrale Rolle spielt, stellt sich im Zusammenhang mit der Parameterschätzung die Frage, ob die verallgemeinerte der einfachen Lognormalverteilung vorzuziehen wäre. Als Testverfahren werden der Likelihood-Quotienten- sowie der Score-Test vorgestellt, wobei für letzteren zunächst die Informationsmatrix bestimmt werden muss. Abschliessend werden die beschriebenen Schätz- und Testverfahren auf Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 1993 angewendet.

Schimpl-Neimanns, Bernhard und Weiss, Felix (2014): Zur Bereitstellung amtlicher Mikrodaten für die Wissenschaft aus sozialwissenschaftlicher Perspektive 18. *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv*, 8, 205-219.

URL: <http://link.springer.com/article/10.1007/s11943-014-0156-3>

Abstract: In this article, we describe the current state of access to microdata from official sta-

tistics for scientists in Germany both with regard to legal aspects and their application by the statistical offices. We focus on microdata in the areas of economic and social statistics. Our aim is to evaluate the scope of data access against the recommendations of the "Commission to improve the informational infrastructure by cooperation of the scientific community and official statistics" in 2001. Obstacles to data access for scientists are in many cases not due to legal restrictions. Exceptions of restrictions due to the German Federal Statistics Law (Bundesstatistikgesetz) are the application of total anonymization procedures for results from analyses of formally anonymized microdata and the prohibition to provide scientific use files to scientists based outside Germany. We develop suggestions for further improvement of data access and potentials for secondary data analyses of microdata from official statistics.

Schleife, K. (2002): *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) als wesentliche Datenquellen für die Bestimmung der Verbrauchsstrukturen*. 4. Workshop Wirtschaftsstatistik 2002: Inflationsmessung in Deutschland und Europa, Daten - Methoden - Entwicklungen: Institut für Statistik und Ökonometrie, Humboldt-Universität zu Berlin.

Abstract: Das Papier stellt zwei verschiedene Datenbasen vor und beleuchtet die Probleme, die durch den Gebrauch dieser Daten auftreten. Anschließend wird die Entwicklung der Konsumbereiche im Früheren Bundesgebiet in den Jahren von 1962/63 bis 1998 untersucht.

Schlomann, H. und Hauser, R. (1992): *Die Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung und der Verteilung der Geldvermögen in der Bundesrepublik Deutschland*. S. 42-98 in: Köbele, B. und Schütt, B. (Hrsg.): *Erfolgsbeteiligung. Ein neuer Weg zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*. Köln: Bund-Verl.

Abstract: Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die Beschreibung der Entwicklung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der Geldvermögen der privaten Haushalte in der BRD innerhalb der letzten 30 Jahre. Der Fokus liegt dabei auf der Frage ob und in welcher Art und Weise sich die Gewichte einzelner Einkommensarten verändert haben und in welchem Ausmaß die unterschiedlichen sozialen Haushaltsgruppen davon betroffen sind. Dabei ist - ausgehend von einer funktionalen Betrachtungsweise der Einkommensverteilung - die personelle Verteilungsebene von besonderem Interesse, da im Laufe der Zeit für alle sozialen Gruppen eine zunehmende Diversifizierung der Einkommensquellen stattgefunden hat. Eine Betrachtung der sektoralen Einkommens- und Vermögensverteilung wird daher nicht angestrebt.

Schmähl, W. und Fachinger, U. (1998): *Armut und Reichtum: Einkommen und Einkommensverwendung älterer Menschen*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.

Abstract: Ziel dieses Arbeitspapiers ist es, einen möglichst umfassenden Überblick über die materielle Situation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zu geben. Ausgehend von der Darstellung einiger Kriterien zur Beurteilung der Einkommenslage im Alter werden die Institutionen der Alterssicherung in der BRD und deren Leistungsgestaltung beschrieben. Dabei wird, dem "Drei-Säulen-Konzept" folgend, zwischen Regelsystemen, den Zusatzsystemen der betrieblichen Altersversorgung und der privaten Vorsorge differenziert. Im Anschluss daran folgt die Darstellung der Höhe der Leistungen aus den verschiedenen Institutionen der Alterssicherung, bevor auf das Zusammenspiel der verschiedenen Einkunftsarten im jeweiligen Haushaltseinkommen eingegangen wird. Will man die materielle Situation eines Haushaltes umfassend beschreiben, muss auch dessen spezifische Bedarfslage berücksichtigt werden, daher wird die Einkommensverwendung im Alter behandelt und abschließend auf die Auswirkungen einiger Vorschläge zu einem Umbau institutioneller Regelungen auf die künftige Einkommenslage älterer Menschen eingegangen.

Schmähl, W. und Fachinger, U. (1999): *Armut und Reichtum. Einkommen und Konsumverhalten älterer Menschen*. S. 159-208 in: Niederfranke, A., Naeyele, G., und Frahm, E. (Hrsg.): *Funkkolleg Altern 2*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Abstract: In diesem Text geht es um den Einfluss des Einkommens und Vermögens auf die Lebensgestaltung im Alter. Die materielle Lage innerhalb der Gruppe der Älteren ist in hohem Maße heterogen. Dies betrifft sowohl die Personen, die etwa gleichen Altersjahrgängen (Kohorten) angehören, als auch die Situation zwischen Angehörigen unterschiedlicher Jahrgänge. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Situation im Alter so unterschiedlich ist, liegt daran, dass die Einkommenslage im Alter maßgeblich durch die Entwicklungen und Entscheidungen in den davor liegenden Lebensphasen bestimmt wird, folglich ist eine lebenszyklische Betrachtung notwendig. So wie die Einkommenssituation in der Erwerbsphase durch viele Faktoren geprägt wird, so gilt dies auch für die Einkommenslage im Alter. Die materielle Situation im Alter wird also einerseits durch eigene Entscheidungen im Lebenslauf bestimmt und andererseits durch gesamtwirtschaftliche, demographische und gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie insbesondere durch die Gestaltung sozialstaatlicher Maßnahmen in der Erwerbs- wie in der Arbeitsphase.

Schmähl, W. (2002): *The "2001 Pension Reform" in Germany - A Paradigm Shift and its Effects*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.

Abstract: The paper analyzes a new paradigm shift in German pension policy implemented by reform measures in 2001. It starts by outlining the organizational structure of the German multi-tier pension system which is extended by the 2001 reform by introducing a special means-tested benefit for disabled and old people and by certified private pension eligible for a subsidy. The main arguments in the recent reform debate are outlined. Regarding the complex and complicated rules for private and occupational pensions the focus is on the different possibilities, which will allow those employees who can afford to save, to combine different ways of taking subsidies. Finally, some reflections regarding the future development of the concept of pension policy in Germany are made as well as on the income distribution that will become more unequal.

Schnabel, R. (1999): *Vermögen und Ersparnis im Lebenszyklus in Westdeutschland*. Universität Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: Der Autor bestimmt die Entwicklung von Vermögen und Ersparnis westdeutscher Haushalte über den Lebenszyklus. Datengrundlage der Analyse ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1978 bis 1993. Weder die mittleren Kohortenprofile des Vermögens noch die mittlere Ersparnis zeigen am Ende des Lebenszyklus ein Ersparen an. Jedoch weisen die Lebenszyklusprofile von Vermögen und Ersparnis eine erhebliche Heterogenität in Bezug auf Niveau und Form auf.

Schnabel, R. (1999): *The Golden Years of Social Security - Life-cycle Income, Pensions and Savings in Germany*. Mannheim: Universität Mannheim, SFB 504.

Abstract: This paper estimates the life-cycle income of West-German households and relates it to savings and private transfers. The empirical analysis based on the Income and Expenditure Surveys from 1978 to 1993 (EVS), and on social security data. While cross-section estimates suggest a marked decline of household incomes starting at the age of 45 of the head of household, the longitudinal analysis reveals that strong cohort and macro effects are at work. A moderate reduction of household income beyond age 50 reflects changes in household composition. For older cohorts, the transition to retirement reduces household income by around 20 percent compared to earnings before retirement. Contrary to conventional wisdom, retirement is not a time of scarce resources for current generations of pensioners. In fact, retirement income is far above the average income during working life. This is even more true for per capita income, which determines individual consumption possibilities. As it

turns out ex post, households did consume far to less during their working life resulting in excessive median wealth holdings at the beginning of retirement. Presumably, the dramatic increases in wages and public pensions have not been anticipated. After retirement, consumption remains low and the median pensioners in our sample period 1978-1993 not only display high disposable incomes, but also high inter vivos transfers and positive savings. However, this situation will change during the next decades, since growth rates have declined and the dependency ratio is deteriorating rapidly.

Schnabel, R. (1999): *Die Goldenen Zeiten des Umlageverfahrens- Einkommen im Lebenszyklus, Renten und Ersparnis in Deutschland*. Mannheim: Universität Mannheim SFB 504.

Abstract: In diesem Aufsatz wird die Beziehung zwischen Renten, Einkommensentwicklung etc. untersucht. Zuerst wurde eine Lebenszyklusersatzquote ermittelt, die das Renteneinkommen eines Eckrentners in Beziehung setzt zu seinem gesamten Lohneinkommen. Daran soll gezeigt werden, dass diese Ersatzquote in der Vergangenheit weit über hundert Prozent gestiegen ist. Da diese Ersatzquoten nur unvollständige Maße der relativen Konsummöglichkeiten sind, wird anschließend eine empirische Analyse der Entwicklung der Einkommen im Lebenszyklus durchgeführt. Die Betrachtung von Einkommen über den Lebenszyklus zeigt schließlich, dass für ältere Kohorten das mittlere Nettoeinkommen in der Rentenphase weit über dem mittleren Einkommen der Erwerbsphase liegt. Dies ist auf den starken Anstieg der Löhne und insbesondere der Renten in der Nachkriegszeit zurückzuführen. Im Gegensatz zur gängigen Meinung ist das Rentenalter demnach keine Zeit knapper Ressourcen für heutige Rentnergenerationen. Diese Untersuchung stützt sich auf die Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1978 bis 1993 und auf Zeitreihendaten der Sozialversicherung. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden benutzt, um Kohortenprofile für das Einkommen zu konstruieren. Die Zeitreihendaten werden verwendet, um das makroökonomische Wachstum der Einkommen vor dem Stichprobenzeitraum der EVS zu schätzen. Die Kombination dieser Wachstumsraten mit den Einkommensprofilen der EVS erlaubt es, Längsschnitteinkommen für Kohorten zu bestimmen.

Schneider, M. (1999): Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern am Jahresanfang 1998 in Thüringen. Ergebnisse der Einführungsinterviews zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Statistische Monatshefte Thüringen*, 12, 25-37.

Schöb, R. (2007): *Soziale Grundsicherung und Beschäftigung*. Volkswirtschaftliche Reihe, Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin.

[URL:www.wiwiss.fu-](http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/finanzen/schoeb/forschung/forschung_dateien/Grundsicherung.pdf)

[berlin.de/institute/finanzen/schoeb/forschung/forschung_dateien/Grundsicherung.pdf](http://www.wiwiss.fu-berlin.de/institute/finanzen/schoeb/forschung/forschung_dateien/Grundsicherung.pdf)

Abstract: Wer erwerbsfähig ist, der sollte in der Lage sein, mit seiner eigenen Arbeit ein Einkommen zu erzielen, das über dem sozio-kulturellen Mindesteinkommen liegt. Für eine immer größere Anzahl von Menschen in Deutschland gilt dieser Grundsatz nicht mehr. Der Autor diskutiert verschiedene Konzepte wie diese wie der Anspruch der sozialen Grundsicherung und Beschäftigt vereint werden können.

Schröder, C. (2009): Umverteilung und Einkommensarmut in Deutschland. *IW-Trends*, 3-17.

URL: http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/trends01_09_2.pdf

Abstract: Obwohl das staatliche Abgaben-, Steuer- und Transfersystem nicht durchgehend bedarfsorientiert ausgestaltet ist, führt es zu einer weitgehend konsistenten Umverteilung von oben nach unten. Dies gilt auch dann, wenn man das Einkommen personenbezogen betrachtet und dabei den Haushaltskontext berücksichtigt. Die 30 Prozent der Personen mit dem niedrigsten Marktäquivalenzeinkommen erhalten im Durchschnitt, auf den Bedarf eines Singles umgerechnet, pro Monat über 900 Euro mehr vom Staat, als sie an Steuern und Abgaben leisten. Auch die private Umverteilung durch Unterhaltszahlungen, Unterstützungen, Betriebsrenten und Beihilfen von Organisationen ohne Erwerbszweck führt wie langfristig

angelegte Spar- und Entsparprozesse zu einer ausgeglicheneren Einkommensverteilung. Dies spiegelt sich auch im Anteil der relativ betrachtet Einkommensarmen wider, der um 2 Prozentpunkte niedriger ausfällt, wenn man die privaten Umverteilungseffekte berücksichtigt.

Schulte, J. (2004): *Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe: Gewinner und Verlierer. Schätzung der Nettoeinkommenseffekte von Hartz IV*. Berlin: Universität Berlin.

Abstract: Anhand der Daten der EVS 1998 wird untersucht, welche Auswirkung die Einführung des ALG II auf die bedürftigen Haushalte hat. Für jeden einzelnen Haushalt wurde das neue Einkommen berechnet, Vermögen und Wohnsituation wurden bewertet. Es wird beschrieben, wie sich das Einkommen verändert und welche Haushalte nun auf Grund neuer Einkommensgrenzen gar keine Unterstützung mehr erhalten. Es wird geprüft, welche Haushalte wegen eines zu hohen Vermögens aus dem ALG II herausfallen. Weiterhin wird eine Übersicht über die Wohnverhältnisse gegeben, um festzustellen, wie groß der Anteil der Haushalte ist, die eine Wohnung bewohnen, deren Größe oberhalb dessen liegt, was als "angemessen" angesehen wird. In allen Abschnitten wird ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen, ob ostdeutsche Haushalte durch die Reform stärker belastet werden. Bei der Untersuchung werden Haushalte berücksichtigt, in denen keine Kinder leben, die über 18 Jahre alt sind. Diese gelten nämlich als eigene Bedarfsgemeinschaft und es standen nicht genug Informationen zur Verfügung, um in diesen Fällen das neue Einkommen korrekt zu berechnen.

Schulze, Alexander und Dreier, Volker (2015): Der Beitrag des sozialen und demographischen Strukturwandels zur Armutsentwicklung in Deutschland. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67, 197-216.

Abstract : Im Zuge des sozialen und demographischen Wandels ist der Bevölkerungsanteil von Personen mit vergleichsweise geringen Armutsrisiken (z. B. von Hochqualifizierten, Kinderlosen und Personen mittleren Alters) erheblich angewachsen. Dennoch ist die aggregierte Armutsquote im Zeitverlauf nicht gesunken. Um dieses Phänomen aufzuklären, analysiert die Arbeit den Beitrag des Wandels von Alters-, Bildungs- und Haushaltsstruktur zur Armutsentwicklung in Deutschland zwischen 1992 und 2008. Hierzu werden individuelle Armutsrisiken nach Lebensalter, Bildungsniveau und Kinderzahl für jedes Kalenderjahr im Betrachtungszeitraum geschätzt und auf Basis der Bevölkerungsstruktur des Jahres 1992 aggregiert. Damit wird es möglich, die Armutsentwicklung unter konstanten Bevölkerungsbedingungen, also strukturbereinigt, für den Zeitverlauf nachzuvollziehen und mit der tatsächlichen Entwicklung zu vergleichen. Grundlage der Analysen sind die Daten des Sozio-ökonomischen Panels. Die Ergebnisse zeigen, dass durch die Zunahme der individuellen Armutsrisiken heute, strukturbereinigt, etwa ein Drittel mehr Menschen arm wären (16,67%), als dies aktuell tatsächlich der Fall ist (12,07%). Der strukturelle Bevölkerungswandel, hin zu sozialen Gruppen mit relativ geringen Armutsrisiken, hat damit einen Anstieg der Armutsbetroffenheit um mehr als vier Prozentpunkte verhindert. Die in den letzten Jahren zumeist stagnierende oder „nur“ leicht gestiegene Armutsquote ist damit zum großen Teil die positive Folge der soziodemographischen Umschichtung der Gesellschaft.

Schunk, D. (2009): What Determines Household Savings Behavior? An Examination of Saving Motives and Saving Decisions. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 229, 467-491.

Abstract: Saving decisions are complex, since there are many concurrent motives for saving a portion of one's income. However, while the existing literature covers all of these motives, most contributions select only one of them as a focus and relegate the others to the background by making simplifying assumptions about them. While the focus on only one saving motive is vital for many insights on aggregate saving behavior, this paper argues that further insights relevant to policy can be gained by relaxing this assumption. Using data from a random sample of German households and from federal official statistics, I explain how much people save under the explicit assumption that various different saving motives co-exist. The

findings show that heterogeneity in saving behavior is systematically related to the importance that households attach to different co-existing saving motives. This suggests that policy reforms that change the importance of certain saving motives in the eyes of private households might influence their saving decisions.

Schüssler, R., Lang, O., und Buslei, H. (2000): *Wohlstandsverteilung in Deutschland 1978-1993. Edition der Hans-Böckler-Stiftung 34*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_edition_hbs_34.pdf

Abstract: Die vorliegende Studie untersucht drei Aspekte der Wohlstandsverteilung in Deutschland: Die Verteilung der Grundvermögen, der Geldvermögen und der Einkommen. Der Schwerpunkt liegt auf der Analyse der Verteilung der Grundvermögen und der Geldvermögen. Hier werden zentrale neue Erkenntnisse erarbeitet. Bei der Analyse der Einkommensverteilung steht die Kritik an den üblicherweise verwendeten Einkommenskonzepten und daran anknüpfend die Relativierung von Ergebnissen zur Einkommensverteilung im Vordergrund. Wesentliche Datenquelle für die Analyse sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes

Prognos AG (Hrsg.) Schüssler, R. (2002): *Vermögensbildung und Vermögensverteilung*. Berlin: Hans-Böckler-Stiftung.

Abstract: Das aktive Sparen ist nach wie vor die wichtigste Einflussgröße für den Vermögensaufbau der privaten Haushalte. An zweiter Stelle folgten in den vergangenen zwanzig Jahren Wertsteigerungen bei Grundstücken und Gebäuden, durch die das Vermögen der Immobilien besitzenden Haushalten quasi von selbst zunahm. Auf dem dritten Platz liegen die empfangenen Erbschaften von Immobilien. Dies sind Ergebnisse einer Untersuchung der Baseler Prognos AG für die Hans-Böckler-Stiftung zu den Faktoren der Vermögensbildung und zur Vermögensverteilung der privaten Haushalte in Deutschland. In der Untersuchung wird der Vermögensbestand der Haushalte in Deutschland auf Basis der Daten der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes 1998 in sechs Komponenten zerlegt: 1. Die im Laufe der Jahre kumulierten Ersparnisse aus Einkommen; 2. die Zinsen und Zinseszinsen auf die Ersparnisse; 3. die Wertänderungen bei Grundstücken und Gebäuden im Besitz der Haushalte; 4. die Wertänderungen bei Aktien; 5. die empfangenen Immobilienerbschaften, sowie 6. die nicht weiter erklärbaren, haushaltsindividuellen, zufälligen Bestandteile. Im Anschluss werden folgende Punkte ausgeführt: Vermögen in Deutschland sehr ungleichmäßig verteilt, Sparen bleibt wichtigster Faktor der Vermögensbildung, Wertsteigerungen bei Immobilien in der Vergangenheit wichtigster Faktor der Vermögensbildung- Struktur des Immobilienbesitzes führt zu stärkerer Ungleichverteilung, Aktienbesitz nur für kleinen Teil der Haushalte als Vermögensbildungsfaktor, Erbschaften von Immobilien begünstigen Haushalte mit mittlerem Vermögen, Zukünftige Vermögensverteilung abhängig von Immobilienpreisentwicklung und Baseler Experten schlagen Prüfung einer Besteuerung der Veräußerungsgewinne auch bei privat genutzten Immobilien und eine Entlastung bei Erbschaftbesteuerung vor.

Schüssler, Reinhard (2015): Warum gibt es viel mehr Armutsgefährdete als Bezieher von Grundsicherungsleistungen? *Wirtschaftsdienst*, 95, 556-562.

Abstract: Armut ist ein weiter Begriff. Die Kriterien, wann Armut anfängt, sind durchaus umstritten. So erhalten in Deutschland gut 9% der Bevölkerung Grundsicherungsleistungen, nach den EU-weit einheitlichen Laeken-Indikatoren sind aber über 20% armutsgefährdet. Ein Blick auf die jeweiligen Berechnungsmethoden erklärt die großen Unterschiede. Zur Berechnung der Armutsgefährdeten und als Indikator zur Steuerung der Armutspolitik sollten daher die dem nationalen Grundsicherungssystem impliziten Äquivalenzziffern ergänzend verwendet werden.

Schüssler, Reinhard (2015): Sozialrechtliche RegelbedarfsleistungenG – Kritik und Reformbedarf. *Wirtschaftsdienst*, 95, 63–67.

Abstract: Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 die sozialrechtlichen Regelbedarfsleistungen für verfassungswidrig erklärt und Nachbesserungen gefordert. Im Juli 2014 hat nun das Bundesverfassungsgericht die eingeleiteten Maßnahmen als gerade noch verfassungsgemäß bewertet. Um aktuell die Regelbedarfsleistungen auf Grundlage der neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe verfassungsgemäß zu berechnen, werden konkrete Vorschläge gemacht.

Schwarze, J. (2003): *Familienbezogenes Einkommensmonitoring. Konzepte und Daten*. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.

Abstract: Diese Expertise ist eine Vorstudie zu den theoretischen und empirischen Anforderungen sowie den Möglichkeiten eines familienbezogenen Einkommensmonitoring. Zunächst werden grundlegende Überlegungen zur Entwicklung eines tragfähigen Einkommenskonzepts angestellt, das verschiedene Anforderungen erfüllen sollte. Anschließend werden die für Deutschland verfügbaren Mikrodaten für Haushalte und Personen vorgestellt und im Hinblick auf die skizzierten Anforderungen geprüft und verglichen. Insbesondere die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) kommen als Datengrundlage für ein familienbezogenes Monitoring in Frage. Beide Datensätze bieten die Möglichkeit einer differenzierten Analyse von Einkommenskomponenten auf verschiedenen Ebenen. Beide Datensätze haben aber auch Vor- und Nachteile. Allerdings spricht für das SOEP, dass es sich um eine laufende, jährliche Erhebung handelt, mit der zudem auch die Dynamik der Einkommensverteilung analysiert werden kann.

Semrau, P. und Stubig, H. (1999): Armut im Lichte unterschiedlicher Messkonzepte. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 83, 324–337.

Abstract: Mit dem vorliegenden Beitrag soll verdeutlicht werden, welche Spannbreite Messkonzepte von Armut zulassen, die sich auf die vom Ministerrat der Europäischen Union festgelegte Definition von relativer Armut berufen. Anhand von Daten der amtlichen Statistik wird untersucht, inwieweit Ausmaß und Umfang von Einkommensarmut durch die Variation von im Vorfeld von Armutsberechnungen zu treffenden Annahmen und Wertungen beeinflusst werden. Es werden Aspekte herausgearbeitet, die einen sachgerechteren Umgang mit Statistiken nahelegen, auf mögliche Fehlinterpretationen hinweisen und zu einer Versachlichung der sozialpolitischen Diskussion beitragen.

Sinner-Bartels, B. (1998): Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern spürbar verbessert: erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, 12, 583–587.

Abstract: Die Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern kann als ein Indikator für den Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise herangezogen werden. Sie liefert zudem Hinweise für Absatzpotentiale und zeigt Sättigungstendenzen auf einzelnen Gütermärkten auf. Datenmaterial zu diesen Fragestellungen stellt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zur Verfügung, eine Erhebung, die in fünfjährigem Turnus, auf freiwilliger Basis bei privaten Haushalten durchgeführt wird. Aus den vorliegenden Ergebnissen der Einführungsinterviews aus dem Jahr 1998 geht klar hervor, dass sich insgesamt gesehen die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern seit 1993 sowohl bei den Fahrzeugen, den elektrischen Haushaltsgeräten, im Bereich der Unterhaltungselektronik sowie bei Personalcomputern und Geräten der Nachrichtenübermittlung in weiten Bereichen nochmals spürbar verbessert hat.

Sommer, M. (2005): *Trends in German households' portfolio behavior – assessing the importance of age- and cohort effects*. MEA Discussion Paper 082-05. Mannheim: MEA - Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.

[URL:http://www.mea.uni-mannheim.de/uploads/user_mea_discussionpapers/l26bvl6jjpuuky7f_82-2005.pdf](http://www.mea.uni-mannheim.de/uploads/user_mea_discussionpapers/l26bvl6jjpuuky7f_82-2005.pdf)

Abstract: We start out from a comparison of aggregate trends in German households' portfolio shares and participation rates as they derive from micro data and from the National Accounts. We find the broad trends supported by both data sources. By international comparison the portfolio share of safe investments with banks in Germany has always been high. It is continuously and strongly declining though. Life insurance has gained substantial importance since the 1960s. In the 1990s it lost some of its previous dominance with the rise of stocks and mutual funds. We find that the popularity of mutual funds continued through the stock market downturn. The *baisse* caused rather few investors to finally quit on direct investments in the stock market. Looking at the underlying developments at the age- and cohort-level, we aim to compare empirical life-cycle trajectories with the implications of theoretical models and assess the importance of age- and cohort-effects in the observed aggregate trends. We find the rising importance of securities as well as the declining share of saving accounts to be prominent at almost all ages. We observe a declining importance of life insurance for the oldest cohorts and – somewhat surprisingly – for the youngest cohorts. Last, we use a decomposition of the observed trends into age- and cohort-effects and highlight the crucial assumptions that there is a unique age-profile and cohort differences all take the form of shifts to this age-profile. We argue that both assumptions might well be at odds with theoretical considerations and therefore harm the desired interpretation.

Sommer, M. (2008): *Fiskalische Auswirkungen einer Erweiterung des Förderrahmens von Riesterrenten*. MEA Discussion Paper 07122.

[URL:http://www.mea.uni-mannheim.de/mea_neu/pages/files/nopage_pubs/mkv4qomhgfn7wkfc_wp122_07_neu.pdf](http://www.mea.uni-mannheim.de/mea_neu/pages/files/nopage_pubs/mkv4qomhgfn7wkfc_wp122_07_neu.pdf)

Abstract: Die Riester-Rente ist nach der zunehmenden Etablierung als Altersvorsorgeprodukt wieder in der politischen Debatte. Konkret diskutiert wird zum einen eine Ausweitung des förderfähigen Personenkreises bis hin zur Variante einer allgemeinen staatlich geförderten privaten Altersvorsorge. Zum anderen erweist sich die Begrenzung des Sonderausgabenabzugs als zunehmend fragwürdig, da sie die Riester-Förderung drastisch reduzieren wird. Wir leisten einen Beitrag zur aktuellen Diskussion, indem wir verschiedene Ausweitungen des förderfähigen Personenkreises modellieren und die Auswirkungen der mangelnden Indexierung des Sonderausgabenabzugs auf die Fördersituation darstellen. Im Zentrum steht die Quantifizierung der fiskalischen Auswirkungen für verschiedene Reformszenarien.

Sommer, M. (2008): *Understanding the trends in income, consumption and wealth inequality and how important are life-cycle effects?* MEA Discussion Paper 160-08. Mannheim: MEA - Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.

[URL:http://www.mea.uni-mannheim.de/uploads/user_mea_discussionpapers/8i5cylkqz6a29pbm_160-08.pdf](http://www.mea.uni-mannheim.de/uploads/user_mea_discussionpapers/8i5cylkqz6a29pbm_160-08.pdf)

Abstract: Rising inequality in income, wealth and consumption has received a good deal of public attention in the past years. At the same time, also macroeconomists are more and more interested in inequality as they have expanded their models to incorporate heterogeneity in the household sector. We supply these models with empirical benchmarks for their calibration and contribute to the understanding of the reasons underlying the trends in inequality. Specifically, we employ a variance decomposition and estimate life-cycle profiles of inequality in income, consumption and wealth based on two measures of inequality. We deepen the discussion on wealth inequality by evaluating the relative importance of savings, portfolio choice and inheritances for the accumulation of wealth. To do so, we project active and pas-

sive savings based on the observed saving and investment behavior of synthetic cohorts from the German Income and Expenditure Survey (EVS).

Sommer, M. (2009): *Aspects of savings, wealth, portfolio choice, and inequality in the life-cycles of German households*. Dissertation Universität Mannheim. Universität Mannheim.

URL: <http://madoc.bib.uni-mannheim.de/madoc/volltexte/2010/2543/>

Abstract: The first chapter investigates life-cycle saving behavior with a focus on the elderly, who are frequently found to continue saving after retirement. We test the reliability of this evidence, as it is in many cases based on repeated cross-sectional data, where we cannot directly control the stability of the sample. In fact, differential mortality or differential sampling success may lead to biased age trajectories in savings and wealth. Exploiting a characteristic of the German pension system, we find evidence for differential mortality with respect to permanent income in the German Income and Expenditure Survey (EVS) – thereby confirming previous studies. Correcting the age-trajectories of savings and wealth for the resulting sample bias, we do not find evidence supporting the hypothesis that the German savings puzzle may be a statistical artifact resulting from the use of a synthetic panel.

The second chapter analyses historical trends in household portfolio choice and investigates the importance of age-, cohort- and time-effects. We show based on a range of cohort-analyses, that all three effects matter in the context of household portfolios. In the following, we focus on the age-pattern of the different portfolio components and find them in line with what we would expect given the savings motives which we would attribute to the respective assets. Apart from the empirical results, we highlight methodological issues around the estimation of life-cycle profiles. The plain assumption that there is a common life-cycle pattern may be false. Cohorts must be expected to differ in preferences, expectations, and initial endowments. Further, the institutional environment may change. Each of these factors may change the shape of the life-cycle profile across cohorts. Hence, the assumption of an unchanged age-profile may lead to biased results. We thus recommend the use of plain cohort-analyses which also convey substantially more information about the changing nature of life-cycle profiles. In chapter three, we examine in detail the determinants of the demand for life-insurance products. Their capacity to satisfy a wide range of saving motives should provide important insights beyond the demand for life insurance itself. Cross-sectional and time variation in the tax treatment towards life-insurance allows a dedicated focus on the importance of tax-effects. The tax exemption for interest earned in a long-run life-insurance contract turns out a distinct investment motive. The possibility to deduct contributions from taxable income, however, turns out ineffective. Further, we find overall supportive evidence for the old-age saving motive. The wish to provide for ones dependents is associated with higher investments in products with a term-life component. Our results imply that the cutbacks in the public pension system and the recent reform of the tax incentive scheme should promote annuity insurance products at the disadvantage of whole life insurance products.

The fourth chapter is dedicated to the analysis of inequality in a life-cycle context. Over the last 25 years, Germany has experienced little growth in income and consumption inequality, whereas wealth inequality has grown significantly. Decomposing these trends we illustrate the influence of the German Reunification and the trend towards smaller households. Next, we look at the evolution of in inequality over age and find ambiguous results for income and wealth and a clear upward trend in consumption inequality over age. Finally, we further investigate the drivers behind wealth inequality. Active savings contribute the lion's share of wealth growth in Germany. Passive savings, by contrast, have mostly caused wealth reductions. The reasons are the conservative asset allocation of financial wealth, as well as the poor performance of real estate wealth. The predominance of active savings for wealth growth implies a strong interdependence between the distributions of wealth and income in Germany. The concluding chapter documents all imputation and harmonization work which was involved in the preparation of the EVS data. We make two important conceptual contributions: First, we suggest an improved imputation approach for the EVS wealth data which ensures a better preservation of the variation within the imputed variables and the interdependencies between variables. Second, we assess the possible influence of structural changes to the EVS

sample on life-cycle analyses, specifically the switch from an annual to a quarterly household diary and the changing sampling threshold with respect to income.

Späth, Jochen und Schmid, Kai Daniel (2016): *The distribution of household savings in Germany*. IMK Study.

Abstract: Savings are, apart from inheritances and transfers, the corner stone for the accumulation of wealth. Against the background of rising economic inequality in industrialized countries and the ongoing assessment of its root causes, analyses of the distribution of savings along the income and wealth distribution are of high interest for the question on whether mutual stimulation between income flows and wealth stocks contributes to rising inequality. We analyze the extent of the concentration of household savings in Germany by estimating saving amounts, saving rates and shares in aggregate savings for different classes of household income and household wealth in Germany. Our calculations are based on the Sample Survey of Household Income and Expenditure (in German: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe - EVS), a large sample containing more than 40,000 households in Germany. We show that the concentration of savings in Germany is substantial, as in 2013 the top income decile's share in aggregate savings amounts to about 60 percent, whereas the lower half of the income distribution actually does not save at all. Conditional on the distribution of wealth the concentration of savings is somewhat less pronounced, but still apparent. Over the years 2003 till 2013 we find an increase of the concentration of household savings across the income and wealth distribution. Finally, based on a set of assumptions, we look beyond the top income threshold underlying the EVS dataset (18,000 euros of monthly net household income) in order to estimate bias-corrected saving rates for the top income groups which are considerably higher than those that can be calculated with our data set alone. Using these corrected saving rates as input parameters for a macro simulation of the distribution of household incomes and savings we find that the aggregate saving rate increases by two to three percentage points compared to the estimate based on EVS data alone. Also, the top decile and percentile groups' shares in aggregate savings are substantially higher compared to the estimates solely based on EVS data.

Spies, V. (1992): Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen. Revidierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Jahre 1972 bis 1991. *Wirtschaft und Statistik*, 418-430.

Statistisches Bundesamt (1968): *Aufgabe, Methode und Durchführung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63*. Fachserie M: Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen. Reihe 18, Heft 6/1962/63. Stuttgart und Mainz: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2003): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2003*. Fachserie 15, Heft 1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2003/Ausstattung_privater_Haushalte_mit_langlebigen_Gebrauchsguetern.pdf

Statistisches Bundesamt (2003): *Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:http://www.hus-neumuenster.com/pdf/evs/2003/Ausstattung_und_Wohnsituation_privater_Haushalte.pdf

Statistisches Bundesamt (2004): *Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnik, Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 und 2003*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2004): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Geldvermögensbestände und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte 2003*. Fachserie 15, Heft 2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2003/Geldvermoegensbestaende_und_Konsumentenkreditschulden_privater_Haushalte.pdf

Statistisches Bundesamt (2005): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: Aufgabe, Methode und Durchführung der EVS 2003*. Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Heft 7. Wiesbaden: Metzler-Pöschel.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/EVS_AufgabeMethodeDurchfuehrung2152607039004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Alle fünf Jahre werden in Deutschland private Haushalte durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zu ihren Einnahmen und Ausgaben, zur Vermögensbildung, zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern und zur Wohnsituation befragt. Das Ziel dieser Primärstatistik besteht darin, die wirtschaftliche und soziale Lage der privaten Haushalte in Deutschland aus dem Blickwinkel der Einkommensverteilung und -verwendung wirklichkeitsgetreu zu erfassen und darzustellen. Rechtsgrundlage für die Erhebung ist das Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 708-6, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294), in Verbindung mit Artikel 2 der Verordnung vom 26. März 1991 (BGBl. I S. 846) und dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322). Erhoben werden Angaben zu § 2 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Die Erteilung der Auskunft ist nach § 4 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Satz 1 BStatG freiwillig. Die EVS 2003 ist die neunte Erhebung dieser Art, nach den Erhebungen der Jahre 1962/63, 1969, 1973, 1978, 1983, 1988, 1993 und 1998. Die methodische Konzeption der EVS 2003 sowie gegenüber der EVS 1998 vorgenommene Modifikationen werden in der vorliegenden Veröffentlichung ausführlich beschrieben.

Statistisches Bundesamt (2005): *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. Qualitätsbericht*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/EinkommenKonsumLebensbedingungen/WirtschaftsrechnEVS.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2005): *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Qualitätsbericht*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/EinkommenKonsumLebensbedingungen/WirtschaftsrechnEVS03.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2006): *Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren*. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/EVS_NahrungsmittelTabakwaren2152603039004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Das vorliegende Heft enthält als Ergebnisse des Feinaufzeichnungsheftes der EVS 2003 die Darstellung der Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von 12 072 Haushalten, die jeweils auf die Grundgesamtheit von 38,1 Mill. Haushalten hochgerechnet wurden. Über die in dieser Fachserie dargestellten Tabellen hinaus können weitere Tabellen über den zentralen Aus-

kunftsdienst der Gruppe „Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte und Zeitbudgets“ des Statistischen Bundesamtes (siehe Impressum) angefordert werden.

Statistisches Bundesamt (2006): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2003*. Fachserie 15, Heft 3. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2003/Aufwendungen_privater_Haushalte_fuer_Nahrungsmittel_Getraenke_und_Tabakwaren.pdf

Statistisches Bundesamt (2006): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Konsum 2003*. Fachserie 15, Heft 5. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2003/Einkommens_und_Verbrauchsstichprobe_2003_Aufwendungen_privater_Haushalte_fuer_den_privaten_Konsum.pdf

Statistisches Bundesamt (2006): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einkommensverteilung in Deutschland 2003*. Fachserie 15, Heft 6. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2003/Einkommens_und_Verbrauchsstichprobe_Einkommensverteilung_in_Deutschland.pdf

Statistisches Bundesamt (2007): *Einkommensverteilung in Deutschland*. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2007): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2003*. Fachserie 15, Heft 4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2003/Einkommens_und_Verbrauchsstichprobe_2003_Einnahmen_und_Ausgaben_privater_Haushalte.pdf

Statistisches Bundesamt (2008): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern*. Fachserie 15, Heft 1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/EVS_AusstattungprivaterHaushalte2152601089004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Darstellung des Ausstattungsgrades und Ausstattungsbestandes privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern. Die Ergebnisse basieren auf den in den Allgemeinen Angaben im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 gemachten Angaben

Statistisches Bundesamt (2008): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern 2002-2007*. Fachserie 15, Reihe 2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LfdWirtschaftsrechnungen/AusstattungprivaterHaushalte2150200077004.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2009): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte 2008*. Fachserie 15, Heft 2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:[http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2008/Geld und Immobilienvermoegen sowie Schulden privater Haushalte 1998 bis 2008.pdf](http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2008/Geld_und_Immobilienvermoegen_sowie_Schulden_privater_Haushalte_1998_bis_2008.pdf)

Statistisches Bundesamt (2009): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Haus und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte 2008*. Fachserie 15, Sonderheft 1. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:[http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2008/Haus und Grundbesitz sowie Wohnverhaeltnisse privater Haushalte.pdf](http://www.hus-neumuens-ter.com/pdf/evs/2008/Haus_und_Grundbesitz_sowie_Wohnverhaeltnisse_privater_Haushalte.pdf)

Statistisches Bundesamt (2010): *Wirtschaftsrechnungen. Einkommens und Verbrauchsstichprobe. Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte*. Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/EVS_GeldImmobilienvermoegenSchulden2152602089004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Die Publikation enthält Ergebnisse zu den Geldvermögensbeständen, zu Konsumenten- und Ausbildungskrediten, zu Haus- und Grundbesitz sowie zu Guthaben bei Lebensversicherung privater Haushalte.

Statistisches Bundesamt (2010): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2008*. Fachserie 15, Heft 4. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/EVS_EinnahmenAusgabenprivaterHaushalte2152604089004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Die Publikation enthält Ergebnisse zu den Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte. Die Ergebnisse basieren auf den im Haushaltsbuch im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 gemachten Angaben.

Statistisches Bundesamt (2010): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Konsum*. Fachserie 15, Heft 5. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/EVS_AufwendungsprivaterHaushalte2152605089004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Heft 5 enthält Ergebnisse zu den Konsumausgaben privater Haushalte in Deutschland. Die Ergebnisse basieren auf den im Haushaltsbuch der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 gemachten Angaben.

Statistisches Bundesamt (2010): *Wo bleibt mein Geld? Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 8. Dezember 2010 in Berlin*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

URL:https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2010/evs/pressebrochure_evs.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Wie hoch sind die Einkommen und Einnahmen der privaten Haushalte in Deutsch-

land? Aus welchen Quellen beziehen die Haushalte ihre Einnahmen? Wofür verwenden die Haushalte ihr Geld? In welcher Höhe sind die Haushalte mit Abgaben an den Staat belastet? Inwieweit unterscheiden sich die Einkommens- und Ausgabenverwendungsmuster von Alleinlebenden und Alleinerziehenden sowie von Paaren ohne Kind und Paaren mit Kind(-ern)? Diese und weitere Fragen können mit den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) beantwortet werden. Die nun vorliegenden EVS-Ergebnisse des Jahres 2008 beziehen sich auf die Zeit vor der Wirtschaftskrise. Auch wenn die Wirtschaftskrise im Herbst 2008 bereits ihren Anfang nahm, waren Einnahmesituation und Konsumverhalten der privaten Haushalte im Jahr 2008 noch nicht erkennbar beeinflusst. Insbesondere in ihrem Ausgabenverhalten reagieren die privaten Haushalte erst mit einiger zeitlicher Verzögerung auf geänderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Statistisches Bundesamt (2011): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 2008*. Fachserie 15, Heft 3. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/EVS_NahrungsmittelTabakwaren2152603089004.pdf?__blob=publicationFile

Abstract: Darstellung der Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren als Ergebnis der im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 im Feinanschreibungsheft gemachten Angaben

Statistisches Bundesamt (2012): *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008. Qualitätsbericht*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/EinkommenKonsumLebensbedingungen/WirtschaftsrechnEVS08.pdf?__blob=publicationFile

Statistisches Bundesamt (2012): *Wirtschaftsrechnungen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einkommensverteilung in Deutschland 2008*. Fachserie 15, Heft 6. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
URL:https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenVerbrauch/Einkommensverteilung2152606089004.pdf;jsessionid=5E0C2CF0A5E94413E45162D8795AFEC5.cae2?__blob=publicationFile

Abstract: In Heft 6 werden detaillierte Ergebnisse zur Einkommensverteilung in Deutschland veröffentlicht, die auf den Auswertungen des Erhebungsteils „Haushaltsbuch“ beruhen. Die Ergebnisse aus der Befragung der 55 110 Stichprobenhaushalte wurden auf die Grundgesamtheit von 39,4 Mill. privaten Haushalten in Deutschland hochgerechnet. In den Stichprobenhaushalten lebten insgesamt 125 714 Personen, die auf die Grundgesamtheit von 81,2 Mill. Personen hochgerechnet wurden. Haushaltsnettoeinkommen über 18 000 Euro im Monat sind in der vorliegenden Publikation nicht ausgewiesen (Abschneidegrenze), da sich nicht genügend Haushalte mit so hohem Einkommen an der EVS beteiligen. Die Darstellung der Einkommensverteilung in Deutschland erfolgt sowohl haushaltsbezogen als auch personenbezogen. Dieses Heft enthält sowohl traditionelle Verteilungsparameter wie Dezile und den Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung als auch Armuts- und Reichtumsindikatoren, die nach EUweit gebräuchlicher Methode auf der Grundlage sogenannter Nettoäquivalenzeinkommen ermittelt wurden

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2007): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder: Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse (Ausgabe 2007)*. Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.
URL: http://www.statistik-bw.de/Arbeitskreis_VGR/brochure.pdf

Abstract: Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indika-

toren auch für die Länder zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gegründet. Die Ergebnisse der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unverzichtbare Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext. Die vorliegende, gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die durchaus komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher und leicht verständlicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer.

Stauder, J. und Hüning, W. (2004): *Die Messung von Äquivalenzeinkommen und Armutsquoten auf der Basis des Mikrozensus*. Statistische Analysen und Studien NRW, Band 13.

Abstract: In der Forschungsliteratur wird der Mikrozensus immer wieder für untauglich erklärt, um die Einkommensverteilung und insbesondere relative Einkommensarmut zu analysieren. Zum einen wird die Erhebung des Haushaltsnettoeinkommens in Klassen bemängelt, zum anderen die pauschale Erfragung des Einkommens, da hierdurch kleinere Einkommensbestandteile vergessen werden können. Im Rahmen dieses Beitrages werden vergleichende Analysen zwischen den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und des Mikrozensus (MZ) 1998 angestellt um zu überprüfen, inwieweit sich die am Mikrozensus kritisierten Aspekte auf die Berechnung von Maßzahlen der zentralen Tendenz, der relativen Einkommensverteilung und der relativen Einkommensarmut auswirken. Im Ergebnis lassen sich die Unterschiede zwischen einer pauschalen Selbsteinstufung (MZ) und einer Feinanschreibung des Haushaltsnettoeinkommens im Haushaltsbuch (EVS) auf die Vernachlässigung einiger unregelmäßiger bzw. nachrangiger Einkommensbestandteile zurückführen. Dies hat starke Auswirkungen auf die Berechnung von durchschnittlichen Haushaltseinkommen. Da diese jedoch in erster Linie zu Niveauunterschieden führen, ergeben sich keine ernstzunehmenden Abweichungen in der relativen Einkommensverteilung. Aus den Ergebnissen wird geschlossen, dass Analysen der relativen Einkommensverteilung und der relativen Einkommensarmut auf der Basis des Mikrozensus sehr wohl mit hinreichender Genauigkeit durchgeführt werden können, sofern geeignete Berechnungsverfahren zu Grunde gelegt werden. Dies gilt - mit einiger Vorsicht - auch für den Vergleich von Subpopulationen. Das Niveau der Einkommen fällt allerdings im Vergleich zur EVS zu niedrig aus. Nur hinreichend große Unterschiede zwischen Armutsquoten sollten wirklich als Unterschiede interpretiert werden.

Stein, H. (2001): Trend zu abnehmender Konzentration der Vermögen scheint gestoppt; Analysen zur Vermögensverteilung in Deutschland. *ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 25, 1-4.

Abstract: Das Ziel dieses Beitrages ist es, die Entwicklung der Vermögensverteilung vor dem Hintergrund wieder zunehmender Ungleichheit in anderen Ländern zu untersuchen. Seit kurzem stehen die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS 1998) der Wissenschaft zur Verfügung, mit denen eine aktuelle Analyse der Vermögensverteilung in der BRD ermöglicht wird. In der alle fünf Jahre vom Statistischen Bundesamt durchgeführten EVS werden private Haushalte zu ihrer Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögenssituation befragt. Für die hier vorgenommene Analyse wird eine anonymisierte 80%-Stichprobe verwendet. Hierbei ist zu beachten, dass Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 35.000 DM im Datensatz der EVS 1998 nicht ausgewiesen werden. Da also sehr reiche Haushalte nicht in die Analyse einbezogen werden können, ist die tatsächliche Ungleichheit in Deutschland noch größer als die folgenden Ergebnisse dokumentieren. In der Untersuchung ist erkennbar geworden, dass das Vermögen in der BRD sehr ungleich verteilt ist. Dies betrifft sowohl das Nettogeldvermögen als auch das Nettoimmobilienvermögen, wobei jedoch für letz-

teres ein besonders hohes Maß an Disparität festgestellt werden konnte. Die in anderen Ländern beobachtete Entwicklung der Trendumkehr weg von einer gleichmäßigeren hin zu einer ungleichmäßigeren Verteilung der Vermögen scheint sich zumindest auch für Westdeutschland anzudeuten. Inwieweit diese Entwicklung einem langfristigen Trend entspricht, werden die folgenden Jahre zeigen. Betrachtet man die gesamte Entwicklung zwischen 1993 und 1998, so ist nur in Ostdeutschland eine abnehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung zu beobachten, die auf eine stark steigende Eigentümerquote zurückzuführen ist.

Stein, H. (2002): *Die Entwicklung des aggregierten Privatvermögens und seine Verteilung in Deutschland seit 1970*. Frankfurt/Main.

Abstract: Ziel des vorliegenden Artikels ist es, die Entwicklung des aggregierten Vermögens privater Haushalte seit 1970 aufzuzeigen und die Verteilung des Nettovermögens innerhalb der Haushalte zu untersuchen, um der Frage nachzugehen, ob es in den letzten 30 Jahren eine Tendenz zu einer eher gleichmäßigeren oder ungleichmäßigeren Vermögensverteilung im Haushaltssektor gekommen ist. Die vorliegende Untersuchung des Vermögens privater Haushalte als ein möglicher Indikator für den Wohlstand einer Gesellschaft hat für die BRD sowohl für die makroökonomischen Resultate der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank als auch für die mikroökonomischen Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben einen starken Anstieg der Vermögen seit 1970 gezeigt. Allerdings werden wesentliche Unterschiede im Aussagegehalt der einzelnen Datensätze deutlich. Insgesamt lässt sich eine hohe Übereinstimmung der Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland feststellen, was nur als erstaunlich bezeichnet werden kann, wenn man bedenkt, daß beide Landesteile 40 Jahre unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Leitbildern gefolgt sind.

Stein, H. (2002): *The Development of Aggregate Private Wealth and its Distribution in Germany since 1970*. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: The wealth of private households is one possible indicator for the prosperity of a society and its individual members. However the prosperity of societies is primarily based on income. Three characteristics of income can be put forward the reasons for this: First income can be used directly as a flow variable to cover essential needs. Secondly, income is a quantity which can be determined more simply than other indicators that also affect the prosperity of a society. And thirdly, income is a variable for which a relatively large number of data surveys exist. The objective of the paper presented here is to show the trends in the aggregated wealth of private households in Germany since 1970 on the basis of two independent data sources. Furthermore, the distribution of net wealth within the households is to be examined, in order to investigate the question of whether there has been a tendency in the past thirty years toward a more even, or, rather, a more uneven distribution of wealth in the household sector in Germany.

Stein, H. (2002): *Die Entwicklung des aggregierten Privatvermögens und seine Verteilung in Deutschland seit 1970*. EVS-Projekt. Frankfurt/Main: Institut für VWL.

Abstract: Das im Rahmen der hier vorgestellten Analyse behandelte Vermögen einer Gesellschaft auf der Ebene von Privathaushalten und insbesondere seine Verteilung kann in diesem Zusammenhang jedoch ergänzende Informationen liefern. Denn ein vorhandenes Vermögen als Bestandsgröße könnte in vielen Fällen veräußert werden und somit als Einkommen bzw. Einkommensersatz dienen, falls die Notwendigkeit zur Abdeckung von Bedarfssituationen besteht. Somit stellt das Vermögen eine zusätzliche potentielle Dispositionskraft dar. Ziel des hier vorliegenden Beitrages ist es, die Entwicklung des aggregierten Vermögens privater Haushalte in Deutschland anhand von zwei unabhängigen Datenquellen seit 1970 aufzuzeigen. Weiterhin soll die Verteilung des Nettovermögens innerhalb der Haushalte untersucht werden, um der Frage nachzugehen, ob es in den letzten 30 Jahren eine Tendenz zu einer eher gleichmäßigeren oder ungleichmäßigeren Vermögensverteilung im Haushaltssektor in Deutschland gegeben hat.

Stein, H. (2004): *Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983–1998*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Gestützt durch umfassende Auswertungen empirischer Daten von 15 Jahren zeichnet der Autor ein Bild der Vermögensentwicklung und -verteilung für den gesamten Haushaltssektor sowie für verschiedene sozio-ökonomische Teilgruppen. Er analysiert die Einflussfaktoren auf die Ersparnishöhe und die Vermögensverteilung. Dabei zeigen sich in der Untersuchungsperiode differenzierte Entwicklungstendenzen, wobei die starke Ungleichheit der Vermögensverteilung hervorsticht. Die Lebenszyklushypothese - der zufolge Haushalte älterer Personen ihr Vermögen bis zum Ende ihres Lebens wieder aufbrauchen - kann für Deutschland nicht bestätigt werden.

Stoever, Britta, Drosdowski, Thomas, Lehr, Ulrike, und Wolter, Marc Ingo (2014): *Socioeconomic consumption modelling in an input-output model*. EcoMod.

Abstract: Household specific consumption behavior is of interest for various social and economic problems. The "Poverty Report" of the Federal government of Germany for example uses the information on consumption expenditures by different household types in the context of social participation. Other fields that can be addressed are poverty consumption, sustainable consumption, effects of income redistribution, implications of demographic change etc. These subjects play a major role in the project soeb3 (Sozioökonomische Berichterstattung, Reporting on socioeconomic development, <http://www.soeb.de/en/>) that aims at analyzing the social development in Germany. To quantify the consequences of changes in the household composition the macro-econometric input-output model INFORGE has to be extended by socioeconomic information. This will be done by including a household specific consumption module into the model environment. The paper will describe the methodology, structure and functioning of the consumption module disaggregated by socioeconomic characteristics. The applied method takes into account the availability of data and combines a macroeconomic model with micro-data based information. The socioeconomic consumption module includes 70 consumption purposes and 42 income components from the German Household Budget Survey (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)). The social dimensions are social status linked with household size. Changes in income estimated in the macroeconomic input-output model induce changes in the household specific income composition. These changes affect the households' consumption expenditures. Summing up the newly calculated consumption expenditures by social characteristics the aggregate consumption by purpose can again be reintegrated into the macroeconomic model. The resulting economic consequences can then be traced and quantified. One significant result is the possibility to model complex socioeconomic interactions with limited data availability. The applied method provides the opportunity to integrate socio-economic structures in an economic model environment and thus reveal the inter-related macroeconomic effects of social characteristics. The combination of micro-based and macro data enhance the original model output. Finally, the implications of demographic change, social transformation and/or changes in income can be analyzed.

Strantz, C. (2007): Mehrwertsteuererhöhung 2007: Wie viel müssen Familien zusätzlich ausgeben? *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 11/2007, 7–13.

URL: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Veroeffentl/Monatshefte/essay.asp?eNr=03&txMonth=11&txYear=2007>

Abstract: Zum Jahresbeginn wurde der reguläre Mehrwertsteuersatz von 16 auf 19 % angehoben. Der ermäßigte Steuersatz von 7 % blieb konstant, auch bei den steuerbefreiten Gütern erfolgte keine Änderung. Die individuelle Belastung eines Haushalts durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer dürfte damit von der Struktur seiner Konsumausgaben abhängen. Im Rahmen ihres Forschungsprogramms Familienwissenschaften hat die LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg die Familienforschung (FaFo) Baden-Württemberg mit der Durchführung eines Projekts zur Einkommenssituation und Besteuerung von Familien beauftragt. Ausgewählte Er-

gebnisse zur Mehrwertsteuerbelastung von Familien werden hier vorgestellt. Eine in der politischen Diskussion verbreitete These ist, dass eine Mehrwertsteuererhöhung unsozial und familienpolitisch kontraproduktiv sei, da sie insbesondere einkommensschwache und kinderreiche Familien belaste, die einen großen Anteil ihres Einkommens für den Konsum verwenden. Nach den hier vorgelegten Ergebnissen, denen Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 für Deutschland zugrunde liegen, sinkt mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen die Belastungsrelation der Mehrwertsteuer bezogen auf das verfügbare Einkommen. Die Mehrwertsteuer wirkt regressiv, sowohl bei Familien als auch bei Kinderlosen. Nur geringe Einflüsse auf die Steuerbelastung haben unterschiedliche Haushalts- und Familientypen. Eine generelle Mehrbelastung von Familien in Deutschland ist nicht festzustellen. Auch sind kinderreiche Familien gegenüber Ein- und Zweikindfamilien nicht im Nachteil. Allerdings trifft die Mehrwertsteuererhöhung Alleinerziehende stärker als Paare mit Kindern.

Strengmann-Kuhn, W. (2000): *Niedrige Lohneinkommen: Ein Indiz für prekäre Einkommenssituationen im Haushaltskontext?* in: Schupp, J. Solga H. (Hrsg.): *Niedrig entlohnt = niedrig qualifiziert? Chancen und Risiken des Niedriglohnssektors in Deutschland*. Berlin: DIW Berlin.

Abstract: In diesem Beitrag geht es um die Frage, ob es möglicherweise positive Auswirkungen durch eine Verringerung der Armut von Erwerbstätigen bzw. durch eine Verbesserung der Situation von Personen in prekären Einkommenssituationen geben könnte. Um diese Frage zu beantworten, wird der empirische Zusammenhang zwischen Niedriglöhnen und Armut bzw. prekärer Einkommenssituationen untersucht. Zu Beginn gibt es zunächst eine kurze Darstellung des theoretischen Zusammenhangs zwischen niedrigen individuellen Löhnen und Einkommensarmut, die üblicherweise im Haushaltskontext gemessen wird. Anschließend werden die Daten für die empirische Analyse, das Sozioökonomische Panel (SOEP) und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), beschrieben. Bevor die empirischen Ergebnisse präsentiert werden, wird geklärt, wie die Armut und prekäre Einkommenssituationen auf der einen Seite und Niedriglohn bzw. niedriges Lohneinkommen definiert werden können und wie sie im konkreten Fall gemessen werden. Anschließend wird der empirische Zusammenhang zwischen Niedriglohn und Armut für verschiedene Niedriglohndefinitionen dargestellt. Datengrundlage hier ist das SOEP.

Ströing, Miriam (2015): *I. Reichtum und gesellschaftliche Verantwortung im Kontext sozialwissenschaftlicher Forschung*. S. 19-39 in: *Reichtum und gesellschaftliches Engagement in Deutschland*. Springer.

Abstract: Der einleitend beschriebene gesellschaftliche Wandel resultiert in Überlegungen zu Modellen der Zivil- beziehungsweise Bürgergesellschaft, unter anderem um den diskutierten Anforderungen an die staatliche Steuerungsfähigkeit und die Finanzierung sozialer Leistungen beizukommen. Der „aktivierende Staat“ soll die Bürger anregen, sich aus eigenem Antrieb an der Gesellschaftsgestaltung durch ehrenamtliches Engagement, Bürgerinitiativen oder andere Varianten der Partizipation zu beteiligen.

Stryck, I. (1997): *Kosten von Kindern : die Ermittlung von wohlstandsäquivalenten Einkommensrelationen für Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung*. Frankfurt/Main: Lang.

Abstract: Ziel der Arbeit war es, mit Hilfe eines nachfrageanalytischen Instrumentariums wohlstandsäquivalente Einkommensrelationen für Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung zu ermitteln. Mit Hilfe solcher Einkommensrelationen (Äquivalenzskalen) können die direkten Kosten von Kindern nach Anzahl und Alter differenziert berechnet werden. Dabei ist die Beantwortung der Frage, ob und wie eine Wohlstandsäquivalenz zwischen Haushalten definiert bzw. operationalisiert werden kann, von entscheidender Bedeutung. Als Datengrundlage dienten die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988.

Stuckemeier, A. (2002): *Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Mikrodatenfile*. Universität Lüneburg.

Abstract: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist - gemessen am Erhebungszeitraum und an der Zahl der erhobenen Merkmale - die größte Haushaltsstichprobe im Statistischen Bundesamt. Merkmale wie Einkommen, Vermögen, Ausgaben, Schulden, Ausstattung, Wohnsituation werden in einen engen Gesamtzusammenhang gebracht und für unterschiedlichste Haushaltsformen nachgewiesen. Der Bedarf der Wissenschaft, Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die Beantwortung unterschiedlichster sozialwissenschaftlicher und ökonomischer Fragestellungen zu verwenden, ist entsprechend groß. Mit der Entwicklung von Scientific Use Files für die Wissenschaft ist es gelungen, in geeigneter Form anonymisiertes Datenmaterial für die Wissenschaft bereitzustellen. Diese Mikrodatenfiles stehen sowohl für die EVS 93 als auch für die EVS 98 einem breiten Nutzerkreis für wissenschaftliche Forschungen zur Verfügung.

Sünderhauf, R. (2002): *Zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den neunziger Jahren im Vergleich zu den siebziger Jahren*. Technische Fachhochschule Wildau, Deutschland.

Abstract: Im Jahr 1997 schrieb der „Spiegel“ unter dem Titel „Die gespaltene Gesellschaft“: „Die einen sind arbeitslos, die anderen mehr an der Börse und mit Spitzengehältern ihr Vermögen: Arm und Reich driften in Deutschland auseinander, und in der Mittelschicht wächst die Angst vor dem Absturz - mit gefährlichen Folgen. Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?“ In der vorliegenden Arbeit wird die Frage untersucht, ob die so beschriebene Wahrnehmung der gesellschaftlichen Entwicklung zutreffend ist, ob es nur Einzelfälle sind, die sich vielleicht empirisch belegen lassen oder ob sich anhand vorhandener Daten mit wissenschaftlichen Methoden Veränderungen der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung untersuchen und nachweisen lassen, welchen Einfluss der Staat darauf ausüben kann und welche Ergebnisse die fiskalpolitischen Maßnahmen insbesondere in den neunziger Jahren auf die reale Einkommensverteilung hatten. Betrachtungszeitraum für die Mehrzahl der Analysen ist die Periode von 1973 bis 1998, ein hinreichend langer, historisch interessanter Zeitraum, in dem sich nachhaltige wirtschaftliche und politische Veränderungen vollzogen haben.

T

Teubel, U. (2001): *Road Pricing – effizient- aber unsozial?: Eine theoretische und empirische Analyse der Verteilungswirkungen von Strassenbenutzungsabgaben in Städten*. Frankfurt: Peter Lang Verlag.

Abstract: Die Einführung von Straßenbenutzungsabgaben (Road Pricing) als ein Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in städtischen Ballungsräumen wird in der Verkehrswissenschaft und -politik seit langem diskutiert. Eine dabei bisher eher vernachlässigte Frage ist, wer durch die Einführung von Road Pricing wie stark be- und entlastet wird, die Frage nach den Verteilungswirkungen. In dieser Untersuchung wird der Frage exemplarisch für die Gruppe der Berufspendler nachgegangen. Gestützt auf empirische Daten aus Dresden erfolgen mit Hilfe eines mikrofundierten und ökonometrisch geschätzten Discrete-Choice-Modells umfangreiche Berechnungen zu den Wohlfahrts- und Verteilungswirkungen einer Straßenbenutzungsabgabe für verschiedene Gruppen von Berufspendlern. Ergänzt werden die Berechnungen durch eine Analyse der theoretischen und praktischen Effizienz von Road Pricing-Systemen.

Tews, Kerstin (2014): *Energiearmut – vom politischen Schlagwort zur handlungsleitenden Definition*. S. 441–449 in: Achim Brunnengräber und Maria Rosaria di Nucci (Hrsg.): *Im Hürdenlauf zur Energiewende*. Wiesbaden: Springer.

URL: http://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-06788-5_28

Abstract: Steigende Strompreise stellen die Sozialverträglichkeit der Energiewende infrage – Politik, Wirtschaft und Sozialverbände befürchten eine neue „Energiearmut“ bei einkommensschwachen Bevölkerungsschichten. Wird der Begriff Energiearmut aber handlungsleitend definiert statt politisch instrumentalisiert, kann er helfen, die Energiewende sozialverträglich zu gestalten. Das britische Verständnis von fuel poverty kann dabei als Vorbild dienen.

Thiele, S. (1995): *Vermögen und Schulden privater Haushalte unterer Einkommensgruppen. Eine Datenanalyse mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*. Düsseldorf: Stiftung Der private Haushalt.

Abstract: Besonderes Augenmerk dieser Untersuchung liegt auf den Haushalten unterer Einkommensgruppen, von denen angenommen werden muss, dass sie am wachsenden privaten Reichtum nur wenig partizipieren. Die Untersuchung arbeitet mit Daten der EVS 1988. Die Gründe für die Wahl dieser Datenbasis werden in Kapitel 2 erläutert. Weiterhin werden in diesem Kapitel Definitionen und Abgrenzungen der verwendeten Vermögens- und Schuldenbegriffe vorgestellt. Im 3. Kapitel werden wesentliche Zusammenhänge zwischen Einkommen, Vermögen und Schulden aufgezeigt und die Focussierung auf Haushalte unterer Einkommensgruppen begründet. In Kapitel 4 werden die Vermögens- und Schuldenhöhen sowie deren Strukturen dargestellt während in Kapitel 5 der Frage nachgegangen wird, wie weit ausgewählte Bestimmungsfaktoren die Vermögens- und Schuldensituation determinieren. Die Ergebnisse im 6. Kapitel zeigen dann, dass die 10 vH vermögendsten Haushalte rund 44 vH des gesamten Geldvermögens in Händen halten, während sich die "unteren" 50 vH Haushalte mit rund 10 vH des Vermögens bescheiden müssen.

Thiele, S. (2000): *Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen. Working Paper EWP 0007. Department of Food Economics and Consumption Studies, University of Kiel*. Kiel: Universität Kiel.

Abstract: In der Vergangenheit hat die Ungleichverteilung des Vermögens bundesdeutscher Haushalte kontinuierlich zugenommen. Der Staat ergreift daher eine Reihe von Maßnahmen, um die Ungleichverteilung des Vermögens zu reduzieren. Neben der Förderung des Wohnei-

gentums und des Sparens im allgemeinen fördert der Staat die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen halten im Durchschnitt lediglich 12 % der Haushalte der alten bzw. 3 % der Haushalte der neuen Bundesländer Aktien, d.h. dieser Anteil an Haushalten beteiligt sich bereits freiwillig am Produktivvermögen. Um Beteiligungen in größerem Umfang zu realisieren, müßten folglich hohe Anreize geschaffen werden. Die geringsten Präferenzen Aktien zu bilden, haben Haushalte mit geringem Einkommen, geringer Vermögensstreuung und geringem Vermögen. Die Präferenzen dieser Haushalte sind noch geringer, wenn sich der Wohnsitz in den neuen Bundesländern befindet. Gleichgültig in welcher Form eine höhere Beteiligung der Haushalte am Produktivvermögen erreicht werden soll, ob über eine Schaffung höherer Anreize zur Erhöhung einer freiwilligen Beteiligung oder ob über eine Ausübung von Zwang: wenn nicht entsprechende Differenzierungen eingeschlossen sind, besteht bei politischen Eingriffen die Gefahr, diese Haushaltsgruppen zu benachteiligen.

In diesem Beitrag wird eine ökonometrische Analyse durchgeführt, in der eine Differenzierung nach mehreren Bestimmungsgründen gleichzeitig erfolgt und in der explizit die Haushalte ohne Produktivvermögen in die Analyse einbezogen werden. Es können damit Haushaltsgruppen identifiziert werden, die systematisch geringe bzw. hohe Präferenzen für die Produktivvermögensbildung aufweisen. Hieraus sollen Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen sowie Hinweise zur Ausgestaltung vermögenspolitischer Maßnahmen abgeleitet werden. Datengrundlage bildet die EVS 1993.

Thiele, S. (2000): *Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Vermögens bei der Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen*. Kiel: Universität Kiel.

Abstract: Für die Beurteilung von Verteilungswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen ist die Kenntnis der sozialen Lage privater Haushalte zwingend erforderlich. Zur Bestimmung der sozialen Lage wird im allgemeinen das Kriterium Einkommen herangezogen. Erstmals für die BRD wird in dieser Analyse zusätzlich das Vermögen in Form von Geld-, Grund-, Gebrauchs- und Rentenvermögen berücksichtigt. Es wird gezeigt, dass ein Einbezug des Vermögens deutliche Verschiebungen sozialer Lagen zur Folge haben kann. Dabei kommt insbesondere dem häufig vernachlässigten Rentenvermögen eine hohe Bedeutung zu. Zur empirischen Untermauerung werden im weiteren Haushaltskonstellationen ermittelt, die systematisch gering bzw. hoch mit Vermögen ausgestattet sind. Abgeleitet aus Ansätzen der Theorie der Vermögensbildung wird ein ökonometrisches Modell geschätzt. Grundlage der empirischen Analyse bildet die EVS 1988.

Thiele, S. (2008): Elastizitäten der Nachfrage privater Haushalte nach Nahrungsmitteln - Schätzung eines AIDS auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Agrarwirtschaft*, 57, 258-268.

Abstract: In diesem Beitrag werden aktuelle Ausgaben- und Preiselastizitäten der Nachfrage nach Nahrungsmitteln für Deutschland präsentiert. Den Berechnungen liegt methodisch ein Linear Approximiertes Almost Ideal Demand System (LA/AIDS) zugrunde, welches auf Basis der Querschnittsdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 berechnet wird. Diese Daten zeichnen sich durch eine hohe Repräsentativität aller bundesdeutschen Haushalte sowie eine detaillierte Produkterfassung aus. Den zu berücksichtigenden Aspekten bei der Verwendung von Querschnittsdaten, der mangelnden Preisinformationen sowie der Nullbeobachtungen, wird mittels eines Ansatzes zur Preisbereinigung von COX und WOHLGENANT (1986) sowie eines Verfahrens zur Vermeidung eines Selektivitätsbias nach SHONKWILER und YEN (1999) begegnet. Eine vergleichsweise hohe Ausgabenelastizität zeigt sich für die Gruppe Fleisch/-produkte. Bezüglich der Eigenpreiselastizitäten lassen sich die höchsten Werte bei Fleisch/-produkten und Milch/-produkten feststellen. Innerhalb der Gruppe Fleisch/-produkte weisen insbesondere die Gruppen Rindfleisch sowie sonstiges Fleisch geringe Eigenpreiselastizitäten auf. Die Kreuzpreiselastizitäten deuten eher auf komplementäre als auf substitutive Beziehungen zwischen den Fleischkategorien hin. Ein Vergleich von Elastizitäten differenziert

nach verschiedenen Haushaltsgruppen macht deutlich, dass die Elastizitäten insbesondere bei Fleisch/-produkten zwischen den Haushaltsgruppen differieren.

Thiele, S. (2010): Erhöhung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel: Budget- und Wohlfahrtseffekte für Konsumenten. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 230, 115-130.

Abstract: In der Bundesrepublik Deutschland wurde am 1. Januar 2007 die Mehrwertsteuer von 16% auf 19% angehoben. Der ermäßigte Steuersatz für Lebensmittel in Höhe von 7% wurde beibehalten, wird aber immer wieder diskutiert. Inhalt dieser Diskussionen sind die Verteilungswirkungen zwischen verschiedenen Haushaltsgruppen, die bei einer Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes entstehen würden. Ziel dieser Analyse ist es, die durch eine Mehrwertsteueranhebung bei Lebensmitteln entstehenden Wohlfahrtseffekte für verschiedene Haushaltsgruppen zu quantifizieren. Daneben werden, weil ebenso in der politischen Diskussion bedeutsam, Budgeteffekte berechnet, welche die Ausgaben vor und nach Erhebung der Steuer betrachten. Methodisch liegt dieser Analyse ein Almost Ideal Demand System (AIDS) zugrunde, welches auf Basis von Querschnittsdaten des Jahres 2003 für 11831 bundesdeutsche Haushalte geschätzt wird. Zwei Aspekte müssen bei der Verwendung von Querschnittsdaten berücksichtigt werden: die mangelnde Preisinformation sowie das Vorhandensein von Nullbeobachtungen. Dem ersten wird mittels eines Ansatzes zur Preisbereinigung von Cox und Wohlgenannt (1986) begegnet, dem zweiten mittels eines Verfahrens zur Vermeidung eines Selektivitätsbias nach Shonkwiler und Yen (1999). Die Ergebnisse zeigen, dass Haushalte unterer Einkommen sowie Kinderhaushalte gemessen am Einkommen vergleichsweise höhere Wohlfahrtsverluste realisieren

Taube, F (Hrsg.) Thiele, Silke (2012): *Einführung der Fettsteuer in Dänemark: Welche Effekte wären für Deutschland zu erwarten?* Selbstverlag der Agrar- und Ernährungswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Abstract: Am 1. Oktober vergangenen Jahres hat Dänemark als erstes Land der Welt eine Fettsteuer eingeführt. Die Idee einer solchen Fettsteuer ist es, relativ fettreichere Lebensmittel im Vergleich zu fettärmeren zu verteuern, um damit die ungünstigen Ernährungsgewohnheiten zu verbessern. Ziel ist es, Krankheiten wie z.B. Herz-Kreislauferkrankungen vorzubeugen und auch dem ständig steigenden Übergewicht entgegenzuwirken. Dabei gehört Dänemark gar nicht zu den Ländern mit den höchsten Übergewichtsraten. Laut OECD-Statistik sind in Dänemark 44,6% der Bevölkerung übergewichtig bzw. adipös. Im Vergleich dazu sind es in Deutschland bereits 49,6%. Da Deutschland demnächst die Grenze erreicht, bei der 50% der Bevölkerung übergewichtig ist, kann erwartet werden, dass spätestens dann erneut die Diskussion zu Maßnahmen gegen das Übergewicht aufkommt. In diesem Zusammenhang könnte auch die Fettsteuer diskutiert werden, insbesondere deshalb, weil das Nachbarland Dänemark diese Steuer gerade eingeführt hat.

Thiemann, Andreas (2016): How Does Maternal Pension Wealth Affect Family Old-Age Savings in Germany? *Econstor*.

Abstract: This paper examines how families adjust their private old-age savings in response to a change in individual pension wealth. The regression discontinuity approach exploits two expansions of the child care pension benefit, in 1992 and in 1999, as natural experiments. The empirical analysis is based on three waves of the Survey of Income and Expenditure (EVS): 1998, 2003 and 2008. All results indicate that families do not adjust their private old-age savings in response to the increase in their pension wealth. From a political point of view, this suggests that the increase in individual pension wealth does not crowd-out old-age private savings. Hence, child care pension benefits increase a mother's old-age income without causing negative savings effects.

Thießen, F. und Fischer, C. (2008): Die Höhe der sozialen Mindestsicherung – eine Neuberechnung „bottom up“. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 144-173.

Abstract: The question how much money society should pay to persons without own income (i. e. the social minimum; in Germany called "Regelsatz") has been debated extensively in Germany. A complicated procedure has been developed to derive the social minimum from the typical consumption of average lower income persons. Although the procedure as a whole is not unreasonable, it includes several standardised components which have been the cause of severe criticism and the reason for demands to raise the Regelsatz. The goal of this article is to determine the degree of consistency of the Regelsatz with the aims of the German social security system. We do not use the criticized "official" calculation procedure. Instead we start with the goals society has set to specify the social minimum. As these goals are formulated in an imprecise way we defined a "maximum case" and a "minimum case". Then we deduce two baskets of goods consistent with those goals, respectively the two cases. Finally we determine the prices of all goods in the baskets using the actual cost of products in Germany. We find that the German Regelsatz is about 16 % above the amount consistent with the maximum case and is twice as high as the amount consistent with the minimum case.

Thüringer Landesamt für Statistik (2004): *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Thüringen 2003. Wohnsituation privater Haushalte*. Erfurt: Thüringer Landesamt für Statistik (TLS).

Abstract: Der Band enthält Graphiken und Tabellen zu verschiedenen Aspekten der Wohnsituation in Thüringen, gegliedert nach soziodemographischen Merkmalen.

Tillmann, U. (1990): *Die sozio-ökonomische Entwicklung von Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand im 20. Jahrhundert. Empirische Wirtschaftsforschung, Bd. 7*. Münster: Lit.

Tober, S. (2008): *Belastet die Inflation verschiedene Haushaltstypen in Deutschland unterschiedlich stark? Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Working Paper*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

URL: http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_wp_17_2008.pdf

Abstract: Die Frage, ob es starke Abweichungen bei der Inflationsbelastung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gibt, stellt sich insbesondere dann, wenn sich hohe Preissteigerungsraten auf einzelne Warengruppen konzentrieren, wie dies derzeit bei Nahrungsmitteln und Energie der Fall ist. Eine Untersuchung der Ausgabenstruktur auf Grundlage der Einkommens und Verbrauchsstichprobe 2003 zeigt, dass es zu keinen deutlichen Unterschieden bei den für verschiedene Haushaltstypen berechneten Inflationsraten infolge der jüngsten Steigerung der Nahrungsmittel- und Energiepreise gekommen ist. Eine unterschiedliche Belastung gab es jedoch in dem Sinne, dass Beziehende niedriger Einkommen infolge ihres geringen Vermögens und der hohen Konsumquote ihren Konsum als Reaktion auf eine hohe Teuerungsrate tatsächlich einschränken müssen

U

Unger, R. (2004): *Zielvorstellungen in der Alterssicherung: Konkretisierung, Operationalisierung und Messung als Grundlage für normative Aussagen*. Sonderausgabe DRV Schriften 55 (Bericht vom ersten Workshop des FDZ-RV am 28. und 29. Juni 2004 in Würzburg).

URL: [forschung.deutscherentenversicherung.de/ForschPortalWeb/ressource?key=fdz_HIM_DRV_10_04_FDZAufbau.pdf](https://www.forschung.deutscherentenversicherung.de/ForschPortalWeb/ressource?key=fdz_HIM_DRV_10_04_FDZAufbau.pdf)

Abstract: In den letzten Jahren sind in Deutschland im Rahmen der Alterssicherungspolitik gravierende Änderungen der gesetzlichen Grundlagen, insbesondere in der gesetzlichen Rentenversicherung, vorgenommen worden. Mit der Verabschiedung des Altersvermögensgesetzes (AvmG) und des Altersvermögensergänzungsgesetzes (AVmEG) erfolgte ein Richtungswandel in der Alterssicherungspolitik, in der die private Altersvorsorge durch steuerliche Maßnahmen massiv unterstützt wird, während das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) reduziert wird. Es deutet sich eine Entwicklung an, die langfristig dazu führen könnte, dass die Leistungen der GRV auch für langjährig Versicherte nur noch eine Mindestsicherung darstellen. Die – insbesondere auch längerfristigen – individuellen Auswirkungen durch Änderungen auf der Leistungsseite sind allerdings kaum Gegenstand der politischen Erörterungen, so dass kaum Kenntnisse über das tatsächliche Sicherungsniveau der Rentnergeneration vorhanden. Es ist daher erforderlich, Indikatoren zur Messung des Leistungsniveaus der Alterssicherungssysteme zu haben, um u.a. Hinweise auf die bewusst geschaffene „Sicherungslücke“ zwischen den durch die gesetzliche Rentenversicherung zur Verfügung gestellten Leistungen und dem vom Individuum bzw. Haushalt angestrebten Gesamt-sicherungsniveau zu liefern, und so erforderlichen Handlungsbedarf aufzuzeigen.

V

van Ooyen, Robert Chr und Möllers, Martin HW (2015): *Das Bundesverfassungsgericht und der Sozialstaat* 1. S. 713-733 in: Handbuch Bundesverfassungsgericht im politischen System. Springer.

Abstract: Von politikwissenschaftlichem Interesse ist insbesondere die Frage, in welchen Politikfeldern das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) dem Gesetzgeber einen weiten Gestaltungsspielraum einräumt oder ihm enge Grenzen zieht. Diese Frage wird exemplarisch anhand von sozialstaatlich relevanten Politikfeldern wie der Steuerpolitik, der Familien- und Alterssicherungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialpolitik, insbesondere der Politik der Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums zu beantworten sein. Am Beispiel des sozialen Bundesstaats wird die Frage zu diskutieren sein, inwiefern durch neuere Entscheidungen des BVerfG die Gewichte zwischen dem föderalen Prinzip der Unterschiedlichkeit und dem sozialstaatlichen Prinzip der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse verschoben worden sind. Außerdem wird die Frage zu untersuchen sein, inwieweit das BVerfG angesichts anhaltender Konsolidierungszwänge der öffentlichen Haushalte bestimmte soziale Leistungen und arbeits-, sozial- und tarifrechtliche Regelungen im Kern für schützenswert erklärt.

- Voß, M. (2004): Wer hat wie viel? – Zur Vermögenssituation privater Haushalte in Baden – Württemberg 2003 . *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 9, 38-44.

Abstract: Rein rechnerisch verfügten neun von zehn Haushalten im Land Anfang 2003 über ein Geldvermögen in Höhe von 53 500 Euro. Damit liegt Baden-Württemberg zusammen mit Bayern im Bundesländervergleich vorn. Am liebsten legen die Haushalte ihr Geld immer noch auf das Sparbuch. Erwartungsgemäß waren aber nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße in der Lage, Vermögen zu bilden. Zudem hatte auch jeder achte Haushalt einen Kredit aufgenommen, um sich den Wunsch nach einem Auto, neuen Möbeln oder einer Urlaubsreise zu erfüllen. Diese Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 sind vor allem vor dem Hintergrund des mit der demografischen Entwicklung einhergehenden Bedeutungsgewinns der privaten Altersvorsorge interessant. Wie viel Haushalte werden in Zukunft in der Lage sein, ihre Rente durch eigenes Vermögen aufzustocken? Für die Absicherung im Alter ist ebenso Haus- und Grundbesitz von Bedeutung. Die Verteilung des Grundvermögens wird allerdings an anderer Stelle analysiert werden.

- Voß, M. (2005): Wo bleibt das Geld? Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 3/2005.

URL: www.statistik-bw.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag05_03_01.pdf

Abstract: Die finanzielle Situation der baden-württembergischen Haushalte wird umfassend durch die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) abgebildet. Dazu wird sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabenseite des privaten Haushaltsbudgets betrachtet. Ein Vergleich der Ergebnisse mit denen früherer Einkommens- und Verbrauchsstichproben zeigt die Entwicklung und die Strukturveränderungen der Einnahmen und Ausgaben baden-württembergischer Haushalte im Durchschnitt auf. So finden sich die Ölpreisentwicklung und die Einführung der Ökosteuer im Jahr 1999 in den enormen Steigerungen der Ausgaben für Kraftstoffe und Energie seit 1998 wieder.

- Voß, M. (2006): Preise für Nahrungsmittel ziehen an. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 9/2006.

Abstract: Obwohl die Nahrungsmittel im Ausgabenbudget eines durchschnittlichen Haushalts nicht an erster Stelle stehen, so liegen doch gerade deren Preise und ihre Entwicklung im Zeitablauf im Fokus der Öffentlichkeit. Schon geringe Preissteigerungen zum Beispiel bei Obst und Gemüse vermitteln den Verbraucherinnen und Verbrauchern das Bild immer wieder ansteigender Lebenshaltungskosten. Die Betrachtung der Preisentwicklung verschiedener Lebensmittel über mehrere Jahre zeigt allerdings ein differenzierteres Bild.

W

Walliser, J. und Winter, J. (1999): *Tax Incentives, Bequest Motives and the Demand for Life Insurance: Evidence from Germany*. Mannheim: Sonderforschungsbereich 504.

Abstract: Life insurance, in particular whole life insurance, plays an important role for private saving in Germany. A stylized model of life-cycle behavior would predict that whole life insurance purchases respond to both bequest motives and the tax advantages of life insurance compared with other forms of saving. Using data from the Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, the paper shows that tax advantages and bequest motives indeed have an important impact of life insurance demand in Germany, if the empirical specification explicitly recognizes the censoring of life insurance face values.

Werner, A. (1976): *Die Erfassung der Haushaltsstruktur für die sozialökonomische Beratung und hauswirtschaftliche Regionalanalyse*. Berlin: Duncker & Humblot.

Westerheide, P. und Sasse, B. (2000): *Auswirkungen von Zinsänderungen auf Einkommen und Konsum privater Haushalte*. Karlsruhe.

Abstract: Untersuchungen zum Einfluss von Zinsänderungen auf den privaten Konsum legen zumeist die Schlussfolgerung nahe, dass sich Änderungen des Zinsniveaus nur gering auf den Verbrauch der privaten Haushalte auswirken. Dieses Ergebnis bezieht sich allerdings auf die privaten Haushalte insgesamt und kann somit darauf beruhen, dass sich unterschiedliche Effekte in einzelnen Segmenten dieses Sektors kompensieren. Das ZEW hat daher die Auswirkungen von Zinsänderungen auf Einkommen und Konsum einzelner Haushaltsgruppen.

Westerheide, P. (2001): Einkommens- und Nachfrageeffekte von Zinsänderungen. *Kredit und Kapital* 3/2001, 303-326.

Abstract: Die Konsumeffekte von Zinsänderungen sind auf hoch aggregierter Ebene oft untersucht worden: Resultat ist im allgemeinen, dass Zinsänderungen das Konsumverhalten in nur geringem Umfang direkt beeinflussen. Die entscheidende Einflußgröße für den Konsum ist nach diesen Untersuchungsergebnissen das Einkommen. In dieser Arbeit werden daher die Einkommenseffekte von Zinsänderungen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben für verschiedene Haushaltsgruppen analysiert. Unter der Annahme für das Aggregat aller Haushalte geschätzten Substitutionselastizität werden daraus die Konsumeffekte von Zinsänderungen abgeleitet: Es zeigt sich, dass deutliche Unterschiede in den Zinswirkungen zwischen den betrachteten Haushaltsgruppen auftreten, die sich im Aggregat teilweise kompensieren.

Westerheide, P. (2006): Analyse privater Vermögen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben. *Amtliche Mikrodaten für die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften*, 133-145.

URL:http://www.forschungsdatenzentrum.de/publikationen/veroeffentlichungen/fdz_beitraege_zu_den_nutzerkonferenzen_band_1.pdf

Abstract: Der Beitrag beschreibt wesentliche Charakteristika der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes. Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen die Möglichkeiten, mittels der EVS die Vermögenshöhe, Vermögensstruktur und Vermögensverteilung im Sektor der privaten Haushalte zu analysieren. Thematisiert werden insbesondere Probleme des zeitlichen Vergleichs der EVS-Vermögensdaten. Darüber hinaus werden die Vermögensdaten der EVS mit anderen Datenquellen (Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank, Sozio-oekonomisches Panel) verglichen. Abschließend präsentiert der Beitrag einige Ergebnisse der jüngsten EVS-Erhebung 2003 zu den Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte. Danach verfügten die Haushalte im Durchschnitt über ein ma-

terielles Nettogesamtvermögen (definiert als Summe von Immobilienvermögen und Geldvermögen) von rund 133 000 Euro. Der Median des Nettovermögens lag mit 50 000 Euro allerdings erheblich niedriger. Es zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Während die westdeutschen privaten Haushalte im Durchschnitt über ein Geld- und Immobilienvermögen von rund 149 000 Euro verfügen, umfassen die Vermögen der ostdeutschen Haushalte mit knapp 60 000 Euro im Durchschnitt nur 40 % des Vermögens der westdeutschen Haushalte. Eine Analyse der Vermögensverteilung für Deutschland zeigt eine erhebliche Ungleichverteilung des privaten Vermögens. Die Haushalte in der unteren Hälfte der Vermögensverteilung verfügen über etwas weniger als 4 % des gesamten Nettovermögens, während die 20 % vermögensstärksten Haushalte rund zwei Drittel des gesamten privaten Geld- und Immobilienvermögens auf sich vereinen.

Westerheide, P. (2006): *Anlageverhalten privater Haushalte: Auswirkungen von renditeorientierten Portfolioumschichtungen in der Langfristperspektive*.

URL: ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Kurzbericht_FIDELITY.pdf

Abstract: Das Anlageverhalten deutscher privater Haushalte ist häufig durch einen unter Rendite- und Risikogesichtspunkten suboptimal hohen Anteil an risikoarmen, niedrig verzinslichen Anlageformen gekennzeichnet. Insbesondere bei langen Anlagehorizonten ließe sich vielfach bei nur geringfügiger Erhöhung des Portfoliorisikos eine deutlich höhere Durchschnittsrendite erzielen. Ziel des Projektes ist es, die langfristigen Effekte von renditeorientierten Portfolioumschichtungen auf Durchschnittsrendite und Risiko zu verdeutlichen. Dazu werden zunächst die durchschnittlichen Vermögensstrukturen für eine Reihe verschiedener Haushaltstypen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 des Statistischen Bundesamtes (EVS) herausgearbeitet.

Westermeier, Christian und Grabka, Markus M. (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland. *DIW-Wochenbericht*, 82, 123-133.

Abstract: Analysen zur Vermögensungleichheit auf Basis von Bevölkerungserhebungen untererfassen tendenziell die Top-Vermögenden. Gerade dieser Personenkreis ist aber von besonderer Bedeutung, weil er einen beträchtlichen Teil des Gesamtvermögens besitzt. Offizielle Registerdaten zur Vermögenssituation liegen für Deutschland nicht vor, die Top-Vermögen lassen sich lediglich an Hand von "Reichen-Listen" simulieren. Kombiniert man etwa die Forbes-Liste, die rund 50 Dollar-Milliardäre mit deutscher Staatsbürgerschaft aufweist, mit Befragungsangaben, so erhöht sich im Ergebnis das aggregierte Nettogesamtvermögen aller privaten Haushalte in Deutschland 2012 je nach Szenario um ein Drittel bis etwa 50 Prozent. Auch der Anteil des reichsten ein Prozent (das entspricht rund 400 000 Haushalten) der Bevölkerung am gesamten Nettovermögen steigt dann von rund einem Fünftel auf rund ein Drittel. Der Vermögensanteil der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung erreicht nach der Hinzuschätzung - je nach Szenario - zwischen 63 und 74 Prozent am gesamten Nettovermögen. Diese Hinzuschätzungen sind aber mit hoher Unsicherheit behaftet, die nur durch eine Verbesserung der Datengrundlage verkleinert werden kann.

Wilke, R. (2004): Semiparametric Estimation of Consumption Based Equivalence Scales - The Case of Germany. *Journal of Applied Econometrics*.

Abstract: Consumption based equivalence scales are estimated by applying the extended partially linear model (EPLM) to the 1998 German Income and Consumption Survey (EVS). In this model the equivalence scales are identified from nonlinearities in household demand. The econometric framework should not therefore impose strong restrictions on the functional forms of household expenditure shares. The chosen semiparametric specification meets this requirement. It is flexible, it yields \sqrt{N} -consistent parameter estimates and it is consistent with consumer theory. Estimated equivalence scales are below or in the range of the expert equivalence scales of the German social benefits system.

WSI, INIFES Forschungsgruppe Tondorf (2001): *Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Düsseldorf, Stadtbergen, Berlin: Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Abstract: Bis heute ist die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt in vielen Bereichen noch nicht erreicht. Dies betrifft insbesondere die Verdienst- und Aufstiegschancen von Frauen, die nach wie vor deutlich schlechter sind als die der Männer. Neben Angleichungsprozessen hat es in Deutschland durchaus auch neue Differenzierungen (auch zwischen Frauen) gegeben. Der vorliegende Bericht gibt über diese Entwicklungen zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern detailliert Auskunft, er analysiert die Ursachen und gibt Hinweise auf konkrete Handlungsmöglichkeiten. Der Bericht soll dazu beitragen, die Öffentlichkeit für die andauernde Chancenungleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu sensibilisieren und zielgerichtete Maßnahmen dagegen vorzubereiten. Der Bericht gliedert sich deshalb in zwei Teile: Im Teil I (Kapitel 1 - 3) wird eine empirische Bestandsaufnahme auf Basis vorhandener Datensätze geleistet. Teil II des Berichtes (Kapitel 4 - 8) geht auf den Verursachungszusammenhang der aktuellen Berufs- und Lebenslagen von Frauen und Männern ein und stützt sich dabei insbesondere auf aktuelle Forschungsergebnisse zu den verschiedenen Dimensionen der beruflichen und gesellschaftlichen Situation von Frauen und zu den Geschlechterverhältnissen.

Z

Zeppernick, R. (1986): *Transfer-Einkommen und Einkommensverteilung*. Berlin: Duncker & Humblot.

Zeuch, B. (2001): *Außer-Haus-Verzehr: Eine Analyse der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 unter besonderer Berücksichtigung älterer Menschen*. Universität Kiel.

Zimmermann, G. E. (2000): *Überschuldung privater Haushalte : empirische Analysen und Ergebnisse für die alten Bundesländer. Dissertation. Universität Karlsruhe*. Universität Karlsruhe.

Abstract: Dem Themenkomplex der Überschuldung von Privatpersonen bzw. -haushalten wird in der öffentlichen Diskussion seit wenigen Jahren erhöhte Beachtung zuteil, da die Anzahl der von Überschuldung betroffenen Personen und Haushalte insgesamt und vor allem die Zahl der längerfristigen Fälle in der jüngsten Vergangenheit deutlich zugenommen haben. Nach der letzten vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen Untersuchung gibt es etwa 2,6 Millionen überschuldete Haushalte in Deutschland - und wenig Grund zur Annahme, diese Zahl könnte in absehbarer Zeit wieder deutlich zurückgehen. Vor diesem Hintergrund haben sich der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk der EKD die Aufgabe gestellt, ein statistisches Dokumentationssystem für die Schuldnerberatung der Caritas und der Diakonie zu entwickeln (SB-DOS: SchuldnerBeratungsDOkumentationsSystem). Um aussagekräftige Daten für die aktuelle sozialpolitische Diskussion zu erhalten, wurde in der Zeit von November 1996 bis einschließlich Juni 1997 eine repräsentative Stichprobe bei Beratungsstellen des Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes erhoben. Die vorliegende Studie basiert auf diesen Daten. Zum ersten Mal liegen damit differenzierte Informationen vor über soziodemographische bzw. -strukturelle Merkmale der Schuldner und ihrer Haushalte (Sozialstruktur der Betroffenen im Haushaltszusammenhang), die Lebenslage der Überschuldeten in zentralen Bereichen (Einkommen, Arbeit/ Beruf, Gesundheit, soziale Kontakte, Familie, Ehe, Partnerschaft etc.), die Auslöser und Ursachen der 'Überschuldungskarrieren' im Haushaltskontext, strukturelle Merkmale der Gläubiger (Art, Forderungen, Regulierungen), die Analyse der Beratungsarbeit (Zeitaufwand, Ergebnisse der Beratungsarbeit u. a. m.)

Zimmermann, G. E. (2004): *Wege in die Überschuldung und Ursachen*. S. 117-148 in: *Schulden-Kompass 2004. Empirische Indikatoren der Ver- und Überschuldung in Deutschland*. Wiesbaden: Schufa Holding AG.

Abstract: Die vorliegende Studie basiert auf dem handlungstheoretischen Karrierekonzept, das den Einfluss sozialstruktureller Faktoren auf die Überschuldungskarrieren ebenso berücksichtigt wie institutionelle und individuelle. Bevor Überschuldungskarrieren untersucht werden können, muss jedoch definiert werden, was Überschuldung ist. Im Folgenden wird das Augenmerk auf den ersten Teilbereich der Überschuldungskarrieren gelegt, nämlich auf die Wege in die Überschuldung und deren Ursachen. Die Wege in die Überschuldung können in zeitlicher Abfolge nach folgenden objektiven Ereignissen strukturiert werden: Aufnahme eines Kredites (Verschuldung), erste Zahlungsstörung, fortgesetzte Zahlungsstörungen bis zur Überschuldung und schließlich die Zahlungsunfähigkeit. Gunter E. Zimmermann trifft anhand der Daten des sozioökonomischen Panels (SOEP 2002) und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS 2003) und auf Basis sekundärstatistischer Analysen erstmals repräsentative Aussagen zur Größe und Merkmalsverteilung verschuldeter Personen und Haushalten mit bankmäßigen Krediten. Ermöglicht werden nicht nur repräsentative Aussagen darüber, wie viele Haushalte in Deutschland überschuldet sind, sondern auch eine Quantifizierung derjenigen Haushalte, die sich an der Schwelle zur Überschuldung befinden. Darüber hinaus lässt sich für weiterführende Untersuchungen zu Überschuldungskarrieren ein typisiertes Sozialprofil des überschuldeten Haushalts skizzieren. Dies bietet eine theoretische Grundlage für die Schuldnerberatung und die weitere Ausgestaltung von Präventionsmaßnahmen.

Zimmermann, G. E. (2004): *Aussagekraft der Daten des SOEP sowie der EVS 2003 zur Verschuldung und Überschuldung von Privathaushalten. Materialien zur Familienpolitik. Lebenslagen von Familien und Kindern. Überschuldung privater Haushalte. Expertisen zur Erarbeitung des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung. BMFSFJ. Nr.*

URL:http://www.schuldnerberatung-sh.de/fileadmin/user_upload/Literatur_Studien_SB/BMFSFJ_Materialien_zur_Familienpolitik_19-2004_Ueberschuldung.pdf

Zühlke, S und Hetke, U. (2003): Datenbedarf und Datenzugang: Ergebnisse der ersten Nutzerbefragung des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Landesämter. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 87, 321-334.

Abstract: Um den Zugang der Wissenschaft zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik zu erleichtern, richten die Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt zur Zeit jeweils ein Forschungsdatenzentrum ein. Neben der Bereitstellung der faktisch anonymisierten Datensätzen werden die beiden Forschungsdatenzentren drei weitere Zugangswege anbieten: (1) Nutzung von nicht oder nur formal anonymisierten Mikrodaten für gemeinsame Projekte mit der amtlichen Statistik im Rahmen eines Gastaufenthaltes, (2) Nutzung von faktisch anonymisierten Mikrodaten im Rahmen eines Gastaufenthaltes und (3) Nutzung der kontrollierten Datenfernverarbeitung.

Zühlke, S., Zwick, M., Scharnhorst, S., und Wende, T. (2004): Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. *Berliner Statistik*, 56-61.

URL: www.statistik-berlin.de/aktuell/ms/ms2004/Aufsatz0204b.pdf

Abstract: Dateien, die vor wenigen Jahren noch riesig und kaum handhabbar erschienen, lassen sich heute nahezu problemlos auf einem Standard PC bearbeiten und auswerten. Entsprechend haben sich die Anforderungen der Nutzer insbesondere aus der empirischen Forschung an die amtliche Statistik geändert. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wünschen einen vereinfachten Zugang zu den Mikrodaten der amtlichen Statistik, da nur so der volle Informationsgehalt der erhobenen Statistiken ausgeschöpft werden kann. Um den Mikrodatenzugang zu verbessern und forschungsnah zu gestalten sowie die statistische Geheimhaltung zu gewährleisten, haben die Statistischen Landesämter im Frühjahr 2002 eine Kooperationsvereinbarung zum Aufbau und Betrieb eines Forschungsdatenzentrums (FDZ) der Statistischen Landesämter beschlossen. Gleichzeitig wurden beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Fördermittel für ein Projekt zur Einrichtung eines FDZ beantragt.

ohne Autor

- (2004): Vermögensbildung privater Haushalte: Trotz Wirtschaftsschwäche kein Angstsparen. *BVR Volkswirtschaft Spezial*, 10, 1-23.

Abstract: "BVR Volkswirtschaft special" gibt monatlich volkswirtschaftliche Daten und Zusammenhänge sowie Stellungnahmen des BVR heraus. Der Konjunkturbericht enthält Analysen der monetären und konjunkturellen Situation in Deutschland und den Euro-Ländern sowie Darstellungen der wirtschaftspolitischen Einschätzungen des BVR. In diesem Beitrag liegt der Schwerpunkt auf Vermögensbildung privater Haushalte und bezieht in diesem Zusammenhang Ergebnisse aus der EVS 2003 in die Betrachtungen mit ein.

- (2004): Einkommen und Einkommensentwicklung in brandenburgischen Haushalten. *Daten + Analysen*, 23-26.

Abstract: Für die Ermittlung der privaten Einkommen ist in Deutschland seitens der amtlichen Statistik die Mikrozensus-Erhebung zum Nettohaushaltseinkommen eine wichtige Quelle. Trotz einiger Einschränkungen ist eine Untersuchung zur Einkommensentwicklung verschiedener Haushaltstypen von 1993 zu 2003 und der regionalen Unterschiede im Jahr 2003 in Brandenburg möglich.

- (2005): Wohnsituation privater Haushalte im Land Brandenburg– Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Daten + Analysen*.

Abstract: Im Rahmen des im Januar 2003 durchgeführte Einführungsinterviews der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wurden die daran beteiligten brandenburgischen Haushalte unter anderem zur eigenen Wohnsituation befragt. Wie die Ergebnisse zeigen, wohnen auch im Land Brandenburg immer mehr private Haushalte in den eigenen vier Wänden. Anfang 2003 lebten 36 Prozent der brandenburgischen Haushalte im eigenen Haus oder in Eigentumswohnungen. Anfang 1998 waren es nur 26 Prozent. 84 Prozent der Eigentümerhaushalte wohnten 2003 in einem Einfamilienhaus. Im Gegensatz dazu wohnten 88 Prozent der Mieterhaushalte in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen. Eigentümerhaushalte verfügen nach wie vor über mehr Wohn- und Schlafräume sowie über eine größere Wohnfläche als Mieterhaushalte. So standen Eigentümern Anfang 2003 durchschnittlich 4 Wohn- und Schlafräume mit einer Gesamtfläche von 115 m² zur Verfügung, während es bei den Mieterhaushalten nur 3 Räume mit einer Fläche von 62 m² waren. Die Mehrzahl der privaten Haushalte im Land Brandenburg wohnt aber weiterhin in Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen, obwohl der Anteil von 1998 bis 2003 von 68 Prozent auf 59 Prozent gesunken ist. Die durchschnittliche Wohnfläche aller brandenburgischen Haushalte betrug 2003 ca. 81 m² und hat sich damit gegenüber 1998 um 6 Prozent vergrößert. Jeder Haushalt nutzte gegenüber 1998 unverändert im Schnitt 3 Wohn- und Schlafräume. Die wichtigsten Einzelergebnisse zu Wohneigentum und verfügbarem Wohnraum werden im nachfolgenden Beitrag dargestellt.

- (2008): LBS-Research setzt Preise in Relation zum lokalen Durchschnittseinkommen: Wo ist Wohneigentum bezahlbar? *Die Sparkassen Zeitung*, 9.

Abstract: Durchschnittliche Einkommensbezieher sind in Deutschland bei stabilen Immobilienpreisen und niedrigen Zinsen eher denn je in der Lage, eigene vier Wände zu erwerben. Aber das gilt nicht überall. Wie das Berliner Forschungsinstitut empirica im Auftrag der Landesbausparkassen (LBS) anhand von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und aktuellen Informationen über die Preise von Einfamilienhäuser errechnet hat, muss man zum Beispiel in Frankfurt und München typischerweise fast doppelt so viel wie das dortige Durch-

schnittseinkommen zur Verfügung haben, um die Hürde ins Wohneigentum zu nehmen. In den meisten Regionen sind dagegen schon mittlere Einkommen völlig ausreichend.